Preußische Allgemeine Zeitung
Das Ostpreußenblatt
Nr. 4 – 24. Januar 2009 Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE


So bürgerlich haben die Hessen schon lange nicht mehr gewählt: Roland Koch und Jörg-Uwe Hahn (FDP) nach der Wahl. Bild: ddp

Zurück zur Mitte

Beruhigendes Signal aus Hessen: Die Krise nützt den Radikalen bisher nicht

Der Wahlausgang in Hessen hat in mehrfacher Hinsicht Signalwirkung für Deutschland: Bürgerliche Mehrheiten sind auch und gerade in der Krise möglich, und die Bäume der „Linkspartei“ wachsen nicht in den Himmel.

Vor allem das überraschend starke Abschneiden der FDP, die mit einem keineswegs charismatischen Spitzenkandidaten über 16 Prozent geholt hat, hat die Berichterstattung über die Hessenwahl geprägt. Aus der Distanz mehrerer Tage erscheinen aber andere Ergebnisse dieser ungewöhnlichen Landtagswahl als noch bedeutender.

Zum einen ist trotz aller politischen Aufregung die Wahlbeteiligung erneut auf nur noch 61 Prozent gesunken. Nicht nur die massenhafte Wahlenthaltung enttäuschter SPD-Anhänger kann diesen Tiefstand erklären. Die Volksparteien verlieren weiterhin an gesellschaftlichem Rückhalt, Mitgliedern, überzeugten Stammwählern und breiter gesellschaftlicher Verwurzelung.

Das ist eigentlich Grund zur Sorge, denn stabile demokratische Parteien – das lehren die deutsche Geschichte und der Blick in andere Länder – sind eine wesentliche Voraussetzung für die Stabilität ganzer Staaten.

> Auch in Berlin redet niemand mehr von Rot-Rot-Grün

Genau an diesem kritischen Punkt geht vom hessischen Wahlergebnis ein beruhigendes Signal aus. Nicht nur rechtsradikale Kräfte sind mit zusammen 1,5 Prozent bedeutungslos geblieben, was angesichts einer in die Mitte gerückten CDU, der krisenhaften Wirtschaftslage und Absurditäten wie etwa der Hysterie nach der Attacke auf den Passauer Polizeichef keineswegs selbstverständlich ist. Auch die radikale Linke blieb für ihre Verhältnisse erfolglos: Angesichts eines in Hessen durchaus vorhandenen Linksaußen-Potentials und Umfragen der letzten Jahre mit Ergebnissen bis zu acht Prozent sind die nun erzielten 5,4 Prozent mehr als mager. Gerade angesichts der geringen Wahlbeteiligung hätte die Kombination aus Bankenkrise und Schwäche der SPD auch zu ganz anderen Ergebnissen für die Lafontaine-Truppe führen können. Doch offenbar trauen auch viele Hartz-IV-Bezieher, wenn es wirklich ernst wird, den phantastischen Versprechungen der SED-Erben und ihrer Helfer in den alten Bundesländern nicht. Diese Formation ist nun – jedenfalls im Westen des Landes – auf Normalmaß gestutzt worden. Rot-rot-grüne Utopien in Berlin sind in für das Land erfreulich weite Ferne gerückt.

Bleibt der Blick auf die CDU. Roland Koch hat ein Comeback geschafft und in seiner Partei Platz 2 hinter der Vorsitzenden zurückerobert. Das Bedauern, daß die CDU von der Schwäche der SPD nicht stärker profitieren konnte, wird – zumindest in Berlin – wohl von der Freude überlagert, daß schwarz-gelbe Mehrheiten, wie sie in den achtziger und neunziger Jahren so lange bestanden, wieder erreichbar scheinen. Und das sogar mit Spitzenkandidaten, die keine Popularitätsrekorde erzielen. *Konrad Badenheuer*

Konrad Badenheuer:

Projekt 18?

Es war eine einfache Botschaft, mit der die FDP in Hessen eines ihrer besten Landtagswahlergebnisse seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland erzielt hat: „Unser Wort gilt“, war der simple Slogan, der die Liberalen zum Erfolg führte. Diese Botschaft wurde der Partei vor allem deshalb abgenommen, weil sie im Frühjahr 2008 auf eine durchaus verlockende rot-gelb-grünen Ampelkoalition in Wiesbaden verzichtet hat, um ehrlich zu bleiben.

Das allein kann den Erfolg freilich nicht erklären, zumal der FDP-Spitzenkandidat nicht gerade ein bislang verkannter John F. Kennedy ist. Den Liberalen hat vielmehr genützt, daß die CDU auf Bundesebene permanent Kompromisse mit der SPD machen muß, die ihr Profil für bürgerliche Wähler manchmal bis zur Unkenntlichkeit verwischen. Daß CDU-Politiker – wenn auch in einer historischen Ausnahmesituation – der indirekten Verstaatlichung von Banken und sogar Industriebetrieben das Wort reden, war und ist ebenso Wasser auf die Mühlen der FDP wie die für viele Berufstätige schier unerträgliche Belastung mit Steuern und Abgaben.

Die klare Koalitionsaussage der hessischen Liberalen für die CDU bestätigt, daß viele FDP-Wähler vom vergangenen Sonntag eigentlich CDU-Anhänger sind. Das Ergebnis ist also einer Sondersituation geschuldet, und Guido Westerwelle kann die Schuhe mit der „18“ auf den Sohlen im Schrank lassen. Daß Ehrlichkeit sich in der Politik lohnen kann, bleibt eine überaus positive Botschaft vom vergangenen Sonntag. Die Chance bürgerlicher Mehrheiten – mitten in der Krise – ist geradezu ein Hoffnungszeichen für unser Land.

Düsterer Ausblick

Berlin erwartet Einbruch um 2,3 Prozent

Einen Einbruch der Wirtschaftsleistung um 2,3 Prozent erwartet die Bundesregierung in diesem Jahr. Dies wäre der schärfste Einbruch in Friedenszeiten seit 1932, wobei für die Katastrophenjahre 1945/46 keine Zahlen vorliegen. Mit dem erwarteten Rückgang um fast 2,5 Prozent liegt Deutschland unter dem Durchschnitt der EU-Länder, für die die Experten ein Minus von 1,9 Prozent erwarten. Allerdings wird es einzelne Länder noch härter treffen. Für Irland, das einen beispiellosen Boom hinter sich hat, wird ein Einbruch von glatt fünf Prozent erwartet. Der Einbruch der Konjunktur erhöht die Sozialausgaben und läßt die Steuereinnahmen einbrechen. Die Folge ist ein gähnendes Defizit in den Staatshaushalten. Bundesfinanzminister Peer Steinbrück rechnet im laufenden Jahr mit einem Minus von 2,9 und im Jahr darauf sogar mit 4,2 Prozent.

Schlechte Nachrichten auch von den Banken. Die auch in Deutschland aktive Royal Bank of Scotland (RBS) meldete einen beispiellosen Verlust von umgerechnet 31 Milliarden Euro für das Jahr 2008. Zu Wochenbeginn sickerte außerdem das Ergebnis einer Umfrage von Bundesbank und Finanzaufsicht Bafin durch, wonach bei den 20 größten deutschen Kreditinstituten weitere Verluste in einer Dimension von bis zu 200 Milliarden Euro drohen. Das Rettungspaket vom Oktober reiche womöglich nicht aus. Mehr dazu auf Seite 7. *K.B.*

Eine prekäre Waffenruhe

Die Bombardierung des Gazastreifens ist beendet, aber die Abriegelung bleibt bestehen

Im Gazastreifen schweigen die Waffen – eine prekärer Zustand, der auf groteske Weise zustande kam: Zunächst hatte sich Israel mit den USA auf die Verkündung einer einseitigen Waffenruhe geeinigt. Um den Eindruck einer Kapitulation zu vermeiden, feuerte die Hamas noch ein paar Raketen ab, um dann ihrerseits ebenfalls eine einseitige Waffenruhe zu verkünden.

Grotesk ist auch, daß jetzt beide Seiten das Patt als Sieg reklamieren. Und knapp vor der Feuereinstellung gab es nicht minder groteske Spektakel: Erst lud der Emir von Katar zu einem arabischen Krisengipfel nach Doha. Aber Saudi-Arabien, Ägypten und Palästinenserpräsident Mahmud Abbas blieben fern, während Irans Präsident Ahamedinedschad und der im syrischen Exil lebende Hamas-Chef Mashal große Auftritte hatten. Daraufhin lud Ägyptens Präsident Mubarak eine Reihe europäischer Spitzenpolitiker nach Scharm-el-Scheich, um zu besprechen, wie man Israel bei der Unterbindung des Waffennachschubs für die Hamas beistehen könne – und Abbas war dabei, denn keinen stört es, daß dessen Amtszeit am 9. Januar ausgelaufen ist.

> In Gaza patroulliert bereits wieder die Hamas

Während Israel 13 Tote beklagt, zählt man im Gazastreifen 5300 Verletzte und über 1300 Tote, aber laufend werden weitere Opfer geborgen. Auch die materiellen Schäden sind enorm: Unzählige Häuser sowie mehrere Schulen und Krankenhäuser sind zerstört oder beschädigt. In Gaza-Stadt und nahe der ägyptischen Grenze wurden ganze Viertel zerstört. Das Nachschubdepot der UN-Hilfsorganisation UNRWA mit allen Lebensmittelvorräten ist ausgebrannt. Systematisch zerstört hat Israel Verwaltungseinrichtungen – wie schon 2002, als man Arafats Autonomie-Behörde lahmlegte und damit der Korruption Vorschub leistete. In Gaza patrouillieren nun aber bereits wieder die Sicherheitsorgane der Hamas und unterbinden Plünderungen.

In Kuweit fand mittlerweile ein „Spender-Gipfel“ statt, bei dem Milliarden für den Wiederaufbau zugesagt wurden. Die Öl-Staaten versuchen damit wieder einmal, ihr politisches Versagen gleichsam durch Schutzgeldzahlungen zu kompensieren, um sich so die Islamisten im eigenen Land vom Leib zu halten.

Die EU hingegen hat erklärt, Hilfszahlungen erst aufnehmen zu wollen, wenn die Fatah in Gaza wieder mitregiert. Deutlicher hätte Brüssel nicht unterstreichen können, daß man längst Konfliktpartei geworden ist. Neue Nahrung erhalten damit auch Berichte über Geheimverhandlungen mit dem Ziel, Israel einen Status fast wie ein EU-Mitglied zu geben. *R.G. Kerschhofer*

MELDUNGEN

Christen aus dem Irak kommen

Berlin – Laut Bundesinnenministerium kommen in den nächsten Wochen die ersten irakischen Flüchtlinge, die Deutschland im Rahmen einer EU-Vereinbarung aufzunehmen bereit ist, in das Durchgangslager Friedland. Insgesamt 2500 der 10000 von der EU aufgenommenen Personen sollen 2009 nach Deutschland kommen. Es handelt sich hierbei zwar auch um Christen, die während des Krieges in die irakischen Nachbarländer Syrien und Jordanien geflüchtet sind und derzeit dort in Lagern leben, aber eben nicht nur um Christen. Nach einem dreimonatigen Integrationskurs, der unter anderem Deutschkurse beinhaltet, soll eine Verteilung der Flüchtlinge auf die Bundesländer nach dem sogenannten Königsteiner Schlüssel stattfinden. *Bel*

Asyl 2008: Jeder Dritte war Iraker

Berlin – Im Jahr 2008 wurden beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 22085 Asylerstanträge gestellt. Damit kamen erstmals seit 2001 wieder mehr Asylbewerber nach Deutschland als im Vorjahr. Die Steigerung der Zahl der Asylbewerber von 15,2 Prozent im Vergleich zu 2007 ist im wesentlichen auf den deutlichen Anstieg irakischer Asylbewerber zurückzuführen, der sich durch die weiterhin schlechte Sicherheitslage im Irak begründet: 6836 Iraker stellten 2008 einen Asylerstantrag. Damit kam fast jeder dritte Asylbewerber aus dem Irak. Trotz der Steigerung der Asylbewerberzahlen im Jahr 2008 befinden sich die Zugangszahlen weiterhin auf einem vergleichsweise niedrigem Niveau: Vor zehn Jahren – also im Jahr 1998 – kamen noch etwa 100000 Asylbewerber nach Deutschland, 1992 waren es sogar fast 440000.

Nur an der Oberfläche beigelegt

Im russisch-ukrainischen Gasstreit ist ein »da capo« zu erwarten – Tarnfirmen und Zwischenhändler

Der russisch-ukrainische Gasstreit, der in manchen mittel- und südosteuropäischen Staaten zu argen Engpässen geführt hat, ist beigelegt. Doch anders als bei der Stromversorgung reicht beim Gas nicht das Umlegen von Schaltern, um den Normalzustand wiederherzustellen. Das dauert Tage oder sogar Wochen, falls die Kältewelle an Leitungen oder Verdichterstationen Schäden verursacht haben sollte.

Materiell hat sich Rußland durchgesetzt: Für die Ukraine gilt rückwirkend ab dem 1. Januar 2009 der volle, auch für Westeuropa geltende Marktpreis, doch gibt es im laufenden Jahr noch 20 Prozent Rabatt. Die Transitgebühren für russisches Gas bleiben 2009 unverändert und werden erst 2010 auf westliches Niveau angehoben. Rußland steht aber nicht als strahlender Sieger da, denn sein Ruf als verläßlicher Lieferant hat gelitten – weniger aus sachlichen Gründen, sondern weil wieder einmal die Weltmeinung erfolgreich manipuliert wurde.

Auch für Europa ist das Ergebnis wenig erfreulich. Denn die kränkelnde ukrainische Wirtschaft wird die enorme Preiserhöhung schwer verkraften. Das trifft europäische Zulieferer und Investoren und damit die Steuerzahler. Es sollte nicht verwundern, wenn die EU der Ukraine bald weitere massive Unterstützungen gewährt – die wieder primär der Mißwirtschaft und den „Oligarchen“ zugute kommen.

Bedrückend sind aber auch die Hintergründe der jüngsten Krise, die manchen recht gelegen kam, weil sie die europäische Öffentlichkeit vom zeitgleichen Krieg gegen Gaza ablenkte. Die Position Rußlands ist transparent: Der Kollaps der Ölpreise und die Finanzkrise machen Moskau schwer zu schaffen, und da wird man doch nicht ein Land, das sich um Aufnahme in die Nato bewirbt (oder vice versa), mit Energiepreisen subventionieren, die bisher weniger als die Hälfte der Weltmarktpreise ausmachten.

Während in Rußland Präsident Medwedew gewissermaßen als Konferencier von Ministerpräsident Putin fungiert, gibt es in der Ukraine mindestens drei politische Machtzentren – und hinter diesen zum Teil massive „oligarchische“ und ausländische Interessen. Die sichtbaren Hauptfiguren sind Präsident Viktor Juschtschenko, Ministerpräsidentin Julia Timoschenko und Oppositionsführer Viktor Janukowitsch.



Gegensätzlich: Rußland und die Ukraine einigten sich, weil sie mußten. Bild: pa

Juschtschenko und Timoschenko waren Galionsfiguren der „orangen Revolution“ von 2004. Dahinter stand das Netzwerk des „Philanthropen“ George Soros, der 1992 mit einer Großspekulation gegen das britische Pfund mit „Leerverkäufen“ Milliarden gemacht hatte. Frau Timoschenko, heute eine Barbie mit Gretchen-Frisur, war noch nicht ukrainisch-naturblond, als zur Zeit der Wildost-Privatisierung ihre steile Karriere im Benzin- und Gasgeschäft begann – was sie bald zur „Gasprinzessin“ machte und schließlich in die hohe Politik führte. Die Partei, die heute ihren Namen trägt, kam bei den Wahlen 2007 auf 30 Prozent.

Sieger war allerdings Janukowitsch, dessen „Partei der Regionen“ landesweit 34 Prozent erreichte und in der südöstlichen Hälfte der Ukraine mit vorwiegend russischer Bevölkerung eine breite Mehrheit hat. Der zum Liebling des Westens hochstilisierte Juschtschenko lag mit seiner Partei damals schon weit abgeschlagen und käme laut jüngsten Umfragen auf nur 2,4 Prozent der Stimmen. Die Ukrainer haben nämlich durchschaut, wem er dient – und das hat ebenfalls mit Gas zu tun.

Den Gasimport der Ukraine aus Rußland und Turkmenistan und den Gastransit nach Westen betreibt nämlich nicht die ukrainische Naftogas, sondern RosUkrEnergo, eine im Schweizer Kanton Zug registrierte Firma. Sie gehört zu 50 Prozent der russischen Gazprom, zu 45 einem Mann namens Dmitrij Firtasch und zu fünf Prozent einem weiteren ukrainischen Oligarchen, die beide mehr als bloß eine Staatsbürgerschaft besitzen.

Putin hatte schon als Präsident diese Zwischenhändler auszuschalten versucht, die an der Weiterleitung des Gases prächtig verdienen und die es übrigens auch beim Ölexport nach Deutschland gibt. Aber er konnte sich nicht mit allen Oligarchen gleichzeitig anlegen. Auch hatten sich Timoschenko und Putin bereits im Oktober auf die Ausschaltung von RosUkrEnergo verständigt – ebenfalls erfolglos. Denn das Geflecht von Tarnfirmen im Gashandel hat wichtige Nutznießer, darunter die Achse Juschtschenko-Firtasch, und es hat strategische Verbindungen nach Übersee.

Das ukrainische Gastransportsystem selbst dürfte voraussichtlich bald den Besitzer wechseln. Wie die Tageszeitung „Iswestija“ vorige Woche meldete, liegt ihr eine diesbezügliche „Charta über strategische Partnerschaft“ vor, die im Dezember von den Außenministern der Ukraine und der USA, Wladimir Ogrysko und Condoleezza Rice, unterzeichnet wurde. Außenamtssprecher Sean McCormack hatte vorauseilend jeden Verdacht zurückgewiesen, daß die USA mit dem Gaskonflikt etwas zu tun hätten ... *Richard G. Kerschhofer*

Die Schulden-Uhr:

Umstellung der Schuldenuhr

Der Bund der Steuerzahler schätzt, daß die Neuverschuldung von Bund, Ländern und Gemeinden in diesem Jahr dramatische 140 Milliarden Euro betragen wird. Der Bund wird dabei seinen Negativrekord aus dem Jahr 1996 mit gut 40 Milliarden Euro deutlich überschreiten und auf einen neuen Spitzenwert von 55 Milliarden Euro Nettokreditaufnahme kommen. Der in der derzeitigen Diskussion um die Konjunkturprogramme vergessene Finanzmarktstabilisierungsfonds wird mit 70 Milliarden Euro Verschuldung zu Buche schlagen. Länder und Kommunen benötigen weitere 15 Milliarden Euro. Rechnerisch bedeutet eine Verschuldung von 140 Milliarden Euro eine Verschuldungsgeschwindigkeit von rund 4439 Euro pro Sekunde. Gegenüber dem Jahr 2008 wird sich die Verschuldung pro Sekunde von 474 Euro auf 4439 Euro in diesem Jahr nahezu verzehnfachen.

1.522.471.604.946 €

Vorwoche: 1.517.695.246.594 €
Verschuldung pro Kopf: 18553 €
Vorwoche: 18438 €

(Dienstag, 20. Januar 2009, Zahlen: www.steuerzahler.de)

»Da müssen auch die Gefühle dabeisein«

Bayerns Ministerpräsident Seehofer steht zu den Vertriebenen: »Die Wunden der Vergangenheit heilen«

Horst Seehofer hat als Bayerischer Ministerpräsident ein enges Verhältnis zu den deutschen Vertriebenen: Er ist nicht nur Schirmherr der Sudetendeutschen Volksgruppe, sondern auch der oberste politische Verantwortliche für die seit nunmehr 30 Jahren bestehende Patenschaft Bayerns über die Ostpreußen und ihre Landsmannschaft.

„Noch drei Tage vor Deiner Wahl im Landtag haben wir vereinbart, daß Du, sobald es geht, Deinen Antrittsbesuch im Sudetendeutschen Haus machen würdest“, begrüßte Bernd Posselt, der Sprecher der Sudetendeutschen, Seehofer nun im Zentrum der Sudetendeutschen in München. Der Europaabgeordnete dankte Seehofer, daß er in der Koalitionsvereinbarung mit der FDP sowohl die kulturelle Förderung der Vertriebenen als auch das Sudetendeutsche Museum festgeschrieben habe. „Und was viel wichtiger ist, er hat sich in der Regierungserklärung im Landtag ganz klar zur Schirmherrschaft bekannt und auch angekündigt, ... daß er *gemeinsam* mit den Repräsentanten der Sudetendeutschen auf das tschechische Volk zugehen wird – dafür sind wir sehr dankbar!“

Der Antrittsbesuch fiel zusammen mit der 60-Jahr-Feier der Landesgruppe Bayern der Sudetendeutschen Landsmannschaft. Deren Vorsitzender und zugleich Bundesvorsitzender der SL ist Franz Pany, der am vergangenen Sonnabend neben dem Ministerpräsidenten auch zahlreiche Ehrengäste begrüßen konnte – darunter kirchliche Würdenträger, den tschechischen Konsul Losmann und nicht zuletzt Bayerns SPD-Chef Franz Maget. Nach wie vor gibt es im Freistaat einen Wettbewerb der Parteien um die Gunst der Vertriebenen, die hier auch mehr als zwei Generationen nach der Vertreibung eine klar unterscheidbare und relevante Wählergruppe darstellen.

Ministerpräsident Seehofer gratulierte Bernd Posselt zu seiner erneuten Nominierung zum Europäischen Parlament, die nur Stunden zuvor erfolgt war, und die er unterstützt habe.

Angesichts der heutigen Unzufriedenheit über manchmal kleine Probleme erinnerte Seehofer an die Leistung und Haltung der Nachkriegsgeneration. „Das war und ist eine Generation, die die Ärmel hochgekrempelt, die ein Schicksal angenommen hat, die nicht gefragt hat ‚Was machen jetzt andere für uns?‘, sondern die mehr die Frage gestellt hat ‚Was können wir für unser Land, für unsere Heimat, für unser Vaterland und für andere tun?‘“



Eintrag ins Goldene Buch: Bernd Posselt (l.) und Franz Pany (r.) begrüßen Ministerpräsident Horst Seehofer im Sudetendeutschen Haus. Bild: privat

Über die europäische Einigung, deren Grundlagen damals gelegt wurden, erklärte Seehofer: „Europa ist auch eine Wertegemeinschaft, und zu dieser Wertegemeinschaft gehört auch die Chance, die Wunden der Vergangenheit zu heilen. Heilen kann man nur, wenn man richtig diagnostiziert. Dehalb unterstreiche ich alles, was hier gesagt worden ist: Europa als Wertegemeinschaft verdient diesen Namen nur, wenn wir einen Konsens in Europa haben, daß wir die Menschen- und Minderheitenrechte achten und die Vertreibung ächten.“

Das, so Seehofer, sei „eine Wertegrundlage der Europäischen Union. Da dürfen wir nie müde werden, dies immer wieder einzufordern, dies sind wir auch unseren Vorfahren schuldig“, erklärte Seehofer unter Applaus. Die Schirmherrschaft über die Sudetendeutschen sei „eine Herzensangelegenheit. Da müssen auch die Gefühle dabeisein, nicht nur der Verstand und nicht nur die Funktion. Ich werde mich sehr bemühen, daß ich dies mit dem Herzblut erfülle, das Sie von mir erwarten.“

In seinen weiteren Ausführungen erwähnte Seehofer dann ausdrücklich auch die anderen Heimatvertriebenen. *K.B.*

Byebye, Bioladen

Von HARALD FOURIER

Am Sonntag geht die Grüne Woche zu Ende. Wieder mal konnten die Veranstalter einen Besucherrekord vermelden. Ich war auch da und habe einiges erlebt: Bei den Russen habe ich Wodka getrunken, bei den Belgiern den Ardennerschinken gekostet und bei den Vietnamesen einen Strohhut gekauft.

Am Ende des vierstündigen Rundgangs kam ich in die Halle 6.2. Dort lag als Werbegeschenk eine Küchenschürze für mich bereit. Vorher mußte ich aber eine Verkaufspräsentation über mich ergehen lassen. Der Hersteller von Haushaltsgeräten mit einem „Hitze-Akku“ wollte mir eine seiner Pfannen andrehen. „Nur 480 Euro, das ist ein Messepreis“, sagte die Dame mit einem freudigen Kopfnicken. Ich bin jetzt noch am Rätseln, ob sie mir damit sagen wollte, daß das ein besonders günstiges Angebot sei. Für 480 Euro kaufen andere Leute eine halbe Kücheneinrichtung.

Nebenan war eine weitere Halle, in der die Preise alle etwas überteuert wirkten. In der Biohalle kaufte ich nach einer Verkostung ein Stück Biokäse. 350 Gramm für 8,30 Euro. Das habe ich aber erst an der Kasse erfahren. Der Preis ist zwar kein Wucher, aber günstig ist es auch nicht gerade.

Gesunde Ernährung ist wieder in. Gerade in einer Zeit, in der immer mehr Jugendliche übergewichtig sind. Das große Interesse an der Landwirtschaft und an guter Ernährung kann aber über einen anderen Trend nicht hinwegtäuschen: Die Bio-Öko-Welle hat ihren Zenit überschritten und ist im Abflauen.

Ich wohne im Prenzlauer Berg. In diesem „Ökobezirk“ gibt es inzwischen an jeder Ecke einen Bioladen. So wie vor zehn Jahren Telefonläden. Es ist nicht zu übersehen, daß der Markt übersättigt ist.

Nach jahrelangem Aufschwung haben die Bioläden im zweiten Quartal 2008 zum ersten Mal weniger verkauft als davor. Zum Abflauen der Biowelle kommt die Konkurrenz von den Supermarktketten. Aldi, Plus und Co. haben inzwischen Hunderte von Bioprodukten im Angebot. Das drückt zusätzlich Geschäft und Stimmung.

Eine Studie hat ergeben, daß Bioprodukte weder besser schmecken noch gesünder sind als herkömmliche Nahrungsmittel. Und jetzt kommt zu allem Unglück auch noch die Wirtschaftskrise dazu, die viele Kunden sparsamer werden läßt. Der „teuren“ Biobranche stehen schwere Zeiten bevor. Denn vielen Leuten wird es so gehen wie mir: Mein überteuerter Käse aus Halle 6.2 war für eine Weile das letzte Bioprodukt in meinem Kühlschrank.

»Alles besser als die Hölle Berlin«

Papst Pius XII. mochte die Deutschen, aber nicht ihre Hauptstadt – Neue Ausstellung



Nur ungern zog er nach Berlin, „diesen Moloch, in dem es nur wenig Katholiken gab“: Der spätere Papst Pius XII. 1926 in der deutschen Hauptstadt, als er noch päpstlicher Nuntius für Deutschland war. Bild: BpK

Pius XII. war der deutschfreundlichste Papst des 20. Jahrhunderts. Gerade in der Not der Nachkriegszeit stand er zu den geschlagenen Deutschen und namentlich zu den Vertriebenen. Dennoch wurde Pius XII. ausgerechnet von linken Publizisten aus Deutschland übel verleumdet. Jetzt ist ihm eine Ausstellung im Schloß Charlottenburg gewidmet – fast ein Akt der Wiedergutmachung.

Eugenio Pacelli war der erste gebürtige Römer seit Innozenz XIII. (1721–1724), der zum Papst gewählt wurde – und der bislang letzte. Am 2. März 1939, seinem 63. Geburtstag, wählte das Konklave Pacelli zum Papst, er nannte sich fortan Pius XII.

Pacelli war aber nicht nur Römer, er war in gewisser Hinsicht auch Berliner, denn dort verbrachte er eine längere Zeit als päpstlicher Nuntius (Botschafter). In Berlin-Zehlendorf gibt es deswegen eine Pacelli-Allee.

Seine Karriere im Dienst der katholischen Kirche begann mit der Promotion zum Doktor der Theologie 1901. Ein Jahr danach wurde er auch noch Doktor der Rechtswissenschaft. Pacelli durchlief daraufhin eine Reihe von Ämtern im diplomatischen Dienst des Vatikans. Von 1909 bis 1914 war er Professor für kirchliche Diplomatie an der päpstlichen Diplomatenakademie.

1917 wurde Pacelli von Papst Benedikt XV. zum Bischof geweiht und als Apostolischer Nuntius ins Königreich Bayern entsandt. Er wurde Zeuge der Umbrüche in Bayern und später in ganz Deutschland: Kriegsende, Kaisersturz, Ausrufung der Republik, Besetzung des Ruhrgebies, Inflation, schließlich die jahrelange Instabilität der Weimarer Zeit – Pacelli bekam das alles aus eigener Anschauung mit.

Ab 1920 war er päpstlicher Nuntius in ganz Deutschland. 1925 mußte er nach Berlin ziehen, jetzt war er auch noch Nuntius in Preußen. Doch Berlin mochte er nicht. Lieber wäre er in der bayerischen Hauptstadt geblieben, die ihm zur „zweiten Heimat“ geworden war.

„Berlin war für ihn ein Moloch, in der es nur wenige Katholiken gab“, erklärt der Münsteraner Kirchenhistoriker Hubert Wolf. Tango-Seligkeit, gewagte Mode, Vielfalt der Medien, Frauensport – das alles war dem katholischen Bischof fremd.

1923 schrieb Pius einem Freund: „Ich tue alles, damit ich nicht von München nach Berlin umziehen muß. Zur Not würde ich auf das Kardinalamt verzichten, mich mit einer kleinen Rente ins Privatleben zurückziehen oder eine kleine italienische Diözese übernehmen, alles besser als die Hölle Berlin.“ So sprach einer, der später Papst wurde.

Trotzdem war Pacelli ein Freund der Deutschen. Die Deutschen lieben die Italiener, achten sie aber nicht; die Italiener achten die Deutschen, lieben sie aber nicht – so lautet ein bekanntes Bonmot. Es trifft wohl auch auf Eugenio Pacelli zu: Er war fasziniert von deutscher Effizienz und Technik, deutschen Flugzeugen oder Zeppelinen und sprach von seinem „wunderschönen Benz“.

1929 kehrte Pacelli nach Italien zurück. Er dürfte aber ein wichtiger Berater seines Amtsvorgängers Pius XI. bei der Aushandlung des 1933 mit der neuen Reichsregierung abgeschlossenen Reichskonkordats gewesen sein.

Wurden unter Pius 860 000 Juden gerettet oder »nur« 700 000?

Hier setzt oft die Kritik an Pacelli ein. Denn obwohl er an seiner grundsätzlichen Ablehnung des Nationalsozialismus nie einen Zweifel ließ, 1937 an der Veröffentlichung der NS-kritischen Enzyklika „Mit brennender Sorge“ beteiligt war und 1939 die Besetzung Polens kritisierte, wird ihm vorgeworfen, er habe nicht genug gegen das NS-Regime getan und zu dessen Verbrechen geschwiegen. Die Polemik gegen Pacelli gipfelt in dem Vorwurf, er sei Antisemit und Kollaborateur der Nationalsozialisten gewesen. Vor allem Rolf Hochhuths Drama „Der Stellvertreter“ von 1963 hat ganz wesentlich zur Verbreitung dieser Schmähung in Deutschland beigetragen.

Diese Vorwürfe sind allerdings haltlos beziehungsweise naiv. Die Achsenmächte hatten ganz Europa unterworfen. Wie hätte der Papst regieren sollen? Was hatte ein offener Aufruf zum offenen Widerstand eingebracht? In Holland hat die Kirche lautstark protestiert gegen die Deportationen von Juden. Mit dem Ergebnis, daß sie noch beschleunigt wurden, schreibt Gernot Facius in der „Welt“.

Zum anderen befürchtete der Heilige Stuhl, daß eine Niederlage Deutschlands auch einen Triumph des Stalinismus bedeuten würde. Hundert Millionen Christen würden so in die Sklaverei Moskaus geraten – wie es nach 1945 tatsächlich geschah.

Golda Meir, damals israelische Außenministerin, würdigte ihn nach seinem Tod 1958 als wichtigen Freund des jüdischen Volkes. Er habe viele Juden gerettet, bestätigt auch der jüdische Unternehmer Gary Krupp, nachdem er die Fakten der neusten Forschung in Augenschein genommen hatte. Krupp ist Gründer einer amerikanischen Stiftung (Pave the way) und setzt sich für die „Rehabilitierung“ von Pius XII. ein. Schon vor mehreren Jahren hatte der jüdische Theologe und Historiker Pinchas Lapide die Zahl der während des Holocaust von der katholischen Kirche geretteten Juden mit mindestens 700 000, wahrscheinlich aber sogar 860 000 beziffert. Papst Benedikt XVI. will seinen Vorgänger seligsprechen lassen. *Harald Fourier*

Vom 23. Januar bis zum 7. März wird im Schloß Charlottenburg „Die Papstausstellung“ über Pius XII. gezeigt. Eintritt fünf Euro, ermäßigt drei. Bescher mit der Eintrittskarte der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg erhalten den ermäßigten Preis.

Allen Widerständen getrotzt

Volksbegehren »Pro Reli« hat nötige Unterschriften zusammen

Noch im November letzten Jahres machte sich die linksalternative „taz“ über das Bürgerbegehren „Pro Reli“ lustig, weil bis dahin erst rund 100 000 Unterschriften zusammengekommen waren. „Gott fehlen noch 70 000 Unterschriften“ lautete die Schlagzeile. Aber wie schon bei dem Bürgerbegehren zur Erhaltung des Flughafens Tempelhof gelang es auch diesmal wieder in der Schlußphase, alle Kräfte zu mobilisieren. Immerhin standen die evangelische und katholische Kirche, die jüdische Gemeinde, islamische Vereine sowie CDU und FDP hinter der Initiative. An Heiligabend gaben die Pfarrer in den Gottesdiensten den neuesten „Pegelstand“ von 135 000 bekannt, und am letzten Wochenende konnte der Vorsitzende von „Pro Reli“, Christoph Lehmann, die Übergabe von 195 000 Unterschriften an den Landeswahlleiter vermelden.

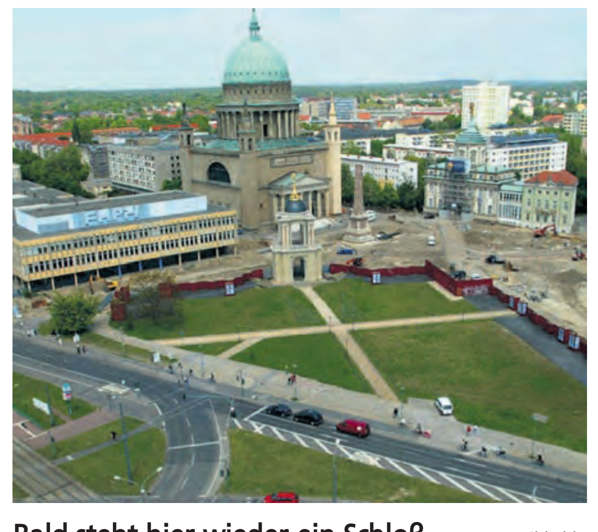
Anders als bei der Flughafeninitiative, die vom Senat und ihren übrigen Gegnern von Anfang an ernst genommen worden war, wurde das Anliegen auf Beibehaltung eines Religionsunterrichtes in den staatlichen Schulen belächelt. Dazu bestand aber keine Veranlassung, denn bereits bei der ersten Stufe des Bürgerbegehrens konnte „Pro Reli“ mehr Unterschriften zusammenbringen als die Flughafen-Initiative. Nun nörgeln die Befürworter des obligatorischen Ethikunterrichtes an den Berliner Schulen. Parlamentspräsident Walter Momper von der SPD wollte „Pro Reli“ gar Räumlichkeiten im Rathaus vorenthalten, wo der Verein am Mittwoch den erfolgreichen Abschluß der Kampagne gefeiert hat. Innensenator Körting kündigte eine besonders akribische Unterschriftenprüfung an. Selbst die „taz“ kommentierte ernüchtert, daß die Kirchen offenbar selbst im säkularen Berlin doch noch ein Machtfaktor seien.

Stadt hofft auf geringe Wahlbeteiligung

Als Termine für die nun folgende Volksabstimmung sind der Tag der Europawahl oder der Bundestagswahl im Gespräch. Der Senat will stattdessen lieber einen gesonderten Wahltag festlegen. Das wäre zwar teurer, aber die Stadtregierung verspricht sich davon offenbar eine geringere Wahlbeteiligung. Der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit ganz konkret: „Wenn es zu einem Volksentscheid kommt, werden wir das unverzüglich angehen. Ziel ist es, so schnell wie möglich Klarheit zu schaffen.“ Der frühestmögliche Termin ist der 19. April. Eine separate Volksabstimmung würde 2,2 Millionen, eine Abstimmung zusammen mit einem anderen Urnengang hingegen nur 800 000 Euro kosten. Wer weiß, was Finanzsenator Sarrazin zu den Plänen seines Chefs sagt. *Hans Lody*

Originalgetreu auch von innen

Potsdamer Stadtschloß wird bis 2012 wieder aufgebaut



Bald steht hier wieder ein Schloß. Bild: ddp

Das Potsdamer Schloß wird wie das Berliner Stadtschloß in seiner historischen Form wiederaufgebaut. Diese wichtige Nachricht ist inzwischen aus der zuständigen Jury durchgesickert.

Die Überraschung ist groß. Jahrelang waren die politischen Kräfte in beiden Städten – maßgeblich die dort seit der Wende regierende SPD – kritisch gegenüber dem Projekt Schloß-Wiederaufbau. Jetzt kann es gar nicht mehr schnell genug damit gehen. Der Berliner „Tagesspiegel“ sieht sogar „einen Wettlauf“ zwischen beiden Städten im Gang. „Wir bauen, wenn in Berlin noch um die Kosten gestritten wird“, sagte der brandenburgische SPD-Finanzminister Rainer Speer.

In der Landeshauptstadt herrschte bis vor kurzem eisiges Schweigen über die Details. Als vor einer Woche die Jury aus Politikern, Immobilienexperten und Architekten zusammentrat, um über mehrere Entwürfe zu verhandeln, war Stillschweigen vereinbart.

Die Beratungen dauerten bis in die Nacht. Nur tröpfchenweise drangen Informationen nach außen. So will die „Berliner Morgenpost“ „aus Regierungskreisen“ erfahren haben, daß von ehemals sechs Firmenzusammenschlüssen (Konsortien), die ein Angebot abgegeben haben, nur noch drei im Rennen sind – allerdings mit insgesamt fünf Entwürfen. Die modernen Entwürfe sind schon alle vom Tisch. Auch das ist eine echte Überraschung.

Die Wiederherstellung der historischen Fassade galt schon immer als sicher, seit der SAP-Gründer Hasso von Plattner eine 20-Millionen-Euro-Spende zugesagt hat. Neu ist, daß das Schloß auch von innen dem Vorbild nachempfunden werden soll. Sogar der Innenhof soll so gestaltet werden wie früher. Im Sommer soll der Auftrag vergeben werden, die Fertigstellung ist für das Jahr 2012 vorgesehen. *Patrick O'Brian*

Zeitzeugen



Alois Mannichl – Der 52jährige ist seit 2004 Leiter der Polizeidirektion Passau. In den letzten Jahren hat sich der engagierte Beamte im „Kampf gegen Rechts“ hervorgetan und dabei auch persönliche Konfrontationen mit Angehörigen des NPD-Umfelds und der Neonazi-Szene nicht gescheut. So kam nach dem Messeranschlag am 13. Dezember 2008 sofort der Verdacht auf, es habe sich um einen Racheakt der „Rechten“ gehandelt.



Christian Pfeiffer – Sein völlig irreführendes Gutachten zum so genannten „Fall Sebnitz“ führte im Jahre 2000 zu einer beispiellosen Medienhysterie im damals schon seit Jahren andauernden „Kampf gegen Rechts“. Der 1944 in Frankfurt an der Oder geborene Kriminologe (seit 1969 SPD-Mitglied) wurde wenige Wochen nach diesem Gutachten Justizminister des Landes Niedersachsen. Nach der Abwahl der rot-grünen Regierung in Hannover wurde er Direktor des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen.



Udo Voigt – Der 1952 geborene Diplom-Politologe und Flugzeugbauer war Berufssoldat bei der Bundeswehr. 1996 wurde er NPD-Chef. Der gescheiterte Verbotsantrag 2003 wurde für seine Partei nicht nur propagandistisch zum Erfolg: Wenig später gelang ihr der Einzug in den sächsischen Landtag. Derzeit wird der wohl bekannteste deutsche Rechtsextremist von seinem innerparteilichen Rivalen Andreas Molau herausgefordert.



Michel Friedman – Der 52jährige Rechtsanwalt und Fernsehmoderator mußte 2003 als Stellvertretender Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland zurücktreten, nachdem er wegen einer Kokainaffäre eine Geldstrafe von über 17 000 Euro hinnehmen mußte. Immer wieder diskreditiert er die Deutschen ziemlich pauschal als Rassisten, Antisemiten und Ausländerfeinde, zuletzt am Abend nach der Hessenwahl in Anne Wills TV-Talkrunde.

Ein Millionengeschäft

Der »Kampf gegen Rechts« hat sich zu einer Art Industrie entwickelt

Unermüdlich blasen Deutschlands selbsternannte Antifaschisten samt ihren willigen Helfern in Medien und Politik zum „Kampf gegen Rechts“. Wenn dabei die Fakten nicht zu den Vorurteilen passen – um so schlimmer für die Fakten. Denn es geht hier nicht nur um Ideologie, sondern auch um ein Millionengeschäft

Ganze 0,9 Prozent konnte die NPD bei der Landtagswahl in Hessen verbuchen. Rechnet man die 0,6 Prozent der Republikaner und die 0,2 Prozent der dem politischen Nirwana entstammenden Helga Zepp-LaRouche (BüSo) hinzu, dann kam das Lager rechts der Union auf 1,7 Prozent – ein wahrhaft gefahrvolles Wahlergebnis: Angesichts dergestalt drohender Machtergreifung darf im „Kampf gegen Rechts“ nicht nachgelassen werden! Die „rechte Gefahr“ ist allgegenwärtig – wenn schon nicht in der Realität, dann wenigstens in den gebetsmühlenartig verbreiteten Verlautbarungen willig-konformer Meinungsmacher.

Jüngstes Beispiel: die Messerattacke auf den Passauer Polizeichef Alois Mannichl. Der 52jährige Beamte, seit gut drei Jahrzehnten im Polizeidienst, hat sich seit langem einen Namen gemacht als besonders eifriger – Kritiker meinen, eher eifernder – Vorkämpfer „gegen Rechts“. Sein „Kampf gegen Rechts“ eskaliert am Volkstrauertag 2008: Örtliche Medien verbreiten ein Foto von der offiziellen Zeremonie auf dem Passauer Friedhof. Zu sehen ist der Polizeichef, grimmig dreinschauend und demonstrativ einen Fuß auf die Platte eines Soldatengrabes stellend. Die Passauer NPD interpretiert das Bild so: „Verärgert stellte sich Mannichl auf eine Grabplatte gefallener Soldaten und trampelte mit seinen Schuhen auf einem Gedenkgesteck herum.“ Am 13. Dezember klingelt ein Unbekannter an Mannichls Haustür, rammt ihm ein Messer in den Bauch und – so die Aussage des Opfers – ruft: „Du trampelst nimmer auf Gräbern unserer Kameraden herum!“ Damit ist der Tenor der veröffentlichten Meinung vorgegeben: Es können nur „die Rechten“ gewesen sein. Ermittelt wird einseitig in Richtung NPD-Umfeld – voreilig, wie sich inzwischen gezeigt hat.

Mehrere Festgenommene müssen wieder auf freien Fuß gesetzt werden, das Alibi lieferten Verfassungsschutz und Münchner Polizei. Nach vier Wochen wird Mannichls Passauer Kollegen die Zuständigkeit entzogen und dem Landeskriminalamt übertragen, welches bei Redaktionsschluß dieser Ausgabe ebenfalls noch im Dunkeln tappt.

300 Millionen Euro Staatshilfen in fünf Jahren

Der Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz, Heinz Fromm, sieht sich bemüßigt, klarzustellen, seine Behörde habe keinerlei Hinweise auf einen rechtsextremistischen Hintergrund. Der Passauer Oberstaatsanwalt Helmut Walch spricht von „Merkwürdigkeiten“. Und schließlich muß Bayerns Innenminister Joachim Herrmann sogar das Opfer öffentlich ermahnen, „die Ermittlungsarbeit seiner Kollegen nicht durch öffentliche Interview-Aussagen zu erschweren“.

Sachkundige Beobachter sind inzwischen sicher: Wären der oder die Täter tatsächlich in der rechtsextremistischen Szene zu suchen, hätte man sie längst gefunden. Schließlich wird das Umfeld der NPD gerade auch in Bayern intensiv und nahezu lückenlos beobachtet. Hinzu kommt, daß die NPD sich mit einer direkten oder indirekten Tatbeteilung selber den größten Schaden zugefügt hätte. Das Medienecho machte schnell deutlich: Endlich ist es da, das Argument für einen erneuten Verbotsantrag gegen die NDP, frei Haus geliefert von dieser selbst. Erst spät dämmerte die Einsicht, daß selbst verbohrte Extremisten kaum so dumm sein könnten.

Der Fall erinnert fatal an die sächsische Kleinstadt Sebnitz, deren Bewohner im Jahr 2000 pauschal als rechtsradikale Rassisten, ja als Sympathisanten von Kindesmördern vorverurteilt wurden – völlig zu Unrecht, wie sich herausstellte. Der damalige Ministerpräsident Kurt Biedenkopf mahnte, nicht alles, was mit Haß und Gewalt zu tun habe, sei Rechtsextremismus. Eine kluge Erkenntnis, die im Passauer Polizeipräsidium ebenso wenig angekommen ist wie in vielen Redaktionsstuben. Da brennen, wenn zum „Kampf gegen Rechts“ gerufen wird, schnell die Sicherungen durch.

Dahinter steckt allerdings auch ein gutes Stück Berechnung. Der „Kampf gegen Rechts“ hat sich längst zu einem florierenden Geschäft entwickelt. So hat die Bundesregierung, wie kürzlich in einer Bundestags-Fragestunde mitgeteilt wurde, allein für das Programm „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ über einen Zeitraum von fünf Jahren 192 Millionen Euro ausgeschüttet. Gefördert wurden 4500 Projekte und Initiativen. Hinzu kamen 85 Millionen aus EU-Kassen sowie jeweils zweistellige Beträge von den Bundesländern. Wer an diese „Staatsknete“ herankommen will, braucht „rechte Gewalt“, die es zu bekämpfen gilt. Und wo die Beweise fehlen, hilft notfalls die Phantasie.

Hans-Jürgen Mahlitz



„Kampf gegen Rechts“: Hierfür gehen viele bereitwillig auf die Straße. Bild: ddp

Alles, was rechts ist…

Was ist rechts, was ist links? Die Einteilung geht auf die Sitzordnung der französischen Nationalversammlung 1789 zurück: Rechts vom Parlamentspräsidenten saß der Adel, links das Bürgertum. In der Frankfurter Paulskirche 1848 wurden rechts die Befürworter der konstitutionellen Monarchie plaziert, links deren republikanische Gegner. Seither steht „links“ für sozial, fortschrittlich, international, „rechts“ für konservativ, bürgerlich, national.

Heute haben sich die weltanschaulichen Grenzen verwischt. Konservative können durchaus, wie Strauß einst formulierte, „an der Spitze des Fortschritts“ stehen, während sich im linken Lager Technologie- und Fortschrittsfeindlichkeit breitgemacht hat. Zudem haben sich Linke wie Rechte liberale Elemente angeeignet und reklamieren gern die "Mitte" für sich.

Die SPD hat Grüne und Kommunisten salonfähig gemacht

In den Gründerjahren der Bundesrepublik galt unter Demokraten der Konsens, sich klar gegen beide radikale und extremistische Ränder abzugrenzen. CDU und CSU duldeten „rechts von uns“ keine politische Kraft, SPD-Chef Kurt Schumacher brandmarkte die Kommunisten als „rotlackierte Nazis“.

Unter dem Einfluß der 68er wurde dieser Konsens aufgekündigt. Der verlogene DDR-Antifaschismus bemächtigte sich auch der westdeutschen Linken. Die SPD machte erst die Grünen, nun auch die SED-Erben als potentielle Koalitionspartner salonfähig. Und um zu verhindern, daß auch die Union neue „rechte" Partner findet, wurde der „Kampf gegen Rechts“ in Szene gesetzt. Er richtet sich nur vordergründig gegen Radikale und Extremisten, in Wahrheit gegen alles, was rechts ist – und in der Praxis heißt das oft: gegen alles, was nicht stramm links ist.

H.J.M.

Hitler pfui, Stalin hui?

Wachsamkeit nach beiden Seiten ist gefragt

Laut Verfassungsschutzbericht gab es 2007 (die Gesamtzahlen für 2008 kommen erst im Mai) 28 538 politisch motivierte Straftaten. Davon werden 17 607 der rechten und 5866 der linken Szene zugerechnet. In 2541 Fällen handelte es sich um Gewaltdelikte. Hiervon wiederum sind 980 rechtsextremistisch und „nur“ 833 linksextremistisch motiviert.

Beim größten Teil der rechtsextremistischen Straftaten handelt es sich um Propagandadelikte (11 935) oder um Volksverhetzung (3276). Auf der linken Seite werden derartige Delikte weder statistisch erfaßt noch verfolgt. So darf man zwar Stalin verherrlichen, nicht aber Hitler. Hakenkreuz und Hitlergruß sind verboten, das Che-Guevara-T-Shirt gilt als topmodisch und der Ruf „Deutschland verrecke!“ als alternatives Kulturgut. Das Leugnen schwerster nationalsozialistischer Verbrechen ist nicht nur dumm, sondern auch strafbar; wer hingegen Stalins millionenfache Massenmorde leugnet oder verharmlost, hat hierzulande nichts zu befürchten.

Auch bei der Auflistung extremistischer Gewaltdelikte profitiert die Linke von der einseitig geprägten Kreativität der Statistiker. Die insgesamt 980 rechtsextremistischen Verbrechen (überwiegend Körperverletzung) wurden zumeist von Einzeltätern begangen, während die oft von mehreren hundert vermummten „Autonomen“ gemeinschaftlich verübten Gewaltakte (wie Chaostage zum 1. Mai) als nur ein Delikt in die Statistik eingehen; so kommt man natürlich zu deutlich niedrigeren Zahlen.

Nötig wäre »Kampf gegen Extremismus«

Interessant ist ein Vergleich mit der allgemeinen Kriminalitätsstatistik: Von den 2347 Mord- und Totschlagsdelikten 2007 war kein einziger links- oder rechtsextremistisch motiviert. Und von 154 849 Fällen von Körperverletzung sind den Rechtsextremisten 845 (0,5 Prozent) und den Linksextremisten 384 (0,22 Prozent) zuzuordnen.

Politisch motivierte Gewalt, gleich von welcher Seite sie kommt, ist auf keinen Fall akzeptabel oder entschuldbar, sie muß mit allen Mitteln des Rechtsstaats bekämpft werden. Dazu gehört freilich auch, daß dieser Rechtsstaat nicht auf einem Auge blind ist. Und dazu gehört etwas mehr Augenmaß: Dieses unser Land ist weder durch linke oder rechte Straftaten noch durch allerlei ärgerliche Geschmacklosigkeiten in seiner Substanz gefährdet – sofern wir nach allen Seiten wachsam sind.

Beim „Kampf gegen Rechts“ wird zudem häufig verdrängt, daß eine Gefahr politischer Einflußnahme durch rechtsextremistische Kräfte auch nicht ansatzweise zu sehen ist. Wenn Parteien wie NPD oder DVU es hier und da in Landtage schaffen, so haben sie doch noch nie an irgendwelchen Entscheidungen mitzuwirken vermocht. Im Gegenteil: Meist scheitern sie schnell an eigener Politikunfähigkeit sowie an ihren moralischen Schwächen – viel zu bekämpfen bleibt da nicht.

Anders auf der linken Seite: Da sitzt die Partei der Stasi-Spitzel und Mauermörder unter neuem Namen bereits in einem Bundesland mit auf der Regierungsbank – alter Wein in neuen Schläuchen. Kampf gegen Extremismus in der deutschen Politik – statt „Kampf gegen Rechts“ müßte das eigentlich heißen: „Kampf gegen Links“.

H.J.M.

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur
Konrad Badenheuer
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Leserbriefe, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil:** Silke Osman; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, EDV:** Florian Möbius; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Wilhelm v. Gottberg, Sophia E. Gerber (Venedig), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Jürgen Mahlitz, Liselotte Millauer, Jean-Paul Picaper.

Verlag: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Oberstraße 14 b, 20144 Hamburg. **Verantwortlich für den Anzeigenteil:** Knut Bantow. Es gilt Preisliste Nr. 28.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung/Das Ostpreußenblatt* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2006: Inland 8,30 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 10,50 Euro, Luftpost 14,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung/Das Ostpreußenblatt* werden mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung/Das Ostpreußenblatt* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung/Das Ostpreußenblatt* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

E-Mail:

redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **1217**

Neue Macht im Bundesrat

Die FDP ist nach der Hessenwahl in komfortabler Lage – Spitzenergebnis mit blassem Spitzenkandidaten

Nach dem 16-Prozent-Erfolg in Hessen fordert die FDP drei Ministersessel. Die Koalition mit Kochs CDU verschafft den Liberalen eine Mitsprachemöglichkeit im Bundesrat. Für die CDU ist das Ergebnis zweischneidig: Sie ist froh über die schwarz-gelbe Option nach der Bundestagswahl, muß aber bis dahin neue Konflikte mit der SPD befürchten.

Die FDP ist wieder da. Bei der hessischen Landtagswahl fuhr die Partei mit ihrem eher blassen Spitzenkandidaten Jörg-Uwe Hahn rekordverdächtige 16,2 Prozent Wählerstimmen ein. Viele davon dürften früher CDU und SPD gewählt haben. Die FDP sichert damit Ministerpräsident Roland Koch (CDU) das Weiterregieren. Das glänzende Ergebnis stärkt machtpolitisch der FDP den Rücken und schwächt die Große Koalition im Bund: SPD und Unionsparteien fehlt ab sofort im Bundesrat die Mehrheit. Der Ruf nach Nachbesserungen am Konjunkturpaket ist schon vernehmbar, ein Stichwort heißt Schuldenbremse.

Die Große Koalition zwingt die CDU laufend zu Kompromissen, die viele bürgerliche Wähler in die Arme der FDP treiben. Wollte die CDU vor der letzten Bundestagswahl der FDP noch geradezu das marktliberale Zepter entreißen, arrangierte sich die Union anschließend mit den Sozialdemokraten in vielen Augen bis zur inhaltlichen Selbstaufgabe. Während der Bankenkrise plädierten CDU-Strategen gar für Teilverstaatlichungen von Unternehmen.

Außerdem irritierte die Union ihre Anhänger mit den minimalen Steuerentlastungen, die sie durchsetzte. Guido Westerwelle höhnte, die Entlastung betrage nicht mehr als „eine Currywurst mit Mayo – ohne Pommes“. Tatsächlich haben sich die Unionsparteien mit der Mini-Entlastung womöglich selbst ein Bein gestellt: Entweder sie fordern weiterhin nach der Wahl eine „richtige“ Steuersenkung – dann müssen sie zugeben, daß die jetzige mickrig war. Oder sie nennen die jetzige Entlastung bedeutend – dann weiß jeder, daß es nach der Wahl keine weitere Steuersenkung geben wird. Das aber nützt der SPD und – aus entgegengesetzten Gründen – auch der FDP. Sie kann sich im Wahlkampf dann erst recht als Steuersenkungspartei profilieren und im Gehege von CDU und CSU wildern.

Nach bald elf Jahren Opposition lockt die FDP die Aussicht auf Teilhabe an der Macht in Berlin gewaltig. Die Oppositionsbänke gelten als hart – gerade für die FDP. Jahrzehntelang war sie bundespolitisch das Zünglein an der Waage. Bei diesem Selbstverständnis führt das Oppositionsdasein nahe an die Bedeutungslosigkeit. „18 Prozent“-Kampagnen und andere Kapriolen sollten in vergangenen Wahlkämpfen Besserung bringen, beschädigten aber nur das Image.

Heute hingegen gibt sich die FDP verantwortungsbewußt fern aller Blockadeübungen. Die FDP werde

> Die Mini-Entlastung könnte der Union erheblich schaden

im Bundesrat „sinnvolle Maßnahmen mittragen“, erklärte Westerwelle staatstragend in der Bundestagsdebatte zum Konjunkturpaket.

Den neuen Stil sollten die Großkoalitionäre aber nicht als Machtvergessenheit mißverstehen. Niedersachsens designierter Wirtschaftsminister Philipp Rösler, der neue Star der Liberalen aus Hannover, wich in der Sache keinen Fußbreit zurück: „Die vorgesehenen Steuersenkungen sind doch ein Hohn: drei Milliarden Euro.“ Setze man das in Bezug auf die 80 Millionen Einwohner, „macht das 3,10 Euro pro Monat für jeden“. Eine Blockade des Konjunkturpakets lehnte er ab, verlangte von der Großen Koalition aber – bereits mit Hinweis auf den absehbaren Wechsel in Hessen und damit im Bundesrat – Gesprächsbereitschaft.

Innerhalb der FDP sind die Wogen derzeit glatt. Unspektakulär verlief daher auch ihr sogenannter Europaparteitag in Berlin. Erwartungsgemäß bestimmten 95 Prozent der Delegierten die 38jährige Silvana Koch-Mehrin erneut zur Spitzenkandidatin für die Europawahl. Unter ihrer Führung gelang den Liberalen nach zehnjähriger Abstinenz 2004 der Wiedereinzug in das Europäische Parlament. Koch-Mehrin, ganz bürgernahe Wahlkämpferin, verwahrte sich gegen die Regelungswut der EU-Kommission, die sich um unsinnige Bestimmungen wie das Verbot von Glühbirnen kümmere. Die Liberalen hätten „auch in Europa bei Bürgerrechten eine Wächterfunktion“. Parteichef Westerwelle erinnerte unterdessen an die friedensichernde Funktion der europäischen Integration.

Die Glanzlosigkeit der Großen Koalition ernüchtert viele Unionspolitiker. Sie sehnen sich zurück zu einer Zusammenarbeit mit den Liberalen. Während sich Kanzlerin Merkel zunächst alle Türen offenhalten wollte, preschte CSU-Chef Horst Seehofer mit einer Koalitionszusage für die FDP vor. Namhafte Christdemokraten wie NRW-Ministerpräsident Jürgen Rüttgers legten nach und brachten die Kanzlerin in Zugzwang. Daß gerade Seehofer und Rüttgers nun die schwarz-gelbe Karte ziehen, ist auf den ersten Blick verblüffend. Denn beide gehören klar zum sozialen Flügel der Union. Wenn es nur nach den Inhalten ginge, müßte gerade Seehofer und Rüttgers die Große Koalition lieber sein als ein Bündnis mit der FDP. Nur Motive im taktischen Bereich machen die Initiative, die der Kanzlerin die Arbeit eher erschwert, verständlich.

Merkel jedenfalls bekannte sich auf der Klausurtagung der CDU-Spitze in Erfurt zum „Wunschpartner“ FDP. Deren Chef Westerwelle wiederum läßt die Union zappeln und will sich erst im Sommer äußern. Genüßlich dürfte die FDP-Spitze beobachten, wie sich führende Unionsrepräsentanten verbal und programmatisch auf die FDP zubewegen, während sie sich gleichzeitig an der schwierigen Koalition mit der SPD abarbeiten. Das verspricht der FDP wieder eine reiche Ernte. *Jost Vielhaber*



Rückenwind aus Hessen: Von der Schwäche der SPD haben die Liberalen am meisten profitiert. Bild: ddp

MELDUNGEN

Sachsen ehrt Putin

Dresden – In der Stadt, in der der russische Ministerpräsident Wladimir Putin zu DDR-Zeiten als KGB-Offizier tätig war, verlieh Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) dem Russen im Rahmen des Semper Opernballes den „Sächsischen Dankesorden“. Putin bedankte sich auf Deutsch für die Ehrung, die ihm für seine Verdienste im deutsch-russischen Kulturaustausch zuteil wurde. 2001 kam es aufgrund von Putins Einsatz zur Rückgabe dreier Gemälde, die Soldaten der Roten Armee nach dem Zweiten Weltkrieg erbeutet hatten. Kritiker bemängeln jedoch, daß der Geehrte keineswegs alles in seiner Macht Stehende tue, um die danals entwendeten Kulturgüter wieder nach Deutschland zu überführen. Auch zahlreiche Menschenrechtler verurteilten die Würdigung Putins. *Bel*

Bekehrung als Asylgrund

Freiburg – Das Verwaltungsgericht Freiburg hat den Religionswechsel eines Flüchtlings als Asylgrund anerkannt. Mit seiner „nachhaltigen Entschlossenheit, sein Leben als Christ zu führen und dies nach außen kundzutun“, riskiere der aus dem Iran stammende Mann in seiner Heimat schwere Verfolgungen, heißt es in dem jetzt bekannt gewordenen Urteil von Ende November. Bei seiner Einreise nach Deutschland 2002 war der 44jährige noch Moslem gewesen. In den folgenden Jahren bekam er Kontakt zu einer Baptistengemeinde und wurde Christ. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hatte zuvor in der Hinwendung zum Christentum nur einen Versuch gesehen, der drohenden Abschiebung zu entgehen. Anders sah es das Gericht. Zur Religionsfreiheit gehöre das Recht, den christlichen Glauben anzunehmen und sein Leben daran auszurichten. *idea*

Russki-Deutsch (1):

Wodka

Von Wolf Oschlies

Wenn Russisch wirklich so schwer wäre, wie ihm immer nachgesagt wird, dann gäbe es im Deutschen nicht so viele russische Wörter von allgemeinem Bekanntheitsgrad. Gute 1000 Jahre Kontakt haben eben ihre sprachlichen Spuren hinterlassen – von Uralt-Russizismen wie „Zobel“ und „Juchten“ bis zu neuesten wie „Glasnost“ und „Perestrojka“. Wie viele es genau sind, ist unter Experten umstritten. Ich tippe auf rund 300, von denen ich künftig einige „Perlen“ vorstellen möchte. Und darauf brauch' ich einen Wodka.

Der letzte Satz ist ein Zitat aus der Operette „Polenblut“ von Oskar Nedbal (1874–1930). Ähnlich klang es 1926 in Walter Goetzes „Adrienne“ („er wird von ihr zum Wodka invitiert“) – gar nicht zu reden vom „Wodka-Fox“ aus den 1950er Jahren („Gib mir den Wodka, Anuschka“) oder Jahre später Udo Jürgens' „Babuschkin“ („Wodka gut für Trallala“). Wodka macht sangesfroh!

Als Genueser Kaufleute ihn im frühen 15. Jahrhundert nach Rußland brachten, stieß er dort auf Ablehnung. 1472 schuf Fürst Iwan III., Großvaters Iwans des Schrecklichen, ein staatliches Wodka-Monopol, womit das „Wässerchen“ (wie „Wodka“ wörtlich heißt) auf Ewigkeit über die Russen schwappte – mit verheerenden Folgen: 30 Prozent der russischen Männer und 15 Prozent der Frauen sterben vorzeitig am Suff.

„Wutki-Kaputki“ nannte sich ein Buch, das der deutsche Satiriker Artur Lokesch zu Beginn des Ersten Weltkriegs veröffentlichte. Bis in die 1930er Jahre tauchte dieser Wutki in ungezählten Büchern, Chansons, Reiseschilderungen etc. auf, von Wodka war keine Rede mehr. Daran war polnischer Spracheinfluß schuld. Die Polen, seit dem späten 18. Jahrhundert unter russischer Fremdherrschaft, liebten den Wodka auch, schrieben ihn aber „Wudka“. Wie allgegenwärtig Wódka bei Polen ist, verewigte deren großer Lyriker Julian Tuwim 1935 in seinem legendären „Polski Slownik Pijacki“ (Polnischen Säuferlexikon), bis heute ein Born für Kenner.

Inzwischen trinkt (und produziert) die ganze Welt Wodka, was zu Zeiten von Michail Gorbatschow und US-Präsident Ronald Reagan ein DDR-Witz so erfaßte: Die Amis trinken Wodka Gorbatschow, die Russen Reagan-Wasser.

Verstärker des »Antiparteienaffekts«

Welches Potential haben die Freien Wähler? – Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung

In den Kommunen Baden-Württembergs sind die Freien Wähler die stärkste Kraft, bei den Landtagswahlen treten sie dort jedoch nicht an. Die bayerische Wahl am 28. September 2008 war für diese Gruppierung insofern ein besonderes Datum: Mit gleich 10,2 Prozent gelang ihr erstmals der Sprung in ein Landesparlament. Erwächst hier den „bürgerlichen“ Parteien CDU, CSU und FDP Konkurrenz?

Die Studie „Die Freien Wähler in Deutschland. Geschichte – Struktur – Leitlinien“, die jetzt im Auftrag der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) veröffentlicht wurde, untersucht diese Frage eingehend. Die Freien Wähler lassen sich laut Autor Florian Weitzker, der über dieses Thema seine Diplomarbeit geschrieben hat, „in Abgrenzung zu den Parteien als jene Gruppe definieren, die sich außerhalb der politischen Parteien in den kommunalen Gebietskörperschaften um Mandate“ bewirbt. In zwölf Bundesländern existieren derzeit Landesverbände, der Bundesverband dient vornehmlich der Repräsentation, Koordination und Information dieser Landesverbände. Die Freien Wähler geben sich betont ideologiefern und sachbezogen. Zu ihren Wählern gehören überdurchschnittlich viele Beamte, Selbständige und Angestellte.

„Je kleiner die Gemeinden sind, desto größer sind die Erfolge der Freien Wähler. Sie profitieren vom personenorientierten Wahlrecht sowie dem Nichtvorhandensein einer Fünf-Prozent-Hürde“, so Weitzker. Die Freien Wähler schließen ein Engagement auf Bundesebene nicht mehr aus, was freilich die Gründung einer Bundespartei voraussetzen würde und daher jedenfalls bei der Bundestagswahl 2009 sehr unwahrscheinlich ist.

> Kaum geeignet, konservativen Anliegen Gehör zu verschaffen

Das Phänomen der Freien Wähler ist nicht neu, sie existieren seit der Nachkriegszeit. Heute profitieren sie von der Politik- beziehungsweise Politiker- und Parteienverdrossenheit. Mit Blick auf die Zahlen bezeichnen sich die Freien Wähler selbst gern als die „größte Bürgerbewegung unseres Landes“. Rund 270 000 Personen gehören ihnen an.

Die KAS-Studie arbeitet heraus, daß sich die Freien Wähler vor allem als Multiplikator des Antiparteienaffekts verstehen. Ihrer Ansicht nach hat die etablierte Politik versagt. Im Gegensatz zum angeblich vorherrschenden Parteisoldatentum beschreiben sie sich selbst als unabhängige, nur ihrem Gewissen verantwortliche Persönlichkeiten in den Parlamenten.

Weitzker zufolge werden die Freien Wähler freilich ihrem eigenen Anspruch, bei der Zusammensetzung der Listen die Bevölkerung widerzuspiegeln, nicht gerecht. Der Selbständigenanteil ist sehr hoch, Arbeiter finden sich hingegen kaum. Auch Hausfrauen und Rentner sind unterrepräsentiert. Der Autor kritisiert die programmatischen Leerstellen: „In der überwiegenden Mehrheit wird in den Leitlinien viel Kritik deutlich, ohne daß jedoch konkrete Gegenvorschläge gemacht werden.“

Wie bereits gesagt: Je größer Gemeinden sind, desto geringer fällt der Stimmenanteil der Wählergemeinschaften aus. In mittleren und größeren Städten seien die Listen Freier Wähler oftmals mittelständische Interessenvertretungen von Selbständigen und Freiberuflern.

Dieser altliberale Honoratiorencharakter macht die Freien Wähler in den baden-württembergischen Gemeinderäten schon seit Jahren zur stärksten Kraft. Mindestens seit 1975 sind sie hier mit einer Ausnahme stärkste Kraft in den Gemeinderäten (bezogen auf ihre Mandate). In Bayern stellen die Freien Wähler nach eigenen Angaben aktuell 15 Landräte und 800 Bürgermeister. In kleineren Gemeinden, wo die Parteien relativ schwach sind, spielen sie teilweise eine dominierende Rolle.

Der bisher einzige Erfolg auf Landesebene gelang den „Freien“ bei der bayerischen Landtagswahl im vergangenen September, womit sie allerdings in gewisser Weise ihre „kommunalpolitische Unschuld“ verloren.

Nun sei nicht auszuschließen, daß auch die Freien „verstärkt parteiähnliche Strukturen herausbilden werden, um auf Landesebene dauerhaft erfolgreich zu sein“, erläutert Weitzker. Zweifel an weiteren Erfolgen sind allerdings angebracht, denn die Situation in Bayern, wo die CSU 46 Jahre lang allein regiert hat und wo den Freien Wählern zudem mehrere landesweit bekannte Kandidaten zur Verfügung standen, ist singulär. Die Freien Wähler eignen sich deswegen auch nicht dazu, endlich wieder verstärkt konservativen Positionen Gehör zu verschaffen. *Ansgar Lange*

MELDUNGEN

Ankara drängt in die EU

Brüssel – Um den im Jahr 2005 ins Stocken geratenen Beitrittsverhandlungen neuen Schwung zu verleihen, hat der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan der EU in Brüssel erstmals seit fünf Jahren wieder einen Besuch abgestattet. Erdogan drängte auf ein Treffen mit allen wichtigen Repräsentanten der EU und betonte immer wieder die Reformbereitschaft der Türkei. Bis 2013 will Ankara alle Bedingungen für einen EU-Beitritt erfüllen. Erdogan verlieh seinem Willen zusätzlichen Nachdruck, indem er Egemen Bagis zum ersten EU-Minister seines Landes kürte. Der 38 Jahre alte Erdogan-Vertraute soll Verhandlungsführer für die EU-Beitrittsgespräche sein. *Bel*

Waffenruhe im Kongo?

Nairobi – Die Anfang Januar von Agenturen verbreitete Meldung, die ostkongolesischen Tutsi-Rebellen hätten ihren Führer General Laurent Nkunda abgesetzt, ist offenbar übertrieben. Doch immerhin scheint sich ein beachtlicher Teil seiner Offiziere mit ihren Truppen von Nkunda abgewandt zu haben. Sie streben einen Waffenstillstand mit den Regierungstruppen und eine politische Lösung des Konfliktes an. *Bel*

Machtkampf in Simbabwe

Harare – „Ich hoffe, wir finden eine politische Lösung, um dieses Land vor dem totalen Zusammenbruch zu bewahren“, sagte der simbabwische Oppositionsführer Morgan Tsvangirai vor politischen Gesprächen. Doch Präsident Mugabe ist auch jetzt nicht zur Machtteilung bereit.

Lettland im Ausnahmezustand

Premierminister Ivar Godmanis bietet seinen Rücktritt an, um die Ruhe wiederherzustellen

Zehntausende protestierten vergangene Woche vor dem Parlamentsgebäude am historischen Domplatz in Riga gegen ein schmerzhaftes Sparprogramm. Als die Demonstration in eine Massenunruhe ausartete, griff die Polizei gewaltsam durch. Auch im litauischen Wilna ist es zu Unruhen gekommen.



Eskalation der Gewalt in Riga: Die Polizei ging mit Tränengas und Schlagstöcken gegen Randalierer vor. Bild: pa

Die Bilanz der Protestkundgebung gegen die lettische Regierung ist beachtlich: Zahlreiche Fensterscheiben gingen zu Bruch, ein Polizeifahrzeug brannte aus, drei Polizisten wurden schwer verletzt. Insgesamt mußten 40 Personen im Krankenhaus behandelt werden, über 126 Menschen wurden festgenommen. Eine Gruppe jugendlicher Demonstranten warf mit Steinen, Schneebällen und Flaschen und bewegte sich auf das Parlamentsgebäude zu, in der Absicht, es zu stürmen. Dies führte zum Zusammenstoß mit der Polizei.

Was sich in Riga während der Protestkundgebung gewaltsam entlud, ist der Frust über einen Stabilisierungsplan und eine Reihe von Maßnahmen, die die lettische Regierung getroffen hatte, um der Finanzkrise zu begegnen. In erster Linie richteten sich die Proteste gegen die vorgesehene Kürzung der Ausgaben in allen staatlichen Einrichtungen um 15 Prozent. Diese ist mit Gehaltskürzungen und gleichzeitigen Steuererhöhungen verbunden.

Zur Zeit steckt Lettland tief in der Rezession. Einst als „Musterschüler“ und „baltischer Tiger“ im postsowjetischen Raum gelobt, stürzte die Wirtschaftsentwicklung nach einem Höhenflug von über zehn Prozent Bruttoinlandprodukt-Wachstum gleichsam aus großer Höhe ab. Nach einem Nullwachstum im vergangenen Jahr rechnen Experten für 2009 mit einem Rückgang von fünf Prozent des Bruttoinlandprodukts. Pessimisten befürchten sogar zehn bis 15 Prozent Rückgang. Die Preise steigen ungebremst im zweistelligen Prozentbereich. Neben Frust über die wirtschaftliche Depression kommen in den Protesten aber auch Unzufriedenheit über die politische und gesellschaftliche Lage zum Ausdruck.

In Zeiten der Finanzkrise treten die Probleme der lettischen Wirtschaft deutlich zutage. Die bittere Wahrheit, daß der kometenhafte Aufstieg der baltischen Staaten nach dem Zerfall der Sowjetunion nur durch den Zufluß ausländischen Kapitals möglich war, wird sichtbar. Das plötzliche Versiegen dieser Kapitalzuflüsse zwingt die Regierungen zu Notmaßnahmen. Die lettische Zentralbank hat ein Fünftel ihrer Devisenreserven verbraucht, um die nationale Währung, den Lat, zu stützen. Sie beantragte darüber hinaus Hilfen bei der EU und beim IWF und anderen Einrichtungen zur Stützung der Wirtschaft. Diese haben Lettland einen Stabilisierungskredit in Höhe von 7,5 Milliarden Euro zugesagt.

Trotz der Hilfe wird ein starkes Ansteigen der Staatsverschuldung auf bis zu 50 Prozent des Bruttoinlandprodukts in den nächsten drei Jahren erwartet. Bei einem gleichzeitigen Rückgang der Steuereinnahmen bliebe dann ein Defizit im Staatshaushalt unvermeidlich. Zu allem Übel wird ein drastischer Anstieg der Arbeitslosenquote erwartet. Experten halten einen Anstieg auf 20 Prozent für möglich.

Bald 20 Prozent der Letten ohne Arbeit?

Die zur Zeit regierende Mitte-Rechts-Koalition unter Premierminister Ivar Godmanis ist erst seit einem Jahr im Amt. Sie setzt sich aus sechs rechten, wirtschaftsfreundlichen, aber auch zum Teil extrem nationalen Parteien zusammen. Seit Beginn der Koalition reißen Meldungen über Korruption, Vetternwirtschaft und Skandale nicht ab. Nur noch zehn Prozent der Letten vertrauen ihrer Regierung.

Zu der Protestkundgebung hatten Oppositionsparteien, Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen aufgerufen, unter ihnen der ehemalige Außenminister Artis Pabriks sowie der ehemalige Wirtschaftsminister Ajgar Stokkenberg. Gemeinsam mit den Demonstranten forderten sie die sofortige Auflösung des Parlaments. Beklagt wurde die Inkompetenz der Regierung, und daß die Lasten der Krise den schwächsten Schultern, denen der breiten Masse, aufgebürdet werden solle. Präsident Valdis Zatlers und Premier Ivar Godmanis halten die Unruhen für einen zielgerichteten, von langer Hand vorbereiteten Umsturzversuch der Oppositionspolitiker.

Premier Ivar Godmanis gab seinen freiwilligen Rücktritt bekannt, wenn damit der Frieden wiederhergestellt werden könne. Präsident Zatlers ordnete eine Regierungsumbildung bis zum 31. März an. Sollte diese erfolglos bleiben, wird das Parlament aufgelöst.

Unruhen in Athen, nun in Riga und Wilna (Vilnius): Einige Experten gehen davon aus, daß dies erst der Anfang ist, und Europa in Zukunft mit weiteren Unruhen in bislang ruhigen Regionen rechnen muß. *Manuela Rosenthal-Kappi*

Im Griff der Frauen

Frankreich: Ministerinnen sorgen für Wirbel

Wenn du zum Weibe gehst, vergiß die Peitsche nicht“, hat Nietzsche geschrieben. Es ist aber nicht Sarkozys Stil, mit den sieben Ministerinnen und den vier Staatssekretärinnen in seiner Regierungsmannschaft brutal umzugehen. Er mag Frauen. Der jüngste Stellenwechsel am Kabinettstisch hat die Frauen ausgeklammert. Er betraf nur Männer.

Dabei hatte es nicht an Symptomen gemangelt, daß der Aktivist im Elysee-Palast von einigen seiner Favoritinnen genug hatte. Die beiden „Enfants terribles“, Fadela Amara, Staatssekretärin für die sensiblen Stadtbezirke, eine Frau aus der algerischen Immigration, und die schwarze Schönheit aus Senegal Rama Yade, die als Staatssekretärin im Außenministerium die Menschenrechte vertritt, benutzen oft eine drastische Sprache, die Vorgänger von Sarkozy längst erzürnt hätte. Aber es passiert ihnen nichts.

Rama Yade hat sich unbeliebt gemacht, als sie es ablehnte, die Liste der Mehrheitspartei UMP für die Europawahlen in der Ile-de-France anzuführen. So etwas betrachtet Sarkozy als Fahnenflucht. Ihr Dienstherr, Außenminister Bernard Kouchner, setzte eins darauf, sagte herablassend: „Sie tut, was sie eben kann. Ein Land zu regieren, verträgt sich nicht mit Engelhaftigkeit. Es war ein Fehler, überhaupt eine Staatssekretärin für Menschenrechte zu berufen.“ Frau Yade erhielt eben nicht den freiwerdenden Posten des Staatssekretärs für Europa, worauf sie ein Auge geworfen hatte. Aber Kouchner verlor zehn Punkte in den Umfragen und die junge Staatssekretärin stieg auf 66 Prozent. Die Befragten schätzten „ihre mutigen Stellungnahmen“.

Franzosen fragen, wer der Vater ist

Sarkozy kann die Sessel „seiner“ Frauen nicht in Schleudersitze verwandeln. Sie kleben alle daran. Als neulich die Kollegin Rachida Dati nur fünf Tage nach der Geburt – per Kaiserschnitt – ihres Kindes an den Kabinettstisch zurückkam („Schwangerschaft ist keine Krankheit“, warf sie ein), wurde ihre Eile, wieder zu malochen, von 56 Prozent der Franzosen mißbilligt.

All das hat aber die Frage nicht gelöst, wer der Vater des Kindes ist. Der spanische Premier Zapatero? Oder der jüngere Bruder von Sarkozy? Der Präsident selbst auf keinen Fall. Carla Bruni hat ihn fest im Griff. *J.-P.-Picaper*

Zum Mord an Weißen aufgerufen

Sudan: Sicherheitschef droht dem Westen für den Fall, daß der Strafgerichtshof ermittelt

Wer in diesen Tagen als sogenannter „Mensch aus dem Westen“ in den Sudan reist, begibt sich in tödliche Gefahr. Eine landesweite Hetzkampagne gegen Ausländer ist die Antwort der Regierung dieses streng islamischen, nordostafrikanischen Landes auf den Versuch des Internationalen Strafgerichtshofes, die militante Militärjunta in der Hauptstadt Khartum für die beispiellosen Verbrechen der letzten Jahre an Schwarzafrikanern zur Verantwortung zu ziehen. Die Auseinandersetzungen in Darfur forderten 400 000 Tote und trieben 2,5 Millionen Flüchtlinge in Hungersnöte und beispielloses Elend.

Der Chef der Nationalen „Intelligence Agency“, Salah Gosh, versteckte einen Aufruf zur Gewalt geschickt in einer Sicherheitswarnung: Sollte Präsident Omar al-Beshir, wie angekündigt, wegen Kriegsverbrechens und schwerer Vergehen gegen die Menschenrechte von internationalen Gremien zur Rechenschaft gezogen werden, könne er für die Sicherheit westlicher Reisender nicht mehr garantieren.

Schon der Besitz einer Bibel ist strafbar

Die Drohung ist unmißverständlich. Denn vor diesem Hintergrund rufen ungestraft und mit Billigung der Politik militante Gruppen landesweit zur Attacke gegen alle „Westerner“ auf. Das Klima für ihre Haßparolen ist günstig, da gegenwärtig ohnehin Tausende von Protestmarschierern wegen der Bombardierung der Palästinenser im Gaza-Streifen durch Israel gnadenlose Rache an allen aus dem Westen Einreisenden ohne Unterschied der Nationalität fordern. Eine Spirale neuer Gewaltbereitschaft steht bevor.

Die Haftbefehle des Internationalen Strafgerichtshofs gegen Ahmad Harun, Staatsminister für humanitäre Angelegenheiten, und Ali Kuschaib, Führer der sogenannten Dschandschawid-Milizen, die bei der Jagd auf Schwarze führend sind, werden von den Machthabern in Khartum ignoriert, die Gremien und ihre Beschlüsse ohnehin nicht anerkannt und, so Gosh, als „politische und nicht juristische Kampagne zur Aufweichung der Regierung“ abgetan.

Auch entsprechende Uno-Resolutionen verpuffen am Veto Chinas, das auf die Erdöllieferungen aus dem Sudan angewiesen ist und zudem als größter ausländischer Investor in dem rohstoffreichen Land gelten darf. Allein 205 000 Barrel fließen täglich in die Volksrepublik, und es werden eher mehr, da die Förderung 2009 von 500 000 Barrel auf 600 000 gesteigert werden soll.

Mit einer Fläche von 2,5 Millionen Quadratkilometern ist der Sudan etwa siebenmal so groß wie die Bundesrepublik und ernährt rund 38 Millionen Bürger, von denen 52 Prozent Schwarzafrikaner und 36 Prozent arabischer Abstammung sind. Der Islam (70 Prozent Sunniten) ist Staatsreligion. Eine strenge Scharia, die selbst die Vergewaltigung junger, oft zwangsverheirateter Frauen als Ehebruch mit dem Tode der Vergewaltigten bestraft, ist Teil eines immer weiter um sich greifenden Islamisierungsprozesses, der vor allem schwarze Christen trifft. Immerhin gilt diese strenge Rechtsordnung in über 50 Ländern dieser Erde, in denen – wie etwa im westafrikanischen Mauretanien – schon der Besitz einer Bibel strafbar sein kann. Die Machtergreifung der sudanesischen Hardliner im Jahr 1989 hat schließlich dazu geführt, daß im Land selbst etwa fünf Millionen Menschen aus ihren angestammten Gebieten vertrieben worden sind.

China sind Rohstoffe wichtiger als Menschenrechte

Beobachter schätzen, daß im Sudan zudem noch etwa 100 000 Sklaven, meist Frauen und Kinder der Dinka- und Nubastämme, gehalten werden – ein Staat also, der weit von den Regeln der zivilisierten Welt entfernt ist und der dennoch die westliche Gesellschaft als amoralisch strikt ablehnt.

Nach Salah Gosh existiert in seinem Staat kein Terrornetzwerk und schon gar nicht die Al Kaida des Osama bin Laden. Diese sei ohnehin keine Organisation, wie der Westen behaupte, sondern eine Idee. Und Ideen ließen sich nicht mit Waffen bekämpfen.

Die schweren ethnischen und religiösen Unruhen entbrannten nach der Übernahme der Gewalt durch das islamorientierte Militär 1998. Ein Ende dieses Konflikts ist trotz Einsatzes von Uno-Blauhelmen in Darfur und internationaler Bemühungen kaum abzusehen. Herkömmliche, westliche Diplomatie scheint angesichts solcher weltweit um sich greifender Hardliner nicht nur im Sudan zur Ohnmacht verdammt. *Joachim Feyerabend*

Der Steuerzahler als Müllschlucker?

Rufe nach einer »Bad Bank« werden lauter – Die Bundesregierung sträubt sich zu Recht

Die deutschen Banken sitzen offenbar immer noch auf „giftigen" Papieren von bis zu 300 Milliarden Euro, erst ein Viertel der entsprechenden Verluste ist abgeschrieben. Nach dieser Horrormeldung sind die Rufe nach einer sogenannten „Bad Bank" lauter geworden. Noch lehnt die Bundesregierung dieses Ansinnen ab.

Die weltweite Wirtschaftskrise hat als Bankenkrise begonnen. Flugs spannte die Politik diverse Rettungsschirme auf, um die Branche vor dem Absturz zu bewahren. Bei vielen Bürgern stießen diese Maßnahmen auf Unverständnis. Die Volksvertreter hatten ihre liebe Not, der Bevölkerung zu erklären, daß sie nicht die als arrogant verschrienen Banker retten wollten, sondern daß es ihnen vor allem um die Wirtschaft als Ganzes und um Millionen Arbeitsplätze ging.

Doch das 480-Milliardenpaket reicht womöglich nicht aus, wie neue Hiobsbotschaften aus der Finanzbranche befürchten lassen. Einen Verlust von sage und schreibe 4,8 Milliarden Euro mußte die Deutsche Bank allein für das vierte Quartal 2008 bekanntgeben – und das, obwohl im Zuge des Bankenrettungspakets der Bundesregierung bereits die Bilanzierungsregeln gelockert worden waren und gerade die Deutsche Bank als relativ gesund galt. Am Wochenende sickerte ein Bundesbankbericht durch, daß in den Büchern der 20 größten deutschen Kreditinstitute noch „toxische" Papiere von knapp 300 Milliarden Euro lagern. Erst ein Viertel davon sei abgeschrieben, die Ausfallrisiken werden auf astronomische 200 Milliarden Euro geschätzt. Aus dem Bankensektor wurde nun erneut der Ruf nach einer sogenannten „Bad Bank" laut. Dabei handelt es sich um ein vom Staat finanziertes Institut, daß alle „faulen" oder „toxischen" Wertpapiere der Geldinstitute aufkaufen soll.

Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) kann sich noch gar nicht mit der Idee anfreunden, daß eine eigenständige staatliche Institution den Banken deren faule Wertpapiere, die an den Märkten nur noch einen Bruchteil ihres ursprünglichen Wertes haben, zu hohen Preisen abkauft. Die Risiken für die Steuerzahler seien zu groß. Eine solche Bad Bank müßte nämlich, wenn sie funktionieren sollte, mit Steuergeldern in Höhe von mindestens 150 bis zu 200 Milliarden Euro ausgestattet sein. Nur ein Bruchteil käme im Laufe der folgenden Jahre wieder als Staatseinnahme herein.

Nicht nur für den Steuerzahler wäre eine Bad Bank also ein Albtraum. Auch ordnungspolitisch kann man diese Idee einer staatlichen Finanz-Müllhalde als Stück aus dem Tollhaus betrachten. Unverantwortlich agierende Banker wären ihrer Verantwortung enthoben, außerdem würden kaum lösbare Bewertungsfragen auftreten: Zu welchen Preisen sollte eine Bad Bank all die ins bodenlose gefallenen „CDO"- und „ABS"-Papiere, die artifiziellen Anleihen und die bis zu vierfach verschachtelten Derivate auf Hypothekenbasis übernehmen? Kaufte sie zum aktuellen Marktwert, dann würden die Banken nicht entlastet. Zahlte sie mehr, dann wäre das nach dem bisher geltenden öffentlichen Recht ein beinahe krimineller Akt der Begünstigung, der aber eben gerade das Funktionsprinzip der Bad Bank darstellt. Also stellt sich sofort die Frage: *Wieviel mehr* als der Verkehrswert soll gezahlt werden, und *welches* Kreditinstitut soll in die Lage kommen, ganz offen solche Geschäfte zu machen?

Nur die „systemisch wichtigen" Banken oder auch kleinere Institute. Schlösse man letztere aus, weil ihr Kollaps nicht die ganze Wirtschaft in den Orkus ziehen kann – was zu vermeiden ja der Zweck der Bad Bank ist – dann wäre das eine handfeste Diskriminierung.

Spätestens an dieser Stelle enden die meisten Diskussionen über staatliche Abraumhalden für faule Wertpapiere. „Ich kann sie mir ökonomisch und vor allem politisch nicht vorstellen", weist Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) diese Rufe nach wie vor zurück. Er verweist darauf, daß die Banken vom im Herbst verabschiedeten 480-Milliarden Euro Paket erst 100 (von 400) Milliarden Euro in Form von Bürgschaften und weitere 18 (von 80) Milliarden in Form von Eigenkapitalhilfen in Anspruch genommen hätten. Aber auch Steinbrück weiß, daß selbst der gigantische Betrag von 480 Milliarden nicht ausreichen könnte. „Die Frage ist für einen Finanzminister politisches Dynamit. Keiner kann das heute sagen."

Übrigens hat Schweden 1992 eine Bankenkrise in einer Weise bewältigt, von der man womöglich noch etwas lernen kann. Mit umgerechnet sieben Milliarden Euro verhinderte die Regierung in Stockholm drohende Bankenzusammenbrüche und machte am Ende „nur" einen geringen Millionen-Verlust. Das Prinzip war allerding nicht das der großen Bad Bank. Die Schweden hoben nämlich keine große Grube aus, in der alle giftigen Kredite verschwanden, sondern gruben gleichsam vor jedem Geldhaus eine eigene Deponie und kontrollierten anschließend die Geschäfte der Institute genau. Die Verantwortung für ihre schlechten Investments wurden die Banken also nicht für immer los, sondern hatten sie nur für ein paar Jahre aus den Büchern, bis sich die Papiere wieder verkaufen ließen.

Freilich erholte sich die Konjunktur in den neunziger Jahren rasch, was heute zweifelhaft erscheint. Vielleicht führt am Ende an dem ganz großen Rettungsschirm, also der Bad Bank, kein Weg vorbei. Mögen wir auch die Fäuste vor Wut in der Tasche ballen – an einem Zusammenbruch des weltweiten Finanzsystems kann keiner ein Interesse haben. Und keiner hat augenscheinlich ein Allheilmittel für den schnellen und sicheren Weg aus der Krise. Daß Finanzminister Steinbrück manchmal seine Meinung ändert, war bereits beim Bankenrettungspaket vom Oktober zu beobachten: Den Rettungsschirm für Banken hielt er zunächst für unsinnig, um dann wenige Tage später doch 480 Milliarden Euro dafür zu bewilligen. *A. Lange/K. Badenheuer*

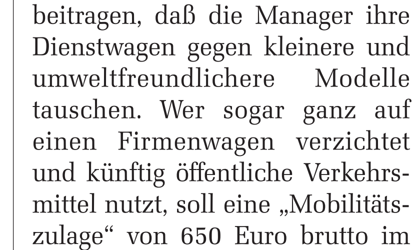


Letzte Rettung „Bad Bank"? „Die Frage ist politisches Dynamit", warnt Finanzminister Peer Steinbrück. Bild: pa

MELDUNGEN

Fahrgeld für Manager

Frankfurt am Main – Siemens will seine Manager zu ökologisch korrekten Autofahrern erziehen. Als erster Dax-Konzern richtet er seine Dienstwagenflotte an den Klimaschutzzielen der EU aus. Finanzielle Anreize sollen dazu beitragen, daß die Manager ihre Dienstwagen gegen kleinere und umweltfreundlichere Modelle tauschen. Wer sogar ganz auf einen Firmenwagen verzichtet und künftig öffentliche Verkehrsmittel nutzt, soll eine „Mobilitätszulage" von 650 Euro brutto im Monat erhalten. *os*



Microsoft soll erneut zahlen

Brüssel – Der weltgrößte Softwarekonzern Microsoft steckt schon wieder in der Klemme. Die EU-Wettbewerbshüter drohen erneut mit einem hohen Bußgeld. Sie prangern an, daß Microsoft seinen Webbrowser Internet Explorer an das Betriebssystem Windows koppelt und dadurch die Auswahlmöglichkeit der Kunden zu stark einschränkt. *os*

Kaum Wachstum, mehr Arme

Friedrichsdorf – Das Aufeinandertreffen verschiedener weltweiter Krisen wirkt sich verheerend auf viele Entwicklungsländer aus. Darauf hat die Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Heidemarie Wieczorek-Zeul (SPD), aufmerksam gemacht. Die Wirtschafts-, Nahrungsmittel- und Finanzkrise sowie der im vergangenen Jahr über Monate deutlich gestiegene Ölpreis bedeuteten für viele Länder, daß ihre Entwicklung dramatisch zurückgehe. Wieczorek-Zeul: „Ein Prozent weniger Wachstum heißt 20 Millionen mehr Arme." Diese Herausforderung müßten die Industrieländer annehmen. *idea*

Dumonts Imperium

Verleger wird Einsparungen durchsetzen

Diese Vorstellung läßt Kaufleuten das Herz höher schlagen: Ein Verlag besitzt Zeitungen in vier großen Städten. Es gibt jeweils eine Lokalredaktion, dazu aber nur eine nationale Redaktion, die die vier Lokalredaktionen mit einem überregionalen Nachrichtenteil beliefert. Das spart viel Geld. Schon heute haben beispielsweise "Die Welt" und die „Berliner Morgenpost" aus dem Springerkonzern nur noch eine einzige Redaktion.

Bald könnte dieses Prinzip auch bei den Zeitungen des Verlages M. Dumont Schauberg (MDS) angewandt werden. Durch den Rückzug des britischen Investors David Montgomery kann der Verleger aus dem Rheinland („Kölnische Rundschau", „Kölner Stadtanzeiger", „Express") auf einen Schlag folgende Blätter erwerben: „Berliner Zeitung", „Berliner Kurier", „Hamburger Morgenpost" und das Berliner Stadtmagazin „Tipp". Die Kölner mischen mit einer Investition von 152 Millionen Euro den deutschen Zeitungsmarkt auf.

Schon vorher hatte MDS die „Mitteldeutsche Zeitung" und die schwächelnde „Frankfurter Rundschau" gekauft. Das Dumont-Imperium des ehrgeizigen Firmenpatriarchen Alfred Neven Dumont (81) liegt damit auflagentechnisch auf dem dritten Platz in Deutschland. Hinter dem Springerkonzern und dem Verlag der „Süddeutschen Zeitung".

Schwaches Pfund verringert Verlust

Groß war die Erleichterung in der Karl-Liebknecht-Straße, wo die „Berliner Zeitung" produziert wird, über den Verkauf. Jahrelang hatte sich die Redaktion der „Berliner Zeitung" dem neuen Besitzer Montgomery widersetzt. Immer wieder hieß es, seine Renditeerwartungen seien zu hoch. Es bestehe die Gefahr, daß der neue Eigentümer in die Unabhängigkeit der Redaktion eingreife. Der damalige Chefredakteur nahm seinen Hut. Rückblickend läßt sich aber sagen, daß die meisten Befürchtungen der Belegschaft nicht eingetreten sind. Montgomery beendet sein drei Jahre währendes Deutschland-Engagement mit 50 Millionen Euro Verlust. Durch den Kursverfall des Pfundes reduziert sich dieser Verlust für ihn aber auf fast Null. *Harald Fourier*

Deutsche Bank wieder deutscher

Folgen der Postbank-Übernahme – »Reumütige Rückbesinnung« auf die Privatkunden

Die Deutsche Bank hat die vollständige Übernahme der Postbank eingeleitet. In frühestens drei Jahren werden dem größten deutschen Kreditinstitut alle Anteile der Deutschen Post an der Postbank gehören. Die Post hat akzeptiert, daß die Deutsche Bank einen Teil des milliardenschweren Geschäfts mit eigenen Aktien bezahlt. Die Post wird dadurch mit acht Prozent größter Anteilseigner der Frankfurter Großbank. Dieser Schritt erleichtert der Deutschen Bank die Übernahme der Postbank, da Vorstandssprecher Josef Ackermann jüngst einen Verlust von 4,8 Milliarden Euro im vierten Quartal 2008 erklären mußte.

Der Erwerb von Deutsche-Bank-Aktien durch die Post führt allerdings auch dazu, daß sich der Bund mittelbar an der Deutschen Bank beteiligt. Denn die bundeseigene Kfw-Bank hält noch rund 30 Prozent der Post-Aktien, was rechnerisch zu einem Bundesanteil an der Deutschen Bank von etwa 2,5 Prozent führt. Bedeutet das den Einstieg des Staates in Deutschlands größte Privatbank? Immerhin hat sich die Deutsche Bank – teilweise zur Enttäuschung der Politik – staatlichen Hilfen und damit der Einflußnahme des Bundes bisher verweigert.

Vielleicht hat die Nachricht von der indirekten Bundesbeteiligung bei manchem Marktskeptiker heimlichen Jubel ausgelöst. Doch die Strategie der Post dürfte diesen schnell beenden. Post-Chef Frank Appel läßt keinen Zweifel daran, daß die Konzentration auf das Kerngeschäft der Post- und Logistikdienstleistungen oberste Priorität hat. Bankgeschäfte gehören nicht dazu. Darum prüft der neue Deutsche-Bank-Großaktionär schon, ob und wann er die Anteile nach den vereinbarten Haltefristen Ende April und Mitte Juni abstößt. Darum kann der „Deal" auch kaum als indirekte Staatshilfe betrachtet werden. Insofern unterscheidet sich die Deutsche Bank auch weiterhin klar von der Commerzbank, an der sich der Bund nun mit 25 Prozent eine Sperrminorität gesichert hat – wofür er 18 Milliarden Euro aufgewendet hat, obwohl die Bank an der Börse nur etwa 3,5 Milliarden Euro wert ist. Dennoch hat auch bei der Deutschen Bank die beispiellose Finanzkrise tiefe Spuren hinterlassen. Eine davon ist die „reumütige Rückkehr" zum Privatkundengeschäft, eine andere der massive Rückbau des einst hochgelobten Investmentbanking.

Von 25 Prozent Rendite redet niemand mehr

Seit den 1980er Jahren versucht sich die Deutsche Bank als „Global Player" im internationalen Geschäft. Damit gingen eine Reorientierung zur mehr firmenkundenorientierten Investmentbank und eine starke Konzentration auf das in London getätigte Investmentgeschäft einher. Zeitweise wurde sogar überlegt, den Sitz der Bank nach London zu verlegen. Der große Trend zur Kapitalmarktorientierung führte ab Mitte der 1990er Jahre auch zu einer Trennung der Deutschen Bank von zahlreichen ihrer, teils schon seit der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahren gehaltenen Industriebeteiligungen. Dieser Vorgang machte als das „Ende der Deutschland AG" Schlagzeilen.

Den relativen Bedeutungsverlust des Breitengeschäfts gegenüber dem jahrelang viel ertragsstärkeren Wertpapiergeschäft, eben dem sogenannten „Investment Banking", bekamen die Privatkunden Ende der 1990er Jahre zu spüren. Damals gliederte die Deutsche Bank kurzerhand die Masse des Privatkundengeschäfts in ihre Tochter „Deutsche Bank 24" aus. Ziel war die Konzentration auf die wirklich vermögende Kundschaft und straffe Rationalisierungen in einem auf Rendite getrimmten Massengeschäft.

Doch schon seit 2006 verstärken die Frankfurter ihr weniger krisenanfälliges Privatkundengeschäft wieder. Die Übernahme der Postbank, an der auch der spanische Wettbewerber Santander interessiert war, mit ihren Millionen Privatkunden gehört zu dieser Strategie. Sie führt auch zu einer Marktbereinigung in Deutschland, wo nach Einschätzung zahlreicher Experten zu viele und zu kleine Banken um Kunden werben. Der Kauf der Postbank stärkt die Verankerung der Frankfurter im deutschen Markt und macht die Deutsche Bank tatsächlich wieder deutscher. Übrigens: Von 25 Prozent Rendite redet auch bei der Deutschen Bank schon lange niemand mehr. *Jost Vielhaber*

Fehler ausbügeln

Von Manuela Rosenthal-Kappi

Unruhen in Lettland und Litauen, ein erst kürzlich abgewendeter Staatsbankrott Ungarns, und nun, nur Tage nach der Beilegung des Gasstreits zwischen Moskau und Kiew steht auch die Ukraine am Rande des Bankrotts. Die Folgen der Krise wirken sich auf die Länder Osteuropas schlimmer aus als jemals geahnt. Ein Grund für die Totalzusammenbrüche ist im Weg dieser Staaten seit der abrupten Abnabelung von der untergehenden Sowjetunion zu sehen. Einst funktionierende Handelsbeziehungen wurden 1991 quasi über Nacht gekappt, und auf den Ruinenfeldern, die die Planwirtschaft hinterlassen hatte, konnte auf die Schnelle nichts Neues wachsen. Selbst Rußland, das durch Rohstoffexporte zuletzt gut dastand, droht jetzt wieder ein schwerer Einbruch. Allen osteuropäischen Ländern ist gemein, daß sie ihren wirtschaftlichen Aufstieg auch mit Geld aus dem Westen finanzierten, das dieser in Form staatlicher Hilfe und als private Investitionen gab. Am Ende werden die Mittel für die Stabilisierung der Staaten im postsowjetischen Raum wieder aus dem Westen kommen müssen. Europa stehen harte Zeiten bevor, in denen es soziale und politische Unruhen verhindern und Fehler in der Wirtschaftspolitik ausbügeln muß.

Endlich auf Erden

Von Hans-Jürgen Mahlitz

Nun ist er endlich auf Erden angekommen, der Heilsbringer, der sein Volk und in dessen Gefolge alle Welt in bessere Zeiten führen soll. Barack Obamas Einzug ins Weiße Haus zu Washington erinnert in seiner medialen Überzeichnung an den Einzug Jesu Christi in Jerusalem. Das 2000 Jahre alte „Hosianna“ wird zum „Yes we can“. Einige sehen im neuen US-Präsidenten tatsächlich den wiedergekehrten Messias – ein geradezu fataler Ausdruck der Maßlosigkeit unserer Zeit.

In einem Punkt sei es gestattet, den ansonsten unangemessenen Vergleich aufzugreifen: Dem biblischen „Hosianna“ folgte sehr schnell das „Kreuzige ihn!“ Der Jubel der Massen ist ja auch oft Ausdruck überzeichneter Erwartungen; werden sie – aus unterschiedlichen Gründen, hier endet der Vergleich – nicht erfüllt, kippt die Stimmung radikal um.

Wird der neue Präsident diese Gefahr meistern? Man kann es nur inständig hoffen, aus zwei Gründen. Zunächst einmal natürlich, weil Amerika und der „Rest der Welt“ nach acht Jahren Bush nun wirklich eine bessere Politik verdient haben.

Aber auch aus einem anderen, tieferen Grund: Mit der Wahl des Farbigen Obama ist die weiße Mehrheit der Amerikaner endlich über den Schatten ihrer rassistischen Vergangenheit gesprungen. Ein politisches Scheitern Obamas würde diesen längst überfälligen Sieg eines humanen und zutiefst christlichen Menschenbildes gefährden; dann hätten jene wieder Oberwasser, die immer schon – immer noch? – überzeugt waren, daß „der Nigger“ zu Höherem nicht taugt. Daher: Ersparen wir dem neuen Präsidenten das „Hosianna“ und wünschen ihm aus vollem Herzen „good luck“!

Lektionen von der Auto-Show

Von Jürgen Liminski

Der geniale Techniker und Autobauer Henry Ford hatte sein eigenes Bild von Geschichte. History is bunk – Geschichte sei Blödsinn, meinte er, so als ob man aus der Geschichte, auch als Autobauer, nicht lernen könne. Nun droht sein Werk Teil der Geschichte zu werden und niemand wird sagen, das ist Blödsinn. Im Gegenteil, überall will man dem Rad der Geschichte des Automobils in die Speichen greifen, es hängen zu viele Arbeitsplätze daran. Das ist besonders deutlich zu beobachten in Detroit, der alten Autostadt. Auf der diesjährigen, der 102. „Nordamerikanischen Internationalen Autoshow“ sind Kleinwagen Trumpf. Das war mal anders. Hat da vielleicht schon jemand aus der Geschichte gelernt?

Kein Zweifel: Überall ist die Automobilindustrie in der Krise, die Höfe stehen voll, der Absatz bricht ein. Die nun beschlossene Abwrackprämie soll den Absatz fördern. Aber das reicht natürlich nicht. Zum einen, weil die Bürger lieber noch ein Jahr durch die Krise fahren und auf dem eigenen Geld sitzen bleiben, falls es noch schlimmer kommen sollte. Zum anderen, weil sie auf die neuen Modelle der Zukunft warten.

Die Große Koalition verscherbelt die Zukunft

Sinnvolle Lehren aus der Geschichte ziehen die Bürger anscheinend eher als Politiker und Manager. Schon das vergangene Jahrhundert schwankte zwischen Markt- und Staatsgläubigkeit, die Autoindustrie war ein Spiegel für das Jahrhundert der Ideologien. In diesem Rückspiegel kann man heute symbolhaft bestaunen, wie Trabbi und Cadillac für ganze Systeme und ihre Verfehlungen stehen, sei es im Kollektivismus, sei es in individueller Verschwendung. In der Krise aber scheint der Staat heute die Oberhand zu behalten. Wird auch das sich als Blödsinn erweisen? Gibt es im Moment überhaupt eine Alternative? Keynes mit seiner Theorie von staatlichen Investitionen oder die Epigonen des Karl Marx – sie alle sitzen mit der Idee von der rettenden Allmacht des Staates nahezu unangefochten am Steuer der Konjunkturprogramme. Gas für den Staat, Bremse für die Freiheit. Und wo bleibt das Denken an die künftigen Generationen, die ja die Zeche zu zahlen haben?

In der Tat: Die Große Koalition verscherbelt die Zukunft. Die Geschichte zwingt zum Umdenken. In der Automobilbranche fängt es beispielhaft an, wenn auch nur langsam und endlich mit Hybridwagen und Elektromotoren. Wer nicht auf diesem Highway mitfährt, kann schnell auch als großes Unternehmen auf der Strecke bleiben. Und das sollte auch so sein, wenn ein Unternehmen nicht die Zeichen der Zeit erkennt und entsprechend umdenkt. Man kann die Krise deshalb auch als Fügung sehen, als Chance gegen den Blödsinn. Ja, genauer betrachtet, auch als einen Zipfel vom Mantel der Geschichte. Den sollte man ergreifen, statt die Taschen des Steuerzahlers mit Spenderpose zu leeren.



Versuch des Optimismus in existenzgefährdender Krise: Der in Detroit verliehene „Design-Award 2009“ ging an General Motors, dem Auto-Konzern, dem es derzeit weltweit wohl am schlechtesten geht.

Bild: pa

Moment mal!



Wo sind die Nationalliberalen?

Von Klaus Rainer Röhl

Die Wahlen in Hessen sind gelaufen. Dank der Fehler, die die SPD unter Ypsilanti gemacht hat, und der Bremse, die die vier SPD-Abgeordneten gezogen hatten, um ihre halsbrecherische Fahrt in die Volksfront mit der umgetauften SED zu verhindern, kann Ministerpräsident Koch mit der FDP eine solide Koalition für das leidgeprüfte Land bilden, den Flughafen-Ausbau und außerdem seine eigene, ein Jahr blockierte Schulreform umsetzen. Das einst rote Hessen, aus dem die rote Heidi Wieczorek-Zeul kam, ist nicht mehr so links wie früher. Niemand kann jetzt noch den Wähler für dumm und unwissend erklären. Und die FDP ist zum ersten Mal wieder richtig drin im politischen Spiel. Jetzt ist das hessische Wahlergebnis mit 16,5 Prozent ganz schön nah an die 18 herangerückt, die einst Möllemann erfunden und sich als Ziel gesetzt hatte, die sich schließlich Westerwelle unter die Schuhsohlen malen ließ.

Was aber fängt die FDP mit ihrem Sieg an? Wie wird sie sich in den zukünftigen Wahlen aufstellen, vor allem bei der Bundestagswahl im September?

Zur Stunde, da diese Zeilen geschrieben werden, regieren Merkel und Steinmeier noch. Von der Gnade der SPD-Linken abhängig, die, von der Macht des Mitregierens fasziniert, von den einmal erreichten Privilegien und Posten nicht lassen wollen. Sie haben die große Koalition unterstützt, von einem faulen Kompromiß zum nächsten. Bis ihnen der Zeitpunkt gekommen scheint, Schluß damit zu machen und, wie in den Ländern, „auf die Linkspartei zuzugehen“. Warum soll im Bund nicht funktionieren, was in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern so „gut geklappt“ hat?

Dreht euch nicht um, die Volksfront geht um! Was da aufzieht, ist gefährlicher, als es in den Talkshows erscheint. Das kann nicht abgetan werden mit der wohlfeilen Rede von den zwei Paradiesvögeln Gysi und Lafontaine, die nur ins Rampenlicht wollen. Ja, die beiden sind Selbstdarsteller, wenig ernsthaft. Ernst sind die Leute, die hinter ihnen stehen. In Ost und West. Gut verdienende Leute allesamt, die auf die Unzufriedenheit und die Verzweiflung der Ärmsten setzen. Im Westen nicht wenige Kader der Gewerkschaften, denen ihre Mitglieder weggelaufen sind, Marxisten auf der Suche nach einem neuen revolutionären Objekt. Im Osten die nutzlos gewordenen Apparatschiks mit dem Millionenvermögen der alten SED, der noch von Stalin eingesetzten Staatspartei. Die Sozialistische Einheitspartei mit Staat und Stasi, dem Schild und Schwert der Partei. Der Konkurs der DDR hat nicht zum Konkurs der Partei geführt.

Der Konkurs der DDR hat nicht zum Konkurs ihrer Partei geführt

Im Gegenteil, samt Funktionären, Büros und Bankkonten nannte sich die Partei fortan PDS, dann die Linke. Ihre politische Gesinnung änderte sich nicht. Wie sonst könnten die „Kommunistische Plattform“ von Sahra Wagenknecht mit Stalin als Idol eine feste Position in der Partei einnehmen? Sie und die Oldies, die ohne Ehre ergrauten Ewiggestrigen aus den Funktionärs-Wohnvierteln, in denen Gysi und Bisky Direktkandidaten sind, treten jetzt an zum letzten Gefecht.

Trotz magerer 5,3 Prozent für die Linke in Hessen: Die Gefahr besteht, daß sich auf ganz legalem Wege in Deutschland die Anhänger der sozialistischen Verteilerbürokratie durchsetzen, sie die freie Marktwirtschaft, schrittweise natürlich, abschaffen und durch Gesetzesänderungen ihre Macht zementieren, den Schaden unreparierbar machen. Die Absichten werden ziemlich unverblümt ausgesprochen.

Und Gysi kann seinen Kampf gegen die Globalisierungsgewinner, die Reichen, die „Heuschrecken“ und Hartz IV-Unterdrükker sehr gut verkaufen. Man glaubt ihm kein Wort, aber findet ihn sympathisch. Ein ehrliches Schlitzohr. Er und Lafontaine sind geradezu begnadete Populisten.

Ist Westerwelle auch ein Populist? Wir denken, daß er gerne einer wäre. Er liebt die Außenwirkung. Sein Satz, mit dem er einst gegen Möllemann und Wolfgang Gerhardt an die Macht drängte, hieß: „Auf jedem Schiff, das dampft und segelt, gibt‘s einen, der die Sache regelt. Und dieser eine bin ich.“ Nach dem mit System herbeigeführten Sturz Möllemanns und dem erzwungenen Rücktritt Gerhardts war er endgültig an der Macht. Unter ihm zog die FDP immerhin in zwölf Landtagen wieder ein. Das war gut, aber wie soll es weitergehen mit der Partei?

Die Linke ist populistisch aus übervollem Munde, die FDP weist den Populismus vollmundig zurück. Aus Verantwortung für die „Bürger in unserem Land“ (politisch korrekter Neckname für Deutsche). Populismus ist das letzte Schimpfwort, das die Partei zusammenhält. Bloß nicht werden wie Haider, der als „Populist“ die Schwesterpartei FPÖ an die Regierungsmacht gebracht hatte und wie Möllemann unter rätselhaften Umständen umkam.

Wie ist der Partei, die in Hessen ein Stück weiter kam, zu helfen? Ganz einfach. Aber es ist das Einfache, das schwer zu machen ist. Um es kurz zu sagen, die FDP muß, damit sie in zukünftigen Wahlkämpfen nicht als reine Mehrheitsbeschafferin für die Union an Glaubwürdigkeit verliert, das tun, was sie dauernd von sich selbst fordert: Ihr Profil schärfen. Sie muß möglicherweise etwas weniger vom Geld reden und nicht nur von Statistiken. Sondern mehr mit den „Menschen in unserem Lande“. Auf gut deutsch: Die Partei muß menschenfreundlicher werden, solidarischer, brüderlicher. Ein Brüderle macht noch keine Brüderlichkeit.

Sie waren immer ein Teil der FDP

Vor allen Dingen müßte die Partei auch deutschfreundlicher werden. Die „Menschen in diesem Lande“, das sind nämlich die Deutschen.

So deutschfreundlich, wie Heuss, Dehler, Mende es waren, auch Graf Lambsdorff und alle großen Liberalen, die sich selbstverständlich als national-liberal empfanden. Auf 15 Prozent beziffert das Allensbacher Institut das Wählerpotential für eine rechte Mitte. In Bayern wird dieses Potential fast völlig von der CSU ausgeschöpft. Aber in den übrigen Bundesländern? In Deutschland ist an der Stelle, wo eine solche nationalliberale Partei sein müßte, deren natürlicher Verbündeter der Mittelstand und das Handwerk wäre, ein Loch. Ein Vakuum. Dabei sorgen gerade die mittelständischen Betriebe, wie in der letzten Woche eine Untersuchung gezeigt hat, für solides Wirtschaftswachstum und mehr Arbeitsplätze – trotz der Massenentlassungen durch die großen Konzerne. Das Feld ist offen. Die nächste Wahl kommt bestimmt. Liebe Mitbürger! Von der Linken lernen, heißt siegen lernen.

Damit deren Träume von der Macht nicht Wirklichkeit werden, brauchen wir eine bessere FDP. Eine FDP, die auch nicht nur von Steuersenkungen und liberalisiertem Märkten spricht, sondern auch glaubwürdig von unserem Land. Etwas mehr Deutschfreundlichkeit stünde der Partei gut an. Etwas mehr Dehler, Mende und Theodor Heuss, und etwas weniger Vorrang für Leutheusser-Schnarrenberger, Hildegard Hamm-Brücher und die anderen Doppelnamen-Frauen und doppelguten PolitikerInnen. Macht den rechten Flügel stark. Erinnern wir uns an das Wort des großen alten Mannes Graf Lambsdorff: „Immer, wenn versucht wurde, Freiheit, Rechtsstaat und offenes geistiges Klima dadurch zu schützen, daß man sie einschränkt, war der Totalitarismus hinterher eher stärker als schwächer ... Genau das geschieht aber, wenn schon manchem Konservativen aus den demokratischen Parteien ein häßlicher rechter Aussatz angedichtet wird oder wenn schon bei den nationalliberalen Mitgliedern der FDP eine Gleichsetzung mit Rechtsradikalen erfolgt. Nationalliberale sind immer ein Teil der FDP gewesen.“ Schluß der Debatte? Nein. Beginn der Debatte.

Klaus Rainer Röhl ist Mitglied der FDP seit 1993. Er wird dem national-liberalen Flügel unter dem ehemaligen Generalbundesanwalt Alexander v. Stahl zugerechnet.

Nicht nur der Torte wegen

Als Europäische Kulturhauptstadt kämpft Linz gegen Vorurteile – erfolgreich?

Ein ganzes Jahr lang darf eine Stadt den Titel „Europäische Kulturhauptstadt“ (bis 1999: „Kulturstadt Europas“, dann bis 2004: „Kulturhauptstadt Europas“) tragen. Manchmal wird dieser Titel auch zwei Städten zugebilligt. 2009 sind es Wilna in Litauen und Linz in Österreich.

Mit Beschluß des Rates der Europäischen Union wurde am 13. Juni 1985 der Vorschlag der damaligen griechischen Kulturministerin Melina Mercouri umgesetzt, jährlich eine europäische Kultur(haupt)stadt zu benennen, um die europäische Integration zu stärken. Als erste Stadt war Athen auserkoren. Als deutsche Städte folgten 1988 Berlin und 1999 Weimar. 2010 soll eine ganze Region ausgezeichnet werden: Essen wird stellvertretend für das Ruhrgebiet stehen.

Zwei Kriterien der Europäischen Union, um Kulturhauptstadt zu werden, sind der Beitrag der Stadt zur europäischen Kunst- und Geistesgeschichte und das historische Erbe sowie die Lebensqualität der Stadt. Das historische Erbe aber ist gerade bei dem oberösterreichischen Linz mit dunklen Schatten behaftet, war die Stadt zwischen Mühlviertel und Voralpenland doch eine von fünf sogenannten „Führerstädten“, neben Berlin, München, Hamburg und Nürnberg. Adolf Hitler, der in Linz zur Schule gegangen war und es sich als Alterssitz erkoren hatte, wollte aus der Stadt mit 112000 Einwohnern eine Metropole für 400000 Menschen machen. Seine entsprechend bombastischen architektonischen und musealen Pläne stehen, neben dem oberösterreichischen Kunstschaffen während der NS-Zeit, im Mittelpunkt der Ausstellung „Kulturhauptstadt des Führers – Kunst und Nationalsozialismus in Linz und Oberösterreich“ im Schloß (bis 22. März). Kritiker befürchten allerdings, daß diese Schau „zum Mekka der Ewiggestrigen“ („Der Spiegel“) werden könnte.

Die wirkliche und wesentliche Hinterlassenschaft der Nationalsozialisten in Linz waren nicht die Pläne Hitlers, sondern die 1938 als Rüstungsbetrieb errichteten „Reichswerke Hermann Göring“ und die ostmärkischen Stickstoffwerke. Aus ihnen wurden nach dem Krieg die Eisen- und Stahlwerke Vöest, heute Vöestalpine AG, und die Chemie Linz. Aus der belächelten Provinzstadt wurde die Stahlstadt, die bis heute die Identität von Linz bestimmt.

Doch Linz ist auf dem Weg, sich aus einer Arbeiterstadt zu einem modernen Lebensraum mit vielen Qualitäten zu entwickeln. Das Programm für „Linz09“ umfaßt 220 Projekte, darunter die Ausstellung „Best of Austria“, in der knapp 100 exzellente Kunstwerke aus etwa 30 österreichischen Sammlungen und Museen präsentiert werden (Lentos-Kunstmuseum, bis 10. Mai).

Modern gibt sich Linz mit der Eröffnung des neuen Ars Electronica Centers mit dem Museum der Zukunft: 30 Millionen Euro teuer und spektakulär in seiner Architektur aus Glas und Beton.

Kultur und Leben gehören in Linz einfach zusammen, nicht nur in diesem für die drittgrößte Stadt Österreichs bedeutungsvollen Jahr. Zugegeben, das kulturelle Fundament ist ein wenig dünn. Neben der „Linzer Sinfonie“ von Wolfgang Amadeus Mozart hat Linz allerdings auch Persönlichkeiten wie den Komponisten Anton Bruckner (1824–1896) und den Dichter Adalbert Stifter (1805–1868) zu bieten. Bruckner gehörte zu den wichtigsten und innovativsten Tonschöpfern seiner Zeit. Von 1855 bis 1868 wirkte er als Domorganist in Linz.

Das größte Konzerthaus Oberösterreichs ist das Brucknerhaus. Im Herbst, anläßlich des Geburtstages des Komponisten, findet alljährlich das Brucknerfest in Linz statt.

Der im böhmischen Oberplan geborene Adalbert Stifter lebte ab 1848 in Linz und starb dort 1868. Sein ehemaliges Wohnhaus beherbergt heute das Adalbert-Stifter-Institut (eine Forschungsstätte für Literatur- und Sprachwissenschaft) sowie das Oberösterreichische Literaturhaus.

Auch der Name Johannes Kepler (1571–1630) ist mit Linz verbunden. Der Mathematiker und Astrologe des Feldherrn Albrecht von Wallenstein lebte von 1612 bis 1627 in Linz, wo er als Hofmathematiker wirkte. In den 1620er Jahren bekam Kepler Schwierigkeiten, seine Geldforderungen einzutreiben. Seine Bibliothek wurde zeitweise beschlagnahmt, seine Kinder zur Teilnahme an der katholischen Messe gezwungen. Die Familie flüchtete nach Ulm.



Linz: Die romantische Altstadt verlockt zum Bummel. Bild: Internet

„Nur durchgereist“, so der Titel einer Ausstellung im Stifterhaus (29. April bis November), sind auch andere historische Persönlichkeiten. Sie hinterließen Erinnerungsstücke, Briefe oder Reiseberichte, die nicht immer freundlich von der Stadt an der Donau sprechen.

Der Schriftsteller Thomas Bernhard (1931–1989) lästerte: „In Linz geboren, allein das ist ein fürchterlicher Gedanke“, und Alfred Polgar (1873–1955) notierte: „Von Linz kenne ich nur den Bahnhof und die Linzer Torte.“ Das Urteil von Stefan Zweig (1881–1942) war auch nicht viel schmeichelhafter: „Linz – man lächelt immer in Österreich, wenn jemand diesen Stadtnamen nennt, er reimt sich so unwillkürlich auf Provinz.“

Von diesem Vorurteil wird sich Linz spätestens Ende des Jahres 2009 befreit haben. Dann, wenn „Kultouristen“ aus aller Welt nicht mehr nur von der Linzer Torte schwärmen, auch wenn diese die älteste Torte der Welt ist. *S. Osman*

KULTURNOTIZEN

Kunst und Kalter Krieg

Los Angeles – Am Sonntag eröffnet im Los Angeles County Museum of Art am Wilshire Boulevard die Ausstellung „Art of Two Germanys / Cold War Cultures – Kunst und kalter Krieg / deutsche Positionen 1945–1989“. Zum erstenmal wird in den USA deutsche Kunst aus Ost- und Mitteldeutschland im Kontext des Kalten Krieges gezeigt (bis 19. April). Die Ausstellung umfaßt etwa 300 Kunstwerke (Gemälde, Skulpturen, Fotografien, Videos, Installationen und Bücher) von 120 Künstlern und stellt die deutsch-deutsche Kunstentwicklung in internationalen Zusammenhang. Nach Los Angeles wird die Ausstellung auch im Germanischen Nationalmuseum Nürnberg (27. Mai bis 6. September) und im Deutschen Historischen Museum Berlin (3. Oktober bis 10. Januar 2010) zu sehen sein. *os*

Papageienallee am Wannsee

Berlin – In der Liebermann-Villa am Wannsee ist ab Sonntag die Liebermann-Sammlung der Kunsthalle Bremen zu Gast (bis 4. Mai). Im ehemaligen Sommersitz des Malers sind so bedeutende Werke wie „Kuhhirtin“ aus dem Jahr 1890 oder „Papageienallee“ von 1902 ausgestellt. Geöffnet Mittwoch bis Montag von 11 bis 17 Uhr. *os*

Fotografien von Ruth Jacobi

Berlin – Arbeiten der Fotografin Ruth Jacobi, geboren 1899 in Posen, sind noch bis zum 9. Februar im Jüdischen Museum, Lindenstraße 9–14, zu sehen. Geöffnet 10 bis 20 Uhr, montags bis 22 Uhr. *os*

Gegenseitige Bewunderung, aber auch Kritik

Eine Ausstellung in Bremen zeigt Arbeiten der kongenialen Bildhauer Gerhard Marcks und Waldemar Grzimek

Eine Ausstellung im Bremer Gerhard-Marcks-Haus ehrt Waldemar Grzimek (1918–1984) zu seinem 90. Geburtstag am 18. Dezember 2008 und Gerhard Marcks (1889–1981) zum 120. Geburtstag am 18. Februar 2009. Ausgewählte Paare der Plastiken sollen auf die Gemeinsamkeiten, aber auch die Unterschiede im Werk der beiden Bildhauer hinweisen.

„Da ist nun wieder so einer, der's nicht lassen kann, dem Abenteuer der menschlichen Gestalt nachzujagen“, schrieb Marcks einmal über den Bildhauerkollegen. Schon früh hatte sich Waldemar Grzimek, der am 5. Dezember 1918 im ostpreußischen Rastenburg geboren wurde, seine Kindheit jedoch in Königsberg und Berlin verbrachte, mit der Darstellung von lebenden Wesen beschäftigt. Gips war sein bevorzugtes Material gewesen, Tiere seine Motive. Später wagte er sich an die menschliche Gestalt. 1937 nahm Grzimek ein Studium bei Wilhelm Gerstel an der Berliner Hochschule für bildende Künste auf. In diese Zeit fiel auch die Begegnung mit Gerhard Marcks, Gustav Seitz und Fritz Cremer, die sein späteres Schaffen entscheidend beeinflussen sollten.

Aus einer respektvollen Bekanntschaft, die einer Beziehung zwischen Schüler und Lehrer glich, entwickelte sich über die Jahre eine enge Freundschaft. Marcks unterstützte den Jüngeren. So empfahl er ihn 1946 für einen Lehrstuhl in Halle an der Burg Giebichenstein, was Grzimek mit 28 Jahren zum Professor machte.

In seinen Briefen und Äußerungen sparte Marcks nie mit konstruktiver Kritik. Diese – manchmal etwas schulmeisterliche – Ehrlichkeit nahm er sich heraus, weil er die Arbeiten des anderen wirklich schätzte. Und auch erkannte, daß der Jüngere, der sich lange von den bildhauerischen Grundsätzen des Älteren hatte leiten lassen, an einem bestimmten Punkt über diese hinauswuchs und sehr eigene Wege einschlug. So hatte der Münchner Bildhauer Hans Wimmer seine Vorbehalte gegenüber Waldemar Grzimek, er fand ihn – zumal später – formlos. Aber Marcks wurde nicht müde, ihn immer wieder in glühenden Worten auf Grzimek hinzuweisen. Als ein Beispiel möge die folgende Briefpassage von 1973 genügen, die Gerhard Marcks nach einem Besuch bei Grzimek schrieb: „Dann holte uns der gute Waldemar Grzimek in sein Atelier. Ganz dieselbe Urkraft wie Corinth (und Schlüter) unbändig über alle Geschmackshürden weg, unbeirrt einen Schluck nach dem andern aus der immer vollen Pulle! Dicke Weiber, grausig dicke, ... Proleten, Akte von Riesen und Titanen, alles möglichst überlebensgroß. Dazwischen ein herrlicher Apollo zwischen Wolken (...). Ich verzeihe ihm alles, er ist ein Walt Whitman. Unvergleichlich und eigentlich gar nicht aus unsrer erschöpften Epoche. Das Maß wird mit den Jahren kommen.“ Später betont Eberhard Roters in der 1979 erschienenen Monographie über Grzimek: „Mit seinen Menschenbildwerken hat Grzimek eine unserer Zeitepoche entsprechende Ausformung am gegenwärtigen Ende einer zentralen bildnerischen Überlieferung gefunden“, so Roters. „Seine Skulpturen erschließen sich jedem, der zu sehen versteht, von selbst.“ Vieles im Werk der beiden Bildhauer ist ähnlich, anderes wiederum zeigt die wesentlichen Unterschiede. In dem Ausgleich zwischen Natur und Form, der die figürlichen Bildhauer in Deutschland während der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts beschäftigte, suchte Gerhard Marcks den betont ruhigen, architektonischen und strukturellen Aufbau einer Figur, der sein gesamtes Schaffen prägte. Grzimek folgte dieser Auffassung zunächst, verlagerte sein Interesse um 1960 aber verstärkt in Richtung Naturvorbild und einer ausgeprägten Bewegung.


Blick in die Bremer Ausstellung: Vorn „Der geblendete Michael“ von Waldemar Grzimek, hinten rechts die Bronzeplastik „Vergessener“ von Grzimek, hinten links „Mann mit erhobenen Armen“ von Gerhard Marcks Bild: Gerhard-Marcks-Haus

Als Marcks 1966 die Grzimek-Ausstellung in der Baukunst Köln besuchte, schrieb er ihm zum „Geblendeten Michael“: „Kann mit Rodin antreten. Groß in der Silhouette, kraftvoll im Modelé.“ In diesem kurzen Kommentar verbirgt sich mehr als nur der Adel, mit Auguste Rodin (1840–1917) auf eine Stufe gestellt zu werden. „Modelé“ war ein zentraler Begriff in den Bildhauerateliers. Er meinte nicht (nur) die Behandlung der Oberfläche, sondern bezeichnete für Rodin und vor allem auch die deutschen Künstler in seiner Nachfolge die Einheit des Kunstwerks. Kurz: seine vollständige, bis in die Details gehende Beherrschung als plastisches Ganzes. Darüber hinaus zeugt der Vergleich mit Rodin von der Bewunderung, die Marcks für die Fähigkeit Grzimeks hegte, unbefangen mit den plastischen Möglichkeiten umzugehen und auch vor einer sehr raumgreifenden und pathosgeladenen Haltung der Figur nicht zurückzuschrecken. *gmh/os*

Namensgeber der »Piefkes«

Gerne werden in Österreich die Preußen einschließlich der anderen Deutschen nördlich des Mains als „Piefkes“ bezeichnen. Zurückgeführt wird diese Bezeichnung auf Johann Gottfried Piefke, der am 9. September 1815 in dem zur preußischen Provinz Posen gehörenden Ort Schwerin an der Warthe zur Welt kam. Wie sein Vater Johann war Piefke Berufsmusiker. Während Piefke senior als Organist und Stadtmusikus tätig war, entschied sich Piefke junior jedoch fürs Militär.

1835 bis 1838 leistete er seinen Wehrdienst als Oboist in der Militärkapelle eines Leibgrenadier-Regiments in Frankfurt an der Oder. Anschließend studierte er in Berlin an der Hochschule für Musik, um 1843 als Stabsoboist an sein Frankfurter Regiment zurückzukehren. 1852 wurde er mit Teilen seines Regimentes in die Hauptstadt verlegt, wo er sein Talent entfalten konnte und auch die gebührende Anerkennung fand: 1859 wurde er mit dem Titel „Königlicher Musikdirektor“ ausgezeichnet.

Im Deutsch-Dänischen Krieg von 1864 dirigierte er während der Erstürmung der Düppeler Schanzen mit der Waffe in der Hand ein aus den Kapellen mehrerer Regimenter zusammengesetztes Musikkorps. Es wird behauptet, diese musikalische Unterstützung habe äußerst motivierend auf die Deutschen gewirkt und sie zum Siege getragen.

Wenn ihn dieser Einsatz im Krieg gegen Dänemark auch 1865 den extra für ihn geschaffenen Titel des „Directors der gesammten Musikchöre der III. Armeekorps“ einbrachte, so war es doch erst der nächste deutsche Einigungskrieg, der seinen Familiennamen zum Bestandteil des österreichischen Wortschatzes machte. Zum Abschluß des Deutschen Krieges von 1866 veranstalteten die Preußen in Anwesenheit ihres Königs und obersten Feldherren vor den Toren Wiens auf dem Marchfeld bei Gänserndorf eine große Siegesparade, an der neben dem IV. und Teilen des II. auch Piefkes III. Armeekorps teilnahm. Neben Johann Gottfried dirigierte dabei auch sein Bruder Rudolf ein Musikkorps. Statt schockiert zu sein ob dieser Machtdemonstration der Kriegssieger, eilten viele Wiener ob des zu erwartenden Schauspiels und Musikgenusses herbei und die Information machte unter den Kriegsverlierern die Runde: „Die Piefkes kommen!“ Erst wurde die Bezeichnung „Piefkes“ auf deren 50 000 ebenfalls an der Parade teilnehmenden Kameraden übertragen, später dann auf alle ihre Landsleute nördlich des „Weißwurstäquators“.


J. G. Piefke

Während des Deutsch-Französischen Krieges von 1870/71 erkrankte Piefke bei der Belagerung von Metz und fiel den Rest des Krieges aus. Nach dem Krieg widmete er sich vermehrt der klassischen Musik. In Frankfurt, wohin es ihn zurückgezogen hatte, gab er zahlreiche Konzerte, doch trat er auf Konzertreisen auch anderswo auf. Vor 125 Jahren, am 29. Januar 1884, verstarb er an seinem letzten Wohnort. Geblieben sind von ihm außer der Bezeichnung „Piefke“ etwa 60 Märsche, darunter der Düppeler-Schanzen-Marsch, der Alexandrinenmarsch und der Königgrätzer Marsch sowie schließlich „Preußens Gloria“. *M. R.*

Für Menschheit und Vaterland

Vor 75 Jahren starb der deutsch-jüdische Chemiker und Nobelpreisträger Fritz Haber

„Im Frieden der Menschheit, im Krieg dem Vaterland.“ Getreu diesem seinem Motto revolutionierte der deutsch-jüdische Nobelpreisträger Fritz Haber in Friedenszeiten die Dünger- und in Kriegszeiten die Kampfgasherstellung.

In Breslau, einem Zentrum des Judentums in Preußen, kam Fritz Haber am 9. Dezember 1868 als Sproß einer Kaufmannsfamilie zur Welt. Indirekt hatte er bereits im Vaterhaus mit Chemie zu tun, denn sein Vater handelte mit Farben, Lacken und Drogen. Nach dem Abitur und einer kaufmännischen Lehre nahm Haber 1886 in Berlin ein Studium der Chemie auf, das er nach dem Militärdienst in Heidelberg und Zürich fortsetzte. 1891 beendete er das Studium mit der Promotion „Über einige Derivate des Piperonals“ in organischer Chemie.

Gerne hätte der Vater es gesehen, wenn der Sohn in seine Fußstapfen getreten und in sein Unternehmen eingestiegen wäre. Den Filius zog es jedoch in die Wissenschaft. Überhaupt war das Vater-Sohn-Verhältnis schwierig. Der Vater machte den Sohn für den frühen Tod der Mutter verantwortlich, die Fritz' schwere Geburt nur zwei Tage überlebt hatte. Daß der Sohn 1893 wie viele Patrioten jüdischer Abstammung den Glauben der Väter aufgab und zum Protestantismus übertrat, erschwerte das Verhältnis zusätzlich.

1894 begann Haber sich auf einer Assistentenstelle an der Technischen Hochschule in Karlsruhe in physikalischer Chemie zu habilitieren. Nach dem Abschluß der Habilitation mit einer Arbeit über die Verbrennung von Kohlenwasserstoffen im Jahre 1896 wurde er 1898 an seiner Alma Mater zum außerordentlichen Professor für technische Chemie ernannt.

In Badens Hauptstadt baute der junge Professor ein Labor für physikalische Chemie auf, das internationales Renommee gewann. Hier machte er seine wichtigste Entdeckung. Mit der Synthese von Wasserstoff und Luftstickstoff zu Ammoniak fand er eine Möglichkeit zur Gewinnung beziehungsweise Bindung von Stickstoff aus der Luft. Nachdem er sein „Verfahren zur synthetischen Darstellung von Ammoniak aus den Elementen“ in der Reichshauptstadt hatte patentieren lassen und einen Mitarbeitervertrag mit der „Badischen Anilin- & Soda-Fabrik“ geschlossen hatte, entwickelte er im Jahre 1909 mit Carl Bosch bei BASF das Haber-Bosch-Verfahren. Mit diesem bahnbrechenden Verfahren gelang es, ohne Salpeter Düngemittel, aber auch Sprengstoff industriell herzustellen. Diese Entdeckung beziehungsweise Erfindung ermöglichte auf der einen Seite eine Erhöhung der Düngemittel- und damit auch der Nahrungsmittelproduktion, machte auf der anderen Seite aber auch Habers Vaterland im Kriegsfalle unabhängig von Salpeterlieferungen aus Übersee.

Ein neues Betätigungsfeld eröffnete sich Haber, als im Jahre 1911 die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, die heutige Max-Planck-Gesellschaft, gegründet wurde. Fritz Haber wurde der erste Direktor des ersten Instituts dieser Gesellschaft, des heutigen Fritz-Haber-Instituts, das sich der physikalischen Chemie und Elektrochemie widmet. Er gehörte mittlerweile zu den Spitzenchemikern des wilhelminischen Deutschlands, das in der Wissenschaft im allgemeinen und gerade in der Chemie im besonderen weltweit führend war.



Fritz Haber mit Studenten: Bei einer Chemie-Vorlesung in Berlin 1925 Bild: pa

Entsprechend seiner oben zitierten Devise stellte Haber sich und sein Institut, das hierfür noch vergrößert wurde, konsequent in den Dienst des Vaterlands, als 1914 der Erste Weltkrieg ausbrach. Da Stickstoff für die Sprengstoffherstellung benötigt wurde, Deutschland aber durch die britische Fernblockade von den chilenischen Salpetervorkommen abgeschnitten war, gewann das Haber-Bosch-Verfahren kriegswichtige Bedeutung, und Haber übernahm die Betreuung der großtechnischen Anwendung.

Ab dem Winter 1914 widmete sich Haber zusätzlich der Entwicklung von Gaskampfstoffen. Im darauffolgenden Jahr überwachte Haber den ersten deutschen Chlorgasangriff bei Ypern. Habers Ehefrau Clara geborene Immerwahr, mit der er seit 1901 verheiratet war, erschoß sich daraufhin mit seiner Dienstpistole. Fritz Haber hingegen sah sich im Recht. Er verwies darauf, daß der Gegner mit dem militärischen Einsatz von Gas angefangen habe, und argumentierte im übrigen ähnlich wie die USA nach dem Abwurf der Atombombe. Der Gaseinsatz verkürze den Krieg und rette damit Menschenleben. Allerdings hatte der Gaseinsatz im Gegensatz zum Atombombenabwurf Soldaten und nicht Zivilisten zum Ziele.

Deutschlands Kriegsgegner setzten Haber trotzdem auf die Liste der vom Reich auszuliefernden „Kriegsverbrecher“. Haber suchte deshalb kurzzeitig in der neutralen Schweiz Asyl, konnte jedoch schon bald zurückkehren, denn nach dem Ersten Weltkrieg dauerte die „Kriegsverbrecher“-Jagd nur ein paar Monate. Bereits ein Jahr nach Kriegsende wurde Haber nicht mehr als „Kriegsverbrecher“ verfolgt, sondern als Nobelpreisträger gefeiert. 1919 erhielt er den Chemienobelpreis für die Ammoniaksynthese.

Nach dem Vertrag von Versailles versuchte Haber sechs Jahre lang die Reparationslast durch das Extrahieren des im Meerwasser vorhandenen Goldes zu mindern. Dieser Versuch scheiterte. Außerdem hatte Haber schon während des Ersten Weltkrieges damit begonnen, sich mit der friedlichen Nutzung von Giftgas zur Schädlingsbekämpfung zu beschäftigen. Diese Arbeiten setzte Haber nach Kriegsende unter anderem als Leiter der 1919 gegründeten Deutschen Gesellschaft für Schädlingsbekämpfung (Degesch) fort.

Seit der Gründung der IG Farben im Jahre 1925 saß Haber in deren Aufsichtsrat. Wie in der späten Kaiser- erfreute der getaufte Jude sich auch in der Weimarer Zeit höchster gesellschaftlicher Wertschätzung. Der Absturz kam nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten. Als im Zuge der Durchsetzung des Arierparagraphen an den Kaiser-Wilhelm-Instituten auch Mitarbeiter Habers entlassen wurden, ließ er sich 1934 resignierend in den Ruhestand versetzen und nahm einen Ruf nach Cambridge an.

Für einen Neuanfang in der Fremde war der Deutsche jedoch zu alt. Auf der Fahrt zu einer Kur verstarb der von seinem Vaterland Enttäuschte, der sich im Exil wieder dem Judentum zuwandte, am 29. Januar 1934 in Basel.

Manuel Ruoff

Einheitsstaat

1933/34 wurden die Länder gleichgeschaltet

Die deutsche gilt als „verspätete Nation“. Spät erst erlangte sie Einheit und auch Einigkeit. In Deutschland hat der Föderalismus eine lange Tradition. Eine Ausnahme bildet hier das Dritte Reich. Die Nationalsozialisten erstrebten nicht Bundesstaat oder Staatenbund, sondern erklärtermaßen den Einheitsstaat. Wie die Gesellschaft mit ihrer Partei wollten sie die Reichsländer mit dem Reich „gleichschalten“. Nach dem Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich vom 24. März 1933, dem Vorläufigen Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich vom 31. März 1933 und dem (zweiten) Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich vom 7. April 1933 stellt das Gesetz über den Neuaufbau des Reiches den Schlußstein der Gleichschaltung der Länder mit dem Reich dar. Nicht ohne Grund trägt das Gesetz das Datum des ersten Jahrestages der „Machtergreifung“, des 30. Januars 1934.

Mit dem Gesetz verloren die Länder des Deutschen Reiches, deren Vertreter 1871 eben dieses Reich gegründet hatten, ihre Staatlichkeit, denn durch den zweiten Artikel büßten die Länder ihre Hoheitsrechte ein. Sie gingen auf das Reich über. Die Landesregierungen unterstanden fortan der Reichsregierung. Mit der Staatlichkeit verloren die Länder auch gemäß Artikel 1 ihre Volksvertretungen.

Da die Regierungen der Länder fortan der Reichsregierung unterstanden, wurde den Landesregierungen für die Gestaltung der Reichspolitik keine Bedeutung mehr beigemessen. Folgerichtig folgte dem Gesetz zum Neuaufbau des Reiches am 14. Februar 1934 das Gesetz über die Aufhebung des Reichsrates, eines Gremiums, das als Bundesrat zu Beginn des Deutschen Reiches dessen höchstes Verfassungsorgan gewesen war.

> Verordnung beendet Staatsangehörigkeit in den Ländern

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Zentralisierung mehr als zurückgedreht. Die Bundesrepublik Deutschland ist föderaler gegliedert, als es vor dem Dritten Reich die Weimarer Republik gewesen war. In einem durchaus aktuellen Punkte wirkt das vor 75 Jahren von den Nationalsozialisten erlassene Gesetz allerdings zumindest indirekt bis zum heutigen Tage nach. In der Durchführungsverordnung vom 5. Februar 1934 heißt es nämlich: „Die Staatsangehörigkeit in den deutschen Ländern fällt fort. Es gibt nur noch eine deutsche Staatsangehörigkeit.“ *M. R.*

Schottlands Seele in Versen

Vor 250 wurde der Nationaldichter Robert Burns geboren

Welcher tote Dichter kann sich rühmen, daß sein Geburtstag alljährlich seit Jahrhunderten überall in seiner Heimat feierlich begangen wird? Kein Goethe, kein Shakespeare, kein Molière – diese Ehrung widerfährt so wohl nur dem schottischen Nationaldichter Robert Burns.

Am 25. Januar 2009 jährt sich sein Geburtstag zum 250. Mal. In der „Burns' Night“ werden seine Gedichte rezitiert und gesungen, dazu fließen Unmengen von Bier und Whisky, auf die er einst Loblieder verfaßte. Als „Burns' Supper“ wird das Nationalgericht Haggis serviert, das von Burns ebenfalls mit einem langen und hymnischen Gedicht besungen wurde.

Woran liegt es, daß dieser Dichter, der nicht älter wurde als 37 Jahre, in seiner Heimat bis heute wirkungsmächtiger ist als jeder andere? Um das zu verstehen, muß Burns im Zusammenhang mit der Geschichte Schottlands gesehen werden. Als er 1759 in Alloway als Sohn eines Landwirts geboren wurde, befanden sich die Geschicke des Landes auf dem Tiefpunkt. Alle Hoffnungen auf nationale Unabhängigkeit hatten sich 1746 mit der Niederlage von Culloden zerschlagen. Zur politischen kam die kulturelle Unterdrückung durch die siegreichen Engländer. Den Schotten war es beispielsweise untersagt, ihren Kilt zu tragen, und auch das Musizieren auf dem Dudelsack war bei Strafe verboten.

In dieser hoffnungslosen Lage waren es Dichter wie Walter Scott, Robert Louis Stevenson und Burns, die dem untergegangenen Schottland ein Ruhmeslied sangen. Die Poesie gab den Schotten ihre Identität zurück, indem sie


Robert Burns Bild: Archiv

der verlorenen Sache huldigte und sie so zur siegreichen machte. Während Scott und Stevenson als Epiker den Helden Schottlands ein romantisch-fiktionales Denkmal setzten, goß Burns als Lyriker die schottische Seele in Verse.

Ein weiterer Grund, weshalb Burns in seiner Heimat geradezu kultisch verehrt wird, er aber außerhalb Schottlands relativ wenig bekannt ist, liegt darin, daß er seine Lyrik nicht in englischer Sprache, sondern im angelsächsisch-keltischen „Scots“ verfaßte. Das zuvor als „Bauernsprache“ verachtete Scots wurde dadurch literarisch geadelt. Aus Sicht der Schotten ist Burns „ihr Nationaldichter“, der in ihrer Sprache geschrieben und gesprochen hat, dessen Geist noch immer lebendig ist und dessen Werk bis heute rezitiert und gesungen wird.

Last, but not least, hat Burns in seiner wohl berühmtesten Ballade „Tam O'Shanter“ dem schottischen Charakter in unvergleichlich humorvoller Weise Gesicht und Gestalt verliehen. Während zeitgleiche deutsche Balladen-Helden ein Ideal verkörpern, ist der schottische „Held“ ein ganz anderer: ein trinkfester Weiberheld und „ganzer Kerl“, dazu gerissen und mit allen Wassern gewaschen, so daß am Ende stets ein anderer die Zeche zu zahlen hat. Kein Schotte, der sich nicht gern ein Stück weit als Tam O'Shanter sieht!

Leider gilt das auch für Robert Burns: Von Alkoholexzessen und ausschweifendem Leben gezeichnet, starb er 1796 im Alter von nur 37 Jahren. Er hinterließ eine Frau, vier eheliche Kinder, eine größere Zahl unehelicher, kein Vermögen, aber auch keine Schulden, und ein dichterisches Werk, das seiner Witwe ein Auskommen sicherte und ihn selbst unsterblich machte.

Angelika Fischer

Bohrende Fragen zum Massengrab

Aufklärung steht noch am Anfang – Erst vage Hinweise auf mögliche Tätergruppen – Heimatkreisvertreter Rückert vor Ort

Immer mehr Tote werden auf einem Baugelände nahe der Marienburg in Westpreußen gefunden. Endlich berichten auch große deutsche Zeitungen über den beispiellosen Fund. Ein Redakteur der „Frankfurter Allgemeinen" hat sich an die *Preußische Allgemeine* gewandt und lange mit uns gesprochen. Weiterhin erweist sich der in Posen von einer internationalen Redaktion erstellte Internetdienst „Polskaweb" als sehr gut informiert. Nachfolgend dessen Bericht vom 14. Januar (Rechtschreibung angepaßt, Ortsnamen übersetzt):

„Nachdem die Temperaturen in Marienburg wieder etwas gestiegen waren, gingen die Ausgrabungen an dem vor zwei Monaten entdeckten Massengrab, aus welchem nach unterschiedlichen polnischen Quellen bisher zwischen 1750 und 2034 Schädel geborgen wurden, am Dienstag vormittag weiter. Der hierfür eingesetzte Bagger mußte nicht lange graben, und schon in der ersten Stunde erhöhten sich hierbei die Opferzahlen um einige Dutzend.

Fast tagtäglich waren zuletzt Vertreter der internationalen Presse vor Ort, um sich vom Ausmaß der Tragödie selbst zu überzeugen. Der Schock saß tief beim Anblick dieses riesigen Erdloches in dem erstmals in der neuzeitlichen Historie ein Bagger die Feinarbeit von Spezialisten ersetzte, was den Respekt der Malborker Stadtverwaltung für das Leid der Opfer und deren Ehre eindeutig belegt.

In Polen hat inzwischen der Fund dieser Masse von zivilen Opfern im Zentrum einer ehemals deutschen Stadt große kontroverse Diskussionen ausgelöst. Überwiegend heftig werden der Bürgermeister von Marienburg, das Institut der nationalen Erinnerung (IPN) und die Staatsanwaltschaft, welche die Ermittlungen in der Sache führt, in den Medien und Foren im polnischen Internet kritisiert.

Man hat offensichtlich klare Anlässe hierzu und bringt die Verantwortlichen in Erklärungsnot. Bei ‚Polskaweb News' sind derweil viele, oft anonyme, Hinweise auf etwaige Täter eines nicht unwahrscheinlichen, gigantischen Verbrechens eingegangen.

‚Die Zweigstelle des Institutes der nationalen Erinnerung (IPN) in Danzig, verantwortlich u.a. für die Aufklärung von Kriegsverbrechen, ist nicht interessiert an einem mysteriösen Grab mit 2000 Toten aus dem Jahre 1945' – kritisieren mehrere große polnische Zeitungen am Mittwoch [14. Januar] das unglaubliche Verhalten des staatlichen Institutes in dieser Sache. Nach Angaben des Marienburger Staatsanwaltes Jaroslaw Kembłowski, dem von besorgten Bürgern Marienburgs vorgeworfen wird, das Massengrab unter den Teppich kehren zu wollen, sei das IPN bereits kurz nach Bekanntwerden von der Fundstelle unterichtet worden. Das IPN in Danzig behauptet dagegen, daß es eine solche Mitteilung zwar gebe, diese sei allerdings erst drei Wochen nach dem von Kembłowski angegebenen Absendedatum in Danzig eingegangen. Staatsanwalt K. hatte bereits nach drei Tagen die Akte ‚Massengrab Zentrum' geschlossen. Nach seiner Aussage habe er ‚keine Hinweise auf ein Verbrechen' finden können. Zu diesem Zeitpunkt waren ihm allerdings bereits Einschußlöcher in den Schädeln der ersten gefundenen Opfer bekannt. Ebenso beklagt man sich über die Art und Weise der Bergung der menschlichen Überreste, denen bei der Ausgrabung mit einem Schaufelbagger die Füße abgerissen, Knochen gebrochen oder der Schädel zertrümmert wurde. ‚Dies ist eine wenig würdevolle Behandlung ermordeter unschuldiger Zivilisten', heißt es durchweg.

Die bei uns eingegangenen Hinweise zu dem Drama von Marienburg beinhalten meist Namen von Personen und Organisationen, welche im Zeitraum 1945/46 im Großraum Marienburg ein mörderisches Unwesen getrieben haben sollen. Eine dieser genannten Organisationen und Namen in Verbindung mit Morden wiederholt sich hierbei in mehreren Hinweisen: Die ‚Wileska Brygada', auch ‚Todesbrigade' genannt, unter der Führung von. ‚Wileska Brygada' war ein Arm der polnischen Heimatarmee. Zygmunt Szendzielarz führte diese Truppe streng militärisch in Uniformen der polnischen Armee. Diese Brigade war während des Zweiten Weltkrieges im Raume Wilna in Litauen entstanden und soll dort vor allen Dingen gegen deutsche – und russische Besatzungstruppen vorgegangen sein. Nach dem Ende des Krieges operierte die ‚Wileska Brygada' vor allen Dingen im Raume Pommern, Westpommern und Masowien. Hier töteten sie nicht nur russische Soldaten, sondern auch polnische Beamte und Zivilisten, denen man ‚Verrat' nachsagte. Gleichzeitig lieferte man sich auch Gefechte mit anderen Gruppierungen, wie zum Beispiel diversen Räuberbanden, die sich in den ehemals deutschen Gebieten dem Raub und Mord widmeten. Daß sich die Wileska Brygada hierbei im Kampf um den Schutz der noch in diesen Regionen verbliebenen deutschen Restbevölkerung bemühte, ist unwahrscheinlich.

Nach den uns zugegangenen Hinweisen sollen sich Mitglieder der ‚Wileska Brygada' in großer Zahl ab dem Spätherbst 1945 in Marienburg aufgehalten haben und von dort aus ihr ‚Unwesen' getrieben haben. Diesbezüglich sind wir auch beim IPN, das angeblich schon lange wisse, wer Opfer und Täter waren, in Danzig fündig geworden. Demnach hatte tatsächlich ihr Kommandant Zygmunt Szendzielarz eine Postkarte im Oktober 1945 aus Marienburg abgesandt. Anfang 1946 hatte man laut IPN dann auch damit begonnen, ein umfangreiches Waffenlager in der Stadt anzulegen, was vor allen Dingen aus Handgranaten und deutschen Maschinenpistolen MP43 bestanden haben soll. Ob eventuell noch lebende Mitglieder der ‚Wileska Brygada' etwas über das mysteriöse Massengrab sagen könnten, ist unklar. Es gibt auch keinen konkreten Hinweis, ob diese ‚Truppe' etwas mit dem Tod dieser fast 2000 Menschen zu tun hatte. Eine Verbindung stützt sich bisher nur auf Vermutungen von teilweise anonymen Schreiben in polnischer und deutscher Sprache, die man mit Vorsicht behandeln sollte."

Polskaweb berichtet im Folgenden über Anfeindungen in Form von Briefen und Medienberichten, denen es ausgesetzt sei, wobei letzteres auch die „Bild"-Zeitung betreffe. Ein Schweizer Internetportal habe Polskaweb unterstellt, daß es einseitig polnische Milizen für das oder die Verbrechen verantwortlich mache. Das aber stimme nachweislich nicht, während umgekehrt dieses Portal namens www.20min.ch meint, eine polnische Beteiligung ausschließen zu können. Polskaweb bittet seine Leser ferner, zur Aufklärung beizutragen, da eben nach wie vor unklar sei, wer Täter und Opfer sind. und stellt dann folgende Fragen:

„– Warum hat sich bis heute das Institut der nationalen Erinnerung zuständigkeitshalber nicht in diese Sache eingeschaltet?

– Warum hat die zuständige Staatsanwaltschaft die Akten schon nach drei Tagen geschlossen?

– Warum gibt es keinerlei Unterlagen in den Archiven über diese gigantische Grabstätte?

– Warum wurden alle Opfer nackt begraben und keine Munition oder Zahnspangen, Goldzähne gefunden?

– Warum hat der Marienburger Bürgermeister schon kurz nach dem Fund der ersten Opfer die Anordnung herausgegeben, die Überreste mit einem Schaufelbagger zu bergen und dann auf dem Grundstück einer deutschen Kirche zu begraben, obwohl er zu jenem Zeitpunkt angeblich noch lange nicht wußte, daß es Deutsche waren?

– Warum sind diese Arbeiten mit äußerster Schnelligkeit vonstatten gegangen?

– Warum wird bei den Behörden nicht diskutiert, ob die Täter eventuell keine Russen waren?

Polskaweb hat erstmals Anfang Dezember 2008 von dem Massengrab berichtet. Inzwischen ist auch das deutsche BKA nach einem ‚Gong' aus Berlin wach geworden und hat Experten zur Unterstützung der Polen bei der Zuordnung der Überreste der Opfer gesandt. Gleichzeitig soll auch die Todesursache der einzelnen festgestellt werden. Wir hoffen, egal wie die Ermittlungen in dieser grauenhaften Sache einmal ausgehen, daß auch dies eine Warnung für die nachkommenden Generationen sein wird. Die Helden dieser Aufdeckung eines wahrscheinlichen Massenmordes sitzen in Marienburg, denn sie haben die Medien und Behörden in Deutschland und Polen alarmiert und zeigen damit ganz klar, daß sie eine ehrliche deutsch-polnische Freundschaft wollen und keine Vertuschungen, Verschleierungen und Lügen. Solchen Leuten steht eigentlich ein Bundesverdienstkreuz zu …" **Soweit der Bericht von Polskaweb.**

Der Heimatkreisvertreter von Marienburg, Bodo Rückert, hat in dieser Woche Marienburg bereist, um sich vor Ort ein Bild zu verschaffen und um Gespräche mit Vertretern der Stadt und mit der Presse zu führen. Dabei hat Rükkert Verantworliche und Öffentlichkeit eingehend über die Sicht des Heimatkreises informiert. *PAZ*

Bestattung in Danzig?

Als mögliche Alternative zu einer endgültigen Beisetzung der in Marienburg gefundenen Toten bei Stettin oder in Marienburg selbst ist nun Danzig ins Blickfeld gerückt. Danzig ist nur rund 40 Kilometer von Marienburg entfernt, so daß das Anliegen einer heimatnahen Beisetzung der Toten erfüllt wäre. Dies um so mehr, als vermutlich etliche der Marienburger Toten aus der Umgebung kamen. Eine Beisetzung auf einem Soldatenfriedhof wäre nach Einschätzung des Sprechers der Landsmannschaft Ostpreußen vertretbar, wenn Gräber von Zivilisten hinreichend deutlich als solche erkennbar sind und bestattete Frauen und Kinder nicht mit Kombattanten verwechselt werden können. „Dann hat ein Soldatenfriedhof sogar den Vorteil, daß den Getöteten das ewige Ruherecht garantiert ist", erklärt v. Gottberg. Entscheidend sei aus seiner Sicht, daß von allen Umgekommenen genetische Proben entnommen werden, so daß sie mit Hilfe der Angehörigen nach und nach identifiziert werden können.


Zygmunt Szendzielarz Bild: wikipedia

Patrioten im Zwielicht

Die antikommunistische polnischen Heimatarmee (AK) kämpfte im Zweiten Weltkrieg sowohl gegen Deutsche als auch gegen Russen. Zygmunt Szendzielarz (1910–1951) war Kommandeur einer AK-Brigade, der vorgeworfen wird, sie habe nach Kriegsende grausam mit polnischen Kollaborateuren abgerechnet und auch Verbrechen an Deutschen verübt. Ob das zutrifft, und wenn ja, ob einige der Opfer im Marienburger Massengrab beigesetzt wurden, ist noch unklar.

Laut Wikipedia haben jedenfalls Teile der Brigade von Szendzielarz am 23. Juni 1944 ein Massaker an den Bewohnern des litauischen Dorfes Dubingiai verübt.

Der Weg Szendzielarzs nach Kriegsende war offenbar ebenso verschlungen wie seine spätere Stellung in der polnischen Geschichtspolitik. Nachdem die britische und amerikanische Regierung das moskauhörige Lubliner Komitee als vorläufige Regierung Polens akzeptiert (und die Londoner Exilregierung fallen gelassen) hatten, nahm Szendzielarz 1945 den Kampf wieder auf und lieferte den „volkspolnischen" Kräften bis 1946 Gefechte – er rechnete mit einem neuen Krieg der Westalliierten gegen die UdSSR und hoffte auf ein dann freies Polen.

Im kommunistischen Polen war er infolgedessen eine Unperson, nach 1989 wurde er als Patriot und Antikommunist rehabilitiert. *K.B.*











Österreichs Botschafter Christian Prosl, dichtes Gedränge beim Empfang, Freunde des Wiederaufbaus des Berliner Schlosses und der Stand der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* (v.l.n.r.) Bilder: Bues

Selbstbewußt zur eigenen Identität stehen

Am Berliner Gendarmenmarkt trafen sich zum Neujahrsempfang der Preußischen Gesellschaft über 800 Freunde Preußens

Der Neujahrsempfang der Preußischen Gesellschaft Berlin-Brandenburg ist für viele Berliner und Freunde Preußens im Laufe der letzten Jahre zu einem populären Anlaß geworden, sich auf besondere Weise auf das Neue Jahr einzustimmen. Den über 800 Besuchern ruft der einladende Präsdent der Gesellschaft, Volker Tschapke, zu: „Vorwärts Kameraden, wir müssen zurück!“

Das Treiben an diesem Sonntagvormittag ist bunt im vornehmen „Hilton“ am Berliner Gendarmenmarkt. In Sichtweite des von Karl-Friedrich Schinkel erbauten Konzerthauses, des Deutschen und Französischen Doms haben sich zum Neujahrsempfang der Preußischen Gesellschaft über 800 Personen eingefunden. Bunte Uniformen aus den letzten 300 Jahren, von Gendarmen, Polizisten, Postboten, Offizieren und Soldaten prägen das Bild. Darunter auch Mitglieder des Hochadels und des diplomatischen Corps, von Burschenschaften und dem Offizierkorps der Bundeswehr. Viele der festlich gekleidete Damen und Herren wollen Preußens Vergangenheit nicht in Vergessenheit geraten lassen und die preußischen Tugenden hochhalten.



Volker Tschapke: „Ohne Preußen ist Deutschland nicht überlebensfähig.“

Wie kommt es über 60 Jahre nach der Auslöschung Preußens von der politischen Landkarte im Jahr 1947, die Volker Tschapke in seiner Rede beklagt, zu diesem erstaunlichen Interesse? Preußische Werte wie Ordnung, Pflichterfüllung, Vaterlandsliebe und Sparsamkeit erleben auch unter jungen Menschen wieder eine Renaissance. Die Besucher des Neujahrsempfangs sind keineswegs alle grauhaarig, sondern altersmäßig bunt gemischt. Junge Gesichter interessieren sich für die lange, teilweise schwierige und auch ruhmreiche Geschichte Deutschlands, die ohne Preußen kaum zu denken ist. Daher wird Volker Tschapke, Gastgeber und Gründer der Preußischen Gesellschaft, nicht müde, einen „Freistaat Preußen“ zu fordern, sollte einmal nach einem passenden Namen für ein möglicherweise vereinigtes Bundesland Berlin und Brandenburg gesucht werden.

Das Datum des diesjährigen Empfangs, der 18. Januar, ist symbolträchtig. Tschapke, in diesem Jahr auch Hauptredner, erinnert an die Gründung des Deutschen Kaiserreiches am 18. Januar 1871 unter Führung der preußischen Hohenzollern. Die gesamte Geschichte Preußens, besonders seit der Gründung des Königreiches am 18. Januar 1701, dürfe nicht ausschließlich unter einem negativen Blickwinkel betrachtet werden, betont der Preußenfreund, denn „ohne Preußen ist Deutschland nicht überlebensfähig.“ Selbstbewußt zur eigenen nationalen Identität zu stehen, die deutschen Interessen souverän im Konzert der Völker zu formulieren, das sei 20 Jahre nach dem Fall der Mauer wichtig. Als Garant für ein solches friedliches Miteinander im europäischen Rahmen erinnert Tschapke an die erfolgreiche Politik des „Urpreußen“ und ersten Reichskanzlers Fürst Otto von Bismarck.

Dessen Politik kann sich allerdings nicht die Toleranz gegenüber anderen Religionen und Konfessionen auf die Fahnen schreiben, die die Gründung des Königreiches Preußen 1701 begleitet hatte. Im deutschen Kaiserreich tobte unter Bismarcks Führung der sogeannte „Kulturkampf“ gegen Katholiken und die katholische Kirche. Tschapke verwies dagegen auf die Politik von Friedrich I. (1688–1713), der gesagt habe, wenn Türken nach Berlin kämen, so müßte man ihnen Moscheen bauen. Umgekehrt, ergänzte der Redner, gelte in den heutigen Zeiten der Kirchenschließungen, wenn Christen nach Preußen kämen, müßten wir ihnen Kirchen bauen.

> Ein Garant für gutes Miteinander in Europa

Dafür gibt es am Berliner Gendarmenmarkt, benannt nach dem Kürassierregiment „gens d'arms“, ein prominentes Beispiel. Denn der Bau des Französischen Domes 1701 bis 1705, der damaligen Friedrichstadtkirche, sollte den aus Frankreich geflohenen Hugenotten eine neue geistliche Heimat bieten.

Der österreichische Botschafter Christian Prosl lobt in seinem Grußwort die enge wirtschaftliche und diplomatische Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Österreich. Angesichts der in diesem Jahr aufgebrochenen Krisen, besonders um Gaslieferungen und den Gaza-Streifen, sei das gemeinsame Wirken beider Länder für den Frieden und den Wohlstand besonders wichtig.

Im Foyer des „Hilton“ tauschen sich die Freunde der preußischen Idee, Kultur und Geschichte aus. Verschiedene Stände sind aufgebaut, darunter vom Förderkreis zum Wiederaufbau des Berliner Stadtschlosses, einer Vereinigung der Burschenschaften, von historischen Vereinen und der *Preußischen Allgemeinen Zeitung*. Viele Abonnenten nutzen die Gelegenheit zum Gespräch mit dem Chefredakteur, andere sind neugierig auf ein Probeabo und sparen nicht mit Lob oder Anregungen.

Viele Preußeninteressierte entdecken beim Neujahrsempfang gemeinsame Werte, und wenn das Blasorchester die Brandenburgische Hymne (Märkische Heide, märkischer Sand ...) anstimmt, beginnen einige sogar mitzusingen. Den meisten allerdings ist der Text nicht mehr bekannt. *H. E. Bues*

»Allemal besser als die deutschen Produktionen«

Seit gestern ist der Hollywood-Film über das Stauffenberg-Attentat in den deutschen Kinos – Interview mit Dieter Stein

Seit längerem befaßt sich die Wochenzeitung „Junge Freiheit“ intensiv mit der Problematik des 20. Juli 1944. „JF“-Chefredakteur Dieter Stein beantwortet Fragen von Konrad Badenheuer über den Umgang der bundesdeutschen Gesellschaft mit dem Attentat und den neuen Hollywood-Film „Operation Walküre“.

***PAZ:** Das Attentat vom 20. Juli ist für die „Junge Freiheit“ seit Jahren ein Schwerpunkt. Warum?*

Dieter Stein: Jeder Konservative muß sich die Frage stellen, welchen Traditionen er sich verpflichtet fühlt. Uns Deutsche lassen die NS-Verbrechen nicht los, man muß sich unweigerlich mit ihnen auseinandersetzen. Dann kommt man an den Attentätern des 20. Juli nicht vorbei.

***PAZ:** Ist die Zustimmung zum 20. Juli für Konservative nicht ein selbstverständlicher Konsens?*

Stein: Die Erhebung von Stauffenberg war lange eine Art „Scheidemarke“, es gab und gibt auch heute noch eine Ablehnung des Attentats. Teilweise, weil Widerstand prinzipiell abgelehnt wurde, teilweise, weil er als Verrat an der kämpfenden Truppe angesehen wurde, teilweise wegen des damit verbundenen „Eidbruchs“...

***PAZ:** Sie plädieren dafür, trotz des damaligen Gegensatzes Frontsoldaten und Attentäter gemeinsam in den Blick zu nehmen?*

Stein: Auf jeden Fall! Dafür leistet übrigens der neue amerikanische Film „Walküre“ einiges. Er zeichnet kein simpel-negatives Bild des Soldaten an der Front, sondern stellt sie sympathisch dar. Es wird das Dilemma der deutschen Soldaten – in dem auch Stauffenberg selbst steckte – und die Kompliziertheit ihrer Situtation herausgearbeitet.

***PAZ:** Finden Sie den Film besser als deutsche Produktionen?*

Stein: Allemal, als den Deutschen der Mut zum Pathos fehlt. Man hat hierzulande einfach Angst davor, die Akteure direkt als Helden darzustellen und das auch mit Pathos herauszuarbeiten. Auch der Patriotismus der Attentäter wird in Walküre deutlich gezeigt neben dem rechtsstaatlich-humanitären Motiv, das in deutschen Produktionen dominiert. Außerdem beschreibt der Film von Singer Stauffenberg als Familienmenschen und arbeitet erschütternd heraus, wie schwer ihm der Abschied von seinen Liebsten fiel, auch im Wissen um die Gefährdung, der er sie aussetzte. Nicht nur da mußte ich mit den Tränen kämpfen.

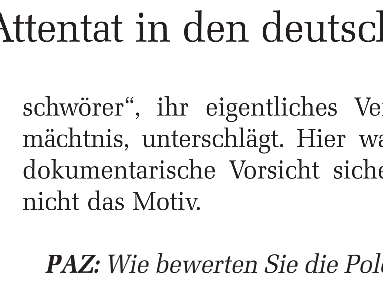
***PAZ:** Stichwort Patriotismus: Die ZDF-Produktion „Stauffenberg – die wahre Geschichte“ unterschlägt sogar dessen mutmaßlich letzten Worte „Es lebe das heilige Deutschland“ ...*

Stein: Es ist bezeichnend, daß eine US-amerikanische Produktion diesen Ausruf bringt, während ein öffentlich-rechtlicher deutscher Sender ihn mit dem Hinweis auf Rest-Zweifel am genauen Wortlaut unterschlägt.

***PAZ:** Professor Guido Knopp behauptet, wahrscheinlicher sei der Ausruf „Es lebe das geheime Deutschland“, das sich auf Lehren des für Stauffenberg wichtigen Stefan George bezieht.*

Stein: Gegen diese Vermutung spricht allerdings schon, daß der ZDF-Film auch den „Eid der Verschwörer“, ihr eigentliches Vermächtnis, unterschlägt. Hier war dokumentarische Vorsicht sicher nicht das Motiv.

***PAZ:** Wie bewerten Sie die Polemik gegen die Besetzung der Rolle Stauffenbergs mit Tom Cruise?*



Dieter Stein

Stein: Weil er Scientologe ist? Ziemlich lächerlich! Das deutsche Feuilleton und hiesige Meinungsmacher sind gekränkt, daß ausgerechnet Hollywood ein Thema realisiert, das an sich ein genuin deutsches ist und wie auf einem Silbertablett vor uns liegt. Eine deutsche Tragödie, bei der es um deutsche Selbstüberwindung geht, um Unbeugsamkeit und Freiheitswillen und in der Konsequenz um den moralischen Freispruch für ein Volk.

***PAZ:** Freispruch für ein Volk? Kann denn ein ganzes Volk schuldig werden?*

Stein: Das nicht, aber es kann für schuldig gehalten werden. Diese Vorstellung hat sich ja in vielen Punkten sogar im Denken der Deutschen selbst festgesetzt.

***PAZ:** Ein naheliegendes Argument gegen den Kollektivschuldvorwurf ist der Hinweis auf die Unschuldsvermutung, ein Urprinzip der Rechtsstaatlichkeit.*

Stein: Das ist sicher ein stringentes Argument, aber auch ein eher abstraktes. Geschichte hat aber auch viel mit Psychologie und Emotionen zu tun. Deswegen halte ich die Botschaft des 20. Juli, die ja in einer eindrucksvollen Tradition steht, für die letztlich stärkere Widerlegung des expliziten oder angedeuteten Kollektivschuldvorwurfs. Da spielt es auch keine Rolle, daß das Attentat mißlungen ist. Stauffenberg ist die alles überragende Figur im Drama des Dritten Reiches. Er verbindet die edelsten deutschen Tugenden als tapferer Offizier unserer Armee, geistig-musischer Mensch und auf dem Fundament des Christentums stehender Familienvater. Es gibt kein vergleichbares Beispiel aus einer anderen totalitären Diktatur, in der eine derart weiträumige Erhebung geplant und durchgeführt wurde. Stauffenberg ist Symbol für eine großartige deutsche Tradition, auf die auch folgende Generationen stolz sein sollten.

***PAZ:** Stolz sein sollten? Ehrlich gesagt, diese Tendenz zu Pathos und Superlativ ist mir fremd. Da mag der preußische Hang zum Tiefstapeln und zum trockenen Humor eine Rolle spielen ...*

Stein: Es ist kein Nachteil, wenn wir und unsere Zeitungen uns in dem einen oder andern Punkt voneinander unterscheiden.

Dieter Stein (Hg.): „Helden der Nation – Beiträge und Interviews zum 20. Juli 1944“, Edition JF, Berlin 2008, 504 S., 28 Euro. Eberhard Zeller: „Geist der Freiheit. Der zwanzigste Juli“, Edition JF, Berlin 2004, 568 S., 28 Euro.

»Wir wollen unseren Kaiser Willem wiederhaben«

Der 150. Geburtstag von Wilhelm II. könnte zum Wendepunkt der historischen Bewertung des deutschen Monarchen werden

Launisch, größenwahnsinnig und chauvinistisch; wenn es darum ging, den letzten deutschen Kaiser schlecht zu machen, waren in den letzten Jahrzehnten stets willige Historiker zu Stelle.

„Wir wollen unseren alten Kaiser Willem wiederhaben!" Mit diesen Worten hüpfte Anfang der 80er Jahre eine lütte norddeutsche Deern durch den Garten ihrer Großeltern. Diese beiden, Jahrgang 1920 und 1924, hatten sich angesichts der Vierjährigen an ihre eigene Kindheit zurückerinnert, und einer von ihnen brachte den einst als Kind gehörten Ausruf ins Gespräch, den das Kind sofort nachplapperte. Es sollten über zwei Jahrzehnte vergehen, bis die Enkelin begreifen sollte, daß mit „Kaiser Willem" nicht nur Wilhelm I. sondern auch zeitweise sein Enkel Wilhelm II. gemeint gewesen war, jener Kaiser, der an den deutschen Schulen nur negativ als Verursacher des Ersten Weltkrieges dargestellt wurde, als narzistischer, unter der Behinderung seines einen Armes leidender Egozentriker, der sprunghaft und launisch das deutsche Kaiserreich in den Untergang führte. Daß in der Weimarer Zeit ein vernünftiger Mensch diesen „abscheulichen Herrscher" hätte wiederhaben wollen, wurde den Nachgeborenen als absolut unvorstellbar dargestellt. Da es aber trotzdem geschah, liegt der Verdacht nahe, daß Kaiser Wilhelm II. irgend etwas an sich gehabt haben muß, das die Menschen selbst Jahre nach seinem Verlust der Kaiserkrone dazu hat bewegen können, „ihren" Monarchen zurückhaben zu wollen.

„In der Literatur über diese Periode – und im allgemeinen, heutigen Bewußtsein – ist die verblüffende Tendenz zu beobachten, die Angelegenheit [Krüger-Depesche von 1896] aus englischer Sicht zu betrachten, implizit die Vorstellung zu akzeptieren, daß die britische koloniale Ausdehnung und die britischen Auffassungen vom Recht der Briten eine ‚natürliche Ordnung' bildeten, in deren Licht die deutschen Proteste offensichtlich mutwillige Provokationen waren." Diese Ehrenrettung Wilhelms II. hinsichtlich seines Glückwunschtelegramms an den Präsidenten Transvaals (heutiges Südafrika), der einen britischen Angriff erfolgreich abgewehrt hatte, stammt übrigens von einem Wahl-Briten. Christopher Clark, in Australien geboren, ist seit Jahren auf der britischen Insel ein angesehener Historiker. Diese eben zitierten Zeilen schrieb der in Cambridge Lehrende bereits vor rund zehn Jahren, doch erst jetzt – pünktlich zum 150 Geburtstag von Wilhelm II. am 27. Januar – liegen sie in deutscher Übersetzung vor.

Bereits vor zwei Jahren überzeugte der Angelsachse die Deutschen mit seinem Buch „Preußen" davon, daß Preußen eben nicht der kriegslüsterne Militärstaat, der Hitler erst möglich machte, war, wie ihn die breite deutsche Öffentlichkeit gerne sieht. Ähnliches nun bei „Wilhelm II.", auch in diesem Buch ergreift Clark Partei für Wilhelm II.

Zwar gab es schon immer deutsche Historiker, die versuchten, den letzten deutschen Kaiser und seine Taten aus seiner Zeit heraus zu deuten, doch sie waren in der Minderheit. In den letzten Jahrzehnten galt die Verteufelung des deutschen Monarchen als „schick", wer anderes wagte, wurde in den linksgerichteten bundesrepublikanischen Medien der 70er, 80er und 90er Jahre schnell als rückwärtsgewandt und ewiggestrig verunglimpft. Erst in den letzten Jahren fanden Historiker, die in Wilhelm II. nicht nur einen Größenwahnsinnigen sahen, zumindest in Historikerkreisen Gehör. Christopher Clark hingegen erreicht breite Teile der Öffentlichkeit, da seine Bücher Bestseller sind.

Zitate von Wilhelm II. wie „Ihr wißt alle gar nichts. Nur ich weiß etwas, nur ich entscheide" werden bis heute gerne angeführt, um zu belegen, daß der Kaiser unter „Cäsarenwahnsinn" litt und die alleinige Macht einforderte, doch nur wer die Aussagen des Kaisers im historischen Kontext liest, erkennt auch seine Not. Als Sohn der ältesten Tochter der britischen Queen Victoria und des ältesten Sohnes von Kaiser Wilhelm I. wurden an den jungen Kronprinzen hohe Erwartungen gestellt, die dieser wegen seines von Geburt an gelähmten linken Armes schon körperlich nicht immer zu erfüllen in der Lage war.

Schon früh wurde der Junge zum Spielball zwischen dem konservativen prorussischen Reichskanzler Otto v. Bismarck und seinem Großvater auf der einen Seite und seinen liberalen, probritischen Eltern auf der anderen. Auch suchten zumeist Menschen seine Nähe, die sich Vorteile von seiner Stellung versprachen. Von Bismarck immer wieder gegen Kronprinz Friedrich in Stellung gebracht, fühlte sich der junge Mann umschmeichelt. Zu gern ließ er sich dessen Sympathiebekundungen gefallen, doch als er 1888 nach der nur wenige Monate währenden Regentschaft seines an Kehlkopfkrebs verstorbenen Vaters mit Bismarck als Reichskanzler zusammenarbeiten mußte, geriet er schnell mit diesem aneinander.

Der seit zwei Jahrzehnten die deutsche Politik gestaltende Reichsgründer konnte die Fürsorge des jungen Kaisers für „seine Untertanen" im Bergarbeiterstreik von 1889/90 absolut nicht nachvollziehen. Gesetzliche Regulierungen von Frauen- und Kinderarbeit sowie Arbeiterschutzgesetze im allgemeinen leisteten in Bismarcks Vorstellung nur den ihm verhaßten Sozialdemokraten Auftrieb, Wilhelm II. sah es dagegen als seine Pflicht an, die „Bedrükkung der Leute" zu lindern. Interessanterweise drehten auch hieraus die Historiker der nachfolgenden Generationen dem Hohenzollern einen Strick. Statt Humanität unterstellte man ihm Populismus.

Auch die Tatsache, daß er nicht nur mit dem 1890 aus seinem Amt scheidenden Bismarck als Reichskanzler nicht zurecht kam, wird vorwiegend dem Throninhaber angelastet. Wie schwierig es jedoch für einen jungen Mann sein muß, in einer Welt von alten Männern, die seit Jahrzehnten die Feinheiten der Politik kennen, seine Ziele durchzusetzen, wurde selten bedacht. Wilhelm redete gerne frei, ohne Manuskript, sagte direkt das, was sein Herz ihm auf seine Zunge legte. Für den obersten Vertreter eines Staates eine unverzeihliche Schwäche, doch diese macht ihn nicht gleich zu einem Psychopathen. Seine Ziele waren häufig redlich. Ob Krüger-Depesche oder Marokko-Krise: In beiden Fällen befürwortete er die Unabhängigkeit eines bestehenden Staates, doch erstaunlicherweise sieht die Nachwelt darin nur eine Brüskierung der Westmächte.



Wie man ihn kennt: Der Kaiser und König Wilhelm II. mit Feldherrenstab Bild: BpK

Auch seine häufigen politischen Richtungswechsel werden ihm zur Last gelegt, dabei ist nachprüfbar, daß Wilhelm durchaus bereit war, sich von den Argumenten seiner Mitmenschen umstimmen zu lassen. Er war also keineswegs der absolutistische Monarch, sondern gab bei guten Argumenten – allerdings auch bei dem reinen Machtkalkül anderer dienenden Gegendruck – nach.

Außerdem regierte Wilhelm II. zu einer Zeit massiver gesellschaftlicher Umwälzungen. Deutschland erstarkte politisch und wirtschaftlich und mit ihm Bürgertum und Arbeiterschicht, während die Agrarier gegen ihren schwindenden Einfluß anzukämpfen suchten. Zeitgleich entdeckten die Zeitungen auch dank gelockerter Zensur ihre neuen Einflußmöglichkeiten bei der Prägung der öffentlichen Meinung. Auch in Europa, ja, der ganzen Welt, verschob sich das Machtgefüge ... und dann die zum Ersten Weltkrieg führende Ermordung des österreichischen Thronfolgers in Sarajewo. In einem derartigen Spannungsfeld sollte ein zugegebenermaßen nicht mit Weitblick, Fingerspitzengefühl und Durchhaltevermögen gesegneter Hohenzollernsproß sein Amt ausüben. Ein Amt, dessen Vollmachten von vielen Variablen abhingen.

Doch inzwischen werden auch ihn in ein neues Licht stellende Quellen en vogue. Quellen, die belegen, daß Wilhelm II. keineswegs den Krieg wollte und bis zuletzt nicht glaubte, daß die Provokationen von allen Seiten eine militärische Konsequenz nach sich zögen. So schrieb er dem Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Gottlieb von Jagow, noch am 28. Juli 1914, dem Tage der österreichischen Kriegserklärung an Serbien, daß „ein Kriegsgrund nicht mehr vorhanden" sei.

Dem Kaiser, der vereinsamt und schon zu Lebzeiten verhöhnt 1941 in seinem niederländischen Exil verstarb, scheint allmählich in der Betrachtung seiner Person mehr Gerechtigkeit zu widerfahren.

Rebecca Bellano

Wilhelm der Fortschrittliche

Eberhard Straub sieht die Regierungszeit des letzten deutschen Kaisers als Epoche der Innovation

Die wilhelminische gehört „zu den großartigsten Epochen der neueren deutschen Geschichte" – das behauptet zumindest Eberhard Straub in seiner Biographie über den letzten deutschen Kaiser „Kaiser Wilhelm II. in der Politik seiner Zeit". Die schwärmerische Meinung eines etwas altväterlich wirkenden Herrn, der vergangenen Zeiten nachtrauert? Wohl kaum. Denn auch in diesem Buch fördert der habilitierte Historiker Straub vergessene Fakten zutage und befreit das Bild des letzten deutschen Monarchen von stereotypen und ungerechten Urteilen.

Für Straub hat Wilhelm II. nicht nur in der entstehenden Massengesellschaft soziale Gegensätze mit staatlicher Wohlfahrt zu lindern versucht oder nach Bismarcks Kulturkampf die deutschen Katholiken erfolgreich in das Reich integriert. Für ihn war er auch ein glänzender Vertreter des Fin de Siècle, der im „Zeitalter des Interessanten" beispiellos Wissenschaften und Künste förderte und den nicht einmal seine Kritiker für unmodern hielten.

Als bürgerlich erzogener Mann und von den liberalen Ideen seiner englischen Mutter durchdrungen, hatte er sich schon früh für die technischen Neuerungen seiner Zeit begeistert und später als preußischer König und deutscher

Wirklich liberal und fortschrittlich

Kaiser die wohl fortschrittlichste Kulturpolitik hierzulande vertreten. Zusammen mit Friedrich Althoff (1839–1908), dem „heimlichen Kultusminister in Preußen", reformierte er den dortigen Wissenschaftsbetrieb – und das oftmals gegen den Widerstand einer bornierten Beamtenschaft.

Während der Regentschaft Wilhelm II. wirkten Max Planck und Albert Einstein in der Reichshauptstadt, lehrten amerikanische Professoren an der Berliner Universität, wurde schließlich ein umfangreiches Stiftungswesen etabliert. Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, 1910 gegründet, finanzierte sich zu einem großen Teil aus Spenden, sie diente ausschließlich der Forschung und gab schon damals das preußische Prinzip der Einheit von Forschung und Lehre auf – noch heute ist es unseren Universitäten teuer. „Er hielt keine Entwicklung auf", schreibt Straub, „er ließ viel zu, regte an oder ließ sich anregen und nach anfänglichem Schwanken überzeugen."

Es war ein wirklich liberaler, fortschrittlicher Geist, der im wilhelminischen Deutschland herrschte und den wohl nur überspannte Intellektuelle als „untertanenhaft" beschreiben konnten. Offenheit und Neugier gab es denn auch im Bereich der Kunst, und wenn nicht, dann zumindest liebevolles Dulden. Die Opern von Richard Strauss waren Wilhelm II. ein Greuel, aber dennoch war der Komponist sein Generalmusikdirektor in Berlin, er ärgerte sich über Maler wie Lovis Corinth und Edward Munch, aber er ließ sie gewähren.

Ganz zu schweigen von den wirklich avantgardistischen Aufbrüchen der wilhelminischen Epoche. In München gab es den „Blauen Reiter", und in Dresden machte „Die Brücke" gleichfalls mit expressionistischen Versuchen auf sich aufmerksam – all das widerstrebte Wilhelm II. mit seinem antiquierten Kunstgeschmack, doch nie hatte er dagegen gewettert, geschweige denn es verhindert. Ein George Grosz

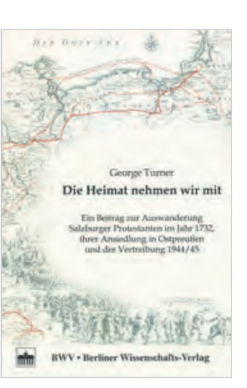
Hätte er mehr für den Frieden tun müssen?

(1893–1959), späterer Dadaist und sozial engagierter Graphiker, sah sich durch kaiserliche Kunstanschauungen jedenfalls nicht eingeschüchtert: „Eigentlich sah man ja, bis hinunter zum dritten Proletenstand staatserhaltend treu zum Kaiser auf."

Jedoch fehlt in diesem brillant geschriebenen Buch auch mancher kritischer Punkt. Gewiß, Straub schildert spannend und farbenreich die tragischen Verwicklungen, die mit in die Katastrophe führten, „in den Krieg, den keiner wollte": die Intrigen des 1890 entlassenen Bismarck und die Unzulänglichkeiten derer, die nachher nicht mehr das Format des „eisernen Kanzlers" erreichten. Aber – Wilhelm II. war auch the Kaiser, wie ihn die Engländer nannten, der oberste Repräsentant des Deutschen Reiches. Hätte er, umgeben von ränkesüchtigen und offenbar paranoiden Beamten, nicht auch ein größerer Politiker sein müssen, um 1914 den Frieden zu retten und später die Monarchie? Nach der Lektüre dieses Buches ist das ein wehmütiger Gedanke.

Michael Böhm

***Eberhard Straub: „Kaiser Wilhelm II. in der Politik seiner Zeit – Die Erfindung des Reiches aus dem Geist der Moderne"**, Landt Verlag, Berlin 2008, gebunden, 380 Seiten, 34,90 Euro*



Salzburger Vorfahren

George Turner über seine Ahnen

Wahrscheinlich wurde George Turner, *PAZ*-Autor und ehemaliger Senator für Wissenschaft und Forschung des Landes Berlin, aufgrund seines Nachnamens schon oft ein englischer Familienhintergrund unterstellt, doch weit gefehlt. Der 1935 in Insterburg geborene Ostpreuße hat einen österreichischen Hintergrund, genauer gesagt, seine Familie stammt von den Anfang des 18. Jahrhundert, aus Glaubensgründen ausgewanderten Salzburgern ab. Und zwar mütterlicher- wie väterlicherseits. Seine Familie nimmt er als Beispiel, um die Geschichte der Salzburger Einwanderer in Ostpreußen näher zu beleuchten und mit Leben zu füllen.

„Die Heimat nehmen wir mit – Ein Beitrag zur Auswanderung Salzburger Protestanten im Jahr 1732, ihrer Ansiedlung in Ostpreußen und der Vertreibung 1944/45“ lautet der Titel, der nahelegt, daß es sich um eine allgemeingültige Studie handeln würde. Tatsächlich befaßt sich die Veröffentlichung aber vor allem mit der Familie der Hofer und Turner, so daß es sich doch eher um eine Familiengeschichte als um ein Sachbuch handelt.

„Das Bemerkenswerte und besonders Liebenswürdige an dieser Familiengeschichte ist ihre Vielstimmigkeit, zusammengestellt von George Turner. Das heißt: Er ist Moderator vieler anderer Autoren, er verbindet in diesem Buch die Texte von Angehörigen und Verwandten, lebenden und verstorbenen.“ Diese Zeilen aus dem Vorwort der Ostpreußenkennerin Ulla Lachauer geben den Aufbau des Buches sehr genau wieder. Allgemein Historisches, Erlebnisberichte über eine Polonaise durchs Rübenfeld oder den Russeneinfall von 1918 und zahlreiche Kurzbiographien wechseln sich ab.

Die Integration 1732 war nicht einfach

Interessant ist der Anfang, in dem George Turner darauf eingeht, welche Integrationsprobleme die Salzburger in Ostpreußen hatten. „Das andere Klima, einsetzende Krankheiten, vermehrte Todesfälle verdeutlichten ihnen den eingetretenen Verlust ihrer bisherigen Umgebung und Heimat. Dies führte zu Mißmut und auch Widerspenstigkeit auf der einen Seite und Klagen darüber auf der anderen. Eine Beruhigung brachte die sehr intensive Religionsausübung mit sich. Sie gab den Ankömmlingen Halt und Orientierung.“ Doch da sie auf viele Dörfer verteilt worden waren, mußten sie sich in die Dorfgemeinschaft integrieren, eine aus der Gegenwart bekannte Ghettoisierung der Zuwanderer war nicht möglich. Einige zitierte Quellen geben einen Eindruck der damaligen Probleme und geben der Lektüre ihren Reiz. *Bel*

***George Turner: „Die Heimat nehmen wir mit – Ein Beitrag zur Auswanderung Salzburger Protestanten im Jahr 1732, ihrer Ansiedlung in Ostpreußen und der Vertreibung 1944/45“**, Berliner Wissenschafts-Verlag, gebunden, 285 Seiten, 19,80 Euro*

Hoffnung eines Humanisten

Avi Primor über ein friedliches Zusammenleben mit Moslems

Mit dem Islam gegen den Terror? Der Titel dieses Buches macht alle neugierig, die die grauenvollen Bilder des gegenwärtigen Gaza-Krieges verfolgen. Kann man tatsächlich den Islam für die Terrorbekämpfung gewinnen? Schön wäre es ja. Oder gehen gerade auf das Konto des Islam letztlich die zahlreichen Anschläge seit dem 11. September 2001? Avi Primor, vormals Botschafter Israels in Deutschland (1993–1999), beschreibt in diesem aktuellen Buch seine Vision für eine friedlichere Welt.

„Kein Friede ohne die Hamas“ lautet tatsächlich die Überschrift des drittletzten Abschnitts seines Buches. Primor glaubt, daß Moslems friedfertig seien und nur die Armut die palästinensische Bevölkerung in die Arme der radikalen und islamistischen Hamas getrieben habe. Die palästinensische Führung unter den Präsidenten Arafat und Abbas habe versagt. Daher erhoffe sich die Bevölkerung nun eine Verbesserung der Lebensumstände durch die Islamisten.

Ob diese Analyse und der Lösungsversuch Primors stimmen, erscheint allerdings hochgradig fraglich. Denn es sind nicht die Armen, wie Primor selbst schreibt, die zu den Köpfen des weltweiten Terrors gehören. Gerade die gut ausgebildeten und wohlhabenden Moslems stehen an der Spitze dieser Gruppierungen, weil sie sich den fundamentalistischen Ideen von Islamisten zugewendet haben. Und wird sich die palästinensische Bevölkerung tatsächlich durch einen Geldsegen in Form eines globalen „Marshall-Plans“, wie Primor vorschlägt, von islamistischen Rattenfängern abhalten lassen?

Der Autor vertrii die Theorie, daß nur die allgemeine Armut den Islamisten zuspiele

Hier müßte der Autor nicht nur diplomatisch, sondern auch kulturell und theologisch argumentieren. Denn der bloße Wunsch, daß man die große Mehrheit der moslemischen Bevölkerung für friedfertig halten solle, reicht nicht zur Begründung. Die Geschichte der letzten 60 Jahre im Nahen Osten, die der Autor kenntnisreich schildert, legt immer wieder etwas anderes nahe. In den meisten Fällen sind die Konflikte im Nahen Osten nicht diplomatisch, sondern allein mit Waffengewalt entschieden worden. Hätte Israel nicht eine starke Armee, wäre der Untergang des jüdischen Staates, den sich Hamas und Hisbollah auf die Fahnen geschrieben haben, wohl schon Wirklichkeit.

Interessant ist Primors Hinweis auf das Unterlegenheitsgefühl der moslemischen Kultur gegenüber der westlich-christlich-jüdischen Zivilisation. Seitdem christliche Heere die osmanische Expansion im 16. und 17. Jahrhundert aufhielten, fühlen sich die islamischen Länder unterlegen und teilweise auch minderwertig. Wie dieses Problem gelöst werden kann, dafür hat Primor keine Lösung. Denn die westliche Zivilisation wird ja gerade von fundamentalistischen Initiativen des Moslems als dekadent und sittenlos bewertet. Wie soll diese dann mit ihren Wirtschaftsprogrammen in die eigenen Länder eingeführt werden?

So bleibt Primors Analyse zwar kenntnisreich aber auch stets merkwürdig zwiespältig. Die vom Autor genau geschilderten Hintergründe, diplomatischen Initiativen und politischen Entwicklungen in Europa, USA und Asien zeigen, wie häufig die Friedensbemühungen, die Entwicklungshilfe, humanitäre und diplomatische Aktivitäten erfolglos waren. Und ob man mit dem Islam tatsächlich gegen den Terror kämpfen kann, erscheint nicht mehr als eine fromme Hoffnung eines Humanisten. *Hinrich E. Bues*

***Avi Primor: „Mit dem Islam gegen den Terror“**, Droste Verlag 2008, geb., 256 Seiten, 16,95 Euro*



Historischer Brand als Vorbild

Kein Krimi, sondern eine Schilderung historischer Lebensumstände

„Der Assessor am Kammergericht zu Berlin Joachim von Bredow war am 13. Februar 1729 auf Bredow in der Mark geboren worden. Er wurde nach einem Vorfahren benannt, der um 1500 Bischof von Brandenburg gewesen war. Wegen familiärer Disposition lebte er auf dem Gut Hoppenrade bei Berlin, das den von Bredows ebenfalls gehörte.“ Jürgen Ziechmann hat ein Faible für die detaillierte Vorstellung seiner Charaktere. Die erzählte Geschichte seiner neuesten Veröffentlichung beginnt ähnlich umständlich wie ihr Titel klingt: „Die Kriminalfälle des Gerichtsassessors Joachim von Bredow im Berlin Friedrich des Großen – Zweiter Fall: Der Brand am Mühlendamm“. Vor lauter Begeisterung über die historische Alltagsgeschichte Berlins läßt der Autor die Handlung zu kurz kommen. Gerade bei einem als Kriminalfall angekündigten Titel erwartet der Leser Spannung und Verwicklungen. Doch die einzelnen Elemente des Romans – die jeweils für sich genommen durchaus ihren Reiz haben – fügen sich nicht zu einem Spannungsbogen zusammen. Statt beispielsweise den Stadtbrand Berlins gleich an den Anfang zu stellen, um dem Leser dann die Vorgeschichte des Falls zu erläutern (während er immerhin schon weiß, was Sache ist) passiert bis zur Mitte des Buches nichts. Und selbst dann ist der Kriminalfall so einfach zu lösen, daß beim verwöhnten Leser der Gegenwart die Enttäuschung unvermeidlich ist: Der Täter ist jener, der mit der Tatwaffe in der Hand am Tatort gesehen wurde – keine falsche Fährte, keine anderen in Frage kommenden Täter. Immerhin: Die Versäumnisse der königlichen Beamten bei der Feuerbekämpfung sind ein historisch interessantes Detail. Fazit: Krimifans sind hier falsch, nur die Freunde von Schilderungen historischer Lebensumstände kommen bei diesem Buch auf ihre Kosten. *Bel*

***Jürgen Ziechmann: „Die Kriminalfälle des Gerichtsassessors Joachim von Bredow im Berlin Friedrich des Großen – Zweiter Fall: Der Brand am Mühlendamm“**, Edition Ziechmann, broschiert,, 144 Seiten, 14,80 Euro*



Liebe, die nie endet

Ehefrau bleibt ihrem verschollenen Mann treu

Mit „Diese Liebe“ meldet sich Roberto Controneo, eine der wichtigsten literarischen Stimmen Italiens, zurück. Und wie auch in seinem Romanerstling „Die verlorene Partitur“ spielen in „Diese Liebe“ die Schlagwörter Erinnerung, Romantik, Lyrik und Verlust eine entscheidende Rolle.

Anna und ihr Mann Edo führen mit ihren zwei Töchtern Margherita und Laura und ihrer eigenen kleinen Buchhandlung ein harmonisches Leben. Doch durch einen Schicksalsschlag wird das Familienglück über Nacht unwiederbringlich zerstört.

„Seine Worte am Abend davor, im Dunkel unseres Schlafzimmers, im schwachen Lichtstrahl eines Rolladens. ‚Morgen, morgen sehen wir weiter.‘ Sie waren nicht so wichtig. Dann träumte ich. Und dann diese Augen, die mich anschauten, ohne mich zu erkennen. Wo wohnt die Liebe, wenn man nicht mehr weiß, wen man vor sich hat? In welcher Welt hat sie sich versteckt? In welches Schicksal ist sie entschwunden, um zu verblassen? Ich ging zu ihm. ‚Edo, geht es dir nicht gut?‘ Er hatte auch seinen Namen vergessen, in einem Gedächtnis, das versteinert zu sein schien, vor der Welt verborgen, doch besonders vor mir. Er antwortete: ‚Edo? Wer ist Edo?‘“

Verzweifelt über die plötzliche Amnesie ihres Mannes, bemüht Anna sich um einen Termin bei einem Spezialisten in Rom. Doch bevor dieser eine Diagnose stellen kann, verschwindet Edo spurlos.

Nachdem alles Suchen sich als vergebens erwiesen hat und Edo immer noch wie vom Erdboden verschluckt zu sein scheint, beginnen sich alle mit Edos Verschwinden abzufinden, ... alle außer Anna.

Erinnerungen werden zum Lebenselexier

Controneo beschreibt Annas Gedanken, jeder Ort, jede Alltagsszene, die sich in ihrem Leben abspielt, weckt vergessen geglaubte Erinnerungen an Edo. Mit poetischen Worten erschafft der Autor eine melancholische und zugleich zeitlose Atmosphäre. „Das Warten war ein Atem in mir, der nach einem Ort suchte, um nicht zu vergehen ... Die Liebe beginnt im Körper, sagt ein Dichter. Und wo kommt sie an? Wenn sie im Körper beginnt, wo endet sie? Kann sie außerhalb des Körpers verschwinden, oder soll sie ja gerade außerhalb des Körpers ankommen? Welches ist der Gedanke der Liebe?“

Zeitlos ist Annas Liebe, doch ticken die Uhren im realen Leben für sie weiter. Und so vergehen die Jahre, in denen sie die Erinnerungen an Edo wieder und wieder aufbereitet, zum Sommer hin seine Winterkleidung wäscht. Stets in der Hoffnung, daß Edo eines Tages an der Tür klopfen und mit wiedergewonnenem Gedächtnis seine saubere Kleidung einfordern könnte.

Doch eines Tages: „An der Tür, an der ich vorübergehe, ohne es zu wollen, höre ich Margherita mit Laura sprechen ... ‚Sie sucht in der Erinnerung noch immer nach ihm.‘ ‚Man kann nicht von Erinnerungen leben, Margherita.‘ ‚Laura, sie lebt nicht von Erinnerungen, sondern die Erinnerungen leben durch sie wieder auf.‘ ‚Na, ich weiß nicht.‘ ‚Verstehst du denn nicht, daß das eine Art zu lieben ist? Ihre Art zu lieben. Eine Art, die wir nicht kennen.‘ Gerne hätte ich die Tür geöffnet. Ich hätte Margheritas Blick auffangen wollen.“

Zum Ende nimmt der Roman eine überraschende Wendung. Roberto Controneo läßt durch seinen Roman „Diese Liebe“ den Leser nach 158 Seiten grübelnd mit seinen Gedanken allein. Man mag über das Ende streiten, aber darüber nachdenken, wird der Leser in jedem Fall! *A. Ney*

***Roberto Controneo: „Diese Liebe“**, Insel Verlag, Leipzig 2008, geb., 158 Seiten, 17,80 Euro*

Drama in zehn Akten

Kershaw über Wendepunkte des Krieges 1940 bis 1941

„Die Idee zu diesem Buch verdanke ich einem beiläufigen Gespräch in der Küche ... während wir darauf warteten, daß das Wasser im Kessel zu kochen begann.“ So bemerkt Historiker und Altmeister Ian Kershaw, wie er beinahe zufällig zu seinem neuen Werk kam. Darin kocht der Hitler-Biograph ein schon häufig beackertes Thema auf, den Zweiten Weltkrieg, und nimmt zentrale Siedepunkte aus den Jahren 1940 und 1941 unter die Lupe. „Schlüsselentscheidungen“ nennt Kershaw diese Momente, die den Kriegsverlauf massiv beeinflußten oder – glaubt man dem etwas marktschreierischen Untertitel des englischen Originals – sogar die Welt veränderten. Dementsprechend liest sich das Buch wie ein zeithistorisches Drama in zehn Akten. Als Hauptfiguren treten die Achsenmächte Deutschland, Italien und Japan auf. Ihre Gegenspieler sind die Alliierten Großbritannien, die USA und die Sowjetunion.

Der Vorhang geht auf, als der britische Premierminister Churchill im Mai 1940 beschließt, trotz der eklatanten Niederlage Frankreichs und eigener militärischer Defizite weiterzukämpfen. Aus Angst vor einem Bündnis der Engländer mit den Russen fällt Hitler bald darauf die Entscheidung, die Sowjetunion anzugreifen, bevor diese voll aufgerüstet wäre. Aus sowjetischer Sicht fast tragisch erscheint der Entschluß Stalins, präzise Geheimdienstinformationen zu ignorieren und keine Vorsorge gegen einen deutschen Angriff zu treffen. Eine entscheidende Wende bringt der amerikanische Präsident Roosevelt im Sommer und Herbst 1941. Er erklärt seine Bereitschaft, entgegen der isolationistischen öffentlichen Meinung im Land in einem unerklärten Krieg gegen das Deutsche Reich nicht nur Churchill, sondern auch Stalin zu unterstützen. Das grausame Zwischenspiel des japanischen Bombenangriffs auf Pearl Harbour läßt Roosevelts Worten im Dezember 1941 mit dem Kriegseintritt der USA Taten folgen. Die Tragödie menschlicher Perversität gipfelt schließlich in Hitlers Beschluß Ende 1941, sämtliche Juden Europas auszulöschen. Obwohl der Krieg noch vier Jahre weitertobt, fällt der Vorhang an dieser Stelle.

Schlüssel zum Verständnis

Geschichtsinteressierte Laien, die sich nicht durch die epische Länge des 750-Seiten-Wälzers abschrecken lassen, finden hier einen wertvollen Schlüssel zum Verständnis des Zweiten Weltkriegs. Vermeintlich schicksalhafte Ereignisse bringt der Autor plausibel in Zusammenhang und erläutert detailliert deren Ursachen und Folgen. Er rekonstruiert überzeugend die Verläufe, zeigt aber auch mögliche Alternativen auf. Einzigartig dabei sind die Quellenvielfalt, auf die sich die Analyse stützt, sowie der Wechsel zwischen den Perspektiven der jeweiligen Beteiligten. Zweifelhaft scheint jedoch die Geschichtsmächtigkeit, die Kershaw dem Individuum beimißt. Waren denn Roosevelt, Stalin und Hitler tatsächlich unabhängige Entscheidungsträger, oder handelten sie nicht vielmehr vor dem Hintergrund politischer Rivalitäten, historischer Altlasten und strategischer Zwänge? Einzige Ausnahme bilden die Ruhmsucht und groteske Selbstüberschätzung des italienischen Diktators Mussolini. Sein eigenmächtiger Griechenlandfeldzug endete im Fiasko. An seine Grenzen stößt Kershaw in seiner sonst ganz militärisch-politischen Darstellung im Kapitel über den Holocaust. *Sophia E. Gerber*

***Ian Kershaw: „Wendepunkte – Schlüsselentscheidungen im Zweiten Weltkrieg“**, Deutsche Verlagsanstalt, München 2008, 736 Seiten, 39,95 Euro*



Nr. 4 – 24. Januar 2009

MELDUNGEN

Sicheres Masuren

Allenstein – Die Polizei der Woiwodschaft Ermland und Masuren gibt sich erfreut. Die Zahl der strafbaren Handlungen nehme ab und die Aufklärungsquote zu. Am meisten freue die Ordnungshüter aber die Anerkennung durch die Einwohner der Region. Angeblich stufen 66 Prozent von ihnen die Arbeit der Beamten als gut ein. Das ist das Ergebnis einer von der Hauptkommandantur der Polizei in Auftrag gegebenen wissenschaftlichen Umfrage.

Die Einwohner fühlten sich sicher, weil sie auf den Straßen Polizeistreifen sähen und sich deshalb nicht ängstigten, im Dunkeln auf die Straße zu gehen. Immer weniger Personen fürchteten sich vor Einbrüchen in ihre Wohnungen, Keller und Autos, vor Überfällen, vor Schlägereien und verkehrswidrig fahrenden Autofahrern. Diese von den Demoskopen ermittelte Einschätzung der Gefahrenlage durch die Bevölkerung korrespondiert mit der von der Polizei präsentierten Bilanz ihrer Arbeit. Demnach gab es 2008 mehr als 1000 strafbare Handlungen weniger als noch 2007. Die Aufklärungsquote betrug bei schweren Taten 61 Prozent, insgesamt 74 Prozent. Diese Zahlen aus der Woiwodschaft Ermland und Masuren sind die zweitbesten der gesamten Republik. Die größten Erfolge verzeichnen die Polizisten bei der Aufklärung von Schlägereien und Verletzungen – 84 Prozent. Im vergangenen Jahr waren im südlichen Ostpreußen mit 224 Unfallopfern 47 Verkehrstote weniger zu beklagen als noch im Vorjahr. Gesunken ist auch die Zahl der Unfälle unter Einfluß von Alkohol. Letztere machen ein Zehntel aller Verkehrsunfälle aus. Bei Verkehrskontrollen gingen der Polizei im Jahre 2008 7500 alkoholisierte Fahrer ins Netz. Das sind 400 weniger als im Jahre 2007. *PAZ*

Bescherung für die Königsberger

Russische Monographie zur Geschichte des Schlosses erschienen – 1968 von den Sowjets gesprengt

Zur „Geschichte des Königsberger Schlosses" ist in der Pregelstadt die erste Monographie in russischer Sprache erschienen.

Bei Russen ist traditionell Neujahr die Zeit der Bescherungen und Geschenke. Ein besonders schönes bekamen dieser Tage die Königsberger von Wladimir Kulakow, seit 1974 Leiter der „Baltischen Expedition des Archäologie-Instituts der Russischen Akademie der Wissenschaften", die bereits 400 Objekte in der Region konserviert und erkundet hat. Seine „Geschichte des Königsberger Schlosses", ein Büchlein von 130 Seiten, ist geschrieben für die Bürger, „die sich schon seit Jahrzehnten für eine Wiedergeburt des Königsschlosses interessieren".



Wladimir Kulakow bei einer Autogrammstunde: Der Leiter der „Baltischen Expedition des Archäologie-Instituts der Russischen Akademie der Wissenschaften" stößt mit seinem Buch auf großes Interesse. Bild: Tschernyschew

„Eine wissenschaftliche Arbeit ist das nicht, eher historische Prosa", erklärte der Autor bei der Präsentation. Wenn man das Wort Prosa mit „Klartext" übersetzt, erschließt sich die zweifache Absicht des Autors: Einerseits erzählt er spannend die Geschichte des Schlosses seit dem 13. Jahrhundert – andererseits redet er Klartext mit den Sowjet-Barbaren, die diesen „ältesten nordeuropäischen Komplex von militärischer, administrativer und kultureller Bedeutung" erst plünderten und dann zerstörten. Oder er läßt Dokumente sprechen, etwa in Faksimile die arrogante Antwort der Stadtverwaltung an „Bürgerin Malda" von 1967, daß man „Bauarbeiten am Schloß für unzweckmäßig" hielte.

Am 25. April 1945, „knapp zwei Wochen nach der Kapitulation der Festung Königsberg", brach in der Schloßruine eine „fieberhafte Suche" nach „verborgenen Schätzen" aus. Dabei fand man ein Inventarverzeichnis, in welchem unter dem 5. Dezember 1941 auch das legendäre „Bernsteinzimmer" vermerkt war. Das vor allem interessierte die „Schatzsucher" vom Typ des „Genossen S., Akademiemitglied, vormals Kolchos-Chef und Autodidakt". In dem „Beuteland Ostpreußen" wollten sie möglichst viel Beute machen, ohne sich um archäologische oder konservatorische Grundregeln zu kümmern. Als „Kulturdenkmal" galt das Schloß nicht, es wurde nicht bewacht, war dem Wüten von Ignoranten preisgegeben, die nicht einmal merkten, daß sie in einem Schloßflügel Reste der berühmten „Prussia"-Sammlung prähistorischer Altertümer fanden. 60 Kisten füllten ihre zusammengerafften Funde, die im Nirgendwo landeten.

Nicht wenige Seiten füllt Kulakow mit den Namen derer, die lange Jahre Soldaten und Bagger abordneten, um das Schloß, „Wespennest des preußischen Militarismus", endgültig zu zerstören und seine Reste 1968 zu sprengen. Im selben Jahr entstand die „Baltische Expedition", die das Chaos vollendete: Bis 1973 stocherte sie im Schloßboden herum, der immer mehr von Bauarbeiten für das neue „Haus der Sowjets" zerwühlt wurde. Kulakow erinnert sich, daß Jugendliche zum jüdischen Chanukka-Fest, das regelmäßig in die christliche Advents- und Weihnachtszeit fällt, achtarmige Menorah-Leuchter an die Schloßreste stellten, die eine Parallele zum Tempel von Jerusalem symbolisierten.

Erst mit dem Sturz des Kommunismus begann für das „Königsberger Schloß ein Leben nach dem Tode". Die Bürger der Stadt wollten ihr „Korolevskij Zamok" (Königsschloß) immer erhalten, jetzt stimmte auch die Stadtverwaltung zu, nicht zuletzt mit Blick auf deutsche Förderer, die immer mehr Interesse bekundeten. Viel war von dem Schloß nicht mehr vorhanden, aber ein Neubau im Zustand von 1938, „aus welcher Zeit wir die besten Unterlagen haben", wurde vor allem von dem energischen Stadtarchitekten Alexander Baschin favorisiert. Baschin ist inzwischen entlassen, und so wird wohl Plan B umgesetzt werden: Ein „Touristisches Informationszentrum" rund um erhaltene Reste von Gräben, Gängen und Mauern, dazu Bilder und Dokumente in Fülle. Viel ist das nicht, aber doch eine Hommage an einen Ort, „wo jeder Stein und jeder Ziegel den Charme der Historie atmet". *Wolf Oschlies*

Stühlerücken in Warschau

Ostpreuße soll Chef des Büros für Nationale Sicherheit werden

Der 1963 im ostpreußischen Seeburg, Kreis Rößel geborene Sejmabgeordnete Aleksander Szczyglo soll nach noch unbestätigten Meldungen neuer Chef des Büros für Nationale Sicherheit werden. Der Politiker der Partei „Recht und Gerechtigkeit" (PiS) würde damit Wladyslaw Stasiak ablösen, der Stellvertreter des Chefs der Präsidialkanzlei, Piotr Kownackie, werden soll. Ziel des Stühlerückens ist dem Vernehmen nach, die Zusammenarbeit zwischen der Präsidialkanzlei und dem Büro für Nationale Sicherheit zu verbessern. Weder Szczyglo noch das Pressebüro des Staatspräsidenten waren bisher zu einer Bestätigung oder sonstigen Kommentierung der Meldung bereit. Bei einem Wechsel von Szczyglo an die Spitze des Büros für Nationale Sicherheit würde der Lycker Stadtverordnete Wojciech Kossakowski für ihn in das Parlament nachrücken.

1991/92 hatte Szczyglo schon einmal dem Büro für Nationale Sicherheit angehört. Damals war das Aufgabengebiet des studierten Juristen die Gesetzgebung gewesen, und sein Chef der heutige Staatspräsident Lech Kaczynski. 2001 zog der PiS-Politiker dann erstmals in den Sejm ein, wo er sich Fragen der europäischen Integration zuwandte. Nach dem Wahlsieg seiner Partei bei den Parlamentswahlen 2005 wurde er Staatssekretär im Verteidigungsministerium. Nach der Ende 2005 erfolgten Wahl Lech Kaczynskis zum Präsidenten holte dieser ihn 2006 an die Spitze seiner Präsidialkanzlei. Bereits ein Jahr später wechselte er wieder ins Verteidigungsministerium, diesmal aber als verantwortlicher Ressortminister. Mit der Wahlniederlage seiner Partei 2007 endete auch seine Amtszeit als Kabinettsmitglied, Die Folge war eine Rückkehr auf die harten Bänke der Opposition, allem Anschein nach allerdings nur vorübergehend. *PAZ*



Aleksander Szczyglo Bild: Wikipedia

Bau soll 2010 beginnen

Das geplante Kernkraftwerk bei Ragnit – Sorgen der Bevölkerung

Die Absicht zur Errichtung eines Kernkraftwerks bei Ragnit erzeugt Unruhe unter der Bevölkerung. Tief sitzt immer noch der Schock über die Katastrophe von Tschernobyl im Jahre 1986. Nun sahen die Verantwortlichen sich genötigt, etwas Licht in das Dunkel der Geheimniskrämerei zu bringen und luden die Chefredakteure sämtlicher Kreis- und Stadtzeitungen zu einer Informationsveranstaltung nach Königsberg ein.

Moskauer Abgesandte von „Rosatom" und hochrangige Vertreter der Energoatom AG vermittelten einen Einblick in den geplanten Bau der Blöcke 1 und 2 des „Baltischen Kernkraftwerks", wie die offizielle Bezeichnung lautet. Bei der Standortwahl seien geologische, tektonische, meteorologische und Grundwasserbedingungen sorgfältig geprüft und berücksichtigt worden. In Absprache mit den Behörden des Königsberger Gebiets habe das Projekt an die Erfordernisse der sozio-ökonomischen Perspektive des nördlichen Ostpreußen angepaßt werden können. Bis Ende diese Jahres würden alle technologischen Konzeptionen, Genehmigungsverfahren sowie Transport- und Infrastrukturfragen abgeschlossen beziehungsweise geklärt sein. Dann beginnen die Bau- und Montagearbeiten. Bis zu 9000 Arbeitskräfte würden auf der Baustelle zeitweilig beschäftigt sein. Die Kosten werden mit 134,3 Milliarden Rubel (über 32 Millionen Euro) veranschlagt.

Der Staat beendet die Geheimniskrämerei

Zum Vergleich: Das im Bau befindliche Kernkraftwerk im finnischen Olkiluoto soll alles in allem 5,2 Milliarden Euro kosten.

So informativ die technischen und wirtschaftlichen Auskünfte auch waren, so galt doch das größte Interesse der Journalisten den Fragen des Umweltschutzes. Die Vertreter der Atomindustrie waren bemüht, Bedenken aller Art zu zerstreuen. Dank moderner Sicherheitsstandards bestünde kein Grund zur Sorge. Diese Ansicht bekräftigte auch der Vizegouverneur des Königsberger Gebiets Juri Schalimow. In seinem Schlußwort versicherte er, daß alle Probleme bei der Errichtung des Kernkraftwerkes offengelegt und transparent gemacht würden. Die Einbeziehung einer breiten Öffentlichkeit sei die beste Gewähr für die Akzeptanz des zukunftsträchtigen Vorhabens. *H. D. / E. B.*

Kooperation in Pommern

Zweitägige Konferenz in Stettin mit über 200 Teilnehmern

Die Stadt Stettin will die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit deutschen Städten und Kreisen in Vorpommern intensivieren. Dies war die Hauptbotschaft der zweitägigen Konferenz „Unsere Grenzregion – zwischen Vision und Praxis. Deutsch-polnisches Treffen von Politikern, Praktikern und Experten“. Das heute polnische Stettin betrachtet sich dabei als „natürliches Zentrum der Grenzregion“, was als Hinweis auf eine neue pommersche Identität in der Region angesehen werden kann.

Die zweitägige Konferenz wurde durch die Stadt Stettin veranstaltet. Hauptziele waren die Besprechung der bisherigen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Kommunen, Beschreibung und Feststellung neuer Erscheinungen, die seit dem Beitritt Polens zur Gruppe der Schengen-Staaten in der gemeinsamen Grenzregion aufgetreten sind, sowie der dadurch entstehenden neuen „Herausforderungen, Aufgaben und Barrieren“. An der Konferenz Mitte Dezember nahmen über 200 Personen teil, vor allem polnische und

Stettin sieht sich als natürliches Zentrum

deutsche Landräte, Bürgermeister und Gemeindevorsteher sowie Vertreter von Verwaltungen, Nichtregierungsorganisationen und Institutionen aus dem Grenzgebiet. Die Teilnehmer arbeiteten in mehreren thematischen Gruppen zu folgende Bereichen: Touristik und Öffentlichkeitsarbeit, Transport und Verkehr, Kultur, Bildung sowie Wirtschaft. Die Teilnehmer schlugen weitere Maßnahmen und Projekte vor, etwa den Ausbau des zweisprachigen Bildungssystems sowie die Einrichtung eines Schulungszentrums für polnische und deutsche Lehrer. Im Wirtschaftsbereich wurde die Zusammenarbeit zwischen Stettin und Pasewalk als vorbildlich gewürdigt. Im Touristikbereich soll die Werbung auch mit gemeinsamen Veröffentlichungen ausgeweitet und die Infrastruktur insbesondere auf der polnischen Seite ausgebaut werden. In seinem Fazit würdigte Stadtpräsident Piotr Krzystek die Zusammenarbeit Stettins mit deutschen Partnern in der Grenzregion als „sehr inhaltsreich und mehrdimensional“ und regte weitere Treffen an. *K.B.*

Schlesier warnen

Polemik in Polen gegen europäisches Museumsprojekt

Das in Brüssel entstehende „Haus der Europäischen Geschichte“ nimmt Gestalt an. Leider ist dabei aber noch so manches Hindernis zu überwinden. Schon jetzt zeichne sich eine hitzige Kontroverse ab, warnt Rudi Pawelka, der Vorsitzende der Landsmannschaft Schlesien.

Das Präsidium des Europaparlaments hat das Konzept für dieses Museum kaum gebilligt, da ist in Polen schon eine heftige Diskussion entbrannt. Obwohl das Konzept noch nicht veröffentlicht wurde, tauchen in polnischen Medien Berichte auf, die man bestenfalls als unausgewogen bezeichnen könnte. Unterstützt von Wissenschaftlern fragte etwa der Journalist Piotr Zaremba in der Zeitung „Dziennik“, ob man die Geschichte Europas ohne die Kämpfe mit dem Deutschen Orden oder ohne die entscheidende Rolle der Gewerkschaft Solidarnosc darstellen könne. Auch den polnischen Angriffskrieg gegen Rußland 1920 deutet Zaremba als heroische Tat, da Polen damit den Drang der Bolschewiki nach Westen aufgehalten habe, was für Europa wesentlich gewesen sei. Dabei ficht es die polnischen Medien nicht an, daß das

Streit mit Polen ist programmiert

international besetzte Sachverständigengremium (mit Experten auch aus Polen) im Konsens ein Konzept vorgelegt hat. Gleichwohl sieht man in Warschau insbesondere polnische Aspekte zu wenig gewürdigt.

Der Vorsitzende der Kommission, der Präsident des Hauses der Geschichte in Bonn, Hans Walter Hütter, verwies derartige Diskussionen in den „Kontext der jeweiligen Innenpolitik“. Jedoch kann aufgrund der Erfahrungen mit dem von Polen angezettelten Streit über das „Zentrum gegen Vertreibungen“ nicht damit gerechnet werden, daß es Ruhe geben wird. Zu heftig sei die Kritik schon jetzt, warnt die Landsmannschaft Schlesien vor neuen Aufwallungen der Nationalismen in der weiteren Debatte um das europäische Museum. „Polen mit seiner exponierten nationalen Sicht wird dabei in vorderster Front stehen“, befürchtet Pawelka. Umgekehrt könne nach bisherigen Erfahrungen kaum von Einwänden deutscher Politiker, Medien oder Historiker ausgegangen werden. „Von einer Vertretung deutscher Interessen wird auch in diesem Fall wohl nichts zu spüren sein“, bedauert Pawelka. *sfm*

**Lewe Landslied,
liebe Familienfreunde,**

Erfreuliches gibt es zu berichten, sehr Erfreuliches sogar. Zwar sind keine Wunder geschehen, auch nichts Wundersames, aber die Bandbreite macht's, denn es kamen positive Zuschriften zu den unterschiedlichsten Fragen. Und so läßt sich das Neue Jahr gut an, und das ist doch für uns alle sehr erfreulich. Als Volltreffer erwies sich die Frage nach dem ostpreußischen Gutshaus, das wir in der Folge 2 brachten. Spontan kamen die Antworten: Es ist das Reichsarbeitsdienstlager Arnstein im Kreis Heiligenbeil. Daß es sich um ein Lager für den weiblichen Arbeitsdienst handeln könnte, hatte ich auch schon in Erwägung gezogen, denn als Maiden waren einwandfrei die beiden in ihrem Kostüm Abgebildeten in der untersten Reihe zu identifizieren. Nicht erkennen konnte ich allerdings die Strikkjacken, die zur Maidentracht gehörten, und die dazugehörenden Broschen, die viele der jungen Mädchen tragen. Unsere Leserin **Ilsegret Böhm** hat sie aber auf den ersten Blick erkannt und genaue Angaben über die Uniformierung der Maiden geliefert. Aber mich irritierten vor allem die Zivilpersonen auf dem Foto, unter denen auch Männer zu sehen sind. Hierzu kam nun eine präzise Erklärung von Frau **Anita Brandtstäter** aus Köln, die sich sogar auf einzelne Personen bezieht. Sie teilte uns mit, daß es sich um das RAD-Lager Schloß Arnstein handelt, das ihre Mutter, **Dora Brandtstäter** geborene **Boß**, einwandfrei erkennen konnte, weil sie dort im Winter 1942/43 im RAD war. Diese gibt nun folgende Erklärungen zu dem Foto ab:

„Das ehemalige Rittergut Arnstein war aufgesiedelt worden. Im Gutshaus befand sich das RAD-Lager 10/13. Auf der Aufnahme sieht man zum größten Teil Arbeitsmaiden, teils in Uniform, größtenteils aber in Arbeitskleidung: blaues Kleid, weiße Schürze mit roter Bordüre und darüber ein Berchtesgadener Jäckchen. Die große, runde Brosche am Kragen trugen alle Arbeitsmaiden. Bei den Zivilpersonen auf dem Bild handelt es sich um Siedler und deren Angehörige, die die Arbeitsmaiden beschäftigten. Links im Bild sehe ich den Bürgermeister des Dorfes Arnstein. Der Herr mit der Brille ist Herr **Mindt**, bei dessen Familie ich auch einmal im Außendienst war. Das Gruppenbild ist auf der Freitreppe des Gutshauses zum Garten aufgenommen.“ Frau Brandtstäter besitzt auch noch Aufnahmen aus ihrer Zeit in Arnstein, so von der I. Kameradschaft im Winter 1942/43. Sie würde diese bei Bedarf zur Verfügung stellen. Auch andere Leser übersandten Aufnahmen von Arnstein, zum Teil als Kopien aus dem Buch von Wulf D. Wagner. Allen, die sich so prompt zu diesem Bild gemeldet haben, vielen Dank. Es dürften sicher noch mehr werden.

Nebenbei: Der Name „Arnstein“ weckte in mir auch Erinnerungen. Aber nicht an eine tief verschneite, ostpreußische Winterlandschaft, sondern an glutheiße Sommertage in meiner Kindheit, wenn wir in die „Sommerfrische“ nach Montitten fuhren. In Arnstein hieß es dann aussteigen. Und das Ferienparadies mit der alten Wassermühle lag für vier herrlich freie Wochen vor uns. Ja, so geht es den meisten Leserinnen und Lesern unserer Familien-Kolumne: Ein Wort genügt manchmal, um eine Erinnerung aus der Tiefe längst vergangener Zeiten hervorzuholen.

Sicherlich hat auch das „arme Dorfschulmeisterlein“ dazu beigetragen, daß sich manche Leserinnen und Leser an das Lied erinnern, weil sie es aus ihrer Jugendzeit kennen. Vielleicht weil sie auch aus einem ländlichen Lehrerhaus stammen oder an ihre kleine Dorfschule zurückdenken. Das mußte auch Frau **Gertrud Breuer** anläßlich des letzten Geschichtsseminars der Landsmannschaft Ostpreußen im Ostheim in Bad Pyrmont feststellen, als dieses Gedicht, nach dem eine Teilnehmerin suchte, zum Gesprächsstoff wurde. Noch bevor bei uns die Frage auftauchte, hatte Frau Breuer den Text mit Hilfe des Internets schon gefunden. Sie sandte ihn mir sofort zu, und ich war verblüfft: Das Poem besteht aus 34 Versen! Meine Versionen, die ich vor langer Zeit – auch aufgrund einer Leserfrage – bekommen hatte, bestanden zum Teil nur aus Fragmenten. Geschrieben hat es **Samuel Friedrich Sauer** (1766–1845), es muß aber Ende des 19. Jahrhunderts umgedichtet oder ergänzt worden sein. Jetzt ist der volle Text also da, aber die Melodie? Die übersandte mir – handgeschrieben – unser Leser **Hans Groeneveld**. Und dann erhielt ich einen Anruf von Frau **Ilse Conrad-Kowalski** aus Lübeck: sie wird Herrn **Liehs** eine Choraufnahme mit dem Lied zusenden! Also soviel Hilfestellung hatte ich nicht erwartet. Übrigens: Der Schulmeister, der so herrlich selbstironisch sein schweres Dasein bedichtet hat, wurde wegen dieses lyrischen Ergusses seines Postens erhoben! Armes Dorfschulmeisterlein!

Auch die Erinnerung an die Schauspielerin **Marion Lindt**, deren Lebenslauf Herr Dr. **Ulrich Heitger** anläßlich des 100. Geburtstages der Königsbergerin erarbeitet hat, fand ein lebhaftes Echo. Eine interessante Ergänzung kam von Frau Dr. **Hannelore Knopff** aus Bad Pyrmont, die allerdings mit den bisherigen Angaben stark differiert. Die Mutter von Frau Dr. Knopff besuchte zusammen mit Marion Lindt die Krausesche Schule in der Jägerhofstraße, die damals das am meisten besuchte Lyzeum der Stadt war, und zwar ab April 1910. Die spätere Künstlerin hieß als Schülerin **Lotte Leng**. Da Frau Dr. Knopffs Mutter, * 1898, die Jüngste in der Klasse war, ergibt sich daraus auch das Geburtsjahr von Marion Lindt – und das wäre 1898. Beide Mädchen besuchten auch das Konservatorium, das sich in der Stadthalle befand, und hatten dort Unterricht bei der Klavierlehrerin **Brenke**. Sie gingen zusammen in das Königsberger Opernhaus und schwärmten dort für die nicht nur wegen ihrer Stimme, sondern auch wegen ihrer Schönheit verehrte Sängerin Charlotte Uhr, so sehr, daß sie sämtliche Mignon-Vorstellungen besuchte. Diese Angaben hat Frau Dr. Knopff den Kindheitserinnerungen ihrer verstorbenen Mutter entnommen. Das Verblüffende ist, daß auch die Töchter der ehemaligen Schulkameradinnen auf einer Schule waren. **Renate Krüger** besuchte wie Hannelore Knopff das Bismarcklyzeum, nur durch eine Klasse getrennt. Also, das sind schon sehr persönliche Verbindungen, und wenn sie stimmen, müßte die Vita von Marion Lindt umgeschrieben werden. Zuerst einmal einen herzlichen Dank an Frau Dr. Knopff für diese interessanten Angaben. Wir bleiben hier mit Spannung am Ball.

Wer erkennt sich wieder? Schwesternheim in Königsberg, möglicherweise das am Weidendamm 16 Bild: privat

Zwei sehr informative Briefe liegen schon seit längerem zur Veröffentlichung bereit, aber ich benötige für sie viel Platz, weil es sich um schicksalsschwere Themen handelt, die wir in unserer Kolumne angeschnitten hatten, und ich nicht nur wenige Sätze aus den seitenlangen Zuschriften bringen kann. Einen kurzen, aber um so herzlicheren Dank möchte ich Frau **Evelin Kirchbach** aus Erkelenz sagen, die mir mitteilt, daß sie für den geplanten Leseraum in der Heimatstube der Kreisgruppe Siegerland ein stattliches Bücherpaket auf den Weg gebracht. hat. Sie schreibt dazu: „Unser Ostpreußen darf nicht vergessen werden, und das kann man nur erreichen, wenn man es den Jungen vor Augen führt.“

Wer auch seinen Bücherschrank oder einen Literatur-Nachlaß durchforstet und dabei auf Bücher von **Ernst Wiechert** stößt, schaue einmal nach, ob darunter auch „Der weiße Büffel“ und „Die Majorin“ sind. Wenn er sie besitzt und bereit ist, diese abzugeben, könnte er damit unsere Frau **Taruttis** von der Landsmannschaft Ostpreußen, Kreisgruppe Köln, eine Freude machen. Herr Taruttis sucht diese Bücher nämlich und hat sich deshalb an unsere Familie gewandt. Wie immer bei Buchwünschen: Bitte nicht gleich absenden sondern vorher benachrichtigen. (Landsmannschaft Ostpreußen, Kreisgruppe Köln e. V., Dorothea Taruttis, Forstraße 42 in 50767 Köln, Telefon 0221/791616.)

Die ostpreußische Familie

Ruth Geede Bild: Pawlik

Das Foto vom – nun identifizierten – Gutshaus Arnstein hat wohl unser Landsmann **Heinz Czallner** aus Frankfurt angeregt, uns ein ähnliches Bild zur Veröffentlichung zu überlassen. Ähnlich in dem Sinne, daß auf ihm ebenfalls viele junge Mädchen zu sehen sind, Aber diesmal handelt es sich weder um ein RAD-Lager, noch um ein Gutshaus, sondern um ein Schwesternheim in Königsberg. Es könnte sich um das am Weidendamm 16 gelegene Heim handeln, denn man sieht auch Nonnen auf dem Foto. Herr Czallner meint, daß dieses etwa in der dreißiger Jahre gemachte Foto ein wertvolles Zeitdokument sei, darüber hinaus könnte es für ältere Leserinnen auch ein Erinnerungsfoto bedeuten, falls sie sich auf der Abbildung wiedererkennen. Da dürfte er recht haben, und vielleicht werden das einige Leserinnen bestätigen. Würde uns freuen.

Nach Königsberg führt auch der Suchwunsch eines älteres Landmannes, der ihn aber nicht direkt an uns stellt. Unsere Leserin **Irene Piotrowski** aus Dobertin bekam diesen „Wunschzettel“ auf einem Ostpreußentreffen in die Hand gedrückt und meinte sofort, das sei doch etwas für die Ostpreußische Familie. Stimmt, denn der Handzettel ist „an alle Königsberger über 76 Jahre“ gerichtet, na, und da werden sich doch einige Leser und Leserinnen angesprochen fühlen. Eigentlich ist es ein Sammelwunsch, denn er besteht aus fünf Fragen, und wir bringen sie wie angegeben:

Hat jemand in Maraunenhof in der Aschmann-Allee gewohnt? / Ist jemand in den Jahren 1939 bis 1943 in die Ottokar-Schule in der Samitter Allee eingeschult worden? / Ist jemand Ende Januar 1945 von Pillau mit dem Frachter „Essberger“ bis nach Swinemünde geflüchtet? / Hat jemand den Straßenbahnfahrer **Fritz Werner** aus der Heidemannstraße 6 auf dem Sackheim gekannt? Er wohnte nach dem Bombenangriff 1944 auf dem Sportplatz in der Aschmann-Allee. Sein Schicksal ist unbekannt. / Kann jemand Auskunft geben über **Johanna Hömke**, wohnhaft Hansaring 38 auf dem Sackheim? / Ich glaube, da werden sich schon einige „Jemands“ melden. (**Dieter** Hömke, Morgenweg 5 in 19336 Bad Wilsnack, Telefon 038791/7103.)

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

„Unsere Familie“ auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de

Wir gratulieren ...

ZUM 102. GEBURTSTAG

Pallesdies, Martha, geb. **Tamoschus**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Friederiken-Straße 40, 45130 Essen, am 30. Januar

ZUM 101. GEBURTSTAG

Courvoisier, Liesbeth, geb. **Wilkat**, aus Grünau, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Schäferkoppel 1 a, 25524 Itzehoe, am 1. Februar

ZUM 98. GEBURTSTAG

Muschmann, Meta, geb. **Petrick**, aus Tewellen, Kreis Elchniederung, jetzt Siekhammer 29, 32758 Detmold, am 31. Januar

Räder, Meta, aus Ebenfelde, Gut Dargutschen, Kreis Schloßberg, jetzt Vossener Damm 10, 15827 Blankenfelde, am 21. Januar

ZUM 97. GEBURTSTAG

Krosta, Hedwig, geb. **Senkbeil**, aus Rübenzahl, Kreis Lötzen, jetzt Blankenburger Straße 29, 06502 Thale, am 29. Januar

Stolz, Frieda, geb. **Rose**, aus Tapiau, Rohsestraße, Kreis Wehlau, jetzt Leuschner Straße 93, 21031 Hamburg, am 26. Januar

ZUM 96. GEBURTSTAG

Schruba, Anna, geb. **Borowy**, aus Statzen, Kreis Lyck, jetzt Zurheiden 9, 53567 Asbach, am 31. Januar

Vender, Ida, geb. **Kadereit**, aus Großwalde, Kreis Elchniederung, jetzt Oskar-Schlemmer-Straße 25, 22115 Hamburg, am 1. Februar

Wischnewski, Bruno, aus Narzym, Kreis Neidenburg, jetzt Kortjanweg 23, 26125 Oldenburg, am 28. Januar

ZUM 95. GEBURTSTAG

Krause, Erwin, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Kantstraße 16, 29439 Lüchow, am 28. Januar

Meyhöfer, Martin, aus Wehlau und Altwalde, Kreis Wehlau, jetzt Görlitzer Straße 23, 37085 Göttingen, am 29. Januar

ZUM 93. GEBURTSTAG

Conrad, Irma, aus Stanislowo, jetzt Bremer Heimstiftung, Alfred-Faust-Straße 195, 28277 Bremen, am 14. Januar

Matthee, Lisbeth, geb. **Fuchs**, aus Kickwieden, Kreis Ebenrode, jetzt Katzbachstraße 4, 81476 München, am 30. Januar

Wichert, Gerda, geb. **Sauff**, aus Magotten, Kreis Wehlau, jetzt Rudolf-Albrecht-Straße 44 a, 31542 Bad Nenndorf, am 30. Januar

ZUM 92. GEBURTSTAG

Geyer, Otto, aus Statzen, Kreis Lyck, jetzt Pommernstraße 54, 65428 Rüsselsheim, am 29. Januar

Ohnesorge, Erwin, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, jetzt Tilsiter Straße 63 c, 22047 Hamburg, am 22 Januar

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bendzko, Ilse, geb. **Kullik**, aus Grabnick, Kreis Lyck, jetzt Caprivistraße 31, 49076 Osnabrück, am 30. Januar

Doerk, Meta, geb. **Dejan**, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, jetzt Vormbaumstraße 3, 33604 Bielefeld, am 1. Februar

Hausendorf, Christel, geb. **Korn**, aus Balga (Abbau), Kreis Heiligenbeil, jetzt Rudergang 4 a, bei Anita Schalla, 24159 Kiel, am 29. Januar

Leidigkeit, Erich, aus Kastaunen, Kreis Elchniederung, jetzt 138 B Flintlock, 10598 Hights New York Way Yorktown, USA, am 26. Januar

Sacher, Frieda, geb. **Voigt**, aus Schanzenort, Kreis Ebenrode, jetzt Hugo-Zschau-Straße 34, 08309 Eibenstock, am 27. Januar

ZUM 90. GEBURTSTAG

Boßhammer, Franz, aus Wehlau, jetzt Vondelstraße 24, 50677 Köln, am 26. Januar

Drescher, Erich, aus Lyck, Yorkstraße 20 a, jetzt Hülser Weg 33, 41564 Kaarst, am 28. Januar

Elksnat, Helene, geb. **Danner**, aus Neu-Trakehnen, Kreis Ebenrode, jetzt Rottmannstraße 45, 59229 Ahlen, am 29. Januar

Engemann, Johannes, jetzt An der Gärtnerei 1, 09212 Limbach-Oberfrohna, am 12. Januar

Klingen, Hildegard, geb. **Schattner**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Lessingstraße 9, 47799 Krefeld, am 28. Januar

Kulessa, Marie, geb. **Will**, aus Millau, Kreis Lyck, jetzt Birkenweg 3, 24808 Jevenstedt, am 31. Januar

Rencken, Elisabeth, geb. **Bernot**, aus Urbansprind, Kreis Elchniederung, jetzt Oberer Ehmschen 53, DRK-Seniorenwohnsitz, Zimmer 404, 25462 Rellingen, am 30. Januar

Steputtis, Agathe, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Friedensstraße 15, 19306 Brenz, am 26. Januar

Szameitat, Helmut, aus Groß Brittannien, Kreis Elchniederung, jetzt 22559 Hamburg, am 29. Januar

ZUM 85. GEBURTSTAG

Böhm, Hans-Georg, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, jetzt Elsa-Brandstroem-Straße 8, 46325 Borken, am 28. Januar

Bullerdiek, Elisabeth, aus Kreuzbora, Kreis Lyck, jetzt Am Hallacker 24 a, 28327 Bremen, am 22. Januar

Dersein, Edith, geb. **Mantwill**, aus Rautersdorf, Kreis Elchniederung, jetzt Dettinger Straße 22, 73230 Kirchheim unter Teck, am 1. Februar

Georgesohn, Annemarie, geb. **Krüger**, aus Ortelsburg, jetzt Carl-Benz-Straße 10, 55131 Mainz, am 27. Januar

Goetz, Werner, aus Grünau, Kreis Elchniederung, jetzt Lehmkuhlsweg 7, 27607 Langen, am 29. Januar

Graf, Herta, geb. **Weiß**, aus Freidorf, Kreis Neidenburg, jetzt Müllerring 77, 04158 Leipzig, am 30. Januar

Gusovius, Sabine, aus Königsberg, Goltzallee 12, jetzt Kaiserallee 37, 23570 Travemünde, am 28. Januar

Hirseland, Anni, geb. **Mikeß**, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, jetzt Hauptstraße 35, 15345 Prötzel, am 27. Januar

Hutschenreuter, Erna, aus Ebenrode, jetzt Nordplatz 1 C, 0685, 99317 Eisenach, am 28. Januar

Kerbstat, Bruno, aus Brittanien, Kreis Elchniederung, jetzt Budbergweg 4, 44339 Dortmund, am 1. Februar

Kischkewitz, Lothar, aus Widminnen, Kreis Lötzen, jetzt Scheidswaldstraße 47, 60385 Frankfurt/M., am 27. Januar

Lepartz, Lucie, aus Königsberg, jetzt August-Bebel-Allee 10 B, 28329 Bremen, am 21. Januar

Matrisch, Wilhelm, aus Malshöfen, Kreis Neidenburg, jetzt Hinterm Stern 29, 22041 Hamburg, am 30. Januar

Mauer, Erika, geb. **Eder**, aus Grünweide, Kreis Ebenrode, jetzt Breslauer Weg 6, 27619 Schiffdorf, am 27. Januar

Müller, Heinrich, aus Samplatten, Kreis Ortelsburg, jetzt Römerstraße 7, 79395 Neuenburg, am 31. Januar

Rahn, Fritz, aus Goldbach, Kreis Wehlau, jetzt Buchenweg 17, 27607 Langen, am 1. Februar

ZUM 80. GEBURTSTAG

Adam, Waltraud, aus Gauleden und Kapkeim, Kreis Wehlau, jetzt Sedanstraße 61, 30161 Hannover, am 29. Januar

Behrendt, Carl. G., aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt RR2 BOX 105, North ST, 18853 Wyalusing, PA, USA, am 28. Januar

Böhm, Hildegard, geb. **Sowa**, aus Pierlawken, Kreis Neidenburg, jetzt Kampweg 153, 41751 Viersen, am 31. Januar

Dumschat, Karl, aus Waltershöhe, Kreis Lyck, jetzt Am Kämpchen 41, 40822 Mettmann, am 31. Januar

Ellinger, Karin, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Mündelstraße 8, 51065 Köln, am 29. Januar

Fürstner, Renate, geb. **Schauließ**, aus Tapiau, Schleusenstraße, Kreis Wehlau, jetzt Wilhelmstraße 67, 63225 Langen, am 30. Januar

Gassert, Charlotte, aus Königsdorf, Kreis Heiligenbeil, jetzt Fritz-Reuter-Straße 36, 19258 Boizenburg, am 27. Januar

Georg, Irmgard, geb. **Lukaschewitz**, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, jetzt Gustav-Seitz-Weg 2, 22309 Hamburg, am 30. Januar

Goerges, Udo, aus Lyck, Königin-Luisen-Platz 10, 17373 Ueckermünde, am 1. Februar

Haberer, Hannelore, geb. **Steputis**, aus Altenkirch, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Lerchenstraße 3, 84307 Eggenfeldern, am 29. Januar

Heibutzki, Arno, aus Hochmühlen, Kreis Ebenrode, jetzt Neue Straße 24, 04651 Buchheim, am 29. Januar

Hopp, Erna, geb. **Kröhnert**, aus Rauterskirch, Kreis Elchniederung, jetzt Schloßstraße 1, 32816 Schieder-Schwalenberg, am 27. Januar

Jabs, Werner, aus Heideckshof, Kreis Elchniederung, jetzt 67 Elnathan Cresc., M9L Toronto, Ont., Kanada, am 26. Januar

Kirchhoff, Brigitte, geb. **Wissmann**, aus Schakendorf, Kreis Elchniederung, jetzt Vereinsstraße 89, 47789 Krefeld, am 27. Januar

Knippschild, Charlotte, geb. **Zeranski**, aus Korschen, Kreis Rastenburg, jetzt Prof.-Bier-Straße 15, 34454 Bad Arolsen, am 28. Januar

Kühn, Erika, geb. **Kornetzki**, aus Kröseen und Heiligenbeil, jetzt Friedensstraße 26, 25358 Horst/Holstein, am 29. Januar

Lieckfeld, Joachim, aus Prostken, Kreis Lyck, jetzt Am Tegelberg 11, 94469 Deggendorf, am 28. Januar

Malinowski, Elfriede, aus Nußberg, Kreis Lyck, jetzt Veitstraße 30/4, 13507 Berlin, am 29. Januar

Marks, Helmut, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Im Stock 5, 42551 Velbert, am 28. Januar

Mohr, Waltraud, geb. **Reimer**, aus Starkenberg, Kreis Wehlau, jetzt Gartenstraße 19, 71134 Aidlingen, am 29. Januar

Naujack, Hildegard, geb. **Merten**, aus Taplacken, Kreis Wehlau, jetzt Im Klosterfeld 23, 53424 Remagen, am 30. Januar

Pösche, Eva, aus Tawellenbruch, Kreis Elchniederung, jetzt Wolfhagener Straße 50, 42929 Wermelskirchen, am 26. Januar

Rapelius, Eberhard, aus Sonnau, Kreis Lyck, jetzt Hans-Böckler-Straße 31, 65239 Hochheim, am 31. Januar

Rattay, Horst, aus Rudau, Kreis Ortelsburg, jetzt Jakobstraße 44, 78464 Konstanz, am 26. Januar

Rubelowski, Gerhard, aus Farienen, Kreis Ortelsburg, jetzt Eichendorffstraße 27, 58708 Menden, am 27. Januar

Segieth, Lieselotte, geb. **Mai**, aus Heiligenbeil, jetzt Theresienstraße 2, 66763 Dillingen, am 1. Februar

Scheumann, Günter, aus Ortelsburg, jetzt Karolinenring 38, 50678 Köln, am 27. Januar

Schmidtke, Margarete, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, jetzt Auf'm Kley 7 A, 45768 Gladbeck, am 28. Januar

Schuster, Willy, aus Steinberg, Kreis Lyck und Großwalde, Kreis Neidenburg, jetzt Unser-Fritz-Straße 21, 44649 Herne, am 28. Januar

Spauschus, Harry, aus Groß Friedrichsdorf, jetzt Im Leursbusch 8, 47647 Kerken, am 1. Februar

Strack, Irma, geb. **Zychla**, aus Wiesengrund, Kreis Lyck, jetzt Arnsburger Gasse 1, 35578 Wetzlar, am 29. Januar

Steinkraus, Helmut, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 104/105, jetzt Hasselbusch 21, 24220 Flintbek, am 28. Januar

Virkus, Christel, geb. **Waaga**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, jetzt Lüneburger Ring 18, 38448 Wolfsburg, am 28. Januar

Vollrath, Hildegard, geb. **Brandtner**, aus Germingen, Kreis Ebenrode, jetzt Körnerstraße 25, 01917 Kamenz, am 26. Januar

Warias, Helmut, aus Erben, Kreis Ortelsburg, jetzt Landwehrstraße 56, 41747 Viersen, am 30. Januar

Zugehör, Hella, geb. **Nitschmann**, aus Königsberg und Zinten, Kreis Heiligenbeil, jetzt Boggasse 21, 91080 Uttenreuth, am 24. Januar



Schindowski, Heinz, und Frau Grete, geb. **Bethge**, aus Sokaiten, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Schwarzwaldstraße 89, 77933 Lehrte, am 29. Januar



Gayk, Kurt, aus Groß Schiemanen, Kreis Ortelsburg, und Frau Margot, jetzt Wilhelm-Krüger-Straße 20, 26082 Wilhelmshaven, am 30. Januar

Saborowski, Reinhold, und Frau Edith, geb. **Kowalzik**, aus Andreken, Kreis Lyck, jetzt Südstraße 32, 58285 Gevelsberg, am 22. Dezember

Ostpreußisches Landesmuseum

Lüneburg – Einen Diavortrag hält Dr. Katharina Neufeld am Mittwoch, 11. Februar, 19.30 Uhr zum Thema: „Geschichte der Deutschen in Rußland“ im Ostpreußischen Landesmuseum, Ritterstraße 10, 21335 Lüneburg. Der Eintritt beträgt 3 Euro (ermäßigt: 2 Euro). Mit der Politik Peter des Großen zur radikalen Öffnung Rußlands zum Westen hin begann bereits Anfang des 18. Jahrhunderts die Anwerbung von ausländischen Fachleuten für die Wirtschaft und das Militär. Diese Aktionen waren meistens auf die Städte beschränkt. Die späteren russischen Herrscher entschlossen sich, die mehr oder weniger menschenleeren Gegenden ihres Reiches mit ausländischen Kolonisten zu besiedeln. Die Einwanderung von Deutschen wurde vor allem durch den Erlaß der Zarin Katharina II. vom Juli 1763 in Gang gesetzt. Bis 1774 wanderten etwa 30 000 ein. Ihnen wurden zahlreiche Vergünstigungen zugesichert. Die meisten Zuwanderer wurden beiderseits der Wolga angesiedelt (Wolgadeutsche). Die Ansiedlungen der Schwarzmeerdeutschen entstanden während der zweiten Einwanderungswelle unter Alexander I. 1804 bis 1824. Vor dem Ersten Weltkrieg lebten in Rußland rund 2,5 Millionen Deutsche. Ihre Geschichte und Kultur von den Anfängen im Zarenreich bis heute ist das Thema des Vortrags von Dr. Katharina Neufeld.
Frau Dr. Katharina Neufeld ist in einem deutschen Dorf in Rußland geboren und aufgewachsen. Sie studierte Geschichte an der Uni Samara/Kujbyschew und arbeitete als Hochschullehrerin. 1997 kam sie nach Deutschland. Seit 1999 ist sie Leiterin des Museums für rußlanddeutsche Kulturgeschichte in Detmold. Sie konzipierte unter anderem die vielbeachtete Ausstellung: „Auf Augenhöhe – Deutsche aus Rußland zwischen Hoffnung und Vorurteil“.

HÖRFUNK & FERNSEHEN

Sonnabend, 24. Januar, 20.15 Uhr, Phoenix: Die Machtergreifung – Wochen zwischen Demokratie und Diktatur.

Sonnabend, 24. Januar, 21 Uhr, Arte: Der erste Kaiser von China (1/2).

Sonnabend, 24. Januar, 21 Uhr, Arte: Störmanöver Deutsche Einheit – Die Spiegel-Affäre Ost.

Sonntag, 25. Januar, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.

Sonntag, 25. Januar, 19.30 Uhr, ZDF: Terra X – Verrat in Triest. Auf den Spuren genialer Forscher und Erfinder.

Montag, 26. Januar, 20.15 Uhr, 3sat: Die Mullahs und die Macht. Iran – 30 Jahre islamische Revolution.

Dienstag, 27. Januar, 21 Uhr, Arte: Kalter Krieg am Nordpol – Wem gehören die Rohstoffe?

Dienstag, 27. Januar, 21.45 Uhr, Bayern: Drei Tage im April ...

Dienstag, 27. Januar, 22.05Uhr, N24: Germania – Hitlers Größenwahn.

Mittwoch, 28. Januar, 20.15 Uhr, ZDF: Die Fälscher.

Mittwoch, 28. Januar, 21 Uhr, Arte: Mogadischu – Authentische Rekonstruktion der Entführung der Lufthansaer-Maschine „Landshut“.

Mittwoch, 28. Januar, 23 Uhr, ARD: Meine DDR – Der Alltag der DDR-Bürger.

Mittwoch, 28. Januar, 23.45 Uhr, Vox: Der Klimakrieg.

Donnerstag, 29. Januar, 22 Uhr, WDR: Im Land der Taliban.

Donnerstag, 29. Januar, 22.05 Uhr, N24: Fahrt in den Tod – Das Ende der Hindenburg.

VERANSTALTUNGSKALENDER DER LO

Jahr 2009

7. / 8. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont

24. bis 26. April: Kulturreferentenseminar in Bad Pyrmont

16. / 17. Mai: Arbeitstagung Deutsche Vereine südliches Ostpreußen und Memelland.

25. Juli: Sommerfest der Deutschen Vereine in Hohenstein

25. bis 27. September: Geschichtsseminar in Bad Pyrmont

25. bis 27. September: 7. Kommunalpolitischer Kongreß.

12. bis 18. Oktober: Werkwoche in Bad Pyrmont

2. bis 6. November: Kulturhistorisches Seminar in Bad Pyrmont

7. / 8. November: Ostpreußische Landesvertretung in Bad Pyrmont

Auskünfte erteilt die Landsmannschaft Ostpreußen, Oberstraße 14 b, 20144 Hamburg, Telefon (040) 414008-0. Nur einzelne Veranstaltungen wird im Ostpreußenblatt *gesondert hingewiesen. Änderungen vorbehalten.*

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Buchen – Freitag, 23. Januar, 14 Uhr, Vorstandssitzung und Belohnung für Helfer im „Reichsadler“. – Sonnabend, 31. Januar, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe zum Faschingsnachmittag im „Kassacher Hof“, Unterkessach. Motto: „Heut‘ geht es an Bord“. Über die jeweiligen Busabfahrtszeiten informiert R. S. Winkler, Telefon (06281) 8137.

Ludwigsburg – Montag, 26. Januar, 15 Uhr, Stammtisch der Gruppe in den „Kronenstuben“, Kronenstraße 2.

Reutlingen – Mittwoch, 21. Januar, Treffen der Frauengruppe zu einem gemütlichen Kaffeenachmittag mit Heimatstunde im Café Sommer, Wilhelmstraße, Reutlingen. Die Leitung hat Frau Orthmann.

Schwäbisch Hall – Mittwoch, 4. Februar, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Hotel Sölch, Hauffstraße, Schwäbisch Hall. Hans-Dieter Krauseneck referiert zum Thema: „Pferde in Ostpreußen“.

Ulm / Neu-Ulm – Sonnabend, 17. Januar, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe zum Schabbernachmittag in den „Ulmer Stuben“.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ansbach – Sonnabend, 31. Januar, 17 Uhr, Treffen der Gruppe zum Grützwurstessen im „Augustiner“, kleiner Saal. Bitte gute Laune mitbringen, lustige Beiträge erwünscht.

Bamberg – Mittwoch, 21. Januar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der Gaststätte Tambosi, Promenade, Bamberg.

Fürstenfeldbruck – Freitag, 6. Februar, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe zum Faschingskränzchen im Wirtshaus Auf der Lände.

Landshut – Dienstag, 20. Januar, 14 Uhr, Treffen der Gruppe im Gasthaus Zur Insel.

Memmingen – Mittwoch, 21. Januar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Hotel Weißes Roß. Auf dem Programm steht die Jahreshauptversammlung mit Rückblick und Kassenprüfung.

München Nord/Süd – Freitag, 16. Januar, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München.

Würzburg – Der Erste Vorsitzende Klaus Philipowski eröffnete die Generalversammlung der Gruppe. Das vergangene Jahr stand für die Gruppe unter keinem guten Stern. Mit dem Verstorbenen der Generationen verblaßt die Vergangenheit. Der heimatliche Gedanke schwindet immer mehr. Gemessen an der Mitgliederzahl gehört man zu den kleineren Gruppen. Der Vorstand spürt, wie die wirtschaftliche Lage immer schwieriger wird. Die Mitgliederzahl nimmt ständig ab; das Interesse an der Gemeinschaftsarbeit sinkt, da die Landsleute im großen und ganzen ein hohes Alter erreicht haben. Ein anderes Problem besteht darin, geeignetes Führungspersonal zu finden, da niemand Verantwortung übernehmen möchte. Der Vorstand versucht zumindest den Mitgliedern während der Treffen ein heimatbezogenes Programm anzubieten. Der gesellschaftliche Teil: Faschingstreiben, Muttertag, Walpurgisfeier oder heimatliches Brauchtum auf die Jahreszeiten abgestimmt darf dabei nicht zu kurz kommen. Glanzpunkte im Veranstaltungskalender sind nach wie vor der Sommerausflug sowie der „Tag der Heimat“. Die wenigen Mitglieder, die geblieben sind, stehen zu ihrer Gruppe, darauf basiert deren Stärke. Ein Ereignis besonderer Art kündigt sich an: Die Gruppe wird demnächst 60 Jahre alt. Die Feier dazu wird in würdiger Form gestaltet. Solange es noch Zeitzeugen gibt, können wir mitreden. Diese Zeitzeugen, die unsere Landsmannschaft Ostpreußen geprägt haben, wird es aus biologischen Gründen bald nicht mehr geben. Klaus Philipowski wünscht sich, daß den Kindern und Enkeln den Glauben an die Heimat der Eltern und Großeltern nicht verlorengeht. Dank und Anerkennung bekam Gertrud Philipowski für ihren Rechenschaftsbericht über die einwandfreie Kassenführung. Die Rechnungsunterlagen wurden durch Günter Skulschus ordnungsgemäß geprüft. Es gab keine Beanstandungen. Dem Vorstand wurde Entlastung erteilt. Bei der Neuwahl gab es einige Änderungen. Der Vorstand setzt sich wie folgt zusammen: Erster Vorsitzender Klaus Philipowski, Kassiererin Gertrud Philipowski, Beisitzer Sabine Kraiß. Der Vorsitzende dankte allen für ihre Mitarbeit. Es war nicht immer einfach, denn die Meinungen gingen oft auseinander. Der Dank galt ebenfalls der Spendenbereitschaft der Mitglieder. Heimat ist Menschenrecht. Der gewaltsame Heimatverlust mit Flucht und Vertreibung wird auf landsmannschaftlicher Ebene immer Gegenwart bleiben. Die Zeit darf nicht darüber hinweggehen. Ost- und Westpreußen ist auf keiner Landkarte mehr zu finden; trotzdem lebt es in uns weiter. Nach dem offiziellen Teil wurde es gemütlicher; das traditionelle Grützwurstessen schloß sich an.



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Stresemannstraße 90, 10963 Berlin, Zimmer 440, Telefon (030) 2547343 Geschäftszeit: Donnerstag von 13 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Wehlau – Sonntag, 1. Februar, 15 Uhr, Restaurant Linden-Garten, Alt Buckow 15 a, 12349 Berlin. Anfragen Lothar Hamann, Telefon (030) 6633245.



Gumbinnen – Donnerstag, 5. Februar, 15 Uhr, „Enzianstuben“, Enzianstraße 5, 12203 Berlin. Anfragen: Joseph Lirche, Telefon (030) 4032681.



Bartenstein – Sonnabend, 7. Februar, 12.30 Uhr, „Enzianstuben“, Enzianstraße 5, 12203 Berlin, Eisbeinessen. Anfragen: Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.



Lyck – Sonnabend, 7. Februar, 15 Uhr, Ratsstuben JFK, Am Rathaus 9, 10825 Berlin. Anfragen: Peter Dziengel, Telefon (030) 8245479.



Tilsit-Stadt – Sonnabend, 7. Februar, 15 Uhr, Ratskeller, Rathaus Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 102, Berlin, Jahreshauptversammlung. Anfragen: Heinz-Günther Meyer, Telefon (030) 2751825.



Tilsit-Ragnit – Sonnabend, 7. Februar, 15 Uhr, Ratskeller, Rathaus Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 102, Berlin, Jahreshauptversammlung. Anfragen: Emil Drockner, Telefon (030) 8154564.



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 250929, Fax (0421) 250188, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Bernhard Heitger, Telefon (0421) 510603, Heilbronner Straße 19, 28816 Stuhr.

Bremen – Sonntag, 22. Februar, 15 Uhr (Einlaß 14.15 Uhr), „Bremer Ostpreußentag mit Fleck und Klopsen“ im Konferenzzentrum Airport Bremen, Flughafenallee 26, Bremen. Zur Einwärmung gibt es zunächst ein Stück Kuchen mit Kaffee, Tee oder Kakao. Herr Christochowitz wird mit seiner Unterhaltungsmusik Gelegenheit zum Tanzen und Zuhören geben. Dazwischen gibt es einige Mundartdarbietungen. Das Essen beginnt mit dem traditionellen Pillkaller. Vorstandsmitglied Hans Rummel kümmert sich wieder in bewährter Weise um die ordnungsgemäße Fleck-Zubereitung. Eintritt und Essen für Mitglieder 19 Euro, für Nichtmitglieder 23 Euro, Eintritt ohne Essen 11 Euro, darin sind auch Kuchen und Pillkaller enthalten. Das Geld kann auch überwiesen werden. Es ist damit zu rechnen, daß die Plätze rasch vergeben sind, daher wird dem eine baldige Anmeldung, unter Nennung des Speisewunsches (Fleck oder Klops), in der Geschäftsstelle, Parkstraße 4, 28209 Bremen, Telefon (0421) 3469718, oder bei Frau Reiter, Kiebitzbrink 89, Telefon (0421) 271012, gebeten.

Bremerhaven – Freitag, 30. Januar, 12 Uhr (13 Uhr wird aufgetischt), Kohlwanderung und Grünkohlessen. Kohlkönig Klaus Eichholz ist für die Organisation zuständig. Die Kosten betragen 12 Euro pro Person. Verbindliche Anmeldungen bis zum 15. Januar unter Telefon 86176. Wanderfreudige treffen sich um 12 Uhr an der Kirche Am Jedutenberg zu einem kleinen Rundgang. Bitte bei der Anmeldung mit angeben. – Dienstag, 24. Februar, 14.30 Uhr, Treffen der Frauengruppe im „Barlach-Haus“ zum Fasching. Um eine baldige Anmeldung, Telefon 86176, wird dringend gebeten. – Freitag, 27. Februar, Jahreshauptversammlung mit Vorstandswahl. Wahlvorschläge und Anträge müssen bis zum 13. Februar schriftlich beim Vorstand vorliegen.



HAMBURG

Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstraße 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. Stellvertreter: Hans Günter Schattling, Helgolandstraße 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

LANDESGRUPPE

Sonntag, 25. Januar, 11 Uhr, Neujahrsempfang des Landesverbandes der vertriebenen Deutschen im Haus der Heimat, Teilfeld 1, gegenüber der U-Bahnstation Stadthausbrücke. Hamburgs Zweite Bürgermeisterin hat ihr Erscheinen zugesagt.

HEIMATKREISGRUPPEN



Gumbinnen – Sonnabend, 7. Februar, 14 Uhr, Treffen der Gruppe im Haus der Heimat, Teilfeld 1, Hamburg. Zu erreichen mit der S-Bahn bis Station Stadthausbrücke und mit der U-Bahn bis Station Rödingsmarkt, und einem Fußweg von sechs Minuten. Man geht in Blickrichtung Michaeliskirche. Landsleute und Gäste sind herzlich willkommen. Es erwarten Sie wie immer eine Kaffeetafel und der Jahreszeit entsprechend ein fastnachtliches Programm.



Heiligenbeil – Sonnabend, 14. Februar, 14 Uhr, Zusammenkunft der Gruppe zur Jahreshauptversammlung im Seniorentreff, Bauerbergweg 7. Wichtigste Tagesordnungspunkte: Berichte des Vorstands, Neuwahlen des gesamten Vorstands laut der Satzung der Landesgruppe Hamburg. Wahlvorschläge von sind bis zum Dienstag, 10. Februar 2009, beim Ersten Vorsitzenden der Gruppe, Konrad Wien, Alter Postweg 64, 21075 Hamburg, einzureichen.



Insterburg – Mittwoch, 4. Februar, 13 Uhr, Treffen der Gruppe im Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123-125. Jahreshauptversammlung und Einstimmen auf den Karneval mit lustigen Vorträgen und Liedern stehen auf dem Programm. Mehr Informationen sind bei Manfred Samel, Telefon und Fax (040) 587585, zu bekommen.



Sensburg – Sonntag, 18. Januar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg. Gäste sind herzlich willkommen.

BEZIRKSGRUPPE

Billstedt – Dienstag, 3. Februar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Restaurant im Ärztehaus Billstedt, Möllner Landstraße 27, 22111 Hamburg. Nach dem Kaffeetrinken beginnt das kulturelle Programm. Gäste sind herzlich willkommen. Nähere Informationen bei Amelie Papiz, Telefon (040) 73926017.

Harburg / Wilhelmsburg – Montag, 26. Januar, 15 Uhr, Heimatnachmittag im Gasthaus Waldquelle, Höpenstraße 88, Meckelfeld (mit dem Bus 443 bis Waldquelle). Diavortrag: „Winter in Ostpreußen“ von Ernst Korth.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 18



HESSEN

Vorsitzende: Margot Noll, geb. Schimanski, Am Storksberg 2, 63589 Linsengericht, Telefon (06051) 73669.

Dillenburg – Mittwoch, 28. Januar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Café Eckstein, Königsberger Straße. Nach dem Kaffeetrinken werden Julia Wollny und Lydia Szegedi vom Wilhelm-von-Oranien-Gymnasium, die mit vielen anderen am Schülerwettbewerb 2007/2008 teilgenommen hatten, den der hessische Landtag in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung jedes Jahr ausschreibt, sprechen. Dieser Wettbewerb stand unter dem Motto „Europa wächst – Willkommen Rumänien und Bulgarien“. Julia Wollny spricht über „Die Deportation der Rumäniendeutschen nach Rußland“ und Lydia Szegedis Aufsatz trägt den Titel „Skoro damoi – Die Situation der Siebenbürger Sachsen nach dem Zweiten Weltkrieg“. Beide erhielten, zusammen mit zwölf anderen Schülern der Klasse 12 ihrer Schule den ersten Preis im Aufsatzwettbewerb.

Frankfurt am Main – Mitglieder der Gruppe kamen zum ersten geselligen Treffen zusammen. Die Zusammenkünfte für das neue Jahr wurden unter das Motto: „Immer ein freundliches Miteinander, ein sorgsames Füreinander, niemals ein gleichgültiges Nebeneinander ...“, gestellt. Unter den Landsleuten hatten sich einige österreichische Gäste eingefunden, die den Vortrag der Vorsitzenden Gerlinde Groß „Die Salzburger in Ostpreußen“ hören wollten. Sie ließ die Jahre ab 1648 Revue passieren und erzählte die Geschichte dieser glaubensfesten Menschen, ihres Schicksals, ihrer Vertreibung, ihrer Aufnahme in Preußen und über die Unruhe, die in Europa ausbrach, die der Soldatenkönig Friedrich Wilhelm I. auf seine preußische, landesväterliche Art zu entkräften verstand. Eine lebhafte Diskussion entstand, als über die damals geleistete Entschädigung berichtet wurde. Die Tragödie der Bergbauernvertreibung von 1731/32 war ein Makel, der sich nicht so leicht abwaschen ließ. Die Salzburger Räte sperrten sich hartnäckig gegen jede Wiedergutmachung. Aber dennoch gelang es dem preußischen Gesandten und Juristen Christoph von Plotho mit viel Geschick und Beharrlichkeit, an sein Ziel zum kommen. Im Vergleich zu heute: Wie unwürdig verhalten sich doch europäische Staaten im Vergleich zu Preußen im Jahr 1732. Es geht um das Grundrecht auf Eigentum und dessen Schutz. Eigentum darf nicht entschädigungslos enteignet werden. das wußten damals alle Fürsten und Diplomaten, die 1648 den Dreißigjährigen Krieg mit dem Westfälischen Frieden beendeten. Den Abschluß bildete eine Geschichte in ostpreußischer Mundart, passend zur Jahreszeit.

Kassel – Dienstag, 3. Februar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Gasthaus Alt Süsterfeld, Eifelweg 28. Jahreshauptversammlung mit anschließendem Rückblick auf 60 Jahre Gruppe Kassel. – Zu den herausragenden Vortragsveranstaltungen im letzten Jahr zählte die Lesestunde mit Helge Tismer. Was lag näher, als den pensionierten Pädagogen erneut zu bitten, bekannte und weniger bekannte Schätze aus alten Schulbüchern für die Gruppe zu heben. Passend zur frostigen Wetterlage zitierte der Vortragende zahlreiche Wintergedichte. In einer kleinen Diaschau zeigte Lehrer Tismer dann vertraute Abbildungen aus Fibeln und Lesebüchern der ersten Jahrhunderthälfte. Am Ende des „gefühlten“ ostpreußischen Wintertages durften Balladenwünsche geäußert werden. darunter war auch Agnes Miegels „Henning Schindekopf“, die Geschichte von Kniprodes tapferem Marschall gegen den Litauerfürsten Kynstute. Die wieder einmal gelungene Lesestunde endete mit herzlichem Beifall und einem Buchgeschenk für den Literaturkenner und Sprachästheten Hilge Tismer.

Wiesbaden – Mit einem Diavortrag berichtete der Vorsitzende Dieter Schetat von der Busreise der Gruppe nach Ostpreußen. Die 13tägige Busreise führte durch das Ermland, Masuren, entlang des Memelstromes von Kaunas bis zur Stadt Memel. Dann über die Kurische Nehrung nach Königsberg und weiter bis Elbing und Danzig. Auf dem reichhaltigen Programm standen unter anderem Ausflüge zu markanten und geschichtsträchtigen Orten wie Eckertsdorf mit dem Philipponenkloster, dem Freilichtmuseum bei Hohenstein und der Försterei Kleinort, dem Geburtsort des Dichters Ernst Wiechert. Nicht fehlen durfte eine große Schiffsfahrt auf den masurischen Seen und die Stakpartie auf der beschaulichen Kruttinna. Gerne erinnert man sich auch an die Kutschfahrt zum Gestüt Ferenstein mit den Trakehner Pferden, die beeindruckende Dünenlandschaft um Nidden, Preil und Schwarzort (Negeln) sowie den 50 Meter hohen sagenumwobenen „Götterhügel Rombinus“ am rechten Memelufer mit Blick auf den Flußlauf und die Stadt Tilsit. Ein Stück altes Ostpreußen vermittelte das kleine masurische Heimatmuseum in der Nähe von Rhein, das die Bäuerin Dikti in einem 200 Jahre alten Bauernhaus liebevoll eingerichtet hat und in der sie bei Kaffee und Kuchen humorvoll aus ihrem abwechslungsreichen Leben erzählte. Ausführliche Stadtbesichtigungen gab es in Thorn, Allenstein, Memel, Elbing, Danzig und Königsberg. Gern hätte die Reisegesellschaft im Königsberger Dom die neue Orgel gesehen, doch leider wurde ein Blick in das Kircheninnere verwehrt. Das Resümee der Teilnehmer: Inzwischen hat sich in der Heimat vieles verändert, aber geblieben ist die Einzigartigkeit und Schönheit der Landschaft.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Braunschweig – Mittwoch, 28. Januar, 16 Uhr, Treffen der Gruppe im Stadtparkrestaurant. Es ist noch die Zeit des Karnevals, da will man auch vergnügt sein. Heitere Beiträge sind erbeten.

Buxtehude – Eine zehntägige Winterreise vom 19. bis 28. Februar 2009 in die verschneite Landschaft Masurens hat die Gruppe vorbereitet. Der Reisebus startet in Stade. Standquartier ist das Hotel Habenda in Krutinnen (Krutyn), im Herzen Masurens. Auf dem Programm stehen unter anderem der Besuch einer Eissegelveranstaltung in Lötzen (Gizycko) und eines Orgelkonzertes in der Wallfahrtskirche Heilige Linde sowie in Rastenburg (Ketrzyn) eine Führung durch die Burg und eine Glasbläserei. Die Pferdeschlittenfahrt durch die Johannesburger Heide und eine Waldwanderung mit Wintergrillen am vereisten Muckersee werden weitere Höhepunkte sein. Auch die neue Skipiste in Sensburg (Mragowo) wird bei Abendbeleuchtung besucht, ebenso die Döhnhoff-Stube in Galkowen (Galkowo). Das abendliche Kaminfeuer im Hotel lädt zu Spiel, Musik und literarischen Kostproben ein. Der Preis für Busfahrt, neun Hotelübernachtungen mit HP und Nebenkosten beträgt 535 Euro / DZ, und 590 Euro / EZ. Für die Einreise nach Polen ist ein gültiger Personalausweis erforderlich. Weitere Auskünfte und Anmeldung unter Telefon (04161) 3406.

Delmenhorst – Mittwoch, 21. Januar, veranstaltet die Männergruppe ein Kohl- und Pinkelessen im „Zum Burggrafen“. Anmeldungen bei Georg Jakubeit, Telefon 17618.

Hannover – Freitag, 13. Februar, 14.30 Uhr, Jahreshauptversammlung der Gruppe im Ruderclub Ihmeblick, Rosebeckstraße 1 (Nähe Krankenhaus Siloah), Hannover. Es stehen Neuwahlen an. Nach dem offiziellen Teil wird das Ehepaar Wolfram neues aus Königsberg (Kaliningrad) berichten.

Oldenburg – Mittwoch, 11. Februar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Stadthotel Eversten. Dr. Jens Stüben hält einen Vortrag über Johanna Schopenhauer aus Danzig. Mitglieder und Freunde sind herzlich eingeladen. – Das neue Jahr eröffnete die Frauengruppe der Ost- und Westpreußen mit der Jahreshauptversammung und einem Schabbernachmittag. Die Vorsitzende, Gisela Borchers, verlas den Jahresbericht 2008, legte Rechenschaft ab über die Finanzen, die Mitglieder und die Teilnehmerzahlen im vergangenen Jahr. Dem Vorstand wurde Entlastung erteilt, und der in einer Neuwahl einstimmig en bloc wieder gewählt wurde. Mit einer Ballade über das Schabbern in Ostpreußen, dem „Du’chen“ von Johannes Trojan, leiteten wir über zum gemütlichen Teil. Mit einem kurzen Film von 1943 über eine Schiffsfahrt auf der Weichsel, vielen Liedern und Erzählen über Aktuelles aus unserer Heimat und unseren Besuchen dort ging der Nachmittag schnell vorüber.

Osnabrück – Freitag, 30. Januar, 15 Uhr, Literaturkreis in der Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bad Godesberg – Sonntag, 25. Januar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zur Jahreshauptversammlung mit anschließendem Karneval und Fastnacht: „Vom Rhein bis an die Memel“ in der Stadthalle Bad Godesberg. Die Veranstaltung beginnt mit dem gemeinsamen Kaffeetrinken, anschließend findet um 15.30 Uhr die Jahreshauptversammlung statt. 16.11 Uhr startet das karnevalistische Getümmel. Unter anderem werden das Bad Godesberger Prinzenpaar, das Kinderprinzenpaar und die Altstadtprinzessin erscheinen.

Bielefeld – Donnerstag, 29. Januar, 15 Uhr, Literaturkreis in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock. – Montag, 2. Februar, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock. – Donnerstag, 5. Februar, 15 Uhr, Gesprächskreis der Königsberger und Freunde der ostpreußischen Hauptstadt in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock.

Bonn – Sonnabend, 14. Februar, 20 Uhr, traditioneller Winterball in der Stadthalle Bonn-Bad Godesberg. Ein Winterball mit einem bunten kulturellen Programm und einer großen Tombola. Gäste sind herzlich willkommen. – Zehntägige Ostpreußenreise vom 18. bis 27. Juni. Busreise ab Bonn – Köln – Dortmund entlang der B2. Fahrtkosten, DZ/HP, Versicherung 845 Euro. Eine Reise für ostpreußeninteressierte Menschen mit vielen Höhepunkten. Programm bitte bei Manfred Ruhnau anfordern, Telefon (02241) 311395.

Düsseldorf – Sonnabend, 31.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 20

Anzeigen



*Legt alles still in Gottes Hände
das Glück, den Schmerz,
den Anfang und das Ende.*

*Des Menschen Herz erdenkt sich seinen Weg;
aber Gott allein lenkt seinen Schritt.*
Sprüche Salomons 16, 9

*Was du im Leben hast gegeben,
dafür ist jeder Dank zu klein,
du hast gesorgt für deine Lieben,
tagaus, tagein.
Dein gutes Herz hat aufgehört zu schlagen,
du wolltest doch so gern noch bei uns sein,
schwer ist es diesen Schmerz zu tragen,
denn ohne dich wird alles anders sein.*

*Wir trauern um meinen geliebten Mann, unseren lieben Vater, Schwiegervater,
Bruder und Onkel*

Fritz Fortak

** 26. Dezember 1920 — † 3. Januar 2009
Ittau, Krs. Neidenburg — Marl, Westfalen*

Gertraut Fortak

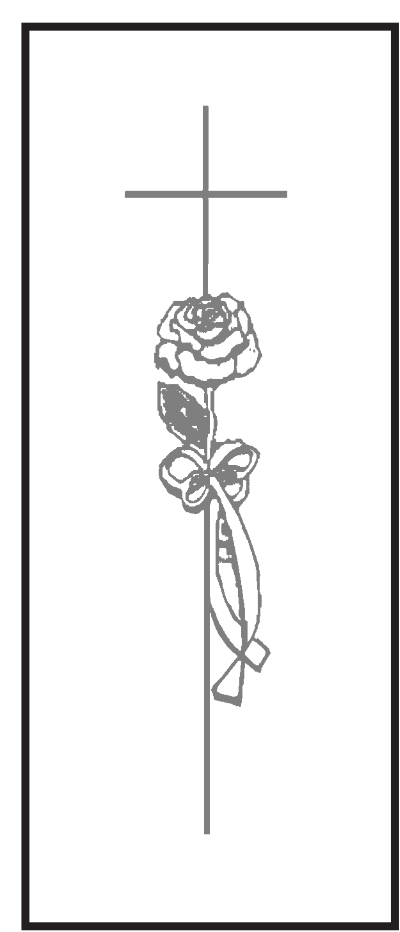
***Gabriele Fortak und
Abdullah Akrah***

Günter Fortak und Cathrin Vorrink

und Anverwandte

Traueranschrift: Holsteiner Straße 22, 45770 Marl

Die Trauerfeier mit anschließender Beisetzung hat am Freitag, dem 9. Januar 2009, um 12.00 Uhr in der Auferstehungskirche zu Marl-Drewer stattgefunden.





Gerhard Bednarski

* 7. August 1922 — † 10. Januar 2009

Journalist
Er war der letzte Schriftleiter des „Natanger Tageblattes“
und zugleich der erste Schriftleiter
des „Ostpreußenblattes“/„Wir Ostpreußen“

Sein Leben war ein Kampf für den Wiederaufbau
des besseren Deutschlands.

Dein Sohn Wolfram

Traueranschrift:
Wolfram Bednarski, Bratbeerenwinkel 6, 31832 Springe



Das Leben ist vergänglich,
doch die Spuren seines Lebens,
seiner Hände Werke
und die Zeit mit ihm
werden stets lebendig sein.

Dr. Albrecht Valentini

geb. am 17. Juni 1929 in Henriettenhof/Preußisch Eylau
gest. am 1. Januar 2009 in Dahlem

Seit mehr als vierzig Jahren war er aktives Mitglied in der Kreisgemeinschaft Preußisch Eylau.

Als Delegierter, Schriftführer, stellvertretender Vorsitzender und Kreisältester war er bestrebt, die Arbeit der Kreisgemeinschaft aktiv mitzugestalten.

Voller Respekt und Trauer haben wir Abschied genommen von einem aufrichtigen und verdienstvollen Ostpreußen, dem wir viel zu verdanken haben.

Wir werden ihm stets ein ehrendes Gedenken bewahren.

Kreisgemeinschaft Preußisch Eylau

Rüdiger Herzberg	Manfred Klein	Gerd Birth
Kreisvertreter	Geschäftsführer	stellv. Kreisvertreter



Nach kurzer Krankheit entschlief am 2. Januar 2009 unsere liebe Mutter und meine Schwester

Erna Schönfeld

geb. Pohlmann

im Alter von 83 Jahren.

In stiller Trauer
im Namen der Familie
Helga Schönfeld
Hans-Jürgen Schönfeld

Grelckstraße 21b, 22529 Hamburg

Wir haben in aller Stille Abschied genommen.

Unsere geliebte Mutter, Schwiegermutter, Großmutter und Urgroßmutter



Erika Gimboth

geb. Rogaischat

* 8. 8. 1905 — † 8. 1. 2009
Königsberg/Ostpr. — Bonn-Bad Godesberg

ist friedlich eingeschlafen.

Traurig und dankbar
Brigitte Schmid, geb. Gimboth
Jürgen Gimboth
Rotraud Reinhardt, geb. Gimboth
Frank Gimboth
mit Familien und Freunde

53177 Bonn-Bad Godesberg, Deutschherrenstraße 92

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 19

bewahren, Neues entdecken“, Eichendorff-Saal, GHH. – Mittwoch, 4. Februar, 15 Uhr, Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt, Raum 412, GHH. – Donnerstag, 5. Februar, 19 Uhr, Lesung mit Jan Cornelius „Heilige und Scheinheilige“, Konferenzraum, GHH. – Donnerstag, 5. Februar, 19.30 Uhr, Offenes Singen mit Barbara Schoch, Raum 412, GHH.

Haltern – Donnerstag, 5. Februar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der Gaststätte Kolpingtreff.

Köln – Dienstag, 3. Februar, 14 Uhr, Treffen der Gruppe im Kolpinghotel International, St. Apernstraße / Helenenstraße 32. Auf dem Programm stehen Plachandern, Bücher, Geburtstage und Informationen. Herr Strelau aus Danzig referiert zum Thema: „Menschliches, Allzumenschliches“. Im letzten Jahr konnte die Gruppe ihn schon mal begrüßen. Es wird um eine rege Beteiligung gebeten. Anmeldungen an Frau Taruttis, Telefon (0221) 791616.

Neuss – Sonntag, 8. Februar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zur Jahreshauptversammlung mit anschließendem Grützwurstessen im Marienhaus, Kapitelstraße 36, Neuss.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Ludwigshafen – Freitag, 6. Februar, 16 Uhr, Treffen der Gruppe zur närrischen Fastnachtsitzung im Haus der Arbeiterwohlfahrt, Forsterstraße, Ludwigshafen-Gartenstadt.

Mainz – Freitag, 30. Januar, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz.

Kaiserslautern – Sonnabend, 7. Februar, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe in der Heimatstube, Lutzerstraße 20.

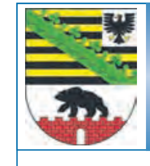


SACHSEN

Vorsitzender: Erwin Kühnappel, Gahlenzer Straße 19, 09569 Oederan, Telefon (037292) 22035, Fax (037292) 21826. (Geschäftsstelle: Telefon und Fax (0371) 5212483, Trützschlerstraße 8, 09117 Chemnitz. Sprechstunden Diens-tag, 9 bis 15 Uhr.

Landesgruppe – Dienstag, 27. Januar, 10 Uhr, Treffen der Gruppe in der Heimatstube. Dazu sind alle Landsleute ganz herzlich ein.

Chemnitz – Sonnabend, 31. Januar, 14 Uhr, Treffen der Gruppe in der Volkssolidarität, Clausstraße 27, 09126 Chemnitz. Thema der Zusammenkunft: „Der Elch, das ostpreußische Wappentier“. Die Gruppe ist jetzt auch im Internet zu finden, unter: www.ldow-chemnitz.de.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (0391) 7331129.

Aschersleben – Mittwoch, 28. Januar, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe im „Bestehornhaus“, Hecknerstraße 6, Aschersleben. – Mittwoch, 4. Februar, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe im „Bestehornhaus“, Hecknerstraße 6, Aschersleben.

Dessau – Montag, 2. Februar, 14.30 Uhr, Treffen der Singgruppe im Waldweg 14.

Magdeburg – Dienstag, 20. Januar, 15 Uhr, Bowling im Lemsdorfer Weg. – Freitag, 23. Januar, 16 Uhr, Singproben im TuS Neustadt. – Dienstag, 3. Februar, 13.30 Uhr, Treffen der „Sticker-chen“ in der Immermannstraße 19. – Dienstag, 3. Februar, 16.30 Uhr, Vorstandssitzung in der Gaststätte SV Post. – Freitag, 6. Februar, 16 Uhr, Singproben im TuS Neustadt. – Sonntag, 8. Februar, 14 Uhr, Treffen der Gruppe in der Gaststätte SV Post.

Stendal – Vom 6. bis 16. Juli plant Dr. Lange eine Reise in die Heimat (von Masuren bis ins Baltikum). Der Reisepreis beträgt rund 1100 Euro pro Person bei HP/DZ. Anmeldungen und nähere Informationen bei Dr. Lange, Telefon (039322) 3760.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 553811, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Bad Schwartau – Sonnabend, 7. Februar, Winterfest der Ostpreußen im Waldhotel Riesebusch mit vielen Überraschungen. Nähere Informationen bei Regina Gronau, Promenadenweg 26, 23611 Bad Schwartau, Telefon (0451) 26706.

Fehmarn – Sonnabend, 7. Februar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im „Haus im Stadtpark“ zur Jahreshauptversammlung. Neben Wahlen und anderweitigen Regularien hält Hubertus Hilgendorf einen Vortrag über das Ostpreußische Landesmuseum.

Kiel – Donnerstag, 22. Januar, 10 Uhr, Mitarbeitersitzung im Haus der Heimat.

Malente – Dienstag, 27. Januar, 15 Uhr, Jahreshauptversammlung der Gruppe im Gasthaus Neue Börse, Rosenstraße, Bad Malente-Gremsmühlen. Tagesordnung: Eröffnung und Begrüßung, Totenehrung, Jahresbericht des Vorsitzenden, Kassenbericht, Bericht des Kassenprüfers, Entlastung des Vorstandes, Wahlen (Vorsitzender, stellvertretender Vorsitzender, Schriftführer, Kassenführer, stellvertretender Kassenführer, Beisitzer, zwei Kassenprüfer), Anfragen und Verschiedenes.

Mölln – Mittwoch, 28. Januar, 15 Uhr, Treffen der Mitglieder im „Quellenhof“. Hans-Jürgen Kämpfert hält einen Diavortrag: „Bernstein als Schmuck und als Fenster in die Vergangenheit“. Es können gerne Bernsteinschmuck und auch einzelne Stücke mitgebracht werden, Herr Kämpfert ist gern bereit, dazu Erklärungen zu geben. Zu diesem interessanten Nachmittag sind alle Landsleute aus Pommern, Schlesien, Danzig und Mölln herzlich eingeladen.

Neumünster – Sonnabend, 7. Februar, 18 Uhr, traditionelles Klopsessen der Ost- und Westpreußen in der Stadthalle Neumünster.

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben.



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Geschäftsstelle und Archiv: Bärbel Lehmann, Telefon (04261) 8014, Am Schloßberg 6, 27356 Rotenburg (Wümme).

Horst Bieber zum 80. Geburtstag – Es gibt Menschen, die sich mit 60 zur Ruhe setzen und sich von allen haupt- und ehrenamtlichen Tätigkeiten zurückziehen. Andere tun das, je nach Kondition und Interessenlage mit 70 oder doch spätestens mit 75 Jahren. Aber daneben gibt es auch einige, für die mit 80 Jahren das ehrenamtliche Engagement noch nicht aufhört. Dazu gehört Horst Bieber. Das langjährige Mitglied des Angerburger Kreistages feierte am 20. Dezember 2008 mit vielen Gästen seinen 80. Geburtstag. Horst Bieber gehörte zu den Schülern der Hindenburg-Schule in Angerburg, die 1944 als Luftwaffenhelfer auf dem Fliegerhorst in Rotenburg eingesetzt wurden. Er konnte damals nicht ahnen, daß wenige Jahre später Rotenburg (Wümme) zum Mittelpunkt der vertriebenen Angerburger werden würde. Viel Zeit, Kraft und Geld hat Studiendirektor a. D. Horst Bieber in die Chronik seines Heimatdorfes Angertal investiert. Die geschichtliche Chronik enthält Angaben über die Entwicklung und Siedlungstätigkeit in der Herzogszeit und später mit tabellarischer Übersicht dazu, Anmerkungen zur Landwirtschaft und Gut Angertal, Elektrifizierung und Schulwesen. Die Flucht und Vertreibung der Angertaler wird ebenfalls behandelt. Außerdem kümmert sich Horst Bieber sehr um den Zusammenhalt der Angertaler, die sich jährlich im Rahmen der Angerburger Tage in Rotenburg (Wümme) treffen. Darüber hinaus nimmt er im Vorstand der Kreisgemeinschaft höchst engagiert das Amt eines Schriftführers wahr. Seine ausführlichen Protokolle tragen sehr zur Erleichterung der Vorstandsarbeit bei. Für sein langjähriges ehrenamtliches Engagement wurde Horst Bieber im Jahr 2005 mit dem Silbernen Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen ausgezeichnet. Die Kreisgemeinschaft Angerburg gratuliert Horst Bieber sehr herzlich zum 80. Geburtstag und wünscht ihm noch viele Jahre voller Energie bei guter Gesundheit.



HEILIGENBEIL

Kreisvertreterin: Elke Ruhnke, Remscheider Straße 195, 42369 Wuppertal, Tel.: (0202) 461613. Stellvertreter: Christian Perbandt, Im Stegfeld 1, 31275 Lehrte, Tel.: (05132) 57052.

Kirchspiel Eisenberg – Der amtierende Vorstand der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil freut sich, eine neue, ehrenamtliche Mitarbeiterin für das Kirchspiel Eisenberg gefunden zu haben. Helga Stelljes, Ortsvertreterin Gemeinde Rauschenbach im Kirchspiel Hohenfürst, nimmt mit sofortiger Wirkung (kommissarisch) ihre Arbeit im Kirchspiel auf Sie kümmert sich um die Belange der Gemeinden Eisenberg, Grunenfeld, Hohenwalde, Königlich Rödersdorf und Schönlinde. Mit Rat und Tat wird sie durch die amtierende Kreisvertreterin unterstützt, deren Vorfahren aus Eisenberg stammen. Wir wünschen Stelljes viel Freude bei ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit. Am 12. September 2009 in Burgdorf finden dann die ordentlichen Kreistagswahlen statt. Ihre Anschrift: Helga Stelljes, Hertzstraße 11, 27574 Bremerhaven, Telefon (0471) 306575, E-Mail: h.stelljes@nord-com.net.

Zeitung zu Besuch in der Heiligenbeiler Heimatstube – Am dritten Adventssonntag staunte unsere amtierende Heimatkreiskarteileiterin und Familienforscherin, Frau Rauschning, als man sie um ein Interview bat. Rauschning berichtete dem interessierten Reporter, daß sie steigende Besucherzahlen beobachtete. Sie habe auch persönlich den Eindruck, daß ein großes Interesse besteht die eigene Lebensgeschichte zu erforschen. Mit großer Begeisterung stöbern Heimatfreunde in dem Fundus der Kreisgemeinschaft. In ganz persönlichen Gesprächen, konnten mit den eigenen Datensammlungen schon zahlreiche Erfolge bei der Ahnenforschung erzielt werden. Heiligenbeiler im Internet: www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de.



RASTENBURG

Kreisvertreter: Hubertus Hilgendorff, Tel. (04381) 4366, Dorfstr. 22, 24327 Flehm. Gst.: Patenschaft Rastenburg: Kaiserring 4, 46483 Wesel, Tel. (0281) 26950.

Ostpreußenfahrt – Neuntägige Busreise vom 16. bis 24. Mai 2009, Reisepreis 835 Euro pro Person. Viele Extras sowie viele Eintritte sind im Preis enthalten. EZ-Zuschlag 178 Euro.

1. Tag: 3 Uhr Abfahrt Böblingen am Parkplatz der Ehemaligen in der Rudolf-Diesel-Straße und Zentraler Busbahnhof in Stuttgart. Weitere Zusteigemöglichkeiten an allen Autobahnraststätten entlang der Autobahn Ludwigsburg, Heilbronn, Nürnberg, Bayreuth, Hof, Leipzig, Berlin. 12 Uhr Abfahrt Berlin Zentraler Hauptbahnhof, Parkplatz Europaplatz. Der Europaplatz befindet sich direkt gegenüber vom Haupteingang des zentralen Berliner Hauptbahnhofs. Weiter geht's vorbei an Stettin über Köslin nach Kolberg. Abendessen im Hotel. Spaziergang am schönen Ostseestrand und gemütliches Beisammensein. eine Übernachtung in Kolberg.

2. Tag: Ab 6.30 Uhr Frühstücksbuffet. 7.15 Uhr Fahrt durch Pommern über Stolp, Lauenburg, durch die Weichselniederung, vorbei an Elbing zum Oberlandkanal. Ab Hirschfeld unternehmen wir eine Schiffsfahrt auf dem Oberlandkanal nach Maldeuten. Das Herzstück des Oberlandkanals sind die geneigten Ebenen, auch Rollberge genannt. Hier werden die Schiffe auf Schienen über Land gezogen. Diese Anlage ist einmalig in Europa. Weiter geht's über Osterode, Allenstein nach Rastenburg. Das Hotel Koch in Rastenburg wird uns für die nächsten sechs Tage zum Zuhause.

3. Tag: Dieser Tag ist ein reiner Erholungstag, den Sie selbst gestalten. Erlebnisse auf eigene Faust sammeln. Heute ist der Ruhetag für den Busfahrer nach den neusten Lenkzeitbestimmungen. Es besteht die Möglichkeit mit dem Taxi an einen ganz bestimmten Ort in ihrer Heimat zu fahren. Mittagessen im Hotel Koch möglich (fakultativ). Viel freie Zeit in Rastenburg zum Bummeln, Einkaufen oder ein Spaziergang um den Oberteich. Zu empfehlen ist ein Besuch im Schloßmuseum, Besuch in der wuchtigen St. Georgskirche und des neuen deutsch-polnische Kulturzentrums, das nach dem Rastenburger Dichter Arno Holz benannt wurde. Sie können auch eine Kutschfahrt durch Rastenburg unternehmen (alles fakultativ auf eigene Faust). Es wird immer vor Ort beim Abendessen abgesprochen. Abendessen im Hotel. Viel Freude bereiten immer die Spaziergänge durch Rastenburg nach dem Abendessen.

4. Tag: Heute unternehmen wir eine Rundfahrt durch den Kreis Rastenburg. Die genaue Route wird noch bekanntgegeben. (Bitte für diese Route Wünsche äußern.) Wir besuchen Orte der Kindheit und erleben die Schönheit der Natur, der Kunst, und der Kultur im Kreis Rastenburg. Abendessen im Hotel.

5. Tag: Ab 7 Uhr Frühstücksbuffet. 8 Uhr Tagesausflug in die Johannisburger Heide. Über Sensburg, Peitschendorf fahren wir nach Kleinort zum Geburtshaus von Ernst Wiechert. Bei schönem Wetter Stakerkahnfahrt auf der Kruttina. Fahrt nach Nikolaiken, Bummeln, Bernsteinkaufen, Freizeit in Nikolaiken. Dann fahren wir auf der schönen Strecke entlang des Jagodner- und Löwentinsees. In Schmidsdorf besteigen wir ein Schiff der „Weißen Flotte“ und unternehmen eine schöne Fahrt auf den Masurischen Seen nach Lötzen. Über Groß Stürlack, Pohiebels geht's zurück nach Rastenburg. Abendessen im Hotel.

6. Tag: Ab 7 Uhr Frühstücksbuffet. Der heutige Tag ist nochmal ein reiner Erholungstag, an dem Sie Erlebnisse auf eigene Faust sammeln. Am Spätnachmittag Begegnung und Gottesdienst in der evangelischen Kirche in Rastenburg. Genaues wird noch vor Ort bekanntgegeben. Abendessen im Hotel und gemütliches Beisammensein mit der uns schon bekannten Kapelle aus Wehlack. Ausklang des Tages.

7. Tag: Ab 7 Uhr Frühstücksbuffet. Um 8 Uhr besteht die Möglichkeit für alle, die Wolfschanze zu besichtigen (fakultativ 5 Euro). Um 10 Uhr fahren wir nach Heiligelinde. Hier besichtigen wir die Wahlfahrtskirche und lauschen einem kleinen Orgelkonzert / Orgelpräsentation. Der Bus bringt uns zum Hotel. (Möglichkeit zum Mittagessen im Hotel, fakultativ). Am Nachmittag besuchen wir einige interessante Betriebe in Rastenburg (Weihnachtskugelfabrik, Mayonaisefabrik).

8. Tag: Ab 6.30 Uhr Frühstüksbuffet. Bitte ab 7.15 Uhr die Koffer zum Bus bringen. 7.30 Uhr An diesem Tag nehmen wir Abschied von Rastenburg und fahren über Sorquitten nach Allenstein. Besichtigung der Altstadt in Allenstein und eventuell Besuch bei der Deutschen Minderheit in Allenstein. Über Thorn, Gnesen gelangen wir nach Posen. Eine Übernachtung in Posen.

9. Tag: Durch die Erlebnisse erfreut, durch das Gesehene bereichert, von der Landschaft beschenkt fahren wir heimwärts. Den zentralen Hauptbahnhof in Berlin erreichen wir gegen 13 Uhr. Weiter über die Autobahn Leipzig, Nürnberg, Stuttgart. Ankunft in Böblingen gegen 20 Uhr. Änderungen vorbehalten. Der Reiseverlauf ist abgestimmt mit unserem Kreisvertreter Hubertus Hilgendorff. Auf dieser Reise wird die Natur, Kunst und Kultur gleichermaßen berücksichtigt. Selbstverständlich werden wir auch viel Freude in froher Gemeinschaft erleben. Im **Reisepreis enthalten**: – Unterbringung im DZ mit HP in guten Mittelklassehotels, Zimmer mit Du/WC – Deutschsprachige Reiseleitung ab Hotel erster Tag für die gesamte Reise – Eintritte: Heiligelinde, Wiechert-Haus – Stakerkahnfahrt auf der Kruttinna – Fahrt auf dem Oberlandkanal – Schiffsfahrt auf den Masurischen Seen von Schmidsdorf nach Lötzen – Sicherungsscheine. Nicht im Reisepreis enthalten: pro Person 12 Euro Kurtaxe / Straßensteuer, 14 Euro Kaffee / Tee und Gebäck (2 Euro pro Tag für sieben Tage). Trinkgelder, Kurtaxe und Kaffeegeld sowie das Fakultative wird unsere Reiseleiterin während der Fahrt einsammeln. Bitte nicht vorher

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 21

Bei der Großmutter

Das besondere Verhältnis zu den Enkeln

In größeren Zeitabständen lädt Erika Kromat ihre drei Töchter mit deren Angetrauten gern zu einem echt ostpreußischen Mittagessen ein, von dem sie vorher nicht verrät, was es gibt. Und alle müssen dabei sein: „Wenn, dann alle!“ ist ihre Devise, ohne Rücksicht darauf, daß alle relativ weit von einander entfernt leben.

Sie weiß aber, daß alle gern kommen und es ihnen bei ihr immer schmeckt. Was bei den Töchtern nicht verwunderlich ist. Sie kennen die Rezepte der Gerichte, nach denen schon ihre Großmütter und Urgroßmütter kochten. Doch auch den Schwiegersöhnen, die aus verschiedenen Regionen stammen, schmeckte es.

Man fand sich also wieder einmal zu einem ostpreußischen Mittagessen bei der Mutter ein. Und an diesem Tag erlebte Erika Kromat, auch eine freudige Überraschung, denn nach langer Zeit waren zu diesem Mittagessen auch

Äußerlichkeiten verändern sich oft im Leben

zwei ihrer Enkeltöchter mitgekommen. Die Großmutter mußte sich eingestehen, daß die beiden in dem halben Jahr, in dem sie die Mädchen nicht gesehen hatte, in Art und Garderobe um einiges erwachsener geworden waren – jedenfalls äußerlich.

Dennoch kreisten sie um die Omi, wie zu allen Zeiten. Was diese von Herzen freute, auch wenn sie, absolut nicht wollte, daß man in der Küche herumkregelte, wenn sie die Soße machte. Und auf die Soße kam es heute an; denn es gab Kartoffelkeilchen mit Schmandsoße.

„Damit, Muttchen, hätten wir alle nicht gerechnet! Keiner von uns wäre darauf gekommen!“ sagte die Zweitälteste voller Vorfreude auf den Gaumenschmaus. Sie, die ihre Barockröllchen um die Taille

Barockröllchen in Würde tragen

voll Würde trug, wie die jüngere Schwester manchmal lästerte.

Aber forsche Frauen waren sie alle drei, wie ihr Vater immer voll Stolz gesagt hatte. Frauen, die aussahen wie Hungerhaken – so seine Formulierung – waren nicht nach seinem Geschmack.

Das Mittagessen jedenfalls sprach für sich und für guten Appetit. Nur die beiden Backfische begnügten sich mit einer wirklich kleinen Portion. Da half auch kein wiederholtes Nötigen der Großmutter. Es war, als wollte eine der anderen beweisen, wie wenig sie aß.

Später aber, lange nachdem der Tisch abgeräumt war, fand die Großmutter als sie zufällig in die Küche kam, die ältere Enkelin mit einem Löffel über die Schüssel mit der restlichen Schmandsoße gebeugt. Sie lächelte, als die Großmutter neben ihr stehen blieb. Die aber sagte nur: „Schmeckt's?“ Ein glückliches Nicken war die Antwort.

Na also! dachte Erika Kromat, drehte sich um und ging zurück zu den anderen.

Hannelore Patzelt-Hennig

»Brücken der Verständigung«

Seit mehr als vier Jahrzehnten tritt die Sing- und Spielschar »Klingende Windrose« auf

Wir wollen Brücken der Verständigung in Europa bauen in gegenseitiger Achtung unter Wahrung der kulturellen Vielfalt der Völker“, betont Barbara Schoch, die Initiatorin und Leiterin der Sing- und Spielschar Nordrhein-Westfalen (NRW) „Klingende Windrose“. Sie fügte hinzu: „Ein vereintes Europa vom Atlantik bis zum Ural, in dem alle Völker ihre eigene Kultur entfalten und entwickeln können, in dem es einen lebendigen Austausch an Gedanken und Ideen gibt und in dem die Menschen über alle Grenzen hinweg einander achten und verstehen und sich jederzeit begegnen können – das ist unsere Zukunftsvision.‘“

Die „Klingende Windrose“ – die seit 1966 bestehende Sing- und Spielschar NRW des Verbandes Deutsche Jugend in Europa (DJO) – trat im Laufe der mehr als vier Jahrzehnte in vielen Ländern West-, Mittel- und Nordeuropas, darunter Rumänien, Polen, Ungarn, Tschechien und Rußland auf. Auch in den Vereinigten Staaten, in Kanada, Japan und Brasilien gab es Kulturvorführungen. Bei all diesen Gelegenheiten lernten die Mitglieder des Ensembles die Mentalität anderer Völker kennen und ihre Andersartigkeit verstehen und achten.

Vor kurzem sind die Mitglieder der Sing- und Spielschar NRW von einer Reise in die Zips zurückgekehrt, wo es Begegnungen mit slowakischen und karpatendeutschen Kulturgruppen gab. Im Frühjahr 2009 steht eine Fahrt nach Ungarn auf dem Programm, bei der das ungarndeutsche Folklore-Ensemble Nadasch / Mecseknadasd besucht wird.

Bei den nationalen und internationalen Auftritten tragen die Mitglieder der Gruppe bunte Trachten aus dem 18. und 19. Jahrhundert, die sie nach Originalvorlagen aus Archiven selbst genäht und bestickt haben. Zum umfassenden Repertoire gehören unter anderem Volkstänze und Volkslieder, die häufig mit traditionellem oder jahreszeitlichem Brauchtum verbunden sind. Ensemble-Leiterin Barbara Schoch berücksichtigt bei der Vorbereitung eines Programms immer auch das unverwechselbare Liedgut des historischen deutschen Ostens und den spezifischen Volkstanz der jeweiligen Region. Absolute Veranstaltungs-Höhepunkte sind sicherlich die im Zweijahresrhythmus stattfindenden Internationalen Begegnungswochen mit Folkloregruppen aus europäischen Ländern. Die „Klingende Windrose“ – auch Mitglied von European Folk Culture Organisation (EFCO) – übernimmt bei dieser Veranstaltungsreihe einen zentralen Part und setzt die gute Tradition des Austausches zwischen den Jugendlichen Europas fort. Die nächste „Internationale Woche der Begegnung“ wird m Herbst 2009 in Olpe über die Bühne gehen.

Die Gruppe ist sich im Wandel treu geblieben. Sie hat es sich zur Aufgabe gemacht, Volksmusik, Volkstänze und Volkslieder aus allen Landschaften Deutschlands lebendig zu erhalten und weiterzuentwickeln. Viele der rund 40 Mitglieder der „Klingenden Windrose“ leben in verschiedenen Städten und Gemeinden Nordrhein-Westfalens, haben jedoch ihre Wurzeln in den Vertreibungsgebieten mittel-, Ost- und Südosteuropas.

Daß die Freude am gemeinsamen Singen und Tanzen auch den Nachwuchs begeistert, zeigt die 2001 gegründete Kinderspielschar. Gemeinsam werden Lieder, Tänze und Programme für Veranstaltungen wie Barbarafest, Weihnachten in Europa oder Reise durch Rußland erstellt.

Barbara Schoch ist davon überzeugt, daß Musik, Lied und Tanz geeignete Botschafter für ein Land sind und als Brückenbauer zwischen den Völkern agieren. Daher bilden das Bewahren, Erhalten und Integrieren des Kulturerbes aus den Landschaften im ehemaligen Osten Deutschlands sowie die Pflege der Tradition der deutschen Minderheiten in Osteuropa besondere Schwerpunkte im reichen Veranstaltungsprogramm.

Dieter Göllner



Über alle Grenzen hinweg: Die Sing- und Spielschar NRW im DJO. Bild: DG

Damals im Schilf des Geserich ...

Erinnerungen und die Schatten der Vergangenheit begleiten einen ein Leben lang

In Christas Schläfen begann es immer stärker zu pochen. Sie sehnte sich nach frischer Luft, vor allem aber nach Ruhe.

„Ich geh‘ mir mal ein bißchen die Beine vertreten“, raunte sie ihrer Schwester zu. „Der viele Sekt und die Tanzerei haben mir doch ganz schön zugesetzt.“ „Ich hab‘ auch schon ganz heiße Wangen“, nickte Gerda. „Wart‘ einen Moment, ich komm‘ mit. Ich sag‘ nur schnell Heinz Bescheid, damit sich die anderen keine Sorgen machen, wo wir zwei denn plötzlich abgeblieben sind.“

Just in diesem Moment spielte die Kapelle zu einem flotten Ländler auf. Stühlerücken setzte ein, Gelächter und Stimmengewirr verstärkten sich und dann wogte der Großteil der Hochzeitsgesellschaft zum x-ten Mal durch den Festsaal.

Der Blick schweift nicht nur in die weite Ferne

Als es Gerda in dem Tumult endlich gelang, sich ihrem Mann verständlich zu machen, drohte dieser scherzhaft mit dem Finger: „Fallt man bloß nicht ins Wasser! Schließlich befinden wir uns hier auf einer Insel!“ „Leider ist es nicht die im Geserich“, lächelte Christa, während sie sich bei Gerda einhakte. „Geht‘s dir auch so – man steht am Ufer eines Sees und statt sich einfach nur zu freuen, stellt man Vergleiche an.“ Sie dirigierte die Schwester zu einer schattigen Bank in Ufernähe. „Zum Beispiel hier, am Chiemsee – meine Augen sagen mir: Prächtig, dieses tiefe Blau; herrlich, die Fernsicht auf die Berge!

Man hört auch mit dem Herzen

Aber mein inneres Auge sieht gleichzeitig den Geserich und schwupps – schon ist die Freude ein wenig gedämpft.“ Minutenlang herrschte Schweigen. Sie hörten das Platschen der Wellen am Anlegesteg, die Stimmen der Urlauber und Tagesgäste, die dem rund um die Insel führenden schmalen Uferpfad folgten; sie hörten Entengequake und das Tuckern und Stampfen der Schiffsmotoren, wenn ein Dampfer ablegte, – ihre Ohren vernahmen jedes Geräusch und doch schienen die beiden Frauen auf etwas zu lauschen, das nur sie selbst hörten.

„Eine schöne Hochzeit, findest du nicht auch?“, räusperte sich Christa schließlich. „Ich wußte gar nicht, daß man auf der Fraueninsel heiraten und in großem Stil feiern kann.“ „Unsere Nichte schon ...“, lächelte Gerda. „Romantische Plätze gibt‘s hier in Bayern ja zuhauf. Und Evi hat sich halt den allerschönsten ausgesucht.“ „Ja, herrlich ist es hier, den See zu Füßen, die Berge zum Greifen nah. Alles sehr, sehr schön, aber irgendwie fehlt mir die Stille. Wenn du hier den Atem anhältst, dann ist alles nur noch viel lauter. Aber zu Hause, da hast du, wenn du am See gesessen hast, höchstens deinen eigenen Herzschlag gehört oder das Summen einer Biene.“

„Na ja, am Abend wird‘s hier auch still werden. Wenn die letzte Fähre weg ist, dann sind die Fischer unter sich, dann kehrt auch hier Ruhe ein.“ „Du verstehst mich nicht“, erwiderte Christa leise.

Ganz weit weg – und doch so nah

„Als Kinder sind wir auch im See herumgeschwommen, haben gejuchzt und gelärmt. Und wenn die Fischer nach Hause kamen und ihren Fang ausluden, ging es auch nicht immer leise zu. Aber die Stille – die wurde davon nicht zerstört, eher noch vertieft. Sie war immer da. Sie gehörte zum Land, zu uns. Man selbst kam sich gar nicht mehr wichtig vor unter diesem stillen Himmel.“

Gerda schurrte nachdenklich mit der Schuhspitze im Kies: „Ich weiß, was du meinst. Vielleicht empfinden Bergsteiger ähnlich wie wir: Wenn sie da oben nichts als Stille und den grenzenlosen Himmel um sich haben. Vielleicht fühlen sie sich dann auch Zeit und Raum entrückt. Und erleben das Glück völliger Selbstvergessenheit – so wie wir damals im Schilf des Geserich ...“

Christa suchte die Hand ihrer Schwester und drückte sie liebevoll. „Schöner kann man‘s gar nicht sagen. Und ich bin sehr froh, daß du genauso empfindest wie ich, immer noch empfindest.“ Noch eine ganze Weile saßen sie so da, ließen sich vom auffrischenden Seewind die Wangen kühlen und hingen ihren Gedanken nach, verloren an ein Land, das sie beide so sehr geprägt hatte.

Bei der Rückkehr ins Gasthaus wurden sie von den anderen mit großem Hallo empfangen: „Na endlich – wir dachten schon, ihr seid mit dem feschen Dampferkapitän durchgebrannt! – Wo seid ihr denn die ganze Zeit gewesen?“

„Wenn wir‘s euch auch sagen würden“, erwiderte Christa mit feinem Lächeln, „ihr würdet es nicht glauben ...“

Renate Dopatka

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 20

überweisen. Nähere Informationen zum Reiseprogramm bei der Geschäftsstelle, Kaiserring 4, 46483 Wesel, Telefon (0821) 26950.



TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Hartmut Preuß, Hordenbachstraße 9, 42369 Wuppertal, Telefon (0202) 4600234, Fax (0202) 4966981. Geschäftsstelle: Eva Lüders, Telefon/Fax (04342) 5335, Kührenerstraße 1 b, 24211 Preetz.

Schulgemeinschaft Mittelschule Breitenstein – Das diesjährige Schultreffen findet am 17. Mai 2009 wieder in Magdeburg statt. Treffpunkt ist das Hotel Geheimer Rat in der Goethestraße. Anmeldung bitte an Eva Weiß, Erzbergerstraße 21, 39104 Magdeburg, Telefon (0391) 5437383.



WEHLAU

Kreisvertreter: Hans Schlender, Telefon (040) 20976735, Fax (040) 20973080, Berliner Allee 29 22850 Norderstedt, E-Mail: hans.schlender@free-net.de.

Wehlauer Heimatmuseum – Unser Wehlauer Heimatmuseum wurde mit Hilfe des Gestaltungsbüros Rutsch & Rutsch gemeinsam durch das Kreismuseum Syke, die Kreisgemeinschaft Wehlau und den BdV Kreisverband Grafschaft Hoya grundlegend neu gestaltet. Die Ansammlung von Erinnerungsstücken, die im Grunde nur für die betroffenen Bewohner des Kreises Wehlau von Bedeutung waren, haben in einer Ausstellung Platz gefunden, die nicht nur das Leben in Ostpreußen und im Kreis Wehlau vor 1945, den Zweiten Weltkrieg, die Flucht und die Vertreibung zeigt, sondern auch die Ankunft der Vertriebenen in den westlichen Provinzen Deutschlands, in ihrer neuen Heimat, und die damit verbundene schwierige Integration. Diese, wie wir meinen, interessante und wichtige Ausstellung wollen wir am 10. Februar 2009, 14 Uhr, auf der Diele des Kreismuseums Syke, Herrlichkeit 65, 28857 Syke, feierlich eröffnen und bitten auch Sie, an dieser kleinen Feier teilzunehmen. Unser Wehlauer Heimatmuseum wurde nicht nur umgestaltet, sondern auch aufwendig renoviert. Wir danken an dieser Stelle der niedersächsischen Sparkassenstiftung, dem Landschaftsverband Weser-Hunte und dem Land Niedersachsen für die Förderung dieses Projektes.

Sehr geehrte Kreisvertreter, bitte denken Sie an die Zusendung der Termine für die Heimattreffen 2009!

»Einer unserer großen Aktivposten«

Wilhelm v. Gottberg befürwortet mehr Kooperation zwischen der *PAZ* und den ostpreußischen Heimatbriefen

Mit weit über 250000 Lesern sind die ostpreußischen Heimatbriefe nach Einschätzung des Sprechers der Landsmannschaft Ostpreußen, Wilhelm v. Gottberg, „einer der großen Aktivposten der Volksgruppe“. Im Gespräch mit dem Chefredakteur der *Preußischen Allgemeinen*, Konrad Badenheuer, diskutiert er über den möglichen Ausbau der Zusammenarbeit.

Wilhelm v. Gottberg: *Sie wollen enger mit den Heimatbriefen kooperieren, warum?*

Konrad Badenheuer: Es gibt keine Konkurrenz zwischen den Heimatbriefen und der *PAZ*, im Gegenteil, sie ergänzen einander. Die meisten Heimatzeitungen erscheinen ein- oder zweimal jährlich, nur wenige vier- oder sechsmal im Jahr. Niemand würde darauf verzichten, nur weil er zusätzlich die wöchentlich erscheinende *PAZ* abonniert – und umgekehrt genausowenig.

v. Gottberg: *Sehen sich denn die Heimatbriefe in einer Konkurrenzsituation mit der Preußischen Allgemeinen Zeitung?*

Badenheuer: Auf dem Seminar der Schriftleiter der Heimatzeitungen in Bad Pyrmont konnte ich mich davon überzeugen, daß das nicht der Fall ist. Wir haben intensiv über die Chancen konservativer Printmedien in Deutschland diskutiert und Ideen für eine engere Zusammenarbeit gesammelt. Die Bereitschaft dazu ist vorhanden, praktisch alle Heimatbriefe drucken regelmäßig Anzeigen, in denen sie für die *Preußische Allgemeine* werben. Umgekehrt ist die *PAZ* dazu bereit, positiv auf die Heimatbriefe hinzuweisen.

v. Gottberg: *Ist das bisher nicht geschehen?*

Badenheuer: Es ist meist nur indirekt dadurch geschehen, daß die *PAZ* Beiträge aus den Heimatbriefen nachdruckt und dabei die Quelle erwähnt. Außerdem haben wir über das genannte Seminar berichtet – anscheinend zum ersten Mal nach vielen Jahren. Daß die *PAZ* über die 36 Heimatbriefe bisher nicht mehr gebracht hat, ist wohl schon ein Versäumnis, immerhin haben sie eine Gesamtauflage von jährlich kaum unter 360000 Exemplaren und erreichen weit über 250000 Menschen.

v. Gottberg: *Damit sind diese Zeitungen einer der großen Aktivposten der Volksgruppe!*

Badenheuer: Zweifellos, zumal in diesen Blättern über die Jahrzehnte hinweg ein Wissen angesammelt wurde, der seinesgleichen sucht. Wenn es gelingt, daß der Anteil der Abonnenten der *PAZ* unter den Lesern der Heimatbriefe von aktuell wohl unter zehn Prozent auf sagen wir 25 Prozent steigen würde, dann wäre die Zukunft der *PAZ* auf viele Jahre hinaus gesichert. Umgekehrt freuen wir uns auch über jeden Abonnenten, den die Heimatbriefe im Kreise unserer Leser neu gewinnen.

v. Gottberg: *Was sollte konkret geschehen, um in dieser Richtung voranzukommen?*

Badenheuer: Drei Dinge sind naheliegend. Zum einen sollten Heimatbriefe und *PAZ* einander öfter als bisher zitieren. Das ist mit Quellenangabe jederzeit und unbeschränkt zulässig. Fast alle Schriftleiter der Heimatbriefe lesen die *PAZ* und „bedienen“ sich in mehr oder weniger großem Umfang aus ihr, was gut und sinnvoll ist. Umgekehrt ist die Redaktion der *PAZ* aus personellen Gründen nicht in der Lage, alle ostpreußischen Heimatbriefe zu lesen und auszuwerten. Hier möchten wir die Schriftleiter ermuntern, uns Beiträge, die nach ihrer Einschätzung ein breiteres Publikum verdienen, mit entsprechendem Hinweis zu mailen. – Der zweite Punkt ist die Kooperation im Internet: Auf der neuen Internetseite der *PAZ* sollen beispielsweise sehr bald und an hervorgehobener Stelle Links auf die Heimatzeitungen bzw. auf die Kreisgemeinschaften, die sie herausgeben, gesetzt werden.

> Die ostpreußischen Heimatbriefe haben über 250000 Leser

v. Gottberg: *Gibt es die noch nicht?*

Badenheuer: Doch, aber sie sollen auffälliger plaziert werden. Der neue Internetauftritt von Landsmannschaft Ostpreußen (www.ostpreussen.de) und *PAZ* ist erst seit November abrufbar, da ist noch manches zu verbessern und vieles zu erweitern.

v. Gottberg: *Und der dritte Punkt?*

Badenheuer: Das ist der wichtigste. Wir wünschen uns, daß die Heimatbriefe die *PAZ* nicht mehr nur wie bisher in Anzeigen erwähnen, sondern sie empfehlen. Kaum jemand abonniert eine Zeitung, nur weil er eine entsprechende Annonce gelesen hat. Es braucht eine Empfehlung, und wer sollte sie überzeugender geben können als der Schriftleiter eines ostpreußischen Heimatblattes, der sagt: Ich lese diese Zeitung selbst und kann sie weiterempfehlen.

v. Gottberg: *Solche Empfehlungen sind eindeutig im Sinne der ostpreußischen Sache. Ich selbst nutze auch jede sich bietende Gelegenheit dafür. Inwiefern können Beiträge aus den Heimatbriefen in Ihren Augen die PAZ bereichern?*

Badenheuer: Wir berichten breit über Innen-, Außen- und Wirtschaftspolitik, über Medien, Kultur und allgemeine Geschichte, dazu kommt der Innenteil „Ostpreußenblatt“. Hier oder auch auf den Seiten „Preußen“ oder „Geschichte“ wäre der eine oder andere zusätzliche Artikel über ostpreußische Traditionen und Landeskunde oder auch über aktuelle Entwicklungen in der Heimat gewiß eine Bereicherung.

v. Gottberg: *Welche Bedeutung hat für Sie die Kooperation mit den Heimatbriefen im Rahmen künftiger neuer Werbemaßnahmen der PAZ?*

Badenheuer: Die Preußische Allgemeine richtet sich an das wertkonservative, nationale und klassisch-liberale Publikum im deutschsprachigen Raum. Dieses große Publikum hat kaum mehr ein publizistisches Angebot, weil die entsprechenden Medien entweder vom Markt verschwunden oder in die linksliberale Mitte gerückt sind. Das „Deutsche Allgemeine Sonntagsblatt“ wurde zuerst links und ging dann unter, der „Bayernkurier“ ist vielen zu CSU-nah und zu bayerisch, die „Junge Freiheit“ manchen etwas zu rechts – was bleibt da noch? Aber bevor wir dieses Potential von mehreren Millionen Menschen ansprechen, sollten wir zunächst unser ureigenes Publikum, sozusagen die Stammkundschaft, optimal bedienen und erreichen. Und das sind eben die Ostpreußen, aber auch andere Freunde Preußens und der preußischen Idee. Hier wollen wir anfangen.

v. Gottberg: *Herr Badenheuer, der Bundesvorstand der Landsmannschaft wünscht Ihnen bei diesem Vorhaben viel Erfolg!*



Chefredakteur der *PAZ:* Konrad Badenheuer Bild: PAZ/OB

Die ostpreußischen Heimatzeitungen

- **Allenstein-Stadt**: „Allensteiner Heimatbrief“
- **Allenstein-Land**: „Heimatjahrbuch Landkreis Allenstein Ostpreußen“
- **Angerapp**: „Angerapper Heimatbrief“
- **Bartenstein**: „Unser Bartenstein“
- **Braunsberg**: „Heimatbrief für den Kreis Braunsberg“
- **Ebenrode**: „Ebenroder (Stallupöner) Heimatbrief“
- **Elchniederung**: „Die Elchniederung“
- **Ermlandbriefe**: „Kirchenblatt“
- **Fischhausen / Königsberg-Land**: „Unser schönes Samland“
- **Gerdauen**: „Heimatbrief Kreis Gerdauen“
- **Goldap**: „Die Heimatbrücke“
- **Gumbinnen**: „Gumbinner Heimatbrief“
- **Heiligenbeil**: „Heimatblatt des Kreises Heiligenbeil“
- **Heilsberg**: „Heimatbrief des Kreises Heilsberg“
- **Heydekrug**: „Memeler Dampfboot“
- **Insterburg**: „Insterburger Brief“
- **Johannisburg**: „Johannisburger Heimatbrief“
- **Königsberg-Stadt**: „Königsberger Bürgerbrief“
- **Königsberg-Land** (siehe Fischhausen-Patenkreis)
- **Labiau**: „Von tohus – Heimatbrief des Kreises Labiau“
- **Lötzen**: „Lötzener Heimatbrief“
- **Lyck**: „Hagen-Lycker-Brief“
- **Memelland**: „Memeler Dampfboot“
- **Mohrungen**: „Mohrunger Heimatkreis-Nachrichten“
- **Neidenburg**: „Neidenburger Heimatbrief“
- **Ortelsburg**: „Heimatbote der Kreisgemeinschaft Ortelsburg“
- **Osterode**: „Osteroder Zeitung“
- **Pr. Eylau**: „Preußisch Eylauer Kreisblatt“
- **Pr. Holland**: „Heimatbrief des Kreises Pr. Holland“
- **Rastenburg**: „Rund um die Rastenburg“
- **Rößel**: „Rößeler Heimatbote“
- **Schloßberg**: „Schloßberger Heimatbrief“
- **Sensburg**: „Sensburger Heimatbrief“
- **Tilsit-Stadt**: „Tilsiter Rundbrief“
- **Tilsit-Ragnit**: „Land an der Memel“
- **Treuburg**: „Treuburger Heimatbrief“
- **Wehlau**: „Wehlauer Heimatbrief“

Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

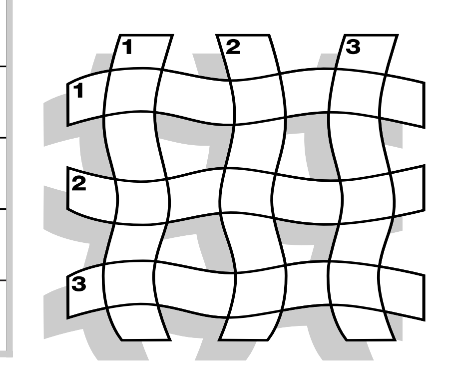
ACEH HIPS TT	AEKT		CKOST	EEFL		AASTT	ASTT	CLOU	HINR
AAKLO						AIL			
EEKR ST			AFKO RT						
						NTU			

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung eine Speise in Teighülle.

1	FRUEH		WEIN
2	KUR		BOXEN
3	AUTO		BETRIEB
4	MUTTER		HANDLUNG
5	BUERO		KOMPLEX
6	ASCHER		ABEND
7	ZAHLEN		LOS

Magisch



Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 wieder zu Kräften kommen
2 Feinschmecker
3 schon

So ist's richtig:

Mittelworträtsel: 1. Schoppen, 2. Schatten, 3. Industrie, 4. Instinkt, 5. Gebaeude, 6. Mittwoch, 7. Lotterie – Pastete

Magisch: 1. erholen, 2. Gourmet, 3. bereits

Geschichten, die das Leben schrieb

In Erzählcafés treffen Jung und Alt zusammen, um einander zuzuhören

Vor gut 20 Jahren wurden in Berlin sogenannte Erzählcafés ins Leben gerufen. Dort trafen sich vornehmlich Studenten. Heutzutage gibt es die eine oder andere Volkshochschule, welche diese Form der Erzählkultur wiederzubeleben versucht.

Erzählen ist freiwillig – zuhören hingegen Pflicht. Jeder Abend ist in sich einzigartig – mit Geschichten, die das Leben schrieb. Das ist das Motto der vielen Erzählcafés, die es mittlerweile landauf, landab gibt. Von Greifswald bis Zürich, von Hannover bis Salzburg treffen sich Menschen regelmäßig, um sich mit anderen auszutauschen. Und es sind keineswegs nur Ältere, die sich für dieses Projekt interessieren, auch jüngere Menschen hören gern zu, wenn Zeitzeugen berichten oder wenn andere aus ihrem Leben erzählen.

Buntes Puzzle von individuellen Erinnerungen

An der Universität Ulm und an der Hochschule Niederrhein (Mönchengladbach) spricht man von einer „Methode Erzählcafé". Auch in der Erwachsenen- und Altenbildung scheint das Erzählcafé ein beliebtes Verfahren zu sein, Menschen miteinander und themenzentriert ins Gespräch zu bringen.

„Das Erzählcafé ist kein zufälliges Zusammentreffen und Plaudern, sondern sollte sorgfältig vorbereitet werden", sagt Carmen Stadelhofer, Akademische Direktorin des Zentrums für Allgemeine Wissenschaftliche Weiterbildung der Universität Ulm (ZAWiW). Wichtig sei, daß ein Moderator die Veranstaltung leitet und sich die Teilnehmer an bestimmte Spielregeln halten. „Meist eröffnen ein bis zwei Personen das Erzählcafé mit einem Eingangsreferat von fünf bis zehn Minuten", erläutert Stadelhofer. Danach könnten sich andere Teilnehmer einbringen, die nicht länger als fünf Minuten reden sollten. In der „Ich-Form" berichten sie über die eigenen Erfahrungen zum vorgegebenen Thema. Einige stellen auch einen mitgebrachten Gegenstand vor oder singen ein Lied. Die Beiträge anderer könnten zwar kurz kommentiert, sollten aber nicht bewertet werden. „Dabei ergibt sich oft ein interessantes Puzzle von individuellen Erinnerungen", sagt die Leiterin des Zeitzeugenprojekts des ZAWiW.

„Je älter man wird, um so mehr beschäftigt man sich mit dem vergangenen Leben. Viele Erfahrungen kann man durch Erzählen besser verarbeiten", sagt Mia Peters, eine begeisterte Erzählcafébesucherin. „Es ist schön, wenn man seine Erfahrungen weitergeben kann." „Und es ist cool, wenn man statt abstrakte Geschichte vorgesetzt zu bekommen lebendige Zeitzeugen befragen kann", ergänzt Enkelin Tina, die hin und wieder ins Erzählcafé kommt.

Das Publikum hat in der Tat eine wichtige Funktion. Fragen und Hinweise aus dem Zuhörerkreis befruchten die Erzählungen. So ist die Atmosphäre auch weniger formell. Kaffee und Kuchen tun ein übriges.

Wie problemlos die Generationen miteinander ins Gespräch kommen können, zeigt ein Beispiel aus Ulm: „Ich wollte nie Optiker werden, aber als ich erst einmal drin war, hab ich bemerkt, daß das ein ganz toller Beruf war. Und ich muß sagen, daß ich ein erfülltes Berufsleben hinter mir habe", erzählt ein älterer Herr über seinen beruflichen Werdegang. Er erinnert sich daran, wie es dazu kam, daß sein Nicht-Berufswunsch später dann zu seinem „Ideal-Beruf" wurde, obwohl ihn seine Eltern dazu gezwungen hatten. Die Schülerinnen einer 9. Hauptschulklasse, die zu diesem Treffen eingeladen waren, berichten von ihrer Situation, daß sie zwar zum Teil von ihren Eltern und Lehrern bei ihrer Suche nach einem Arbeitsplatz unterstützt werden, dafür aber mit Vorurteilen zu kämpfen haben, weil viele denken, „der Hauptschüler ist jemand, der bringt es sowieso nicht".

Im Erzählcafé wird durchaus mehr getan als bloßes Erinnern, dort werden Lebenserfahrungen ausgetauscht, Tips weitergegeben und Mut gemacht. Der Ratschlag, in möglichst viele verschiedene Berufe einmal hineinzuschnuppern, erhält ein ganz anderes Gewicht aus dem Mund eines Menschen, der durch Umwege und Bereitschaft, Neues zu erproben, tatsächlich zu seinem „Ideal-Beruf" gekommen ist.

„Die jungen Leute kommen gerne hierher", so die Veranstalter. „Das Erzählcafé bietet ihnen eine lebendige Möglichkeit, ganz zwanglos außerschulisch älteren Menschen zu begegnen und sie kennenzulernen und dabei noch ganz beiläufig das freie Reden in einer größeren Gruppe zu erproben. Doch in erster Linie geht es im Erzählcafé um biographisches Lernen."

„Gemeinsam nach den Spuren in der eigenen Vergangenheit und Gegenwart zu suchen und darüber zu erzählen soll allerdings nicht dem Selbstzweck dienen, sondern aufzeigen, wie die Vergangenheit die Gegenwart mitbestimmt und welche Richtungen und Perspektiven sich daraus für unsere Zukunft ergeben."

Wenn auch ein Thema vorgegeben sein sollte, so kann sich dennoch eine gewisse Spontaneität ergeben. Etwa bei dem Thema „Mit Musik geht alles besser". Da kennt einer nur die Bruchstücke eines Liedes, ein anderer hilft mit der Melodie, die nächsten kennen den weiteren Text – und bald singen alle miteinander im Chor.

Erzählcafés gibt es mittlerweile in fast allen größeren Städten. Informationen findet man unter www.erzaehlcafe.de oder unter www.zeitzeugenarbeit.de im Internet. *Silke Osman*



Begegnung im Erzählcafé: In netter Runde Erfahrungen austauschen Bild: SeniorenMedienforum

MELDUNG

Schädliches »Hotel Mama«

Bielefeld – „Noch nie gab es so viele Jugendliche, die so lange in ihrem Elternhaus verweilten", sagt der 1944 in Gotenhafen geborene Klaus Hurrelmann. Der Mitbegründer des Zentrums für Kindheits- und Jugendforschung an der Universität Bielefeld, das bis heute eine der bekanntesten Institutionen dieser Disziplin in ganz Deutschland ist, betont, die jungen Männer scheuten die Selbständigkeit, sie hätten Angst, eine Familie zu gründen und die Verantwortung für eigene Kinder zu übernehmen. Schon eine Shell-Studie aus dem Jahr 2006 ergab, daß nur 28 Prozent der Zwölf- bis 25jährigen bereits zu Hause ausgezogen waren (33 Prozent Frauen, 24 Prozent junge Männer). „Junge Frauen haben eine viel flexiblere Lebensführung", sagte Hurrelmann zur Nachrichten-agentur AP. Sie strebten einen Beruf und eine Familie an. Um dies zu verwirklichen, fehlten oft die Männer. Zu viele von ihnen zögen das „Hotel Mama" vor und liefen Gefahr, den richtigen Zeitpunkt zu verpassen, um eigene Akzente in ihrem Lebensstil zu setzen. Um dem entgegenzuwirken, schlug Klaus Hurrelmann vor, in der Schule ein Fach wie Familien- oder Lebenskunde einzuführen. *PAZ*

Ein Lichtbild wird zum Holzschnitt

Moderne Fototechnik trifft auf alte Drucktechnik – Die Ergebnisse sind sehenswert

Die kleine, aber feine Kunstdruckerei von Martin Kätelhön liegt etwas versteckt in einem Kölner Gewerbegebiet. Wer die ehemalige Fabrikhalle betritt, glaubt sich zunächst in einem Industriemuseum. Großflächige und ziemlich betagte Maschinen mit mannshohen Schwungrädern stehen im Raum. Es riecht nach Farbe, genauer gesagt: nach Druckerschwärze. Untrüglicher Hinweis, daß hier das Druckerhandwerk noch ausgeübt wird.

Seit drei Generationen verbindet sich mit dem Namen Kätelhön Zeichnung und künstlerische Druckgraphik. Seit ebenfalls drei Generationen werden Künstler und ihre Arbeit intensiv betreut. Martin Kätelhön, Enkel des Malers, Zeichners, Radierers und Kunstdruckers Hermann Kätelhön (1884–1940): „Die aus der ersten Generation stammende Krausepresse (Sternpresse) steht in meiner Kölner Werkstatt und arbeitet präzise wie schon seit 100 Jahren."

Diese Erfahrung und das Können des Kunstdruckers machte sich der Kölner Fotograf Jürgen Christ jetzt zunutze. Seine Idee: Fotos aus seinem umfangreichen Archiv in Holzschnitt-Technik wiedergeben. Er tüftelte und probierte einige Zeit und fand schließlich einen Weg, aus einer Bildvorlage einen Holzdruckstock zu erstellen. Dabei werden in aufwendiger Handarbeit Teile der Holzoberfläche einer Pappelholzplatte mit dem Stechbeitel entfernt. So entstehen – ähnlich wie bei einem Stempel – erhabene Flächen, welche die Bildfarbflächen nach Einfärbung mit einer Öldruckfarbe als typischen Holzschnitt-Druck wiedergeben. Moderne Fototechnik trifft hier mit altehrwürdiger Drucktechnik zusammen.



Angetan vom Ergebnis: Martin Kätelhön (Mitte) mit Tanja de Wendt und Fotograf Jürgen Christ Bild: Schmidtke

Für die Präsentation seiner Fotoholzschnitt-Technik wählte der Kölner Fotograf ein spektakuläres und zugleich auch schwieriges Motiv: Den Sprung von Deutschlands bekanntester Stuntfrau Tanja de Wendt vom Düsseldorfer Fernsehturm. 1992 ließ sich die damals 25jährige aus 180 Meter Höhe vom TV-Turm fallen. Gesichert nur mit einem dünnen Stahlseil und fotografiert von Jürgen Christ. Jetzt wurde das damalige Medienereignis wiederbelebt – und Tanja, mittlerweile 41 Jahre alt, ließ es sich nicht nehmen, bei der „Neuauflage" des Sprungs dabei zu sein.

„Der Sprung dauerte damals neun Sekunden, die Belichtungszeit für das Foto 1/2000 Sekunde, und für den Holzschnitt brauchte ich drei Monate", zählt Fotograf Jürgen Christ nüchtern Zeit und Zeiten auf. Kein Wunder, mißt der Druckstock doch das stolze Maß von 1,05 Meter mal 1,50 Meter – also gut und gern eineinhalb Quadratmeter Fläche.

Kunstdrucker Martin Kätelhön legt ein schweres Papier mit Baumwollanteilen auf die geschwärzte Oberfläche des Druckstocks. Dann kurbelt er mit einem großen Rad die zentnerschwere Walze über das Papier.

Der Druckvorgang muß bei Gutenberg vor über 500 Jahren ähnlich ausgesehen haben. Vorsichtig hebt Kätelhön nach dem Walzendurchlauf den Druckbogen vom hölzernen Druckstock.

Das Ergebnis kann sich sehen lassen. „Old-Tech meets High-Tech", faßt Fotograf Jürgen Christ den ersten Moment der Inaugenscheinnahme zusammen. Er ist, ebenso wie Kunstdrucker Kätelhön, zufrieden mit dem Ergebnis.

Vorlagen hat der Kölner Fotograf zuhauf. In seinem Archiv befinden sich Fotos von Böll und Beuys, Küche und Kochen, Adenauer und anderen Politikern. Doch kann jeder, der einen Fotoholzschnitt in Auftrag geben möchte, auch sein eigenes Lieblingsfoto mitbringen. *Siegfried Schmidtke*

Ein Wink des Himmels oder Der Erzähler

Es war wirklich zum Verzweifeln. Der alte Mann schüttelte verärgert den Kopf und grummelte leise vor sich hin, so daß ihn keiner der Passanten verstehen konnte. Was sollte es auch, sagte er sich. Es hörte ihm doch keiner zu. Er hatte es ja selbst schon gemerkt: Seine Geschichten waren immer dürftiger geworden, so als seien seine Worte wie ein Fluß in der Wüste versiegt.

Wann hatte alles eigentlich begonnen, fragte er sich. Damals, als er eine wunderschöne Geschichte hatte zum besten geben wollen und die Menschen sie einfach nicht hatten hören wollen? Damals, als sie anfingen zu kichern, wenn sie ihn nur sahen? Als sie hinter seinem Rükken tuschelten und er sich schließlich nicht mehr traute, mit dem Erzählen auch nur anzufangen?

Dabei brauchten die Menschen doch seine Geschichten, sie wußten es nur nicht. Sie brauchten sie, um das Leben zu verstehen, um ihr Leben meistern zu können. Früher sprachen sie von Gleichnissen, die ihnen das Leben erklärten. Und es war so einfach gewesen, das Geschichtenerzählen. Immer fing er seine Geschichten mit denselben drei Worten an: Es war einmal ...

Keiner wollte ihm zuhören

Heute gelang es ihm nicht einmal, diese drei Worte über die Lippen zu bringen. Wenn doch nur ein einziges Kind ihm zuhören würde ... Der Alte seufzte. Aber die Jungen wollten seine Geschichten schon gar nicht hören. Sie liebten die laute Musik und die kurzen, nichtssagenden Storys, wie sie sagten, die sie aus dem Internet herunterladen konnten. Ihn gab's nicht per Mausklick, ihn mußte man live erleben, um etwas davon zu haben.

Er konnte viel erzählen, früher. Und seine Geschichten waren auch nicht langweilig, man mußte nur genau hinhören.

Ups, der Alte wurde jäh aus seinen Gedanken gerissen. Fast wäre er gestürzt. Was war das? Da lag doch ein Bündel auf dem Gehweg. Ein Bündel Mensch, denn es hatte Arme und Beine und offensichtlich auch einen Mund, denn es schrie: „Ja, zum Teufel, was soll denn das?"

„Oh Entschuldigung, eher das Gegenteil. Der Teufel ist grad nicht da. Ich wollte Ihnen nicht wehtun."

„Dann schauen Sie, wo Sie hintreten, sind Sie blind?"

»Was machen Sie hier eigentlich?«

„Nein auch das nicht, Entschuldigung. Vielleicht blind in meinem Selbstmitleid. Aber was machen Sie hier?"

„Ich wohne hier", entgegnete der Obdachlose. „Und Sie?"

„Ich grübelte nur darüber nach, warum die Menschen meine Geschichte nicht mehr hören wollen. Ich bin Geschichtenerzähler, aber ohne Publikum."

„Geschichten? Ich liebe Geschichten, seitdem ich nicht mehr lesen kann. Die Augen, Sie wissen. Aber es gibt keinen, der mir welche erzählt. Alle sind mit sich selbst beschäftigt."

Der Alte lächelte. Wenn das kein Wink des Himmels war. Er blickte kurz dankbar in die grauen, tiefhängenden Wolken und dann begann er mit leiser Stimme zu erzählen: Es war einmal .... *SiS*



Durch Fremde bestimmt

Uwe Tellkamps »Der Turm«

Dresden, noch heute gefeiert als Stadt Augusts des Starken, Glanzpunkt des Barock, Zentrum der Romantik, zur Unkenntlichkeit verbrannt elf Wochen vor dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Im Anblick seiner rauchenden Trümmer von Gerhart Hauptmann beweint, als er am Hang über der Elbe auf einer Bank saß, unterhalb des Stadtteils „Weißer Hirsch“, eines im 20. Jahrhundert als vornehm geltenden Villenviertels mit international gerühmtem Sanatorium. Ausgerechnet auf dieses Viertel fällt in unseren Tagen neuer literarischer Ruhm, denn der aus Dresden stammende junge Arzt und Schriftsteller Uwe Tellkamp hat die Handlung seines preisgekrönten Romans „Der Turm“ hierher verlegt.

Uwe Tellkamp hält in seinem neuesten Roman die letzten sieben Jahre der DDR im Leben einer Bürgerfamilie fest. Ihre Freuden, ihre Leiden, ihre Schwierigkeiten im Kampf ums schlichte Dasein, umgeben von Staats-Spitzeln. Familien mit Ärzten, Musikern und Literaturliebhabern leben in bescheidenem Wohlstand. Sie wohnen in unmittelbarer Nachbarschaft zu einem anerkannten, im Sozialismus zu strahlendem Reichtum gekommenen Physiker. Dresdenkenner vermuteten, in ihm Manfred von Ardenne wiederzuerkennen, da fast alles in diesem Buch einen realen Bezug hat, auch wenn Personen- und Straßennamen verändert wurden. Die Dargestellten treten dem Leser gegenüber, als könne er ihnen unmittelbar in die Augen sehen. Die vermittelte Atmosphäre läßt das beklemmende Eingesperrtsein der DDR-Bevölkerung nachempfinden und erinnert sogar an Zeiten, in denen anstelle der russischen Stiefel die braunen in den Straßen den Ton angaben.

Diese Realitätsnähe hat nicht selten dazu geführt, daß Tellkamps Roman mit Thomas Manns „Buddenbrooks“ verglichen wurden. Auch Fontane wird bemüht. Tatsächlich allerdings sind die Sätze des „Turm“-Schriftstellers, deren Poesie häufig überhaupt beispiellos klingt und eine ganz neue Form literarischer Satzkompositionen zu eröffnen scheint, durchaus oft weniger direkt als die jener ihm Zugeordneten.

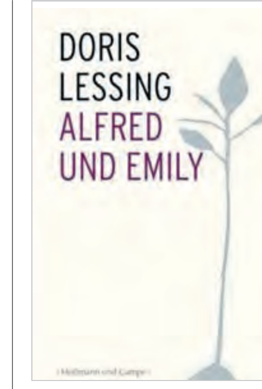
Wie Dresdens Bürgertum die DDR überstand

Tellkamp selbst gibt Marcel Proust oder erstaunlicherweise auch Heimito von Doderer als Vorbilder an. Beides keine Deutschen. Übrigens betont er auch, daß er seine literarischen Arbeiten stets zuerst von Hand aufschreibt. Genauso wie das auch Siegfried Lenz macht.

Der Handlung gelingt es, daß dem Leser der Atem schwer wird, wenn er sich vergegenwärtigt, daß nicht nur einzelne, sondern Millionen Menschen länger als vier Jahrzehnte derart fremdbestimmt gelebt haben.

Keine politisch noch so laute Deklamation hat diese Zwangslage so klar werden lassen wie Uwe Tellkamps leiser, langer Roman. Ein Kulturdokument, das, verlegt bei Suhrkamp, zum Bestseller geworden ist. *Rosemarie Fiedler-Winter*

***Uwe Tellkamp: „Der Turm“**, Suhrkamp, Frankfurt Main 2008, geb., 972 Seiten, 24,80 Euro*



Das Spiel mit dem »Wenn«

Doris Lessing läßt ihre Eltern einer anderes Leben leben

„Meine Mama ist ein Engel und mein Papa ist ein König der Südsee. Es gibt wahrhaftig nicht viele Kinder, die so feine Eltern haben! ... Und wenn mein Papa sich nur ein Schiff bauen kann, dann kommt er und holt mich, und dann werde ich eine Prinzessin der Südsee. Hei hopp, was wird das für ein Leben!“ Ein so phantasievolles Bild ihrer Eltern malte sich Pippi Langstrumpf aus, deren Mutter kurz nach ihrer Geburt gestorben und deren Vater seit einem Schiffsunglück verschollen war. Rund 60 Jahre nach Erscheinen der berühmten Romane Astrid Lindgrens tut es ihr die britische Schriftstellerin Doris Lessing gleich – und ist dabei nicht weniger erfinderisch. Die Literatur-Nobelpreisträgerin von 2007 ist geprägt durch ihre unglückliche Kindheit: „Mein Vater kämpfte in den Schützengräben, und ich wuchs mit Geschichten über den Ersten Weltkrieg auf. Der Krieg hat so viel Einfluß auf mein Leben gehabt, daß kann man gar nicht übertreiben. Die Kriege, die wir alle zu bewältigen hatten, haben alles durcheinandergebracht.“ In „Alfred und Emily“ gönnt sie ihren Eltern im ersten Teil ein Leben, das nicht vom Ersten Weltkrieg überschattet wird.

Ihre „spekulative Geschichte“ – wie die Autorin selbst ihre Novelle nennt – führt von 1914 bis 1918 nur zum Zusammenbruch des Habsburger Reichs und einem militärischen Konflikt zwischen Türken und Serben. Die verheerenden Gefechte des Grande Guerre bleiben Europa jedoch erspart. Lessings Vater Alfred verliert sein Bein nicht durch eine Splittergranate und heiratet seine Bekannte Betsy, eine warmherzige mollige Blonde, mit der er vier Söhne bekommt. Statt des harten Farmerlebens in der britischen Kolonie Südrhodesien (heute Simbabwe) erfüllt er sich den Traum, ein Landgut in Südengland zu bewirtschaften. Alfred wird allerdings nie die faszinierenden Landschaften Afrikas und die beeindruckenden Felszeichnungen der Urvölker sehen, die ihn für viele Entbehrungen entschädigt haben.

Den Ersten Weltkrieg gab es nicht, und so blieb dem Vater seine Verwundung erspart

Emily wird wie im echten Leben Krankenschwester. Sie heiratet ihre große Liebe, einen jungen Arzt, der nicht im Ärmelkanal ertrunken ist. Die Ehe bleibt dennoch unglücklich und kinderlos. Erst nach dem frühen Tod ihres Mannes findet Emily ihre Bestimmung. Als Stiftungsgründerin von Reformschulen wird sie zu einer Figur des öffentlichen Lebens und verwirklicht ihr Ideal einer freien, liebevollen und kreativen Erziehung. Die Lieblosigkeit in der Ehe und die gesellschaftliche Diskriminierung als Frau sind jedoch kaum positivere Erfahrungen als die Pflege kriegsversehrter Soldaten und das trostlose Siedlerdasein in Rhodesien.

Im zweiten Teil der Novelle platzt der Traum der alternativen Lebensgeschichten und Lessing erzählt, wie es wirklich war. Dabei beweist sie wie schon in den Autobiographien „Unter der Haut“ und „Schritte im Schatten“ ihren fesselnden und einfühlsamen Schreibstil. „Alfred und Emily“ ist voraussichtlich Lessings letztes Buch. Die mittlerweile 89-jährige gab in einem Interview bekannt: „Mir fehlt die Energie für mehr. Wenn man jung ist, glaubt man, das Leben münde in eine friedvolle Fahrt auf stillen Gewässern. Das ist zutiefst unwahr.“ Schade. *Sophia E. Gerber*

***Doris Lessing: „Alfred und Emily“**, Hoffmann und Campe, Hamburg 2008, geb., 304 Seiten, 19,95 Euro*

Mit Preußenflagge in den Urwald

»Im Rausch der Ferne« läßt Auswanderer von früher zu Wort kommen

Als es noch kein Fernsehen gab, mußte sich der Betreffende zumeist selbst auf den Weg machen, um ein Bild von der Fremde zu erhaschen. Wer gar ein „neues Leben XXL“ wagen wollte, konnte auch keinen „Auswanderer-Coach“ bemühen – um nur zwei der TV-Formate zu zitieren, die sich dem Thema Auswanderung widmen. Wer hier in der Regel ins Bild gerät, zeigt sich von seinem Rausch der Fremde sehr schnell ernüchtert. Vor Jahrhunderten war die Ausdauer derer, die auszogen, länger. Nachzulesen ist dies in der vom Völkerkundler Ralf Küttelwesch herausgegebenen Anthologie des „Konservativen Rausches“, deren erster Teil dem „Abenteuer Alkohol“ gewidmet war. Zwar fehlt letzterer auch diesmal nicht, doch widmet sich die Fortsetzung vornehmlich dem „Rausch der Ferne“. Einen nicht unbeträchtlichen Teil nimmt dabei das studentische Korporationsmilieu ein sowie das sich im „Blutrausch“ vollziehende Erleben, oder genauer: Sterben des Frontsoldaten.

Doch nota bene finden sich in der Sammlung Anekdoten und Historien. So beispielsweise jene von der Festungsgründung Großfriedrichsburg. Sie erinnert daran, daß Brandenburg-Preußen lange vor den – erst Ende des 19. Jahrhunderts einsetzenden – Kolonialbestrebungen Deutschlands entsprechenden Wagemut zeigte: Im Auftrag des Großen Kurfürsten Friedrich Wilhelm I. von Brandenburg landete der Major Otto-Friedrich von der Groeben 1682 vor der Küste des heutigen Ghana, verhandelte mit den Häuptlingen der Eingeborenen und legte den Grundstein für die erste deutsche Kolonie in Afrika. Da aber der Große Kurfürst die „krämerhaften, kurzsichtigen Königsberger Kaufleute“ nicht von der Aufnahme überseeischen Handels überzeugen konnte, mußte die „Brandenburgisch-Afrikanische Compagnie“ drei Jahrzehnte später die Segel streichen. Friedrich Wilhelm I. von Preußen verkaufte die Kolonie 1717 an die Niederlande, und der letzte deutsche Generaldirektor übergab die Festung Großfriedrichsburg dem schwarzen Häuptling Jan Cunny. Der verweigerte den Niederländern die Übergabe unter Verweis auf seinen Eid dem König in Preußen gegen-über. Bis zum Jahr 1724 schlug er die wiederholten Angriffe der holländischen Flotte zurück. Er flüchtete schließlich „unter Mitnahme der Brandenburgischen Flagge“ in den Urwald.

Lesenswert sind auch die unterhaltsamen Beobachtungen und Berichte von Richard Katz. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts war er der meistgelesene deutschsprachige Reiseschriftsteller: „Wer sich mit seinem Deutschsein im Auslande brüstet, ist ebenso schädlich wie der, der es verleugnet (die letztere Sorte ist häufiger).“ Katz weiß aber auch: „Gründlich sehen ist besser als vieles sehen.“ Seine Erkenntnis berührt das berühmte Diktum des Forschungsreisenden Alexander von Humboldt. Der wußte bereits: „Die gefährlichste Weltanschauung ist die Anschauung derjenigen, die die Welt nicht angeschaut haben.“ *Peter Westphal*

***Ralf Küttelwesch (Hrsg.): „Der konservative Rausch – Im Rausch der Ferne und andere Geschichten. Zweite Anthologie“**, factum coloniae, Köln, geb., 305 Seiten, 24,95 Euro*

Gescheiterter Versuch einer Ehrenrettung

Rudolf von Ribbentrop über seinen Vater und dessen Politik im Dritten Reich

Im hohen Alter unternimmt Rudolf von Ribbentrop, Sohn des als einer der Hauptkriegsverbrecher in Nürnberg 1946 zum Tode verurteilten und am 16. Oktober 1946 hingerichteten Reichsaußenministers Joachim von Ribbentrop, den Versuch, der Nachwelt eine positivere Sicht auf seinen Vater und dessen Rolle im sogenannten Dritten Reich zu vermitteln. Joachim von Ribbentrop gehört zu den am negativsten beleumundeten Persönlichkeiten aus Hitlers Machtapparat.

Der Tenor des Buches „Mein Vater Joachim von Ribbentrop – Erlebnisse und Erinnerungen“ lautet: Bei Hitlers Forderungen nach Expansion im Osten, nach Revision der Grenzen von 1919 und Wiederaufrüstung des Reichs habe es sich um maßvolle und zu rechtfertigende Vorschläge gehandelt, und der Reichsaußenminister habe in diesem Sinne mit seinen Verhandlungen im Ausland Deutschland dienen wollen. Hitler sei seit 1938 zwar risikoreich vorgegangen, habe sich aber bis in die letzten Tage des August 1939 nicht mit eindeutigen Kriegsabsichten getragen. Er sei während der Polen-Krise wegen der Frage des „Korridors“ bis zuletzt an einer Übereinkunft mit England interessiert gewesen. Doch England, wie zuvor Frankreich, hätte seine Offerten zurückgewiesen und damit das Geheimbündnis zwischen Hitler und Stalin vom 23. August 1939 provoziert sowie letztlich den deutschen Angriff auf Polen.

Neben dieser eigenwilligen Sicht auf die Geschichte läßt der Autor auch die Ursache des Endes von Englands Appeasement-Politik außer Acht: Kein Staatslenker der Welt wollte mit einem Diktator paktieren, dessen Ideologie unabänderlich auf Rassenhaß sowie generell auf blindwütigem Haß beruhte – keiner außer Stalin. Dementsprechend gelingt es Rudolf von Ribbentrop, der im Zweiten Weltkrieg als SS-Offizier unter anderem im Osten eingesetzt war, auch nicht, ein anderes und positiveres Bild seines Vaters, der Hitlers Politik und Weltanschauung nach außen hin vertrat, zu entwerfen.

Der Verfasser schildert seinen Vater teilweise aus eigenem Erleben und zitiert aus dessen 1953 veröffentlichten Memoiren. Auch beruft er sich auf häusliche Gespräche vor allem mit seiner Mutter Anneliese geb. Henkell. Geboren 1893 in Wesel (Niederrhein) als Sohn eines Offiziers ohne Adelsprädikat, gründete Joachim von Ribbentrop nach dem Ersten Weltkrieg in Berlin eine Weinhandelsfirma. Bereits damals verkehrte er in Kreisen der Prominenz aus Kunst und Politik. Einige Jahre später ermöglichte ihm die Adoption durch einen Verwandten das Führen des Adelsprädikats „von“. Seit 1932 war er NSDAP-Mitglied. Er war noch nicht 40 Jahre alt, „als die Politik nach ihm griff“, so sein Sohn. Eingangs seines Buchs beschreibt er die geheimen „schicksalhaften Verhandlungen“, die im Januar 1933 in seinem Elternhaus zwischen Hitler und Göring sowie von Papen und Oskar von Hindenburg, dem Sohn des Reichspräsidenten, stattfanden. Das Ergebnis war die „Beschlußfassung über eine nationale Front“. Damit verhalf der Privatmann Ribbentrop dem von ihm verehrten Demagogen Hitler zum erklärten Ziel, Reichskanzler zu werden.

Hitlers Außenminister und seine Zwänge

Rudolf von Ribbentrop, der angibt, bereits als Elfjähriger die politischen Veränderungen in Deutschland gespannt verfolgt zu haben, versucht im ersten Teil seines Werkes nachzuweisen, daß Hitler von 1933 bis 1939 den Wehrwillen Deutschlands lediglich aufgrund der bedrohten Lage des Reichs, das ein Machtvakuum in Mitteleuropa darstellte, herausgestellt, militante Formen demonstriert und dadurch eine noch nicht vorhandene Stärke Deutschlands suggeriert habe. Vermutlich sei allein aus diesem Grund kein Angriff des bolschewistischen Rußlands auf das Reich erfolgt.

Der Verfasser schreibt „gegen einen Nebel von Verleumdungen“ seines Vaters an, aber ebenfalls gegen manche gängigen Auffassungen von Hitler, den er im übrigen für „Deutschlands größte Katastrophe seit dem Dreißigjährigen Krieg“ verantwortlich macht. Er möchte seine Leser jedoch davon überzeugen, daß Hitler sein „negatives Image“ erst 1942/43 selbst kreierte hätte! Nachdem er mit dem Überfall auf Rußland 1941 „den entscheidenden Fehler“ begangen hatte, was ihm selbst frühzeitig aufgegangen sei, verrannte er sich, wurde er unzugänglich gegenüber der Beratung durch seinen Außenminister und die zur Verhandlung mit Rußland drängenden Generäle, wurde in jeder Beziehung immer unberechenbarer. Ribbentrops Bedeutung nahm während des Krieges zunehmend ab. Ein gewichtiger Vorwurf gegen ihn lautete später, er habe sich kaum mit den innenpolitischen Vorgängen in Deutschland beschäftigt. Diesen Vorwurf kann sein Sohn keinesfalls entkräften. *Dagmar Jestrzemski*

***Rudolf von Ribbentrop: „Mein Vater Joachim von Ribbentrop – Erlebnisse und Erinnerungen“**, Ares Verlag, Graz 2008, geb., 496 Seiten, 29,90 Euro*

In der Redaktion eingetroffen

***Gerhard Fröhlich: „Das Mädchen Ruth die Moabiterin – Eine Familiengeschichte aus dem Land der Bibel“**, Schardt Verlag, Oldenburg 2008, broschiert, 232 Seiten, 10 Euro*

***Hans-Gottfried Klamroth: „Das frühe Licht des Morgens“**, Psychoanalytiker über einen Mann mit Depressionen, bod, Norderstedt 2008, broschiert, 425 Seiten, 24,90 Euro*

***Herbert Somplatzki: „Märchenland Masuren“**, Megalit Verlag, Schmallenberg 2008, broschiert, 15 Euro*

***Hans Joachim Steinbach: „Ostpreußen – Wildnis der Elche“**, Jagd- und Kulturverlag, Sulzberg 2008, geb., 334 Seiten, 49,95 Euro*

***Harry Herbert Tobies: „Helle Stadt im Osten Königsberg“**, Tobies, München 2007, gebunden, 528 Seiten, 40 Euro*

***Astrid Thurow: „Lustigernste Fabeleien von ganz besonderen Menschen und anderen Merkwürdigkeiten“**, Haag + Herchen, Frankfurt am Main 2008, broschiert, 105 Seiten, 14 Euro*

Wulf Dietrich Wagner
Kultur im ländlichen Ostpreußen

Nicht allein mit den Gütern im Kreis Gerdauen beschäftigt sich dieser Band. Wulf Wagner hat in seiner Chronik über den Kreis vielmehr großen Wert auf die Menschen und ihre Geschichten gelegt. Mit dem ersten Teil des Buches über die geschichtliche Entwicklung liegt somit die zurzeit genaueste, umfangreichste und auch anschaulichste Darstellung des Kreises Gerdauen vor. Vom Mittelalter bis ins 19. Jahrhundert konnten dabei die Besitzerfolgen vieler Güter lückenlos rekonstruiert werden. Bei den Recherchen traten auch zahlreiche kulturgeschichtlich interessante und spannende Geschichten zutage. Besonders für das 20. Jahrhundert hat Wagner – neben der Nutzung archivarische Angaben – eng mit den Menschen des Landkreises Gerdauen zusammengearbeitet. Eine Vielzahl privater Bilder, Erinnerungen und Geschichten aus ihrem Besitz macht das Buch lebendig und facettenreich zugleich. Ein wichtiges Stück Geschichte wurde so vor dem Vergessen bewahrt.

Geb., 715 S., zahlr. Abb.
Best.-Nr.: 6747



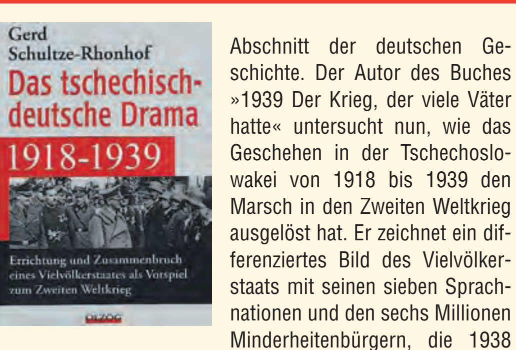
Max Riemer, Wilhelm Obgartel
Geschichtliches Heimatbuch Ostpreußen

Ostpreußen kann auf eine bwechslungsreiche Geschichte und lange Kulturentwicklung zurückblicken. Überaus interessant wird in diesem beeindruckenden Buch die Heimatgeschichte der deutschen Provinz geschildert. Von der vorgeschichtlichen Zeit, der Glanzzeit des Ordens, der Ära der Herzöge und Kurfürsten, der des preußischen Königtums, der Epoche der Franzosenherrschaft und den Befreiungskriegen bis hin zur Reichsgründung, dem Ersten Weltkrieg und der Nachkriegszeit mit dem Abstimmungssieg am 11. Juli 1920.

Geb., 248 Seiten, Format: 17 x 24 cm, Reprint der Originalausgabe von 1925, Leineneinband mit Goldprägung
Best.-Nr.: 4812



Gerd Schultze-Rhonhof
Das tschechisch-deutsche Drama 1918-1939
Errichtung und Zusammenbruch eines Vielvölkerstaates als Vorspiel zum Zweiten Weltkrieg

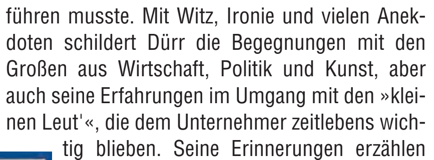


Die Besetzung der Tschechei durch deutsche Truppen von 1939 bis 1945 und die anschließende Vertreibung der Sudetendeutschen von 1945 bis 1946 werden heutzutage gemeinhin als das »tschechischdeutsche Drama des 20. Jahrhunderts« wahrgenommen. Die Zeit davor löst sich im Nebel des Vergessens auf, dennoch strahlen diese Jahre bis 1939 auf die Zukunft ganz Europas aus: Es sind die Ereignisse jener Zeit, die direkt in den Zweiten Weltkrieg führen. Deshalb ist das tschechisch-deutsche Verhältnis von 1918 bis 1939 ein entscheidender und schicksalhafter Abschnitt der deutschen Geschichte. Der Autor des Buches »1939 Der Krieg, der viele Väter hatte« untersucht nun, wie das Geschehen in der Tschechoslowakei von 1918 bis 1939 den Marsch in den Zweiten Weltkrieg ausgelöst hat. Er zeichnet ein differenziertes Bild des Vielvölkerstaats mit seinen sieben Sprachnationen und den sechs Millionen Minderheitenbürgern, die 1938 und 39 diesen Staat verlassen wollten. Er lässt dabei immer wieder sowohl die damals lebenden Slowaken, Tschechen und Ruthenen als auch die Sudetendeutschen zu Wort kommen, so dass sich der Leser ein eigenes Urteil bilden kann.

Geb., 516 Seiten
Best.-Nr.: 6746, € 34,00

Heinz Dürr
In der ersten Reihe
Aufzeichnungen eines Unerschrockenen

Heinz Dürr erinnert sich: Während er bei seiner Verabschiedung als Chef der Deutschen Bahn den Lobeshymnen der Festredner lauscht, lässt der gebürtige Schwabe sein Leben Revue passieren. Er erzählt von den Anfängen als Unternehmer in der väterlichen Firma, der er zu weltweiter Geltung verhalf, von den schwierigen Zeiten im AEG-Konzern, den er nur knapp vor dem Konkurs bewahrte, und schließlich von der größten Herausforderung seines Berufslebens -- dem Posten als Bahnchef, der nach 1990 Deutsche Bahn und DDR-Reichsbahn zusammenführen musste. Mit Witz, Ironie und vielen Anekdoten schildert Dürr die Begegnungen mit den Großen aus Wirtschaft, Politik und Kunst, aber auch seine Erfahrungen im Umgang mit den »kleinen Leut'«, die dem Unternehmer zeitlebens wichtig blieben. Seine Erinnerungen erzählen zugleich sechzig Jahre bundesdeutscher Geschichte – von der Währungsreform und dem Wirtschaftswunder bis hin zur Wiedervereinigung und der Globalisierung, deren Folgen für die kapitalistische Welt Heinz Dürr heute mit wachsender Kritik sieht. Sein Buch ist der Lebensbericht eines Mannes, der stets von der Lust getrieben war, Wege jenseits ausgetretener Pfade zu suchen -- und für den die Faszination der Macht vor allem darin lag, Dinge bewegen zu können.



Geb., 367 Seiten mit zahlr. SW-Fotos
Best.-Nr.: 6750, € 24,90

Elchschaufel-Schlüsselanhänger



Elchschaufel-Schlüsselanhänger
Best.-Nr.: 6638, € 4,95



Andreas Kossert
Kalte Heimat
Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945
Geb. Buch, 432 Seiten
Best.-Nr.: 6558, € 24,95

Arno Surminiski
Gruschelke und Engelmannke
Geschichten auf OSTPREUSSISCH und HOCHDEUTSCH

Das ostpreußische Platt ist ein traditionsreicher Dialekt, der heute allerdings kaum noch gesprochen wird. Arno Surminski hat es sich zur Aufgabe gemacht, die unverwechselbaren Eigenheiten dieser Mundart und der Menschen, die sich ihrer bedienten, in einem sprachlichen „Erinnerungsbuch“ festzuhalten. In der Sprache seiner Kindheit erzählt er davon, wie es früher so war in dem alten Land zwischen Memel und Masuren: Da soll die neue Lehrerin, ein „Berlinsches Freeileein“, den Kindern Hochdeutsch beibringen, muß aber selber erst einmal Ostpreußisch lernen. Wir erfahren, wie die „Feschwiever schabberten“, der „Diewel“ am Sonntagmorgen „enne Kerk“ ging und ein feiner Herr, der den „Berkhoahn joage“ wollte, einen erlegte, der wundersamerweise in einem Rucksack steckte. In den Geschichten von den beiden Kriegen wird berichtet, wie es „underm Rus“ war und die Menschen im Winter „emmer Rechtung Dietschland“ zogen ... „Gruschelke und Engelmannke“ ist ein unterhaltsames, vergnügliches und manchmal auch ernstes Lesebuch, dessen Erzählungen, Gedichte und Anekdoten zum Schmökern einladen.

Geb., 244 Seiten
Best.-Nr.: 5990, € 16,95

lesensWERT!
Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!

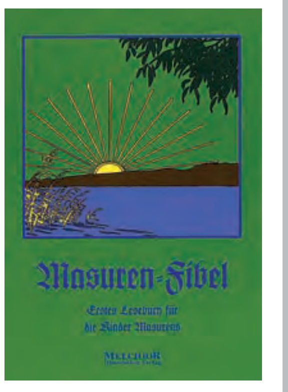
Ablenkungs- und Entspannungsmittel eingesetzt. Für Propagandaminister Goebbels war sie "genau so wichtig wie Kanonen und Gewehre". Sie bildete über das "Wunschkonzert für die Wehrmacht" des "Großdeutschen Rundfunks" eine Brücke zwischen den Soldaten an der Front und deren Angehörigen in der Heimat. Das Buch Kochs widmet sich dem Rundfunk als neuem Medium, das die Nationalsozialisten für ihre Propaganda einzusetzen verstanden, den Komponisten, Textern und Interpreten jener Schlager, die ihre Karriere oft bis in die Gegenwart fortsetzen konnten, und ausgewählten Liedbeispielen wie "Lili Marleen" oder Optimismus verbreitenden Schlagern wie "Ich weiß, es wird einmal ein Wunder gescheh'n".

Geb., 280 Seiten
Best.-Nr.: 5812

Hans- Jörg Koch
Wunschkonzert
Unterhaltung und Propaganda im Rundfunk des Dritten Reichs

Auch mehr als sechs Jahrzehnte nach ihrem Entstehen haben Schlager wie "Kann denn Liebe Sünde sein?" nichts von ihrer Faszination eingebüßt. Vergessen ist aber weitgehend der geschichtliche Hintergrund, vor dem diese populären Evergreens entstanden sind. Im Nationalsozialismus kam gerade der angeblich unpolitischen, heiter-entspannenden Musik eine besondere Bedeutung zu. Vor allem seit dem Beginn des Zweiten Weltkriegs wurde die Unterhaltungsmusik als



Masuren-Fibel
Reprint der Originalausgabe von 1929, Geb., 120 Seiten, durchgehend Farbabbildungen, Format: 17 x 24 cm,
Best.-Nr.: 4787, € 16,95




Heinz Buchholz
Iwan, das Panjepferd
Eine Kindheit zwischen Krieg und Frieden
Kart., 256 Seiten
Best.-Nr.: 4795, € 8,95

Das Ostpreußen- Lyrik- Paket- exklusiv für die Leser der PAZ



Silke Steinberg
...steigt im Ost empor
Ostpreußen in seiner Lyrik
Geb., 256 Seiten, Format: 19 x 12 cm
ehemaliger Verkaufpreis: € 8,60

Ostpreußischer Sommer
In Bildern und Gedichten
Geb., 72 Seiten, 34 farbige Abbildungen, Format: 24 x 21,3 cm
ehemaliger Verkaufspreis: € 9,95
Best.-Nr.: 6751





Klaus Garber
Das alte Königsberg
Geb., 2008, 343 Seiten, 31 s/w. Abb. auf 24 Taf.
Best.-Nr.: 6724, € 24,90



Das war Königsberg
Erleben Sie das unzerstörte Königsberg
Laufzeit: 30 Minuten, schwarz/ weiß- Aufnahmen von vor der Zerstörung Königsbergs
Best.-Nr.: 4470, € 19,00



Aren Gammelgaard
Auf Führerbefehl in Dänemark
Dtsch. Flüchtlinge 1945- 1949
Geb., 242 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 5173, € 35,00

Ostpreußen-Reise 1937
Die klassische Rundreise durch Ostpreußen in historischen Filmaufnahmen.

Diese noch nie gezeigten Filmstreifen werden durch weiteres herrliches Filmmaterial aus verschiedensten Quellen aus der Zeit vor dem Krieg zu einer umfassenden Gesamtschau Ostpreußens ergänzt: Marienburg, Weichselland, Königsberg, Allenstein, Tannenberg-Fahrt, Oberland, Frisches Haff, Ermland, Masuren, Rominter Heide, Trakehnen, Tilsit, Elchniederung, Kurische Nehrung, Memel, Pillau, Zoppot und Danzig.

Laufzeit: 176 Minuten
Best.-Nr.: 2789

ANDREAS KOSSERT
Damals in Ostpreußen
Der Untergang einer deutschen Provinz

Das Begleitbuch zum ARD- Film
Andreas Kossert erzählt die Geschichte dieses faszinierenden und widersprüchlichen Landes zwischen Weichsel und Memel, seiner Ursprünge und Mythen. Der Autor beschreibt das Leben, die Hoffnungen und Ängste der Menschen in Ostpreußen in den Jahren vor und während des Zweiten Weltkriegs. Wie wurde der Kriegsbeginn erlebt, wie das bedrohliche Heranrücken der Ostfront? Inwieweit war die Bevölkerung Spielball deutscher, sowjetischer, britischer und amerikanischer Politik? Wie kam es im Frühjahr 1945 innerhalb weniger Wochen zur dramatischen Flucht von etwa 2,5 Millionen Menschen in Richtung Westen? Und schließlich: Wie lebt die Heimat in der Erinnerung vieler Ostpreußen weiter? Indem Kossert die historischen Zusammenhänge erklärt und gleichzeitig die Menschen zu Wort kommen lässt, zeichnet er ein eindrucksvolles Bild dieser einst östlichsten Provinz des Deutschen Reichs und fragt, was davon in unserem Gedächtnis geblieben ist. Ein hoch emotionales Thema, von dem viele deutsche Familien betroffen sind.

Dr. Henning von Löwis of Menar
Königsberg – Geschichte und Geschichten

Als die Festung Königsberg 1945 fiel, war die Stadt eine einzige Trümmerwüste. Britische Bomber hatten bereits 1944 das Stadtzentrum in Schutt und Asche gelegt. Aus Königsberg wurde 1946 Kaliningrad – eine gesichtslose und vermeintlich geschichtslose Sowjetstadt. Als nach dem Fall des eisernen Vorhangs die UdSSR unterging, kehrte die Geschichte zurück – erwachte Königsberg aus seinem Dornröschenschlaf. Dank eines russischen Dombaumeisters wurde aus der Domruine wieder ein Dom – heute wie einst Wahrzeichen der Metropole am Pregel. Auch das Königstor erstrahlt heute in alter neuer Pracht und lässt Königsberg weiter leben: als Stadt der vielen Gesichter, die stolz ist auf ihr preußisches Erbe und niemanden so verehrt wie den Königsberger Immanuel Kant.
Acht spannende Reportagen von Deutschland-funk-Redakteur Henning von Löwis of Menar lassen das alte Königsberg wieder lebendig werden – und gewähren einen hoffnungsvollen Blick in die Zukunft.

Laufzeit: 79 Minuten, Umfang: 1 Audio-CD
Best.-Nr.: 6748





Hans-Joachim Zimmermann Hrsg.
So geschah es...
von Lisbeth Buddrus
Geb., 214 Seiten
Best.-Nr.: 6399, € 14,50



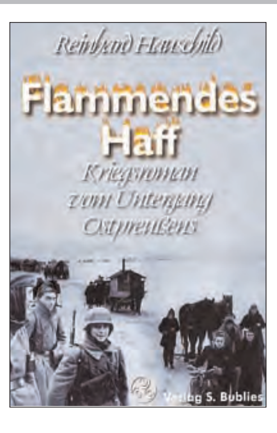
Claus Neuber
Marsch aus dem Untergang
Erlebnisbreichte eines Rückkämpfers vom Zusammenbruch der "HG Mitte"
Geb., 368 Seiten
Best.-Nr.: 6444, € 19,90



Thomas Fischer
Die Verteidigung der Reichskanzlei 1945
Kampfkommandant Mohnke berichtet
Kart., 200 Seiten, mit Abb.
Best.-Nr.: 6541, € 19,90



Der redliche Ostpreuße 2009
Kart., 128 Seiten, ca. 20 Abbildungen, 15 x 21 cm
Best.-Nr.: 6697, € 9,95



Reinhard Hauschild
Flammendes Haff
Ein junger Offizier schreibt in der Sprache der Soldaten vom Untergang Ostpreußens
Kart., 297 Seiten
Best.-Nr.: 1035, € 15,50



Der fröhliche Ostpreuße
Lustige Geschichten und Lieder in ostpreußischem Dialekt
Laufzeit: 46 Minuten
Best.-Nr.: 1057

Achtung! Neue Adresse Achtung!

PMD Preußischer Mediendienst
Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst 04/09
Mendelssohnstraße 12 · 04109 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
Lieferung gegen Rechnung. Versandkostenpauschale € 4,00, Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und MCs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Das Ergebnis sind Fachidioten

Zu: „Bologna ist gescheitert“

„Die Hochschulrektorenkonferenz hat mehr als 8700 Bachelor- und Masterstudiengänge in Deutschland gezählt.“ („Bologna ist gescheitert“, *PAZ* 20.9.08). Vor dem sozialistischen Etikettenschwindel bestanden für den Dipl.-Ing. ein gutes halbes Dutzend Fachrichtungen. Die mit dieser Beschränkung verbundene Generalisierung sicherte ihnen Flexibilität und vielfältige Einsetzbarkeit. Auch ich habe in meiner Dissertation und im Berufsleben nichts mehr im Maschinenbau zu tun gehabt, den ich zuvor studiert hatte.

Von der obigen Zahl entfällt sicherlich eine vierstellige auf sehr spezielle Fachgebiete der Ingenieure, was ihre Berufsaussichten schmälert, denn wie groß ist schon der Kreis derer, die auf dem jeweiligen Anwendungsgebiet einen Bedarf für ein solches Fachidiotentum haben? Ingenieure werden damit sogar erpreßbar. Auch das ist eine „Schöne neue Welt“. **Dr.-Ing. H.-J. Kucharski, Mülheim**

Wir sind die Betroffenen

Zu: „Den Vertriebenen endlich ihren Wunsch erfüllt“ (Nr. 50)

... wirklich? Nun ja, im Ansatz schon. Aber warum geschieht das mit so großen Bauchschmerzen? Am ärgerlichsten ist die Aussage „Frau Merkel hat ihr Wort gehalten.“ Sicher, nun bekommen wir ein Denkmal. Wir, die Vertriebenen, durften uns nur dafür einsetzen, daß wir es überhaupt bekommen. Dafür gilt mein besonderer Dank Frau Steinbach. Nur: Warum dürfen wir nicht selbst über das „Wo“ und „Wie“ bestimmen? Schließlich sind wir die Betroffenen. Wir wissen am besten, was uns gut tut. Wie lange müssen wir uns diese Modalität einer Fremdherrschaft gefallen lassen?

Es wird Zeit, daß aufgeräumt wird. Da verschenkt eine „Regierung“ etwas, was ihr gar nicht gehört. Dabei hat eine die „Regierung“ bildende Partei mit dem Spruch: „Dreigeteilt? Niemals!“ einmal die Wähler aufgefordert, sie zu wählen. Schon vergessen? Das Vertuschen und Lügen muß beendet werden. **Gerhard Maslo, Braunschweig**

Wie ein Pawlowscher Hund

Zu: „Zunehmend obskur – Fall Mannichl gibt neue Rätsel auf“ (Nr. 2)

Da wüßte ich nicht, welche. Zeitungen des Springer-Verlages sind bereits zurückgerudert und stehen heute etwa da, wo sie 24 Stunden nach dem Mannichl-Geschehnis hätten stehen können, wenn ihre Reporter und Journalisten sorgfältig recherchiert und ihre Gehirne genutzt hätten. Was für sie gilt, gilt auch für viele andere Medien, Politiker und die übliche Anti-Rechts-Mafia, die das Denken schon längst aufgegeben hat.

Dieser Fall ist an Peinlichkeit gar nicht zu überbieten, und man fragt sich, warum deutsche Journalisten sich so schlecht verkaufen. Wenn tatsächlich der Täter nicht aus der rechtsextremen Szene käme, wofür immer mehr zu sprechen scheint, dann hätte ein großer Teil der Öffentlichkeit wie ein Pawlowscher Hund reagiert, der auf ein Signal ein bestimmtes Verhalten beginnt. **Johann Basler, Celle**

Schuld ist die lutherische Welt der Verlegenheit

Zu: „Die Chance“ (Nr. 51/52)

Zu Ihrem Zwischenruf kann ich Ihnen nur beipflichten. Ich kann meine große Überraschung jedoch nicht verbergen, daß Ihre Stimme aus Hamburg kommt, wo in Ihrer Nähe der hochverehrte Bundeskanzler Helmut Schmidt jede Dogmatik des bayerischen Papstes Benedikt XVI. ablehnt, der in Rom einer der letzten Verteidiger der Begriffe wie des Christfestes, des Christkindes und des Heiligen Bischof Nikolaus zu nennen ist. Was in 2000 Jahren an christlichen Symbolen gewachsen war, begonnen auch in den römischen Provinzen Raetien und Norikum, wo später die Bajuwaren das heutige Bayern entstehen ließen, geht immer mehr zu Grunde. Doch ist es nicht neu, denn im katholischen Ermland in Ostpreußen war die Welt noch in Ordnung. Meine Urahnen gingen den Weg aus der dogmatischen Glaubenswelt des Heiligen Bischofs Nikolaus in die vom Luthertum veränderte Welt der Verlegenheit. Wir Kinder kannten wohl den unheiligen Nikolaus, wußten aber nicht, wo wir den Knecht Ruprecht einordnen sollten. Bei dieser allgemeinen Verunsicherung blieb dann immer noch verhalten der Weihnachtsmann in den Farben von Coca-Cola übrig. **Harry Herbert Tobies, München**

Nicht Kohl, sondern das Volk

Zu: Leserbrief „Kohl war der Held der Einheit“ (Nr. 50)

Weder die Regierung in Ost-Berlin noch die in Bonn vertraten in Sachen Wiedervereinigung die Interessen des Volkes, sondern die Helden aus der Nikolaikirche und die Bürger an der Mauer am 9. November in Berlin verwirklichten den Wunsch des ganzen deutschen Volkes und riskierten dabei Leib und Leben. Ohne den 9. November 1989 hätte es nie einen 3. Oktober gegeben. Auch wenn der Bundeskanzler Joschka Fischer geheißen hätte, wären die Würfel nicht anders gefallen als sie Gott sei Dank gefallen sind. **Ernst R. Langenfeld, Wuppertal**

Arminius lebt ... zum Ärger aller Anti-Germanen

Zu: „Schlacht vor 2000 Jahren“ (Nr. 1)

Warum „Hermann der Befreier“ mit Fragezeichen? Der großartige Artikel von Herrn Innenminister und General a. D. Schönbohm läßt keine Zweifel offen. Ob wir wollen oder nicht, dürfen oder nicht, ob beabsichtigt oder nicht: Es drängt sich der historische Vergleich zu unserer Gegenwart auf. Und deshalb ist es lobenswert, auf dieses Jubiläum hinzuweisen.

Wenn es auf eine „gesellschaftliche Homogenität“, deutlicher „eine Volksgemeinschaft“ nicht ankäme, welch letztere doch wohl die „gemeinsamen Werte“ in sich birgt und diese pflegt, bleibt nur der Freiheitswille. Wovon?

Im Falle Hermanns wohl nur die Fremdherrschaft Roms. Ich ertappe mich bei dem absurden Gedanken, Parallelen zu heute zu ziehen. Überschwappende amerikanische Finanzkrise, deutsche Soldaten in fremdem Auftrag irgendwo, Sprachverschandelung, noch gültiges Besatzungsrecht und so weiter haben doch nichts mit Fremdherrschaft zu tun! Ein Schelm, der Böses dabei denkt?

Nein, solch ein Gedankenausflug darf nicht sein. Wir heutigen Germanen-Nachfahren sind dankbar für ihre „Gewaltbefreiung“ von allen kulturellen und sonstigen germanischen Werten, und wem sich womöglich ein Befreier Arminius in Erinnerung an das Jahr 9 n. Chr. ins Köpfchen schleicht, ist nicht von dieser Welt. Aber die Geschichte beweist: Nichts ist von Dauer, auch nicht eine „Befreiung“.

Die innere Einheit aller Deutschen ist noch nicht vollendet. Es geht auch ohne Kampf, nicht aber ohne (volks-)gemeinschaftlichen Willen. Arminius lebt, wenn auch zum Ärger aller Anti-Germanen.

Günter Hagner, München

CDU sucht ein bißchen Leitkultur

Zu: „Neue Debatte um Leitkultur“ (Nr. 1)

Die CDU will es wieder ein bißchen wissen, sicher nicht zuviel, damit niemand meinen könnte, sie würde sich für ein deutsches Nationalbewußtsein erwärmen und von ihren Zuwanderern erwarten, daß sie sich irgendwann als Deutsche fühlen.

Die Aufnahme unserer Sprache in die Verfassung stößt doch schon auf die Ablehnung von Frau Merkel. Was für Spuren einer Leitkultur werden dann noch vor ihren Augen bestehen können?

Ich denke, diese neue Leitkultur-Debatte wird ein weiterer Schuß in den Ofen werden, weil es der Union selber an Mut fehlt, sich zu Deutschland zu bekennen. Es muß ja nicht gleich „Deutschland den Deutschen“ heißen, aber das Ziel, Deutschland auch in Zukunft als deutsches Land zu erhalten, fände ich schon angebracht.

Werner Hansel, Leverkusen

Falscher Monat

Zu: „Die Ostsiedlung um 150 Jahre zurückgeworfen“ (Nr. 50)

Der Autor hat die Todesdaten von Otto dem Großen und Otto II. „kombiniert“, so daß er Otto II. fälschlicherweise schon am 7. Mai 983 sterben läßt. An einem 7. Mai, nämlich 973, starb Otto I.. Otto II. dagegen verschied am 7. Dezember 983. Der Slawenaufstand fand also schon zu Lebzeiten Ottos II. statt!

Holger Bremhorst, Remscheid

Bald angepaßt?

Zu: „Signal unser aktivsten Leser“ (Nr. 1)

Wenn die *PAZ* sich von der alten Rechtschreibung verabschieden sollte, bedeutet dies den Anfang der Anpassung.

Die „politische Korrektheit“ scheint sich durchzusetzen.

Rainer Rössel, Floersheim

Historische Kampfszenen nachgestellt: Die Schlacht im Teutoburger Wald fasziniert auch noch nach 2000 Jahren. Bild: ddp

Nur mit Schloß

Zu: „Das Loch im Herzen von Berlin“ (Nr. 51/52)

So wie es gegenwärtig auszuschauen scheint, wird sich die Wiedererrichtung des Berliner Stadtschlosses weiter verschieben, wenn es denn je dazu kommt. Und ohne Schloß auch keine historisch begründeten Pläne für das Umfeld.

Jetzt haben die Schloßfeinde einen neuen Stolperstein gefunden, mit dem sie den Wiederaufbau sabotieren können: Der geplante Aufbau werde zu teuer. Und da Geld ja knapp ist, sind Fragezeichen angesagt.

Martin Hildenbrand, Dresden

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muß. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Weiter so!

Zu: *PAZ*

Ich bin seit November 2008 Bezieher Ihrer Zeitung und kann sagen, daß ich noch nie eine so informative und unterhaltsame Wochenzeitung gelesen habe.

Ich selbst stamme nicht aus Ostpreußen, sondern aus dem Sauerland und fühle mich mit den Vertriebenen und den noch in Ostpreußen lebenden Menschen trotzdem verbunden, da ich in meiner Schulzeit viele Klassenkameraden aus den ehemaligen Ostgebieten Deutschlands hatte.

Ich warte immer schon ungeduldig auf die nächste Ausgabe, da ich die Zeitung meistens schon an einem Tag gelesen habe.

Machen Sie weiter so, und Sie haben einen treuen Leser hinzugewonnen. **Winfried Meschede, Olsberg**

Nur wer den Schlechtschreib-Wahnsinn mitmacht, schafft »Fakten«

Zu: „Signal unser aktivsten Leser“ (Nr. 1)

Keine Frage: Die Rechtschreib-Vergewaltigung des vergangenen Jahrzehnts hat Fakten geschaffen. So wie letztlich jede staatlich verordnete Änderung an einem Regelwerk, und sei sie auch noch so offensichtlich ideologisch motiviert, „Fakten“ schafft im Sinne von Zwangsverordnungen, welche der einzelne gar nicht ignorieren kann. Ich beispielsweise bin als Beamter an diesen Schlechtschreib-Schwachsinn zumindest behördlich gebunden – was mich aber nicht hindert, wenigstens im privaten Bereich eine richtige und vernünftige Orthographie zu benutzen. Daß das in der Zwischenzeit oft mühsam ist, wissen Sie selber: Dem privaten „Computerschreiber“ zeigt bekanntlich das sogenannte „Rechtschreibprogramm“ Richtiges als falsch an und Falsches als richtig (man hat schließlich „Fakten“ geschaffen ...); dieser Gleichschaltung Widerstand zu leisten, braucht es eines langen Atems. Daß die Mehrzahl der an Sie gerichteten Leserbriefe inzwischen in Schlechtschreibung verfaßt ist, verwundert vor diesem Hintergrund nicht – daß Sie „besseres zu tun“, hätten, als diese rück - zutransponieren (und dabei auch noch ernsthaft von Zensur reden!), ist allerdings ein, wohlwollend ausgelegt, doch eher unbedachtes Argument: Dem Leser damit den „Schwarzen Peter“ zuzuschustern, daß er angeblich durch seine exklusiven Ansprüche etwa die tägliche Arbeit der Redaktion erschwerte, ist eigentlich schon ein wenig polemisch. Leider entspricht auch die weitere Argumentation so ganz dem kleinbürgerlichen Nachkriegsselbstverständnis, welches im ständigen Zurückweichen vor postuliert Unumgänglichem eine Tugend, eine Überlebensformel, sieht: Sich „optisch abheben“ von Pfui-Medien des radikalen Randes, um nicht mit diesen in einen Topf geworfen und verfemt zu werden. Im Klartext also etwa: „Die Schmuddelkinder unserer Gesellschaft benutzen (wenigstens in der Orthographie) ihren Verstand – also habe ich diesen gefälligst abzuschalten, um nicht etwa mit jenen verwechselt zu werden!“ Na bravo, Schilda läßt grüßen!

Spengler aber auch. Ich fand es jedenfalls in der letzten Ausgabe der *PAZ* sehr bezeichnend, daß direkt neben dem Artikel zur angedrohten Neuschreibe ein längerer Aufsatz zu Bilanz und Prognose der Vertriebenenverbände abgedruckt war. Zwar bin ich selber mit 41 noch relativ jung, bin auch selber kein Vertriebenenkind und mit der Thematik eigentlich nur durch mein angeheiratetes „halbes Marjellchen“ vertraut, fühle mich aber doch in der Lage, die Entwicklung in unserem Land über die letzten Jahrzehnte hinweg bewerten zu können: Seit ich denken kann, befindet sich das konservative Lager in der Defensive, gibt nach, geht zurück, anerkennt irgendwelche „Fakten“ und biedert sich den Linken an.

Über Einfluß und Zukunft der Vertriebenenverbände müßte man sich wahrscheinlich weniger Gedanken machen, läge „Ostdeutschland“ im öffentlichen Bewußtsein noch zwischen Oder und Memel anstatt, wie inzwischen üblich („Fakten“ ...), zwischen Harz und Oder und wären uns Breslau und Königsberg noch zumindest halb so geläufig wie Stuttgart und Frankfurt. Die Ostbundesrepublik ist nun einmal nicht identisch mit Ostdeutschland!

Daß dies nicht das geringste mit Revanchismus zu tun hat, sondern mit Beständigkeit, Verläßlichkeit und Beharrungsvermögen, sollte ich eigentlich in keinem normalen Land dieser Welt erklären müssen – außer natürlich bei uns, wo selbst feststehende geographische Begriffe, auf ihre politische Korrektheit abgeklopft und dämonisiert werden.

Und damit wäre ich dann auch wieder bei der linksideologischen Schreibreform und den angemaßten „Fakten“. Ich kann nur warnen: Erst verwirren sich die Schreibregeln, dann die Bezeichnungen und Begriffe und schließlich die Gedanken. Beharrlichkeit aber ist die Waffe der „Öffentlich-Rechtlosen“. **Frieder Kammerer, Herdwangen**

Ehrlich unehrlich

Zu: „Ehrliches Bekenntnis zur Unehrlichkeit“ (Nr. 50)

Für die Hessen ist es natürlich interessant, daß der ehrliche Schäfer-Gümbel sie schon darauf vorbereitet, daß er auf dem Meer der Lügen mitschwimmen wird. Er ist ein ehrlicher Unehrlicher, und das ist doch schon was.

Otto Lores, Waldbröl

Das Zusammensperren schadet allen

Zu: „Streit um die Schulen“ (Nr. 51/52)

Überall, wo linke Parteien in der Bildungspolitik mitzureden haben, gibt es die gleichen Probleme. Die linken Parteien folgen ihrer auf Vermassung gerichteten Ideologie. Alle Kinder sollen gemeinsam in eine Klasse, und das möglichst lange. Ihr Traum: Alle machen das Abitur. Die bestmögliche Ausbildung des Individuums zählt nicht, obwohl doch jeder wissen müßte, daß das Zusammensperren von Leistungsstarken und Leistungsschwachen alle Gruppen schädigt und in meinen Augen ein Verbrechen ist.

Wo die Ideologie das Denken bestimmt, befindet sich der Verstand im Ruhestand. Das erleben Hamburg und nicht minder auch Berlin.

Albert Schmitt, Berlin

Alle gleichmachen: Die DDR läßt grüßen

Zu: „Ideologischer Vorschlag von links“ (Nr. 2)

In Berlin regiert Rot-Dunkelrot, da darf man sich im Bildungsbereich über nichts wundern. Die DDR läßt grüßen, und was bei ihr so schön war, soll darum auch in Berlin Einzug halten. Es werden bereits Nägel mit Köpfen gemacht.

Wir wollen doch alle so schön gleich sein, und das gilt natürlich auch für unsere Kinderlein, die nichts auf dem Weg zum Abitur aufhalten sollte. Das Gymnasium will man wohl vor allem den ehemaligen West-Berlinern noch lassen, da gibt es ja auch Genossen, die von dem Einheitsbrei nicht viel halten, und besonders die Funktionäre der SPD wissen, was ihren Kindern gut tut.

Natürlich sollen benachteiligte Kinder Hilfen erhalten. Dafür sind die vorschulischen Einrichtungen und die Grundschule da. Stellen wir doch fest, was sie leisten können und was sie an Hilfen brauchen und auch, was sie an Ergebnissen bringen. Aber dann ist Schluß. Dann muß mit dem Ziel differenziert werden, Schüler ihrem Leistungsvermögen und -willen gemäß weitmöglichst voranzubringen.

Marcus Reuter, Berlin

Sprache als Basis

Zu. „Auch ein Signal an Brüssel“ (Nr. 50)

Die deutsche Sprache im Grundgesetz wie die Sprache von 17 EU-Ländern in deren Verfassung. Warum nicht? Wer sich deswegen diskriminiert fühlt, hat selber Schuld. Bezeichnend sind die Aussagen, die Deutschen müßten den Islam als Bestandteil der deutschen Kultur akzeptieren und nicht mehr als ausländisches Phänomen betrachten.

Die deutsche Kultur hat christliche Ursprünge. Seit wann sind Islam und Christentum identisch? Daß der Islam kein „Phänomen“ ist, hat er längst bewiesen. Wie viele Moscheen gibt es in Deutschland, in Europa? Wie viele Kirchen gibt es in islamischen Ländern? Die genannten Antragsgegner haben nur Scheinargumente. Die deutsche Sprache ist wichtig für Deutsche und Deutschland wie Französisch für Franzosen und Frankreich.

Dr. M. Wriede, Hamburg

Herkunft bald wichtiger als Leistung? Die Schulpolitik der Städte Hamburg und Berlin bereitet Eltern Sorge. Bild: ddp

Antinational

Zu: „Streit um die Schulen“ (Nr. 51/52)

Mir zeigt dieser Streit, daß die CDU mit den Grünen nicht koalieren kann, ohne sich selbst aufzugeben beziehungsweise die eigenen Wurzeln zu kappen. Und dieses Nicht-Zusammenpassen bezieht sich ja nicht nur auf die Grundsätze der Bildungspolitik, die zeitgeschichtliche Sicht oder eine realistische Wirtschafts- und Umweltpolitik, sondern auch auf den nationalen Bezug der Parteien. Die Grünen sind weit eher eine antinationale Partei. Eine CDU ohne ihre nationalen Wurzeln wäre eine Mißgeburt.

Lisa Dragan, Peine

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muß. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Gegen niemanden

Zu: „Auch ein Signal an Brüssel“ (Nr. 50)

Der Beschluß des CDU-Bundestages, das GG um den Passus „Die Sprache der Bundesrepublik ist Deutsch“ zu erweitern, ist zu begrüßen und gegen niemanden gerichtet. Umfragen zeigen, daß der Souverän, also das Volk, mit großer Mehrheit diese Initiative unterstützt. Wie zu erwarten, verurteilen die üblichen Bedenkenträger, leider auch Gesine Schwan, die gerne Bundespräsidentin werden möchte, mit einfältigen Begründungen den Beschluß.

W. Ruth, Hilchenbach

Überzeugungen nicht zu verbieten

Zu: „NPD-Verbot löst keine Probleme“ (Nr. 1)

Das ist eine Binsenweisheit, denn linke wie rechte Extreme haben doch neben Radikalität und häufig auch Gewaltbereitschaft Meinungen, denen die Grundlagen zu entziehen sind. Wenn jemand mit den Verhältnissen in unserem Staat nicht einverstanden ist, wird sich das nicht ändern, wenn eine Organisation, der man aus Überzeugung angehört, verboten wird.

Wenn NPD-Mitglieder nach dem Passauer Medienrummel Zeitungen der Hetze verdächtigen – Gründe gäbe es da schon –, dann ist ein Parteienverbot sicher ein sehr schlechtes Mittel, um diese Mitbürger umzustimmen. Ich persönlich meine, wer die NPD verbieten will, muß es auch mit der Linken tun, jedoch ist dafür gegenwärtig kein geeigneter Zeitpunkt, schon gar nicht mit dem Fall Mannichl im Hintergrund.

Besonders die verbreitete öffentliche Linkslastigkeit kann rechte bis rechtsextreme Mitbürger sicher nicht davon überzeugen, daß die NPD verboten wird, wenn linke Organisationen weiter ihr Unwesen treiben dürfen.

Rudolf Pötter, Pirmasens

Ich »verschlinge« die *PAZ*

Zu: PAZ

Seit Mai dieses Jahres beziehe ich Ihre Zeitung und habe diese Entscheidung noch nicht bereut. Es gab in meinem bisherigen Leben noch keine Zeitung, die ich derart „verschlungen“ habe und auf deren Ankunft ich mich so freue. Vielen Dank! Machen Sie weiter so, und scheuen Sie sich auch weiterhin nicht, die Dinge beim Namen zu nennen und kritische Themen aufzugreifen. Das macht Ihre Zeitung so einzigartig.

Ich mußte schon schmunzeln, als ich in der Nr. 46/2008 über die Eröffnung eines 450 Meter langen Radwegs in Königsberg las. Man verzeihe mir, aber so etwas ist nur in Rußland möglich. Ich bin zweimal im nördlichen Ostpreußen mit dem Rad unterwegs gewesen. Ich habe einiges auf diesen Reisen von dem einst sehr schönen Land gesehen. Selbst die Ruinen, die man leider vielerorts zu sehen bekommt, geben noch Zeugnis vom Wohlstand und Fleiß seiner Bürger, die einst dort ihre Heimat hatten. Es ist auch heute noch ein wunderbares und in seiner „herben Schönheit“ einzigartiges Land.

Jürgen Krahn, Mainz-Kostheim

Diskriminiert

Zu: „In der Krise: Was wir uns noch selber wert sind“ (Nr. 51/52)

Das ist eine Fragestellung, die uns auch ohne Krise berührt, allerdings wohl vom Alter abhängt. Für mich als älteren Bürger ist es nicht hinnehmbar, daß die Zeit meiner Eltern und Großeltern nur diskriminiert und mit Nazi-Verbrechen in Verbindung gebracht wird. Ich bin überzeugt davon, daß die heutigen Deutschen keine besseren sind und diejenigen, die sich zu unseren Richtern aufspielen, zum Brechen reizen.

Hartwin Kügler, Heilbronn

Nein zur Türkei

Zu: „Risse in der Euro-Zone“ (Nr. 46)

Gerade las ich, daß Berlusconi es gar nicht erwarten kann, die Türkei in der EU zu begrüßen, wofür ich ihn in den Hintern treten würde, weil ich meine, daß die Türkei in der EU nichts zu suchen hat. Wir brauchen keine weitere Ausbreitung des Islam, sollten uns im Gegenteil um seine Zurückdrängung bemühen. Aber Berlusconi macht deutlich, wie unterschiedliche Interessen in der Euro-Zone oder der EU aufeinanderstoßen, für die Kompromisse zu suchen sind.

Hans-Martin Ulrich, Lörrach

Vergeltung trifft die Falschen

Zu: „Vergeltung der Vergeltung“ (Nr. 2)

Unsere Kriegsgegner berufen sich gern auf Vergeltung, wenn es um die Verbrechen an Deutschen im Umfeld des Zweiten Weltkrieges geht. Im 64. Jahr nach Ende des Krieges ließen sich auch für uns Verbrechen finden, die Vergeltung fordern. Denken wir nur an die Bombardierung deutscher Städte, die Vertreibungen, den Raub deutschen Landes, die Mordtaten von Tschechen, Polen und Jugoslawen. Vergeltungsgründe reichlich, zumal wir ja auch irgendwann damit aufhören müssen, unsere Geschichte durch die Brille der Sieger zu sehen!

Bald gibt es keine Veteranen und Kriegsopfer mehr. In allen Ländern leben Menschen, die in Frieden leben und glücklich sein wollen. Vergeltung träfe immer die Falschen.

Nicht viel anders ist es im gegenwärtigen Konflikt, wobei der Hamas vorzuwerfen ist, daß sie bewußt das Leben Unschuldiger opfert, um schnöder Vorteile willen.

Israel muß seine heutigen Bürger schützen. Nur das zählt.

Karl Fabian, Ahlen

Hamas mißbraucht Zivilisten bewußt als Opfer

Zu: „Vergeltung der Vergeltung“ (Nr. 2)

Zivilisten, und somit auch Kinder, werden von der Hamas (wie auch von den Taliban in Afghanistan) absichtlich in die asymmetrische Kriegführung eingeplant und dort eingesetzt. Und zwar als Täter wie auch als Opfer. In letzterer Funktion dienen sie vor allem als Objekte in der psychologischen Kriegführung, zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung. Die Asymmetrie der Kriegführung bezieht sich nicht nur auf die technische Ausstattung, sondern ebenso auf die Werteordnung in ethischer und moralischer Hinsicht. Die westliche Werteordnung, auch in Bezug auf die Kriegführung, zum Beispiel die Unterscheidung Kombattanten/Nicht-Kombattanten, werden von der Hamas nicht anerkannt beziehungsweise abgelehnt. Zivilisten werden von ihnen bewußt in ihre Kriegführung eingebunden. Indem in unseren Medien Zivilisten als Opfer herausgestellt werden, wird bewußt oder unbewußt die Kriegführung der Hamas unterstützt. Eine Differenzierung zwischen Zivilisten und Soldaten ist in der asymmetrischen Kriegführung der Hamas obsolet geworden. Für Israel ist der Einsatz des Militärs eine Conditio sine qua non. Jeder Staat hat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, seine Staatsbürger vor Gewalt von innen und außen zu schützen. Ursache des israelischen Handelns ist die kriegerische Handlung und propagierte Einstellung der Hamas, wonach Israelis kein Existenzrecht besitzen. Die Haltung und Handlung Israels wird durch das UN-Völkerrecht unzweifelhaft legitimiert.

Herbert Hedderich, Oldenburg

Und die 1939 von Polen Vertriebenen?

Zu: „Halb Aufstand, halb militärische Intervention“ (Nr. 51/52)

Was wurde denn von deutschen Historikern bislang überhaupt aus der deutsch-polnischen Geschichte beachtet? Immer wieder hören wir doch nur vom deutschen Überfall auf Polen, daß wir die Alleinschuldigen am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges und für unzählige Verbrechen verantwortlich seien. Auch 63 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg schreiben die Sieger die Geschichte, und wir ducken uns und nehmen das hin. Was hören wir von den Tausenden und Abertausenden unserer Landsleute, die bis 1939 aus Polen vertrieben worden sind? Was hören wir vom polnischen Nationalismus, was von der direkten Vorgeschichte des Krieges, was von der polnischen Kriegsbereitschaft, was von der polnischen Generalmobilmachung, die ja schon vor dem 1. September erfolgt war? Wir hören wenig bis nichts darüber, was wirklich zum Zweiten Weltkrieg geführt hat, wenn wir auch leider den Weltkrieg losgetreten haben und sicher auch viel Schuld zu tragen haben.

Dr. Berthold Kraiger, Detmold

Gute Erfahrung mit hilfsbereiten Tschechen gemacht

Zu: „Auch 1945 gab es deutschfreundliche Tschechen“ (Nr. 51/52)

Ich lernte kurz nach der Kapitulation in der Tschechoslowakei deutschfreundliche Tschechen kennen. Ich, 21 Jahre junger Unteroffizier der Luftwaffe, war von der Ruhr so geschwächt, ich wollte nicht mehr und blieb nach einer Rast einfach liegen, während die anderen mit dem Lkw weiterfuhren. Ich muß dazu sagen, daß ich neu in der Einheit war. Aber als es am frühen Morgen sehr frisch wurde, erwachten meine Lebensgeister wieder, ich wollte wieder leben und machte mich auf den Weg in Richtung einer kleinen Stadt, in der noch Lichter brannten.

Da kamen mir zwei Tschechen entgegen, Gewehr über der Schulter. Sie fragten mich auf Deutsch, wo ich hinwollte. Auf meine Antwort „Zu meiner Kolonne“ überlegten sie kurz und sagten dann, daß eine Kolonne nicht weit weg von hier vor der Stadt lagere. Sie begleiteten mich dorthin und erzählten zwischendurch, was sie im Krieg erlebt hatten. Dann fragten sie mich, ob ich Hunger hätte. Ja, den hatte ich jetzt. Daraufhin sprachen sie einen vorbeikommenden jungen russischen Soldaten an. Der sauste wie der Blitz ins nächste Haus und kam mit einer dicken Scheibe aus einem Rundbrot zurück. Die bekam ich dann, ich bedankte mich und die beiden Tschechen gingen wieder zurück, nachdem sie mich am Rastplatz verlassen hatten.

Die Kolonne war tatsächlich meine! So hatte ich auch meinen Rucksack wieder.

Als ich 1968 – es war die Zeit des „Prager Frühlings“ – an einem Lauf für über 40jährige Leichtathleten in Karlsbad teilnahm, lernte ich einen ein Jahr älteren Tschechen kennen, der auch mitgelaufen war. Der hatte mir, gut Deutsch sprechend, vorher die Stadt gezeigt und nicht mit Kritik am Sozialismus gespart. Einige Zeit nach dem Wettkampf bekam ich Post von ihm aus Brünn.

Er hatte mich auf dem Zieleinlauffoto erkannt, sich im Wettkampfbüro meine Adresse geben lassen und sandte mir das Foto zu. Zu ihm hatte ich gesagt, nachdem ich ihm die obige Geschichte erzählt hatte: „Das hättest du damals gewesen sein können!“ Er war es wohl nicht, denn er konnte sich daran nicht erinnern.

Ich stand dann mit ihm bis zu seinem Tod vor wenigen Jahren schriftlich in freundschaftlicher Verbindung.

Leo Thiel, Lübeck

MELDUNGEN

Schuhwerfer will nach Genf

Genf – Der weltweit als Schuhwerfer in die Schlagzeilen gelangte irakische Journalist Muntazer al-Zaidi will in der Schweiz Asyl beantragen. Der 29jährige, der am 14. Dezember aus Protest seine Schuhe nach dem damaligen US-Präsidenten George W. Bush geworfen hat, muß im Irak mit einer mehrjährigen Haft rechnen. In der Schweiz möchte al-Zaidi weiter als Journalist arbeiten und zum Beispiel über die Vereinten Nationen berichten. *Bel*

Italienisch statt Arabisch

Rom – „Man kann in allen Sprachen zu Haß aufhetzen, nicht nur auf Arabisch", kritisierte ein Sprecher der Vereinigung der italienischen Muslime den Vorschlag des Präsidenten der italienischen Abgeordnetenkammer. Gianfranco Fini hatte alle islamischen Geistlichen aufgefordert, in den Moscheen auf Italienisch und nicht auf Arabisch zu predigen, um so das Risiko von gewaltverherrlichenden Reden zu reduzieren. „Strenge Regeln sind im Einklang mit der Religionsfreiheit notwendig. Man darf nicht erlauben, daß im Zentrum italienischer Städte Moscheen errichtet werden", fordert die Lega Nord. *Bel*

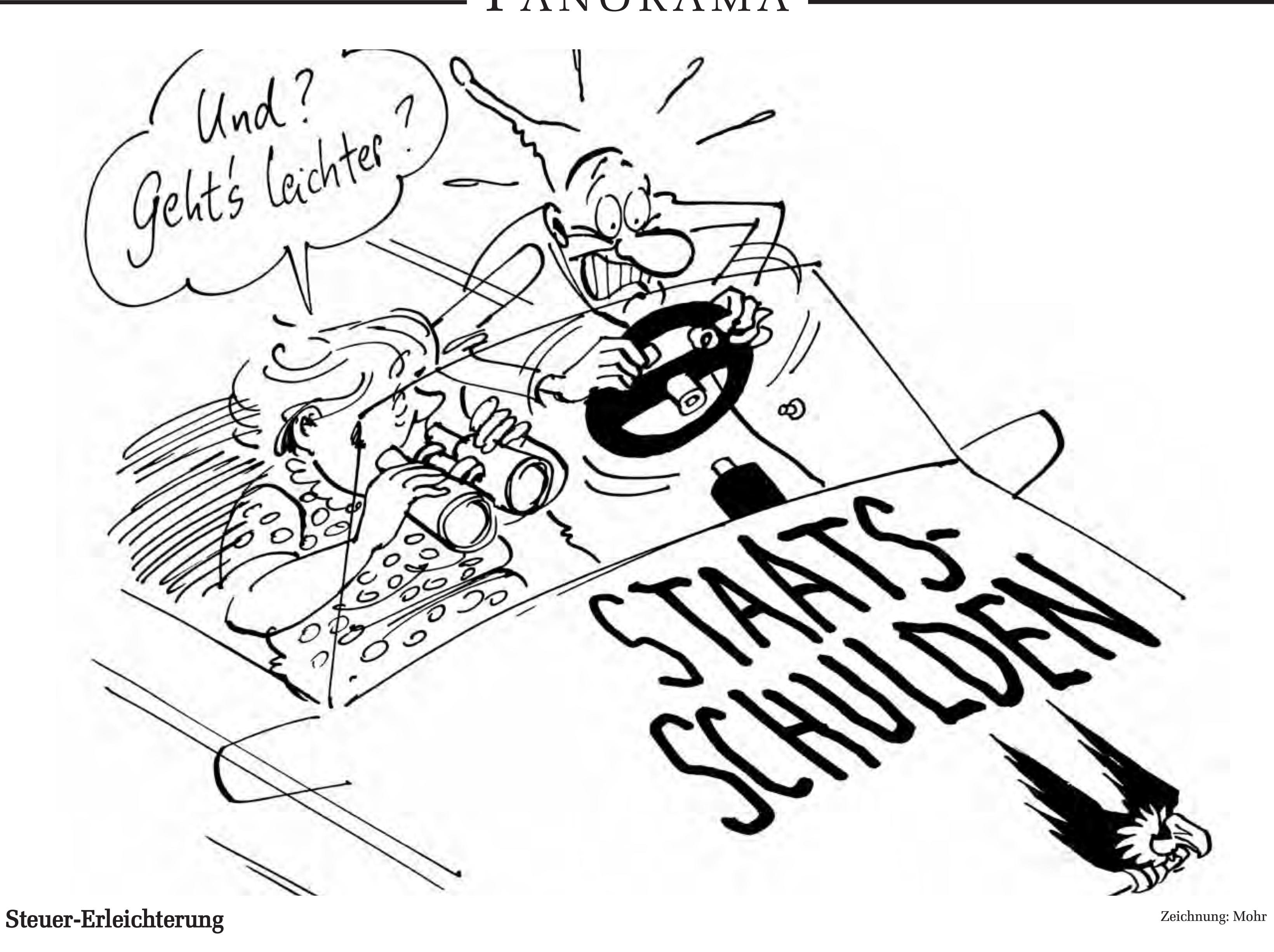
ZUR PERSON

Obamas Stellvertreter

Seit dem Beginn seiner Bewerbung ums Präsidentenamt war Barack Obama mit dem Vorwurf konfrontiert, für das angeblich mächtigste Amt der Welt zu unerfahren zu sein. Hierauf reagierte der Demokrat, dessen jugendliche Frische gerne mit der John F. Kennedys verglichen wird, im August vergangenen Jahres mit der Berufung eines ehemaligen Konkurrenten zu seinem Vizepräsidentenkandidaten, der fast zwei Jahrzehnte älter ist als er: Joe Biden.

Der irischstämmige und katholische Joseph Robinette Biden kam 1942 als erstes von vier Kindern eines Autoverkäufers in Pennsylvania zur Welt. Nach einem Studium der Geschichte, Politik und Rechtswissenschaften ließ Biden sich 1969 in Delaware, wo er aufgewachsen ist, als Rechtsanwalt nieder. 1970 ging er in die Politik, wobei er „unten" in der Kommunalpolitik begann. Bereits drei Jahre später zog er allerdings schon für seinen Bundesstaat in den Senat ein. 1987 kündigte der Demokrat seine Kandidatur für das Präsidentenamt an, zog sie allerdings im selben Jahr zurück, nachdem bekannt geworden war, daß er ganze Passagen seiner Reden von anderen abgeschrieben und seine Biographie geschönt hatte. Ab 1997 gehörte der Senator in führender Funktion dem Ausschuß für Auswärtiges an. Er wurde deshalb 2004 auch als Außenminister eines möglichen US-Präsidenten John Kerry gehandelt. Mitte 2005 war er der erste, der Interesse an einer Kandidatur gegen Präsident George W. Bush signalisierte. Nachdem er bei den Vorwahlen der Demokraten in Iowa über ein Prozent nicht hinausgekommen war, gab er das Rennen allerdings auf – und hörte auf, Obamas Gegner zu sein. *M. R.*





Steuer-Erleichterung

Zeichnung: Mohr

Dschungel-Camp ist überall

Kröten schlucken oder schlucken lassen?/ Warum es gut ist, noch mehr Schulden zu haben / Nun wird alles wieder gut / Der Wochenrückblick mit Klaus J. Groth

An dieser Stelle hat Hans Heckel auf seine bewährte Art in der vergangenen Woche erklärt, warum er sich innerlich weigert, über das Dschungel-Camp zu schreiben. „Bravo" hätte man rufen mögen, ein „Bravo" der Verweigerung. Der Kollege Heckel hat dann aber doch dem Dschungel-Camp etliche Zeilen geopfert. Er konnte auch gar nicht anders. Ein politischer Redakteur kommt am Dschungel-Camp nun mal nicht vorbei. Ob irgendwo in Australien, in Berlin oder in Wiesbaden die Kulisse aus Pappmaché aufgebaut wird, ist egal: Dschungel-Camp ist überall, wo Politik gemacht wird. Zum Würmer fressen und Kröten schlucken, dazu muß niemand nach Australien geschickt werden. Das ist politischer Alltag.

Allerdings sollte man sich schon – so weit es geht – an die Spielregeln halten. Wenn die Regeln vom Spieler verlangen, selbst eine Kröte zu schlucken, dann darf er das nicht auf andere abwälzen. So etwas wird bestraft. Das hat man jetzt wieder in Hessen gesehen. Hätte Andrea Ypsilanti die Kröte einer Koalition mit der CDU geschluckt, sie säße jetzt warm in der Landesregierung. Aber nein, sie wollte nicht selbst schlucken, andere sollten es tun. Das daraus folgende Gewürge ist hinlänglich bekannt. Wie wir inzwischen wissen, hat sich Andrea Ypsilanti verschluckt. So ist das eben im Dschungel-Camp.

Allerdings, Sieger haben auch schon mal besser ausgesehen als der alte und neue Dschungel-König Roland Koch. Aber egal, gewonnen ist gewonnen. Ins Reich der Legendenbildung muß jedoch die Behauptung verwiesen werden, Roland Koch habe nach Bekanntgabe der ersten Hochrechnungen das Lied „Auferstanden aus Ruinen" angestimmt. Diese Hymne der DDR wäre möglicherweise in Wiesbaden heimisch geworden, wenn die Linkspartei mit Andrea Ypsilanti was zu feiern gehabt hätte. Hat sie aber nicht, weshalb sie schon bei der zweiten Zeile der Hymne – „und der Zukunft zugewandt" – hätte ins Stocken geraten müssen. Wem oder was sich die Frau mit dem Wortbruch nun zuwendet, bleibt vorläufig noch verborgen. Die Wähler jedenfalls haben sich schaudernd abgewandt und sich jener Partei zugewandt, die fest zu ihrem Wort stand: Regieren mit Koch, aber nicht als Koch und Kellner. Es hat in Deutschland schon vieles zur Wahl gestanden, aber die Entscheidung zwischen Wortbruch und Worthalten, die war wahrhaftig neu. Der Ausgang dieser Entscheidung war zwar nicht unbedingt offen, überraschte aber in ihrer Eindeutigkeit dennoch. In Zeiten der Beliebigkeit, in denen die Wahrung der Werte eher verdächtig macht, war ein derartig klares Votum nicht unbedingt zu erwarten. Wieder einmal zeigt sich: Die Wähler haben ein sehr viel feineres Gespür für das, was richtig und was falsch ist, als viele derjenigen, die Kraft Amtes darüber zu entscheiden haben. Woraus zu folgern ist: Wahrscheinlich wäre es doch nicht so verkehrt, etwas häufiger auf das Volk zu hören, nicht nur bei Wahlen.

> Überall wo Politik gemacht wird, müssen Kröten geschluckt werden

Als Guido Westerwelle sich die Ziffer 18 unter die Schuhsohle pappte und plapperte, das sei das Wahlziel, da schmierte er ab. Nun hält sein Statthalter in Wiesbaden Wort, er selbst versucht sich als Schuldenbremser – und fährt mit der FDP in Hessen ein Wahlergebnis ein, das den angepappten 18 Prozent verdammt nahe kommt.

Wir alle haben allerdings noch eine große Zukunft vor uns, der wir uns nunmehr zuwenden sollten, nachdem die hessischen Verhältnisse in Ordnung gebracht worden sind. Gemeint ist unsere Zukunft als Banker. Vorbei sind die Zeiten, in denen munter auf die Banker eingedroschen werden konnte, weil sie unsere lieben Spargroschen verzockten. Das können wir nicht mehr, weil jeder von uns jetzt ein bißchen Bank hat. Eigentlich dürften wir nur noch im dunkelblauen Anzug aus dem Haus. Wir sind jetzt nämlich alle Banker. Wie, das haben Sie noch gar nicht gemerkt? Dann wird es aber Zeit, sich ein neues Selbstbewußtsein zuzulegen.

Die Sache ist doch so: Wir haben jetzt Schulden wie noch nie. Und das ist gut so. Denn: Wer viele Schulden hat, der ist angesehen (hätte man ihm sonst so viel Geld geborgt?). Wer viele Schulden hat, der wird besonders pfleglich behandelt (weil er ja irgendwann mal zurückzahlen soll). Sehen Sie, darum ist es gut, tief in der Kreide zu stehen. Es kommt eben ganz auf die Perspektive an.

Nehmen Sie zum Beispiel mal die Angela Merkel. Erinnern Sie sich noch, wie Gerhard Schröder nach der verlorenen Wahl im Fernsehen dröhnte „Die kann es nicht!"? Na, und was nun? Was ist von Gerhard Schröder geblieben? Hartz IV und die Freundschaft zu einem „lupenreinen Demokraten" (was uns gas-technisch noch keinen Vorteil gebracht hat). Na, und die Angela Merkel, die es angeblich nicht können sollte, die rettet erst die Banken, dann die Wirtschaft und hinterher uns alle. Dabei macht sie Schulden, daß unsereins mit all den Nullen gar nicht hinterherkommt. Und nun hat sie es geschafft, die Kanzlerin mit dem allerhöchsten Schuldenstand zu sein. So viele Schulden hatte noch keiner. Und, ist sie angesehen? Na, sehen Sie!

Darum konnten wir nun auch alle Banker werden. Die Banken hat die Kanzlerin für uns gekauft, damit unser Geld wieder sicher ist. Da soll noch einer von der Commerzbank kommen und einen Kredit verweigern. Ein Teil von dem Laden gehört jetzt uns. Dafür haben wir zwar mehr hingeblättert, als der ganze Laden wert ist, aber nur so konnte die Commerzbank die Dresdner Bank (die auch nichts wert ist) kaufen. Selbst hatte die Commerzbank nämlich nicht das Geld für den Kauf. So ähnlich funktionierte das auch bei der Deutschen Bank, wo der Verkäufer (die Deutsche Post), dem Käufer (die Deutsche Bank) das Geld zuschob, damit er trotz tiefroter Zahlen die Postbank kaufen konnte. Folglich gehört uns jetzt auch ein bißchen Deutsche Bank. Der Deal könnte glatt eine Sonderprüfung im Dschungel-Camp sein. Demnächst lasse ich mir von meinem Lebensmittelhändler das Geld für meinen Einkauf geben.

Wer das alles nicht so richtig versteht, der muß sich keine Sorgen machen, er gehört zur Mehrheit. Man versteht so manches nicht, und muß trotzdem die Folgen ausbaden. Kommen wir also zum Dschungel-Camp-Komplex Nummer drei: Vorerst sieht es so aus, als seien wir bei dem sogenannten Gasstreit zwischen Rußland und der Ukraine noch einmal glimpflich davon gekommen. Vorerst jedenfalls. Bei dem Gefecht wurden so viele Nebelgranaten geworfen, daß selbst die Beteiligten zwischenzeitlich den Überblick verloren, worum es eigentlich ging. Bereits die Namen der mitwirkenden Firmen klingen einnebelnd: Gazprom! Naftogas! RosUkrEnergo! FKRtt Universal!

Das hört sich so undurchsichtig an wie die Vorwürfe und Verdächtigungen, die sich die Beteiligten gegenseitig an den Kopf warfen. Das Schlimme daran: Für vollkommen unmöglich wurde nichts gehalten. Bei beiden Beteiligten nicht. Als sich dann die Nebelschwaden hoben und der Rauch der Geschütze sich verzogen hatte, da traten Wladimir Putin und Julia Timoschenko auf die Bühne, gedresst wie aus dem Modejournal. Richtig reizend sahen sie aus. Nur leider werden sie demnächst wieder losballern: Gazprom! Naftogas! RosUkrEnergo! FKRtt Universal! Rums!

Doch jauchzet, frohlocket, alles wird gut, Trost ist nahe. Bald ist Schluß mit Dschungel-Camp und anderem Übel. Der Retter der Welt ist da. Barack Obama ist endlich im Weißen Haus. Nun hat alle Not ein Ende, nun wird aufgeräumt. Und zwar so gründlich wie niemals zuvor. Zur Begrüßung des 44. Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika stand in einer Zeitung in Deutschland, Obama werde nun „damit beginnen, zahlreiche Entscheidungen der Republikaner Nixon, Reagan und Bush rückgängig zu machen". Donnerwetter, bis in die Zeit von Richard Nixon zurück sollen die Dinge wieder in Ordnung gebracht werden. Hätte da nicht Parteifreund und Vorgänger Bill Clinton schon ein paar Sachen erledigen können? Oder kam der nicht dazu, weil Monica Lewinsky ihn zu sehr in Anspruch nahm? Vielleicht kann Hillary Clinton dem neuen Präsidenten noch ein paar Sachen zeigen, die ihr Bill hat liegen lassen. Auf jeden Fall hat eine neue Zeitrechnung begonnen: vor Barack Obama und mit/nach Barack Obama.

ZITATE

__Jürgen Fromme__, Vorsitzender der Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler der Unions-Bundestagsfraktion:

„Die ganzjährige Kampagne 2009 ‚Vertreibung stoppen!' des Kinderhilfswerkes von terre des hommes ist sehr zu begrüßen. Denn das Schicksal von weltweit 25 Millionen Binnenvertriebenen ist weithin unbekannt, obwohl sie sich oft in einer dramatischen Lage befinden. So sind in etwa 50 Ländern Menschen auf der Flucht vor Krieg und Gewalt, die aber nicht ihr Heimatland verlassen und somit international nicht als Flüchtlinge anerkannt werden. Daher bekämen laut terre des hommes die Binnenflüchtlinge selten Schutz und Versorgung durch das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen. Besonders betroffen seien Kinder ..."

Herbe Kritik mußten sich __Duisburger Polizisten__ vom Zentralrat der Juden in Deutschland, aber auch von dem nordrhein-westfälischen CDU-Generalsekretär Hendrik Wüst gefallen lassen. Zur Deeskalation hatten sie eine Wohnung aufgebrochen, um in einem Fenster hängende __Israel-Fahnen__ aus dem Blickfeld aufgebrachter Demonstranten zu nehmen, die gegen den israelischen Militäreinsatz in Gaza protestierten. Hendrik Wüst hierzu:

„Keine Toleranz der Intoleranz! Eine Polizeiführung, die ihre Polizisten gegen die Meinungsfreiheit einstürmen läßt, macht sich zum Handlanger der Feinde unseres Rechtsstaats."

Der __Duisburger Polizeichef__ Rolf Cebin __entschuldigte sich__ – nach öffentlichem Druck und sogar Rücktrittsforderungen von Seiten der CDU – für das Vorgehen seiner Polizisten:

„Ich bedaure zutiefst, daß Gefühle – insbesondere jüdischer Mitbürgerinnen und Mitbürger – verletzt wurden."

Gaza

Bei Hasenjagden sind nun mal
die Ziele meist beweglich –
doch Ban Ki Moon, der nennt die Zahl
der Toten unerträglich!

Da fragt man sich so unterm Strich,
wieviel nach dieser Lehre
für ihn an Toten eigentlich
noch grad erträglich wäre.

Egal, er ahnt ja sein Problem
und scheut auch keine Spesen,
drum fliegt er nach Jerusalem –
will dort Leviten lesen!

Nur spärlich aber kommt Applaus –
dafür gibt's Phosphor-Feuer:
Es brennt das Uno-Lagerhaus,
ihm lieb und andern teuer.

Kollateral natürlich sind
die Toten und die Schäden,
wenngleich Naive wieder blind
von Kriegsverbrechen reden.

Die wollen, scheint's, das Protokoll
noch immer nicht kapieren:
Wer Kriegsverbrecher werden soll,
muß erst den Krieg verlieren!

Jetzt heißt es schlicht, zurück zum Start –
das stimmt uns froh und heiter,
bewältigt ist die Gegenwart,
die Drohnen schwirren weiter.

Der Lagerzaun wird dichtgemacht,
was drin ist, wird indessen
von unsern HiWis mitbewacht
und möglichst bald vergessen ...

Pannonicus